

16. März 1931

OTTO BRAUN • DEM JUGENDFREUND ZUM GE-DÄCHTNIS

DAS Leben führt Menschen zusammen, das Leben trennt Menschen. Das habe ich mit meinem nun leider so früh verstorbenen Jugendfreund Louis Quessel erfahren. In der Jugend kaum ein Tag, an dem wir nicht bei einander waren, zusammen lernten und rangen und kämpften für die Ideale, die uns gemeinsam erfüllten. Dann trennten sich unsere Wege. Als junger Uhrmachergehilfe verließ Quessel unsere gemeinsame Vaterstadt Königsberg, um sich in Zürich für das Universitätsstudium vorzubereiten und sodann dort zu studieren. Gern wäre ich mit ihm gezogen, doch die Pflicht nach dem Tod meines Vaters für Mutter und Schwester zu sorgen hielt mich in der Tagesfron fest. Damals habe ich es bedauert, heute nicht mehr. Denn bei aller Hochachtung vor der Wissenschaft, und so schmerzlich es mir oft ist das, was man so "höhere Bildung" nennt, entbehren zu müssen, habe ich doch erfahren, daß von den Hochschulkathedralen nicht allein alle Weisheit ausstrahlt, sondern auch das Leben als Lehrmeister seinen Wert hat.

Nun, wir waren auseinandergekommen und sind nicht wieder *so* zusammengekommen wie wir es in der Jugend waren. Während ich im Kampf mit den Nöten des Lebens, mit dem politischen Gegner, mit Polizei und Staatsanwalt meinen Lebensweg fortsetzen mußte, führte Quessel in Zürich auch nicht gerade ein beschauliches Dasein. Als seine geringen Ersparnisse aufgezehrt waren, mußte er immer wieder zu seinem Uhrmacherhandwerk greifen, er reparierte den Studenten und Professoren ihre Uhren, um die Mittel zum Studium und zu seinem überaus bescheidenen Lebensunterhalt zu verdienen, bis es ihm schließlich in entsagungsvollen Jahren durch zähen Fleiß gelang seinen Doctor philosophiae zu bauen. Nunmehr kehrte er nach Deutschland zurück, um mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug im politischen Kampf wieder seinen Mann zu stellen. Unsere Wege haben sich dann oft gekreuzt, doch ist es nicht wieder zum alten Verhältnis gekommen, und wir strebten jeder für sich auf dem uns vom Leben gewiesenen Weg dem uns gemeinsamen Ziel zu. Warum, das darzulegen ginge über den Rahmen dieser dem toten Jugendfreund gewidmeten anspruchslosen Zeilen hinaus.

Quessel war ein eigenartiger Mensch, was auch die Besonderheit seiner Entwicklung wie die seines spätern Wirkens erklärt. Er war ein Eigner, der schwer in eine Schablone paßte. Von seiner Kindheit an ist er seine eignen Wege gegangen, die immer etwas abseits von der ausgefahrenen Straße lagen. Schon als Schuljunge und noch mehr später als Lehrling war er das Sorgenkind seiner Mutter, einer prächtigen lebensklugen Proletarierfrau, die, als Witwe mit ihren 4 Kindern, 3 Söhnen und 1 Tochter, in einer engen Proletarierwohnung einer winkligen Gasse des alten Königsbergs hausend, sich schlecht und recht durchs Leben schlug. Louis war der jüngste und in physischer Hinsicht von der Natur am stiefmütterlichsten behandelt. Seine Brüder waren Hünens von Gestalt, klug, froh und lebensfreudig in jeder Beziehung; Louis, das zarte Kerlchen mit den feinen geistigen Zügen, ihr krasses Gegenstück. Und doch ergänzten sich die Brüder vorzüglich und lebten in ihrer engen Häuslichkeit in bester Harmonie zusammen. Freilich, die Mutter, in ihrer einfachen praktischen Lebensauffassung, konnte sich mit der Eigenart ihres Jüngsten schwer befreunden. Sein ewiges Hinter-den-Büchern-Sitzen, während die anderen Jungen auf der Straße herumtollten, wollte ihr nicht gefallen. Aber was konnte sie dagegen machen? Selbst wenn sie ihn mit Brachialgewalt an die frische Luft setzte, konnte sie nicht erreichen, daß er sich zu der herumtollenden Jugend auf der Straße gesellte, sondern Louis setzte sich eine Etage tiefer auf die Treppe und schmökerte weiter in seinen geliebten Büchern. Nach Absolvierung der Volkschule wandte er sich mit Rücksicht auf seine schwächliche Körperkonstitution dem Uhrmacherhandwerk zu. Er hatte das Glück einen Lehrmeister zu finden, der nicht nur ein tüchtiger Mann in seinem Fach war sondern auch noch umfassende geistige Interessen hatte. Dieser betätigte sich unter anderm auch im Königsberger Handwerkerverein, der, in den Zeiten der Reaktion gegründet, sich zum geistigen Mittelpunkt aller fortschrittlichen Kreise der Stadt entwickelt hatte. Dadurch wurde Quessel die wertvolle Bibliothek dieses Vereins zugänglich, auf die er sich mit seiner ganzen Lese-wut stürzte. Als er dann später auch an Versammlungen dieses Vereins teilnehmen konnte, kam er mit sozialdemokratischen Kreisen in Berührung, die unter dem Sozialistengesetz nur dort auf politisch neutralem Boden unter Beobachtung der gebotenen Vorsicht ihre sozialistischen Grundsätze verfechten konnten. Da tat sich ihm eine neue Welt auf, die seiner ganzen weitern geistigen Entwicklung Ziel und Richtung gab. Bald saßen wir mit wenigen gleichgesinnten Arbeitern und auch vereinzelten Studenten in einem Kellerlokal beisammen, gründeten unter dem harmlosen Namen Leseclub Kant einen Diskussionsklub, in dem wir dann, verborgen vor den Augen und Ohren der Polizei, große Weltanschauungsprobleme lösten und uns von Kant über Hegel zu Marx durchrangten.

Hier war Quessel in seinem Element, hier konnte er die Früchte seiner fleißigen Lektüre in anregender Dialektik sichten, klären und auswerten. Von der unter den damaligen Verhältnissen nicht ganz ungefährlichen Parteiarbeit, zu der er sich mit Eifer drängte, hielten wir ihn mit Rücksicht auf seine schwache Körperkonstitution möglichst zurück. Er konnte uns durch sein Bücherstudium, das wir uns auf unsere Art nutzbar zu machen wußten, bessere Dienste leisten. Denn Quessel las wertvolle Bücher nicht durch wie viele andere es tun, sondern er studierte sie, und wenn er sie dem Verleiher

zurückgab (kaufen konnte er sie sich bei seinen beschränkten Mitteln nicht), dann behielt er doch in einem oft umfangreichen, mit seiner zierlichen Handschrift vollgeschriebenen Heftchen einen Auszug zurück, der den wesentlichen Inhalt des Buchs wiedergab. Diese Heftchen, die das Produkt vieler arbeitsreicher Nachtstunden waren, hütete er sorgfältig, und doch gelang es uns, seinem Bruder Paul und mir, sie ihm oft abzuluchsen und dann in den Diskussionen des Sozialdemokratischen Bildungsvereins (so hatten wir unsern Leseclub Kant nach Fall des Sozialistengesetzes umgetauft) eine große Belesenheit an den Tag zu legen. Quessel nahm uns das nicht übel; aber er, der bis zur Pedanterie gewissenhaft war, trat uns doch oft scharf entgegen, wenn wir die Früchte seines Lesefleißes nach seiner Auffassung falsch verstanden hatten oder nicht richtig werteten.

Das Hervorstechende an Quessel war, daß er, der sich selbst für einen eminent praktischen Menschen hielt und gleichwohl den Realitäten des Alltags meist recht hilflos gegenüberstand, in geistigen und politischen Fragen sich von Jugend auf eine oft an Eigensinn grenzende Selbständigkeit bewahrte. So sehr er geneigt war, für mein Gefühl oft zu weitgehend, sich manchen wissenschaftlichen Autoritäten zu beugen, so stand er allen aus Amt und Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben sich ergebenden Autoritäten stark kritisch gegenüber. Das zeigte sich auch in der Reichstagsfraktion, wo ich nach langen Jahren der Trennung dann seit der Nationalversammlung wieder mit ihm zusammen war. Er hatte sich jenen kritischen Geist bewahrt, mit dem er (übrigens ich mit ihm) vor nunmehr 40 Jahren unseren Königsberger Parteiführern mitunter das Leben recht sauer machte. Darin war er sich treu geblieben. Ja, er legte dabei oft eine Schroffheit an den Tag, die sonst seinem ganzen Wesen völlig fremd war. Aber gleichviel, wie scharf auch seine Kritik oft war, wie unbelastet von der Erdenschwere der menschlichen Wirklichkeiten sie sich mitunter gab, ja wie verletzend (natürlich ungewollt) sie in den Ohren der Hörer auch manchmal wirkte, ich konnte ihm doch niemals gram sein. Nicht, weil sich jene Kritik meist nicht gegen mich richtete, sondern weil ich genau wußte, daß sie, völlig frei von jeder unsachlichen oder persönlichen Nützlichkeits erwägung, lediglich seiner reinen Überzeugung entsprang.

Quessel als Schriftsteller und Politiker zu würdigen ist nicht Zweck dieser Zeilen, das mag von berufenerer Feder geschehen. Ich habe hier nur auf Wunsch des Herausgebers dieser Zeitschrift meinem toten Jugendfreund diesen bescheidenen Zweig der Erinnerung an schwere, not- und kampf erfüllte gemeinsame Jugendjahre aufs Grab gelegt. Mögen sie Leitstern für die proletarische Jugend sein, die sich heute den Aufstieg meist leichter macht; mögen sie aber auch politischen Mitstreitern, die den Verstorbenen nicht näher kannten und durch die Absonderlichkeit seines Auftretens vielleicht nicht zu einer gerechten Würdigung dieses seltenen Mannes kamen, den Menschen Quessel näherbringen.

Jawohl, Quessel war ein eigenartiger Mensch, ein Eigner. Aber er war ein wertvoller Mensch, voll Treue zu den sozialistischen Idealen seiner Jugend, er war ein Mensch reichen Wissens, reinen Wollens und vor allem von unbestechlicher Wahrhaftigkeit.



OTTO FRIEDRICH PASSEHL · LUDWIG QUESSEL · EINE PORTRÄTSKIZZE



UDWIG Quessel, der liebenswerte, lautere und selbstlose Mensch, steht vor mir. Von dem einstigen, furchtlosen Kampfgefährten, mit dem mich dann jahrzehntelang die herzlichste und offenste Freundschaft verband, würde ich gern ein satteres Bild geben. Ich kann es jetzt nicht. So will ich denn hier nur mit einigen Strichen von dem seltenen Kameraden, dem beispielgebenden Ge-sinnungsgenossen und seiner Lebensarbeit einen Umriß zeichnen.

Mit Quessel wurde ich zuerst im Jahr 1903 auf dem Dresdener Parteitag, zu dem ich delegiert worden war, näher bekannt. Soeben hatte er in Zürich die Abschlußprüfung in den Staatswissenschaften mit höchster Auszeichnung bestanden. Die pommerschen Parteigenossen nahmen mit Quessel, den sie zum leitenden Redakteur des Stettiner Volksboten gewählt hatten, in Dresden die erste "Tuchfühlung". Der erste sozialistische Werkstudent, wie man Ludwig Quessel mit Recht genannt hat, war der Gegenstand der Bewunderung der sozialistischen männlichen Arbeiterjugend, von der sich mancher Bildungseifrige und Ehrgeizige das gleiche Bildungsziel setzte. Nur wenige sind bis zum Besuch von Hochschulkursen gelangt, das abgeschlossene Universitätsstudium hat meines Wissens keiner erreicht. Quessel war vor seinem Hochschulbesuch schon an der sozialdemokratischen Presse in Königsberg und Offenbach als Redakteur tätig gewesen. Seine hervorragenden journalistischen Fähigkeiten wurden allgemein anerkannt und geschätzt; sein Verleger Carl Ulrich lobte ihn sehr, er nannte Quessel eine Hoffnung der Parteipresse. Die Dresdener Parteiwoche führte zwischen Quessel und mir zur menschlichen Annäherung. Vielleicht war sie in dem ähnlichen Schicksal harter, entbehrungsvollster Arbeiterjugendzeit begründet. Von dem in Königsberg erlernten Uhrmacherhandwerk, aus dessen spärlichen Erträg-nissen er sein Züricher Studium bestritt, war Quessel übrigens stets be-friedigt, und er hat es nie bedauert, daß er von ihm ausgegangen war; er behauptete sogar, daß die feinmechanische Arbeit ihm die späteren metho-dischen wissenschaftlichen Leistungen grundlegend ermöglicht hätte. Quessel stand im 32. Lebensjahr, als wir uns während der aufgeregten Debatten in Dresden kennen lernten, er war einige Jahre älter als ich, doch machte er einen viel reifern, einen ganz geschlossenen Eindruck. Mittelgroßer, schmächtiger Mann, schmaler Kopf (damals mit Vollbart) mit hoher klarer Stirn, langes Haupthaar mit weißer Mittelsträhne, später noch voll und ganz weiß.

Am 1. Oktober 1903 übernahm Quessel die politische Redaktion des Stettiner Parteiblatts. 3 Jahre lang arbeitete er in Pommern, dem klassischen Land des Agrarkapitalismus. In Wort und Schrift wirkte er hier für die Ausbreitung sozialistischer Ideen. Ein unerschrockener Vorkämpfer: von den Parteifreunden geachtet und ausgezeichnet durch die höchsten Ehrenämter, die sie zu vergeben hatten, bewundert, geehrt und geliebt von den wenigen, die er seiner Freundschaft wert hielt. Selber geschult und gebildet an den Meistern des klassischen Journalismus, hat Quessel neidlos jede Be-gabung gefördert. Seine feine Kunst plastischer Darstellung spornte uns, die er zu seinen Mitarbeitern heranzog und bildete, zur stärksten Anforde-rung an Wissen und Können an. In Quessel hatten wir den trefflichsten

Lehrer, dessen menschliche Güte, Schlichtheit und seltener Charakter ihn auch zum Führer erwachsen ließen. Die 4 Jahrgänge des Stettiner Parteiblatts bergen eine Fülle glänzender politischer, sozialer und ökonomischer Aufsätze aus Quessels Feder. Daneben arbeitete er noch mit dem eisernen Fleiß (der ihn selbst dann nicht verließ, als er schon als schwerkranker Mann aus dem Reichstag dem Darmstädter Volksfreund wöchentlich die Leitauftsätze lieferte) an sozialistischen Zeitschriften mit. Freilich, die damalige wissenschaftliche Wochenschrift der Sozialdemokratie, die Neue Zeit, verlor ihn bald als Mitarbeiter, nachdem ihn Kautsky nicht mehr zur "historisch-ökonomischen" sondern zur "ethisch-ästhetischen" Richtung rechnete. Ludwig Quessel hat dann in den Sozialistischen Monatsheften seine politische und geistige Heimat gefunden, worüber ich mich zu ihren Lesern, die seine Arbeit hier kennen, nicht weiter auszulassen brauche.

Am 1. Oktober 1906 ging Quessel nach Darmstadt und begründete dort mit den Parteigenossen Hessens den Hessischen Volksfreund. Was der Ostpreuße Quessel den braven Hessen geworden ist, lassen die Abschiedsworte erkennen, die wir an seiner Bahre hörten:

»Wir, die wir jahrelang mit ihm zusammengearbeitet haben, haben immer willig in ihm den Führer, den Wegweiser anerkannt, weil er die seltene Gabe besaß seinen Willen nicht aufzuzwingen sondern durch Überzeugung für seine Auffassung zu gewinnen ... Die Vornehmheit seines Charakters, die Lauterkeit seiner Gesinnung, die überragende Geistigkeit und menschliche Güte seines Wesens haben uns ihm menschlich aufs engste verbunden und bewegen uns zu dem tiefen Schmerz, mit dem wir von ihm Abschied nehmen ... Immer so lauter, so gerade und so unerschrocken wie Ludwig Quessel: das wollen wir uns an seinem Sarge geloben; das soll das Denkmal sein, das wir ihm in unseren Herzen setzen.«

Ich habe schon kurz hervorgehoben, daß Ludwig Quessel ein plastischer Stilist war. Dabei denke ich auch an sein Buch *Der moderne Sozialismus*, das vor 12 Jahren erschien, damals viel zu wenig bekannt geworden ist, aber auch heute noch nichts von seiner Aktualität verloren hat.

Es bleibt hier natürlich auch kurz seiner parlamentarischen Tätigkeit zuedenken. Von 1912 bis 1930 gehörte Quessel dem Reichstag an. 18 lange Jahre, und doch haben sie nicht hingereicht, um Quessel in die erste Reihe der politischen Köpfe zu bringen. Ludwig Quessel, der stille, bescheidene Mensch (eigentlich so recht für die Gelehrtenlaufbahn geeignet) war trotzdem ein fanatischer Kämpfer für eine Idee, für ein Ideal. Und gerade darum war er fast isoliert. In den fest eingefahrenen Gleisen der Partei werden neue Gedanken vielfach als Hindernisse angesehen, in der Regel aber überhaupt nicht als solche erkannt. So wurde auch der Sinn der Kontinentalidee, für die Quessel eintrat, in der Fraktion kaum begriffen. Rudolf Hilferding sagte einmal: »Wie die Antisemiten alle Schuld auf die Juden werfen, so macht Quessel für alles die Engländer verantwortlich.« Diese Äußerung eines so prominenten Genossen ist charakteristisch für den Höhengrad des Verständnisses, das man der Gedankenwelt entgegenbrachte, in der Quessel heimisch war. Quessel war es gewohnt wenig Resonanz in der Fraktion zu finden. Er nahm das hin, wie anderes auch. Er sagte sich, daß die Zukunft schon die traditionellen Irrtümer (freilich allzu spät) korrigieren werde. Er war eine starke Seele, ein schwacher Körper. Ihm fehlten vor allem die kräftigen Ellbogen, der robuste Egoismus, sicher auch die Geschmeidigkeit des politischen Strebers, der Pfründner werden will mit allen Mitteln. Daher ist Quessel als Abgeordneter nicht zur verdienten Geltung gelangt. Red-

nerisch ist er selten hervorgetreten, meist handelte es sich dabei um zweit-rangige Arbeit. Dagegen war Quessel in den verschiedenen Kommissionen ein fleißiger Arbeiter. Er wirkte mit in den Fragen des Zusammenbruchs und der Kriegsschuld, der Aufwertung, der besetzten Gebiete, der Geschlechtskrankheitsbekämpfung, vorher bei den Kolonialangelegenheiten, die sein Spezialarbeitsgebiet in den Sozialistischen Monatsheften bildeten.

Zum erstenmal nahm Ludwig Quessel in der Sitzung vom 11. Mai 1912 das Wort. Er bekämpfte die Verwendung der Soldaten zu gewerblichen Zwecken und sagte, daß »eine derartige Beschäftigung von Soldaten zu gewerblichen Zwecken innerhalb der Arbeiterklasse immer mehr die Überzeugung verbreiten muß, daß die Söhne des Proletariats nur deshalb 1 und 2 Jahre länger in der Kaserne zurückbehalten werden als die Söhne des Adels und der Bourgeoisie, die als Einjährige dienen, damit sie ihren eigenen Klassen-genossen Schutzkonkurrenz machen«:

»Wenn die 1jährige Dienstzeit, die heute noch nach unserer Klassenwehrpflicht in Deutschland ein Privileg der Söhne des Adels und der Bourgeoisie ist, auch auf die Söhne der Arbeiterklasse ausgedehnt werden würde, so könnten solche Dinge, wie ich sie leider heute zur Sprache bringen mußte, nicht mehr vorkommen... Die Militärpferde und Militärführerwerke sowie die Mannschaften werden in Darmstadt auch zu humoristischen Veranstaltungen, zu humoristischen Umzügen benutzt. Als in einer Juninacht des vorigen Jahres Bekannte von mir sich auf dem Heimweg befanden, wurden sie nicht wenig erschreckt durch eine größere Anzahl kriegerisch einherstürmender Reiter, die in ihren langen weißen wallenden Gewändern einer Beduinenschar zum Verwechseln ähnlich sahen. Bei diesem Anblick hätte man glauben können, der König der Sahara hielte seinen Einzug in die hessische Residenz und werde alsbald den Befehl zur Plünderung geben. Die Furcht vor einem nächtlichen Überfall war allerdings ohne Grund; denn alsbald intonierte die hinter den Reitern auf einem Leiterwagen untergebrachte Militärkapelle das nicht gerade erschreckende Lied: »Trinken wir noch ein Tröpfchen, trinken wir noch ein Tröpfchen aus dem kleinen Henkeltöpfchen.« Bei näherem Zusehen entpuppten sich die kriegerischen Beduinen als die friedfertigen Offiziere des Darmstädter Dragonerregiments.«

Später ist Quessel dann wiederholt in den Kolonialdebatten als sozialdemokratischer Fraktionsredner aufgetreten. Ich zitiere aus einer Rede, die er am 8. März 1913 hielt, den folgenden Passus:

»Meine Herren, aber auch den Hererostämmen muß geholfen werden. Die Hererostämme gehörten nach dem Urteil aller Geographen und Ethnographen zu den intelligentesten, fleißigsten Negern, die überhaupt in ganz Afrika zu finden sind. Ihre Sorgfalt für das Vieh ist in der ganzen Welt bekannt und berühmt. Diese Leute müssen wieder zu dem gemacht werden, was sie waren: zu freien, in einfachen Verhältnissen lebenden Viehzüchtern. Wir dürfen, und damit möchte ich meine Ausführungen schließen, wenn wir als Kulturvolk vor dem Richterstuhl der Geschichte uns behaupten wollen, nicht rüdig zusehen, wie die letzten Reste der unserer Obhut anvertrauten Volkesstämme verkommen und verderben. Wer in den Büchern deutscher Geschichte blättert, der stößt unter vielem Traurigen und Dunklen aber auch immer wieder auf die helle und erhebende Erscheinung, daß unsere Nation ein köstliches, unverlierbares Gut ihr eigen nennt, nämlich ein leidenschaftliches Gefühl, einen tiefen Sinn für Recht und Gerechtigkeit auch gegenüber dem Besiegten, dem Niedergeworfenen, dem Zubodengetretenen. Vertrauen Sie Sich, meine Herren, diesem Gefühl an (es ist unserm Volk immer ein treuer Berater gewesen) und helfen Sie uns die Trümmer der unserer Obhut anvertrauten Volkesstämme aus der tiefen Nacht des Elends, in die sie der Krieg hineingestossen hat, wieder emporzurichten zur lichten Ebene ihrer früheren bescheidenen Lebensverhältnisse.«

Am 12. Mai 1922 spricht Quessel über Verkehrsfragen, und er kommt dabei auf die Beamtenangelegenheit, zu der er sagte:

»In Diskussionen, die ich mit deutschnationalen Kritikern der Republik gehabt habe, ist mir gesagt worden, daß in der Revolution das deutsche Volk sich zwar freigemacht habe von den ungeheuren Lasten, die ihm der kaiserliche Militarismus

auferlegte, aber deshalb sei die Arbeiterschaft nicht weniger belastet als früher, der deutsche Staat habe zwar aufgehört ein Militärstaat zu sein, dafür sei er aber ein Beamtenstaat geworden. Das deutsche Volk trüge, so hielt man mir entgegen, dem Riesen Atlas gleich eine ganze Welt von Beamten auf seinen Schultern, stöhnend und sich krümmend, und zum Beweis dieser Auffassung wurden mir dann die amtlichen Ziffern mitgeteilt, daß die Beamtenzahl auf 1,5 Millionen in der Republik angewachsen wäre.«

In den Kämpfen um die Aufwertung hat Quessel wiederholt recht wirksam sozialdemokratische Anträge begründen müssen. So in den Sitzungen vom 12. und 14. Juli 1928 mit diesen Wendungen:

»Meine Herren, diejenigen, die Gläubiger des Staates sind (ich gehöre auch zu den Leuten, die in den Stunden, wo wir glaubten unser Vaterland verteidigen zu müssen, ihre Spargroschen dem Staat hingaben, und ich schäme mich dessen auch heute nicht), haben sich mit der Tatsache abgefunden, daß ihre Forderungen vom Reich nicht höher als mit 20% honoriert werden können, daß 80% ihrer Spargroschen verloren gegangen sind. Alle Gläubiger des Reichs wissen, daß unser Staat mit Jahreszahlungen an die Siegerstaaten belastet ist, deren Kapitalwert sich auf etwa 36 Milliarden Goldmark beläuft. Alle Staatsgläubiger wissen, daß unser Budget mit 1 Milliarde Goldmark für Militärpensionen belastet ist, die einen Kapitalwert von etwa 20 Milliarden darstellen. Wir sind also im Reich mit einer Schuldenlast von etwa 56 Milliarden belastet, und daß angesichts einer solchen Schuldenlast die Kriegsanleihe von den gesetzgebenden Körperschaften nicht mit 100% honoriert werden kann, das wird so ziemlich jeder verständige Mensch einsehen. Aber was möglich ist, sollte getan werden, und möglich ist eine Konvertierung zu 20% bei dem vertragsmäßigen Zinsfuß von 5% ... Als der Krieg beendet war, war Deutschland ein tiefverschuldeter Staat: die Anleiheschuld war auf 100 Milliarden Goldmark gestiegen. Auf verschiedenen Wegen trat nun eine Verminderung der Staatschuld ein. Zunächst wurde eine Verringerung um 20 Milliarden dadurch herbeigeführt, daß beim Verkauf von Kriegsgerät und bei Entrichtung von Steuern Kriegsanleihestücke in Zahlung genommen wurden. Dann vollzog sich die finanziell und geschichtlich bedeutungsvolle Umwandlung von Altbesitz in Neubesitz. Aus den Schubladen der Anleihezeichner strömten 60 Milliarden Kriegsanleihe in den Kapitalverkehr, die schnell von Hand zu Hand gingen. Man kann sagen, daß jeder, der in den Jahren 1918 bis 1923 Kriegsanleihe kaufte, daran verloren hat. In dem Maß, wie die Inflation fortschritt, beschleunigte sich der Tanz der Milliarden im Wirbel der Spekulation. Das Ende vom Lied war, daß 60 Milliarden in ein Nichts umgewandelt wurden.«

Ludwig Quessel war, wie ich aus großen Versammlungen, Kundgebungen usw. weiß, ein sehr wirkungsvoller Redner, der besonders über ein leidenschaftliches Pathos verfügte, das wiederum seinem sozialen Ethos entstammte. Im Deutschen Reichstag verhallt das fast. Trotzdem hatte Quessel auch zuweilen aufmerksame Hörer, besonders, wenn er das in ihm tief verwurzelte soziale Mitgefühl für das werktätige Volk mitschwingen ließ. Ich weiß, daß Ludwig Quessel, der kein Smokingprolet, kein Deklassierter sein wollte, nur *den* sozialen Stolz hatte: Ein Sohn des Volkes wollte er sein und bleiben.

Wo man Lebensfragen der Nation mit Tricks und Tarnung behandeln zu können glaubt, erwächst den Trägern einer politischen Idee ein schweres Los. Ludwig Quessel hat dieses Los gewählt. Bewußt, ohne Schwanken, mit Leidenschaft und Treue für die Idee. Um seiner Schaffenspflicht zu genügen, verzichtete er auf sein Reichstagsmandat bei den Neuwahlen des Vorjahrs, nach-

dem er Mitglied des Reichstags von 1912 bis 1918, Mitglied der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung 1919-1920 und seit 1920 wieder Mitglied des Reichstags bis zur Auflösung 1930 war. Ohne von der tückischen Krankheit zu wissen, die ihn in den ersten Stunden des 14. Februar 1931 dem Leben entriß, kämpfte er gegen das Schwinden seiner körperlichen Widerstandskraft in dem Verlangen an: sich von Verpflichtungen freizumachen, um vor allem sich weiter den Aufgaben widmen zu können, die mehr und mehr seinen Lebensinhalt bildeten. Er war Reichstagsabgeordneter und Chefredakteur des Hessischen Volksfreunds und hat seine Ämter mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit ausgeübt. Aber gelebt hat er mit allen Energieen und allen Interessen in dem Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte, den er so umfaßte, daß man hier von einer geistigen Identität sprechen kann. Mit der Leidenschaft eines ganz innerlichen Menschen, der gerade darum sich zu schärfsten intellektuellen Formulierungen verpflichtet sah, wirkte er fast ein Vierteljahrhundert in diesem seinem freigewählten Arbeitskreis, der sich schöpferisch ständig erweiterte.

Schon im Jahr 1907 zog Quessel in die Sozialistischen Monatshefte ein, in einer Zeit also, in der die Sozialdemokratische Partei den Übergang von der alten Tradition der Agitationspolitik zum reformistischen Aktivismus vollzog. Reformistischer Aktivismus war jener Revisionismus, der hier seinen Anfang und seine Entwicklung im Geist marxistischer Erkenntnis nahm. Im Gegensatz zur opportunistischen Geneigtheit des Wortradikalismus jeder Belastung zu erliegen und in entscheidenden Situationen alles zu vergessen, was ihm angeblich an erlösender Kraft innenwohnte, hat dieser Aktivismus die Vorbedingungen für einen sozialistischen Aufbau geschaffen. Für solche Arbeit brachte Ludwig Quessel alle geistigen Voraussetzungen mit. Der Arbeitersohn war unter drückendsten Entbehrungen von dem Sehnen erfüllt durch Universitätsstudien an die Quelle der Wissenschaft zu kommen, in der Erwartung dort die beste Rüstung für den Kampf im Dienst des Sozialismus zu erlangen. Ihm gelang dieser Übergang, ohne daß er Schaden an seiner Seele genommen hätte, ohne daß er sich aus der Umgebung der Menschen heraussehnte, unter denen er geboren und aufgewachsen war. Was er an Wissen und Einsicht erworben hatte, stellte er ohne Erwägung und Überlegung persönlicher Wünsche in den Dienst der Arbeiterbewegung, die für ihn Heimstatt war und bis an sein Ende blieb.

In einem ebenso schönen wie wahrhaften Nachruf schrieb an seinem Todestag sein Redaktionskollege Richard Seubert im Hessischen Volksfreund: »Die Krönung dieser Persönlichkeit bildete die unvergleichliche Einheit von höchster persönlicher Kultur und tiefster proletarischer Gesinnung. Diese Vereinigung machte ihn zum vornehmsten Typus des Arbeiterführers, dem „twas von dem Glanz des Ideals Lassalles eigen war Geistigkeit und Arbeit zu verbinden.“ Aus dieser Verbindung proletarischen Bewußtseins und geistiger Verpflichtung erschloß sich bei Quessel das Vermögen der Produktivität.

Von der Politik der Betrachtung, der Anklage, der zwangsläufigen Mitwirkung an der Gesetzgebung nach Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit durch die Sozialdemokratie, der Förderung der Gewerkschafts- und Konsumvereinsbewegung brach die Zeit an, in der der Wille zum Aufbau im Sinn der Neugestaltung Tat werden mußte. Alle Widerstände, die sich dagegen erhoben, sind eigentlich im Prinzip überwunden. Dies zu erreichen ist in den Sozialistischen Monatsheften Jahre und Jahrzehnte hindurch gearbeitet

worden. Und hier reihte sich Ludwig Quessel ein und entfaltete bis in seine Sterbetaage eine reiche Mitarbeit, die sich von Jahr zu Jahr mehr, neben den großen Fragen der Innenpolitik, vor allem auf das umfassende Gebiet der Außenpolitik konzentrierte. Jede dieser Arbeiten offenbart den Charakter konstruktiver Politik auf dem Weg zum Bau einer sozialistischen Welt durch produktive Umgestaltung, durch Entfesselung aller Schaffenskräfte unter Gleichachtung der Menschenwürde. Auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wurde von Quessel hier diese Aufbauarbeit geleistet, immer im Zusammenhang mit den Forderungen des Tages. Und diese Politik, deren erstes Erfordernis die genaue Kenntnis der Materie ist, verlangt unbeschränkte Verantwortung, Mut zur Durchführung und die willige Hingabe von Opfern, mit denen nicht gewartet werden darf, bis die Not sie erzwingt. Verzicht auf die Wege und Mittel, die der Marxismus in unseren Tagen hätte bieten können, bedeutet Unproduktivität. Diese zeigte sich in der Führung der Sozialdemokratischen Partei gerade zu dem Zeitpunkt, da sie zu stärkster eigner Wirksamkeit berufen war: beim Ausbruch des Krieges, als die offiziellen Gewalten versagten.

Quessel war in seiner sozialistischen Erkenntnis von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Sozialdemokratie mit Bewilligung der Kriegskredite auch die Pflicht zu übernehmen hatte die Politik des Reichs zu führen. Seine Einsicht der kommenden Entwicklung wurde nicht durch die Heeresberichte und den Wechsel der politischen Beschlüsse bestimmt sondern durch die Notwendigkeiten, die sich aus der Lagerung der Interessen ergaben, die sich für alle am Krieg beteiligten Nationen klar abhoben. Jede seiner Arbeiten in den Sozialistischen Monatsheften während des Kriegs erweist bei nachträglicher Prüfung seine richtige Einschätzung der Kräfte und der wirklichen Willensrichtungen der ringenden Völker, dabei immer wieder die Konstaterung der Möglichkeit einer Gruppierung der kontinentaleuropäischen Länder in wirtschaftsimperialer Zusammenfassung, die herbeizuführen Deutschlands Lebensinteresse bedingte. Über das verständigungsbereite Rußland sollte die Friedensanbahnung mit Frankreich durchgesetzt werden. Für diese Politik, für die alle Voraussetzungen gegeben waren, wurde in jener Zeit in den Sozialistischen Monatsheften gegen alle Parteien Deutschlands gekämpft. Hier wurde der Begriff der Osterorientierung geprägt, diese Ostpolitik als Ausweg aus dem Krieg gezeigt. Als Alexander Kerenskij nach der glorreichen Russischen Revolution im Frühling des Jahres 1917 die Führung seines Landes übernahm, sah Quessel das russische Ziel bei der Fortführung des Kriegs sofort darin Rußlands Existenz gegen England und Deutschland verteidigen zu müssen. Später ergab sich die volle Richtigkeit dieser Auffassung. Die deutsche Politik war nicht zu bewegen die Sicherungen für den ungeteilten Bestand des Russischen Reichs zu geben, die furchtbare Randstaatenpolitik begann, und alle (von Hjalmar Branting Deutschland nahegelegten) Versuche durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für die Elsässer und Lothringer mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, die damals leicht erreichbar war, unterblieben.

Aus Anlaß der Berichte des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung über die Friedensmöglichkeiten im Jahr 1916 schrieb Quessel hier am 17. November 1919 über Bethmann Hollwigs Annexionismus:
»Von annexionistischer Gier nach russischem Reichsgebiet erfüllt, von dem, nach

den Kriegszielen von 1916, ein Territorium, halb so groß wie das alte Deutsche Reich, teils in deutsches Reichsgebiet verwandelt teils unter deutsche Oberherrschaft gestellt werden sollte, erließ Bethmann Hollweg am 5. November jene berüchtigte Polenproklamation, die jede Möglichkeit vom Osten aus den Frieden herzustellen zerstörte, da der Zar auf diese Plattform nicht treten konnte... Der Mann, der Kurland und Litauen annexieren und Polen unter deutsche Oberherrschaft bringen wollte, hat in Abrede gestellt ein Annexionist gewesen zu sein. Er war dies aber in ausschweifendstem Maß; und das war das Verderben Deutschlands. Die Unterseebootfrage wäre 1917 gar nicht akut geworden, wenn Bethmann Hollweg die Friedensmöglichkeiten von 1916 im Osten ausgenutzt hätte. Sein Verbrechen besteht freilich nur in seiner Ahnungslosigkeit allen außenpolitischen Dingen gegenüber, die ihn in den Krieg hineintaumeln ließ, aus dem er dann auch keinen Weg zurück zum Frieden finden konnte. Soweit sich der Annexionismus nach dem Westen, nach Longwy und Briey, richtete, war er ein Verbrechen an der Zukunft der europäischen Menschheit, weil er jede Aussöhnung mit Frankreich für alle Zeit unmöglich gemacht hätte. Unmittelbar verhängnisvoller und folgenschwerer war aber Bethmann Hollwegs östlicher Annexionismus, durch den er sich jeden Weg zum Frieden selbst verammelte, und der Deutschland unvermeidlich zum Zusammenbruch führen mußte und geführt hat.«

Die Geistigkeit Ludwig Quessels, die jedes seiner Worte und jede seiner Handlungen durchdrang, war freilich nicht von den Eigenschaften begleitet, die umfangreiche Körperschaften zur Stellungnahme zwingen. Er sprach nicht laut, so vernehmlich seine einfache und klare Sprache in Wort und Schrift war. Der Uner schütterlichkeit seiner Überzeugung lag es fern seine Erkenntnisse anders als durch gewissenhafte Darstellung aller Zusammenhänge der Umwelt zu übermitteln. Politischer Ungeist, der sich dieser Methode verschloß, rief ihn nicht zum stürmischen Angriff sondern immer nur zu nie ermüdenden Versuchen durch Klarlegung der Ursachen von Mißergebnissen die wirklich vorhandenen Wege zur Lösung aufzuzeigen.

Von der politischen Leistung Quessels in der Nachkriegszeit legt fast jede Ausgabe der Sozialistischen Monatshefte Zeugnis ab. Es wäre eine fruchtbare Aufgabe seine Aufsätze während der Kriegs- und Nachkriegszeit zusammenzustellen, um der kommenden Generation das Verständnis dafür zu erschließen, was getan, und was nicht getan wurde und dem deutschen Volk um so mehr zu tun übrig bleibt. Niemals gehörte Quessel zu den Überraschten und Enttäuschten; er gab sich und der Öffentlichkeit unnachsichtige Rechenschaft über die Aktionen der Politik und die Handlungen der Wirtschaft. Er war in dem Reichstag der Nachkriegszeit der beste Kenner des deutschen Budgets und der Außenpolitik; die Details, die er beherrschte, fügte er zu dem Ganzen einer sozialistischen Politik. Als ein gewiß unverdächtiges Zeugnis seiner politischen Leistung darf eine Gegnerin der Kontinentaleuropapolitik, die Kölnische Zeitung, erwähnt werden, die am 14. Februar zu der Nachricht seines Todes über ihn schrieb:

»In den Sozialistischen Monatsheften trat er als Vorkämpfer des Revisionismus und lange vor der jüngsten Paneuropawelle für eine Politik der europäischen Solidarität ein. Die deutsche Arbeiterbewegung verliert in ihm eine kluge und reine Führerpersönlichkeit.«

Bei nicht wenigen Blättern der Sozialdemokratie fehlte diese Orientierung über das Schaffen Quessels, die in nichtparteigenössischen Zeitungen verschiedenster Richtung bei aller Gegnerschaft gegenüber der Politik Quessels zur Äußerung gelangte. Eine erfreuliche Ausnahme bildete das Freie Wort, das am 1. März dem Toten seine Achtung bezeugte:

»Quessel gehörte zum Mitarbeiterkreis der Sozialistischen Monatshefte und hat sich stets durch die Unabhängigkeit und Eigenartigkeit seines Denkens ausgezeichnet.«

Dagegen darf nicht verschwiegen werden, daß die Wiener Arbeiterzeitung am 15. Februar es über sich brachte in einem Bericht über den Tod Quessels, in dem er wohl als »ein sehr begabter und interessanter Mensch« bezeichnet wurde, schließlich diese Sätze schreiben zu lassen:

»Er war dann Redakteur bei verschiedenen Parteiblättern (in Königsberg, Danzig und Stettin, zuletzt beim Hessischen Volksfreund), einige Zeit auch eifriger Mitarbeiter an Kautskys berühmter Neuer Zeit, bis er schließlich bei den Sozialistischen Monatsheften landete. Dort wandelte er sich um: zu einem fast extremen Revisionisten, der in der Vorstellung des "Kontinentaleuropa", das sich gegen England zu richten habe, völlig aufging. Aber die Unfruchtbarkeit der letzten Jahre darf es nicht in Vergessenheit bringen, daß Ludwig Quessel ein Mann von wertvollen Gaben, von zähem Fleiße und starker Arbeitskraft gewesen ist, dessen Aufstieg in die Intellektualität doch auch ein Lebenswerk gewesen ist.«

Was dieser Korrespondent der Wiener Arbeiterzeitung unter »Unfruchtbarkeit« versteht, ist offenbar die Abkehr von dem offiziellen Ungeist und der offiziellen Ahnungslosigkeit, der stetige Kampf für eine wirkliche Praxis des Sozialismus, gegenüber der »Fruchtbarkeit«, die zu dem Höhegrad unseres politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens im Jahr 1931 geführt hat.

Über den Inhalt der sozialistischen Außenpolitik Quessels besteht keinerlei Unklarheit: die Bildung einer kontinentaleuropäischen Gemeinschaft, die uns vor Eingriffen außereuropäischer Länder sicherte, in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsimperien, die fördernd und ergänzend neben und gegenüber dem Vereinigten Europäischen Kontinent stehen, das friedensichernde Weltgleichgewicht an Stelle der kriegsfördernden Balance-of-power-Doktrin Englands. Dieses außenpolitische Programm ist untrennbar verbunden mit den Forderungen einer sozialistischen Innen- und Wirtschaftspolitik, die ganz und gar aus der Produktionsidee erwachsen. Eine solche Verbundenheit würde innerhalb der wirtschaftsimperialen Gestaltung der Erde alle nationalen Schaffenskräfte im Zusammenwirken aufs höchste steigern. Selbstverständlich war für Quessel als Ausgangs- und Kernpunkt der kontinentaleuropäischen Gemeinschaft die engste deutsch-französische Verständigung, die jeder weitern Reglung europäischer Verhältnisse vorangehen muß. Eine spätere Zeit wird Quessels Kampf gegen den Wahn des Ruhrkriegs vielleicht als die bedeutendste Tat seines reichen politischen Lebens schätzen. Einsam im Reichstag, offenbarte er den Antrieb zum Ruhrkrieg, dessen Wirkungen auf das innere Leben der Nation, auf die Beziehungen zu anderen Nationen, die irrsinnigen Kosten dieser Selbstvernichtung. Um eine Gefahrenquelle im neuen Reichstag zu zeigen, schrieb er hier rückbetrachtend am 11. Juni 1928:

»In 2 jähren Abstürzen ist nach den amtlichen Dokumenten, die dem Reichstag über die Reparationsfrage zugingen, die Summe der Barleistungen im Jahr 1922 zunächst von 2000 Millionen Goldmark auf 720 und dann von 720 Millionen Goldmark auf 0 Goldmark herabgesetzt worden. Das Vollmoratorium für Barleistungen wurde Deutschland allerdings erst gewährt, als von Berlin Sicherheit für spätere Zahlung gegeben worden war. Wie die Barleistungen, so wurden auch die Sachleistungen 1922 stark vermindert. So forderte Frankreich, um Deutschlands ökonomischen Aufschwung nicht zu stören, von den ihm zustehenden Sachleistungen im Wert von 950 Millionen Goldmark lediglich 250 Millionen an, wovon Berlin jedoch 100 Millionen schuldig blieb, was dann, nachdem die republikanische Linke der monarchistischen Rechten ohne wesentlichen Kampf das Feld geräumt hatte (Reichskabinett Cuno-Becker), Paris den äußeren Anlaß zur Besetzung des Ruhrgebiets bot. Den eigentlichen Grund zur Pfändungsaktion gab jedoch das deutsche Moratoriumsgesuch vom 14. November 1922, das von der Kriegslastenkommission ausging und auf englische Inspiration, auf die (gleichviel ob wirklich gegebenen oder vermuteten) Ratschläge Lord d'Abernon's zurückzuführen ist. In ihm verlangte Deutsch-

land für 3 bis 4 Jahre von allen Ber- und Sachleistungen befreit zu werden und dazu noch einen Kredit von 500 Millionen Goldmark... Man kann es heute, wenn man die Politik von 1922 im einzelnen nachprüft, kaum verstehen, wie die über 190 Mandate verfügende äußerste Linke sofort mit den Parteien der Mitte und der Rechten trotz der ganz unvermeidlichen Niederlage eine "nationale" Einheitsfront zur Abwehr der Ruhrbesetzung bilden konnte. Wohin uns diese von England geleitete Politik führte, ist leider vielfach schon vergessen worden. Als das verhängnisvolle Moratoriumsgesuch vom 14. November 1922 dem deutschen Volk bekannt wurde, war die deutsche Industrie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt... Demgemäß belief sich die Anzahl der Vollerwerbslosen auf 42 000. Als der gemeinsame Kampf der Monarchisten und Republikaner an Rhein und Ruhr ein gestellt werden mußte, weil die von England scheinbar zugesagte moralische Unterstützung des deutschen Nullenangebots selbstverständlich ausblieb, zählte man in Deutschland 3 450 000 Vollerwerbslose... Mit welcher Vehemenz die Vernichtungsmaschinen der Inflation gearbeitet hatten, zeigt uns das Emporschneiden des Dollar kurses von 7200 auf die astronomische Zahl von 4,2 Billionen, wodurch 200 Milliarden Goldmark Zahlungsverpflichtungen auf 20 Pfennig entwertet worden waren.«

Dauernden Wert behalten seine Arbeiten über den Sinn und die Wege der Reparationspolitik, die er mit seinem letzten Aufsatz Reparationskrieg und Youngrevision am 24. November 1930 abschloß, indem er nochmals Geist und Richtung einer wirklichen Revisionspolitik mahnend betonte:

»Mit dem Jahr 1922, das uns die Abkehr von der Erfüllungspolitik brachte, hat die gegenwärtige Lage insoweit eine gewisse Übereinstimmung, als die Stimmung "Selbstmord zu begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken", wieder weite Kreise gezogen hat. Adolf Hitler, Ernst Thälmann, Alfred Hugenberg sind für Einstellung der Reparationen pur et simple. Der Reichskanzler spricht in einem Interview im Petit Parisien so, als kenne er im Grunde nur *einen* Reparationsgläubiger Deutschlands: Frankreich. Daß Heinrich Brüning Frankreich als den »Hauptgläubiger« bezeichnet, ist gewiß rein formal richtig. Die Dinge liegen aber doch so, daß der größere Teil der Reparationszahlungen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zwar a conto Frankreichs verbucht wird, nichtsdestoweniger aber $\frac{2}{3}$ davon nach Amerika gehen. Daraus folgt, daß wir unsere Front gegen Amerika, nicht gegen Frankreich zu richten haben.«

Dabei war Ludwig Quessel nie ein trüber Warner, er zeigte stets in Verbindung mit Kritik die Bahn in frohere Zeiten durch das Werk eines Aufbaus unter Hingabe aller. Seit dem Jahr 1927 hatte er in diesem Sinn die Heraushebung der Beamtenenschaft aus dem Schicksal der Volksgemeinschaft mit höchster Energie bekämpft. Am 14. April 1930 führte er aus:

»Neben der Agrarnot, die dadurch, daß sie die Landarbeiter in die Städte treibt, auch ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterfrage geworden ist, steht als ungestüme Presserin die Finanznot... Ohne Revision der Besoldungsordnung von 1927 und Beseitigung der Beamteninflation, die Arbeiter und Angestellte um ihre Arbeitsplätze bringt, können unsere trostlosen Zustände nicht entscheidend verbessert werden. Man wird die Besoldungsordnung von 1927 für die oberen und mittleren Beamten und Pensionäre aufheben müssen. Für das Millionenheer der unteren Beamten kann sie aufrechterhalten bleiben, wenn der Betrag ihrer Besoldungsschärfung staatlichen Bausparkassen zugeführt wird, um die untere Beamtenchaft schnell mit modernen Eigenheimen zu versorgen und damit die Bautätigkeit zu beleben... In dem Maß, wie die untere Beamtenchaft in Eigenheime zieht, werden Altbaumieten frei, so daß die organisierte Massenherstellung von Eigenheimen für die unteren Beamten mittels der Besoldungszulage von 1927 (etwa 500 Millionen Mark) zugleich eine Minderung der Gesamtwohnungsnot des deutschen Volks bedeutet.«

Bis in die letzten Tage seines Lebens warb Quessel dafür durch entschiedene Maßnahmen in unserer Finanzwirtschaft allen Verschleierungsvorwegen und trügerischen Hoffnungen ein Ende zu bereiten. Vor der Reichstagswahl vom 14. September 1930 zeigte er infolge des Zusammenbruchs des alten Parteiensystems in Deutschland an, daß der neue Reichstag ein ganz anderes Gesicht aufweisen werde als der alte, und lange vorher hatte er auf das Anschwellen

der nationalsozialistischen Flut die Aufmerksamkeit gelenkt und ihre Quellen gezeigt. Jetzt sucht man sie zu bannen. Aber heute noch ist man weit davon entfernt zu erkennen, daß nur eigne Unterlassungssünden sie verschuldet haben, daß sie nie gekommen wäre, wenn die "marxistischen" Parteien wirklich marxistisch gewesen wären; das hieße aber nicht an den Worten des Meisters kleben sondern die Aufgaben neu erfassen und die Möglichkeiten konstruktiver Politik erschließen. Das Gut, das Ludwig Quessel erarbeitet hat, wird einst Gemeingut der Sozialdemokratie und der ganzen Nation werden. Seine Geistigkeit wird durch die Verwirklichung der Idee auferstehen, der er sein Leben geweiht hat.

Ludwig Quessel starb, wie er gelebt hatte: in Selbstzucht und Pflicht, in nur erdenklicher Anspruchslosigkeit, in Gemessenheit der Form, rücksichtsvoll und gewissenhaft, so daß man von ihm sagen durfte, jeder Mensch könne ihm seine Ehre und sein Leben unbesehen in die Hand legen. Er lebte in dem Bewußtsein, daß die Erfüllung der Notwendigkeit das oberste Gesetz für das Schaffen des einzelnen wie der Gesellschaft ist. Zur Persönlichkeit wird, wer die Notwendigkeit erkennt und ihrer Erfüllung dient, geleitet von keiner andern Rücksicht als von der die höchste Leistung in den Dienst der Notwendigkeit zu stellen. Und das tat Ludwig Quessel.

CARL MIERENDORFF · ÜBERWINDUNG DES NATIONALSOZIALISMUS

 INE der wenigen erfreulichen Folgen des 14. September 1930 ist die starke Steigerung der Aktivität, die sich während der letzten Monate in den Reihen der republikanischen Organisationen, namentlich innerhalb der Sozialdemokratie und des Reichsbanners, bemerkbar gemacht hat. Eine gewaltige Abwehrbewegung ist im Gang. Ihr Ziel ist der nationalsozialistischen Welle einen Abwehrwillen entgegenzustellen, um auf diese Weise zugleich auch den außerparlamentarischen Druck aufzuheben, der den 107 Nationalsozialisten im Reichstag ihr spezifisches Gewicht gegeben und sie zeitweilig zur Achse der Innenpolitik gemacht hat. Niemand wird die Bedeutung dieser Abwehrarbeit unterschätzen. Es wäre aber ein Fehler zu glauben, daß dieses Mittel genügen würde. Die nationalsozialistische Bewegung ist nicht durch Propaganda und Agitation zu überwinden, man schlägt sie auch nicht durch die Steigerung der eignen organisatorischen Kraft. Das ergibt sich ganz klar aus dem Charakter dieser Bewegung. Wenn sie überwunden werden soll, dann muß sie an ihren Wurzeln gepackt werden. Wenn die Agitation, die Aufklärung der Wähler und die ganze Bearbeitung der Öffentlichen Meinung, deren Bedeutung nicht im geringsten verkleinert werden soll, nicht bloß eine Geste der Beschwörung bleiben soll, muß sie durch positive Politik ergänzt werden. Erst dann ist Aussicht auf einen dauernden Erfolg gegeben.

Wo liegen diese Wurzeln der Hakenkreuzbewegung? Vor dem 14. September 1930 hat man den Fehler gemacht den Nationalsozialismus für eine bloße Neuauflage des Antisemitismus zu erklären. Man glaubte ihn damit abgetan. Heute erklärt man ihn in erster Linie ökonomisch, als ein Produkt der Wirtschaftskrise. Das ist schon richtiger, genügt aber keineswegs. Nichts wäre gefährlicher als die beiden anderen Komponenten zu übersehen, die ebenfalls.

in dieser Bewegung stecken und ihr erst das eigentliche Gepräge geben: die nationalistische und die antiparlamentarische. Die sorgfältige soziologische Analyse der Bewegung zeigt sogar, welche große Rolle gerade diesen beiden Tendenzen zukommt. Ohne die Verbindung mit ihnen würden die ökonomischen Vorgänge kaum diese Bedeutung erhalten haben. Sie sind sogar so stark, daß im Lauf der Zeit diese antisemitische Tendenz ihnen gegenüber auffällig bei der Agitation in den Hintergrund gedrängt wurde. Das ändert freilich nichts daran, daß sie ein charakteristischer Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie bleibt, kennzeichnend für ihren gänzlichen Mangel an produktiver Kraft zu positiver Gestaltung. Aus Haßgefühlen kann eben keine schöpferische Leistung entspringen. Beachtenswert ist in dieser Beziehung der scharfe Gegensatz zum italienischen Fascismus, der von Mussolini selbst in folgenden Worten, die er 1927 bei einem Empfang ausländischer Journalisten in Rom sprach, schlagend herausgearbeitet ist: »Antisemitismus bedeutet Zerstörung und Spaltung. Antisemitischer Fascismus ist daher eine krasse Absurdität. Wir amüsieren uns in Italien köstlich, wenn wir hören, daß in Deutschland die Antisemiten ihr Glück mit dem Fascismus versuchen... Wir erheben aber mit aller Entschiedenheit Einspruch, daß auf diese Weise der Fascismus bloßgestellt wird. Der Antisemitismus ist ein Produkt der Barbarei, während der Fascismus auf der höchsten Zivilisationsstufe steht und dem Antisemitismus diametral entgegengesetzt ist.«

Der Nationalsozialismus ist eine soziale Bewegung des alten und neuen Mittelstands (Angestellten- und Beamtenchaft) und der Bauern. Er ist aber zu gleicher Zeit auch eine nationalistische "Freiheits"bewegung, und er ist endlich die politische Formierung aller antidemokratisch-antiparlamentarischen Kräfte, die aus diesen und anderen Bezirken stammen ("Freiheits"bewegung nach innen). Führt man sich das vor Augen, so begreift man, daß eine Überwindung der Wirtschaftskrise zwar wichtig ist, daß ihre Rückwirkungen auf die nationalsozialistische Bewegung jedoch nur beschränkt sein können. (Ganz abgesehen davon, daß es eine Frage ist, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang die Arbeitslosigkeit "überwunden" sein wird.) Die anderen Triebkräfte sind eben keineswegs schwächer, sie besitzen jetzt sogar Eigenleben, das auch nach Abflauen der Wirtschaftskrise von größter Bedeutung bleiben dürfte, nachdem einmal ihre organisatorische und ideologische Zentrierung erfolgt ist. Wenn darum der Sozialismus und der demokratische Gedanke im Kampf gegen die nationalsozialistische Flut Sieger bleiben wollen, muß dieser Kampf mit einer klaren positiven Zielsetzung geführt werden, durch die dem deutschen Pseudofascismus nicht nur die ökonomischen Grundlagen genommen werden, sondern auch in den beiden anderen Richtungen seiner Ziele, wie er sie hinstellt, der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Nicht nur die physischen, sondern auch die psychischen Druckstellen müssen beseitigt werden, die zu dieser schweren Entzündung des sozialen Organismus geführt haben. Zu den physischen Druckstellen gehört die Arbeitslosigkeit, insbesondere solcher Schichten wie der Angestellten, denen die Arbeitslosigkeit zum erstenmal Erlebnis wird (im Gegensatz zur Arbeiterschaft, die als Klasse an diesen Vorgang sozusagen bereits "gewöhnt" ist), ferner die Verarmung und Proletarisierung des Mittelstands sowie die Not der Landwirtschaft. Zu den psychischen Druckstellen gehören die Verletzungen des aufgepeitschten nationalen Selbstbewußtseins, die dort am schmerzhaf-

testen sind, wo sie in Verbindung mit physischen Druckstellen stehen (Zahlungsverpflichtungen, Korridorfrage usw.). Warum die zweitgenannte Art der Verwundungen fast ausschließlich vom Bürgertum alter und neuer Prägung so schwer empfunden wird, mag in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Jedenfalls spielt bei der Überempfindlichkeit, mit der das Bürgertum im weitesten Sinn auf den ganzen Komplex des Zusammenbruchs von 1918 reagiert ("Dolchstoß", "Novemberverbrechen") die Erinnerung an das eigne Versagen, an den nicht ohne eignes Verschulden erlittenen Verlust der gesellschaftlichen Vormachtstellung eine wesentliche Rolle.

Hätte man rechtzeitig diese Umstände sorgfältiger beobachtet und sie in den Bereich des Aufbaus der eignen Politik einbezogen, so hätte es wohl kaum zu dem elementaren Ausbruch kommen können, den wir an jenem 14. September erlebten. Was ist aber beispielsweise von uns, speziell von der Sozialdemokratie, der naturgemäß dabei die Führung gehören mußte, getan worden, um den nationalistischen Verzerrungen nationaler Tendenzen rechtzeitig zu begegnen? Nationalismus kann nicht durch Hypernationalismus übertrumpft werden, und wenn etwas gefährlich ist, dann der heute in den Kreisen der Sozialdemokratie bemerkbare Drang dem Nationalsozialismus dadurch die nationalen Argumente zu entziehen, daß man darin die Konkurrenz mit ihm aufnimmt. Fast 10 Jahre hindurch hat die offizielle sozialdemokratische Politik den Fehler gemacht den ganzen Komplex zu ignorieren, somit auch diesem nationalistischen Freiheitsdrang nichts entgegenzustellen. Und jetzt sind wir umgekehrt in Gefahr in einen Wettlauf mit den Vertragsrevisionisten zu geraten. Eine mindestens absurde Situation, wenn man bedenkt, wie stark man sich eben erst *(mit Recht)* für die Younglösung eingesetzt hat. Angesichts der Unmöglichkeit den Neuen Plan im Sinn jenes jetzt bei uns üblichen Revisionsbegehrrens *(das seine Wortführer wohlweislich nie an die entscheidende Stelle, nämlich an die Vereinigten Staaten von Amerika, richten sondern nur zu antifranzösischer Hetze verwenden)* wirklich zu ändern muß eine solche Politik, die sich von der Gegenseite nur im Zeitpunkt ihrer Einleitung unterscheidet (siehe die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags im Februar 1930) ziemlich gedankenlos erscheinen. Wo ist da die Abgrenzung, wo die eigne konstruktive Linie? »Ich glaube, nichts tut heutzutage mehr not als der Mut zu einer radikalen Trennung von allem Nationalismus, der Mut sich wieder auf die humanistische, nicht nur internationalistische sondern kosmopolitische Gedankenwelt der größten Europäer und Weltbürger zu berufen.«¹ In dieser Forderung Hendrik de Mans scheint mir die Richtung angegeben zu sein, in der nicht nur geistig sondern auch außenpolitisch die positive Zielsetzung zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung liegen muß.

Dem Nationalsozialismus ist der Vertrag von Versailles die Quelle alles sozialen, nationalen und wirtschaftlichen Übels. Sein Angelpunkt ist die Forderung: Fort mit Versailles! Aber diese Politik ist nationalistisch und reaktionär, weil ihr Ziel in der Vergangenheit liegt. Sie führt in die Sackgasse. Die Parole der Sozialdemokratie muß demgegenüber lauten: Überwindung von Versailles durch Europa! Sie erfordert, konkret gesprochen, eine deutsch-französische Entente als A und O solcher Zusammenfassung. Dieser Weg führt ins Freie. Man hat zwar von diesem Gedanken in der

¹⁾ Siehe *de Man Sozialismus und Nationalfascismus* /Berlin 1931/ Seite 33.

Sozialdemokratie oft sympathisch gesprochen. Aber der Fehler war, daß man ihn niemals zu einer zentralen Forderung erhob, zu dem großen Nahziel aller sozialistischen Weltpolitik, die zugleich auch die einzige Möglichkeit der Lösung der nationalen wie ökonomischen Probleme des Deutschlands der Nachkriegszeit bildet. Welche ökonomischen Aussichten eine solche deutsch-französische Vereinigung schafft, braucht in den Sozialistischen Monatsheften nicht erst ausgeführt zu werden; handelt es sich doch hierbei um den jedem ihrer Leser vertrauten Grundpunkt ihrer Außenpolitik. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß gerade diejenigen, die in der Überwindung der ökonomischen Probleme die Grundvoraussetzung für die Überwindung des Nationalsozialismus erblicken, doch diese Wirkungen ganz besonders scharf ins Auge fassen müßten. Denn wenn überhaupt eine Aussicht auf baldige "Ankurbelung" der deutschen Wirtschaft besteht, dann nur durch die engste wirtschaftliche Kooperation mit Frankreich. Diese Lösung: die Überwindung der durch den Krieg geschaffenen politischen und sozialen Balkanisierung Europas durch den Zusammenschluß des Kontinents, kann ob ihrer Tragweite nicht radikal genug verfochten werden. Erst die Perspektive eines einzigen Europas auf der Basis engster deutsch-französischer Zusammenarbeit gibt nämlich auch dem Sozialisten in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten wichtige positive Argumente an die Hand: Das Anschluß-, das Korridorproblem lassen sich nur in diesem Zusammenhang einer Lösung nähern. Nur diese Forderung schafft eine produktive Fragestellung. Soll insbesondere die Wunde an der deutschen Ostgrenze, die doch eine Wunde im Körper Europas, nicht bloß Deutschlands ist, wirklich und für alle Zeiten geschlossen werden, dann nur durch die faktische Austilgung der Grenze im Rahmen der totalen Neugestaltung unseres Kontinents. Auch in anderer Richtung erweist eine solche Zielsetzung ihre Produktivität. Eine Angelegenheit wie die der Panzerschiffsbauten beispielsweise, die jetzt wieder der Sozialdemokratie manche Unbequemlichkeit bereitet, würde bei einer solchen Zielsetzung unter wesentlich anders gearteten Perspektiven erscheinen als den gegenwärtigen, wo sich unvereinbare Meinungen hoffnungslos diametral gegenüberstehen.

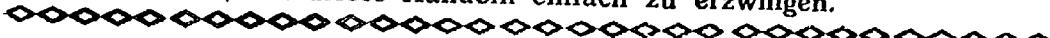
Die positive Zielsetzung zur Bekämpfung des Nationalsozialismus hat sich aber ebenso sehr auf die Überwindung der antiparlamentarischen Tendenzen zu erstrecken. Die Lösung kann hier nur Reform der Demokratie heißen. Wenn auch immer vom Kampf gegen das "System" die Rede ist, so zeigt doch die nähere Betrachtung, daß diese Gegnerschaft auf Erscheinungen beruht, die keineswegs Wesensmerkmale der Demokratie und des Parlamentarismus an sich sondern in erster Linie Fehler seiner deutschen Erscheinungsform sind. Wie sehr das insbesondere für die Jugend gilt, ist hier mit Recht bereits von Walther Pahl vor 4 Wochen gesagt worden: »Die Diktaturforderung der Rechtsopposition hat insbesondere in ihrer jüngern Generation keinen antidemokratischen Ausgangspunkt. Man opponiert vielmehr gegen ein System der Formaldemokratie, das der Interessentenpolitik organisierter Machtgruppen Tür und Tor öffnet und dadurch weder eine starke Staatsführung noch eine wirklich demokratische Selbst- und Mitregierung des Volkes ermöglicht.«² Ich möchte behaupten, daß dies nicht bloß für die jüngere Generation sondern für den Großteil der nationalsozialistischen

2) Siehe Pahl Raum für den sozialistischen Vortrapp, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 114.

Wähler überhaupt zutrifft. Eine Analyse der Hauptschlagworte der nationalsozialistischen Propaganda bestätigt es. Die Begriffe Parteienstaat und Bonzentum sind hier typisch. Sie weisen zugleich auf die Wurzel des Übels: die Lähmungs- und Entartungerscheinungen der deutschen Demokratie als Folge der spezifischen Konstruktionsform des deutschen Parlamentarismus. Sie zielen auf die schweren und immer wieder kritisierten Mängel in der politischen Willensbildung, auf jene oft grotesken Fehler bei der Führerauslese und auf die Erstarrung des politischen Lebens im bürokratischen Organisationsbetrieb. Das Schlagwort vom "Kampf gegen den Marxismus" gehört auch hierher. Es spiegelt die antiproletarische, arbeiterbewegungsfeindliche Haltung des Nationalsozialismus wider. Insoweit dies auf sozial-psychische Umstände zurückzuführen ist, die oben andeutungsweise erwähnt wurden, wird sich schwer dagegen ankämpfen lassen. Aber diese Animosität hat ihre Schärfe nicht nur durch den gesellschaftlichen und politischen Machtanspruch der Arbeiterbewegung als solcher bekommen sondern durch die Umstände, mit denen im Rahmen der deutschen Demokratie dieser Anspruch geltend gemacht und verwirklicht worden ist. Wenn darum der Forderung nach Reform des deutschen Wahlverfahrens eine besondere Bedeutung zukommt, dann gerade aus diesen Gründen; denn es ist kein Zweifel, daß das starre Listenwahlsystem mit seinen großen Wahlkreisen zu diesen Deformierungerscheinungen der deutschen Demokratie beigetragen hat.

Die Reform der Demokratie wird sich aber auch auf die Reichsreform zu erstrecken haben. Hier liegen nicht weniger tiefgreifende Ursachen für die allgemeine Diskreditierung des parlamentarisch-demokratischen Systems. Oder glaubt jemand im Ernst, daß der in den deutschen Ländern betriebene Überparlamentarismus mit der damit verbundenen Abgeordneten- und Ministerinflation geeignet ist die Autorität dieser Körperschaften wie überhaupt unseres Systems zu erhöhen? Er muß genau so schädliche Reaktionen auslösen wie die oft bis zur Farce gehende Degradierung des Systems durch die Parlamentsspielerei auch in den kleinsten Dimensionen der deutschen Länder. Die Reform der Demokratie, soweit sie sich auf die Reichsreform erstreckt, muß deshalb in der Forderung bestehen: den Volksstaat so aufzubauen, daß seine Konstruktion auch dem einfachsten Staatsbürger verständlich und übersehbar ist. Sie muß ihn aus jenem Irrgarten der Behörden und Instanzen befreien, in dem er sich heute befindet, und der ihm das Mißtrauen desjenigen einflößt, der übers Ohr gehauen zu werden fürchtet.

Die Quellen schließen, aus denen der Nationalsozialismus gespeist wird: das ist das Problem seiner Überwindung. Sie kann nicht in einem mechanischen Zurückdrängen der Bewegung bestehen sondern muß zu einem Prozeß organischer Eingliederung ihrer Anhänger in das System demokratischen Lebens werden. Sonst bleibt die Gefahr bestehen, eine ständige Bedrohung, ein Vulkan, der jederzeit wieder zum Leben erwachen kann. Denn es handelt sich nicht bloß um qualitativ wertvolle sondern auch um quantitativ sehr bedeutende Kräfte (zirka 7 bis 13 Millionen aktive Staatsbürger). Werden die republikanisch-demokratischen Parteien die Kraft zum Handeln, zum rechtzeitigen Handeln haben? Der Konservatismus, der sich allenthalben bemerkbar macht, namentlich auch in der Weiterentwicklung unserer Demokratie, gibt wenig Hoffnung. Die Stärke der nationalsozialistischen Bewegung dürfte aber ausreichen, um dieses Handeln einfach zu erzwingen.



RICHARD KLEINEIBST · WEST-ÖSTLICHES DIVERTIMENTO

Dank der krankhaften Entfremdung, welche der Nationalitätswahnsinn zwischen die Völker Europas gelegt hat und noch legt, dank ebenfalls den Politikern des kurzen Blicks und der raschen Hand, die heute mit seiner Hilfe obenauf sind und gar nicht ahnen, wie sehr die auseinanderlösende Politik, welche sie treiben, notwendig nur Zwischenaktspolitik sein kann: dank allem und manchem heute ganz Unaussprechbaren werden jetzt die unzweideutigsten Anzeichen übersehn oder willkürlich und lägenhaft umgedeutet, in denen sich ausspricht, daß Europa eins werden will.

Nietzsche

MAN ist versucht Georg Christoph Lichtenbergs Urteil über die »Zeitungen vom vorigen Jahr« zu zitieren: »50 Teile falsche Hoffnung, 47 Teile falsche Prophezeiung und 3 Teile Wahrheit«, wenn man sich im Geist ein Jahr zurückversetzt denkt. »Tardieuus Schlappe in London«, »Tardieu auf dem Rückzug« und so ähnlich las man in den Schlagzeilen über den Meldungen, die sich mit der Londoner Flottenkonferenz befaßten. Man jubelte, wie kurz vorher im Haag dem »eisernen Kanzler« Snowden, jetzt MacDonald zu und war glücklich, daß das »Forum für Europa wieder in entscheidender Weise nach London verlegt worden« war¹. England würde an seine Schiedsrichterrolle, natürlich zugunsten Deutschlands, gemahnt, und die »natürliche« Bundesgenossenschaft mit Italien im Kampf für Revision und Abrüstung, das heißt gegen Frankreich, propagiert. Der Gedanke der natürlichen Bundesgenossenschaft aller europäischen Völker und Staaten versank wieder einmal in dem Freudenmeer über »Frankreichs Isolierung«. Knapp 12 Monate später, und es wird offenbar, wie vor einem Jahr hier dargetan wurde, daß der unerschütterliche Wille Frankreichs Europa zu gestalten sich gegen alle widerstrebenden Kräfte durchgesetzt hat. Denn, und das muß immer wieder hervorgehoben werden, indem die französische Politik Englands Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent ablehnt, indem Frankreich, sicherlich zuerst aus nationalen Gründen, die Schwächung seiner Verteidigungsmittel zur See verhindert, Italiens Rivalität abwehrt, dient es dem Gedanken der europäischen Einigung, zwingt die »lateinische Schwester« in den europäischen Kurs. Es ist der britischen Politik nicht gelungen »im Mittelmeerbecken zu ihrem alten Grundsatz, dem Gleichgewicht der Mächte, zurückzukehren«: Formulierung der Wiener Arbeiterzeitung vom 5. Januar 1928. Dagegen Frankreich sich mit Italien, so weit man sehen kann, ohne Preisgabe seiner grundsätzlichen Ansprüche zu einigen. Wenn die Rolle des ehrlichen Maklers, die die beiden Minister des Labourkabinetts, Arthur Henderson und Albert Victor Alexander, dabei gespielt haben, ihnen zum besondern Ruhm angerechnet wird, so sei dagegen gewiß nichts eingewendet; der damit Hand in Hand gehenden Verdrehung und Verzerrung der Tatsachen muß allerdings widersprochen werden. Nach dem Vorwärts vom 3. März 1931 zum Beispiel ist »der Erfolg für den Frieden zur See der politischen Initiative, dem Führungswillen der organisierten Arbeiterschaft entsprungen«, als deren Vertreterin die britische Arbeiterregierung sich gegen alle Intrigen, vor allem der »französischen Diplomatie«, durchgesetzt habe. Nicht ist die Rede davon, daß vielleicht England diese Einigung brauchte, wollte es nicht den ganzen, für Großbritannien not-

1) Siehe dazu Kleineibst London oder Genf? und Zwischen London und Genf, in den Sozialistischen Monatshäften 1930 I Seite 124, 1930 II Seite 427 und folgende.

wendigen Flottenkompromiß mit Amerika aufs Spiel setzen; triumphierend kommt das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie vielmehr zu dem Schluß, daß mit diesem Abschluß der französischen Diplomatie »das Mittel aus der Hand geschlagen ist die englische in Landrüstungsfragen auf ihrer Seite gegen Deutschland zu halten«. Während man dies im *Vorwärts* lesen muß, zu seinem Staunen weiter erfährt, daß die Arbeiterregierung diesen Erfolg hatte, weil »Italien, aber auch Frankreich der finanzielle Atem auszugehen« drohte, wird in der bürgerlichen Presse, heute wenigstens, zugegeben, daß England unter einem unausweichlichen Zwang stand, wobei neben anderm auch die finanzielle Stärke Frankreichs eine Rolle spielte. Von einem »Sieg« der englischen Politik war dort schon lange nicht mehr die Rede, viel eher von einem Druck, den Frankreich (was man ihm bitter übel nahm) auf das Inselreich ausübt. Daß dieser Druck, gepaart mit Konzilianz gegen England und Amerika, mit überlegener Geduld gegen Italien, nach wie vor das Ziel hat den internationalen Schutz durch internationales Recht an Stelle eines angelsächsischen Sonderrechts, der *pax anglosaxonica*, zu schaffen, wie das zum Beispiel Norman Angell seinen Landsleuten auseinandergesetzt hat², das allerdings geht vorläufig noch über das Begriffsvermögen deutscher Politiker und politischer Journalisten hinaus.

Im Gegenteil, die Teilerkenntnis von einer (mindestens zeitweiligen) Überlegenheit Frankreichs über das angelsächsische System, soweit Europa in Frage kommt, führt charakteristischerweise nur zu der besorgten Frage: Wer trägt die Kosten der Einigung? Und die Antwort lautet ganz übereinstimmend: Deutschland. Wieder im Gegensatz zum *Vorwärts* fürchtet man geheime Abmachungen, die sich auf die Abrüstungskonferenz von 1932 beziehen. Ob es nun in Riesenbalken im Völkischen Beobachter heißt: »Deutschlands Versklavung soll verewigt werden«, oder in der Kreuzzeitung: »Flotteneinigung auf Deutschlands Rücken«, oder in der Vossischen Zeitung: »Der Rüstungshandel in Paris, Einigung London-Paris, aber auf Kosten der Abrüstung«, oder ob die Germania am 27. Februar schreibt: »Wir haben in Deutschland die bevorstehende englisch-französische Einigung mit berechtigtem Mißtrauen verfolgt, wird sie doch trotz aller englischen Dementis eine Festlegung der englischen Haltung auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz auf Deutschlands Kosten einschließen müssen«, das sind nur Unterschiede im Ton, nicht in der Sache. Die (man möchte sagen: aus bösem Gewissen geborene) Fragestellung ist nun allerdings überaus aufschlußreich. Sie zeigt, daß nach wie vor von deutscher Seite Frankreich die Rolle des »Erbfeinds« zugeschrieben wird, während man von England, als dem natürlichen Gegenspieler Frankreichs, Heil und Unterstützung erwartet. Wahrlich, man kann es Großbritannien nicht übel nehmen, wenn es so freundwillig gebotene Beihilfe für seine traditionelle Politik des sogenannten Kräfteausgleichs nicht ausschlägt. Aber man darf sich auch nicht wundern, wenn der Weg zur Verständigung der europäischen Mächte so steil und steinig ist.

Die Hoffnung auf die Überwindung Frankreichs durch England hat, wie vorzusehen war, wieder mit einer Enttäuschung geendet; die Erwartung im Bund mit einem von Großbritannien gestützten Italien eine Front der Revisionsstaaten zu bilden hat getrogen; wieder einmal hat Frankreich seine Stärke und überlegene Politik offenbart. Auf die nunmehr sehr naheliegende

2) Siehe Weingarts *Wo steht die Labour Party?*, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 II Seite 426.

Frage, ob es nicht einen Weg zur Verständigung mit dem stärkern Nachbar gibt, ist man wiederum in Deutschland nicht gekommen. Man sieht sich lieber nach neuen, nach anderen Bundesgenossen um. Hatten vor kurzem die schwerindustriell-nationalistischen Leipziger Neuesten Nachrichten wiederholt die Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses sogar mit Genugtuung notiert, so spukt jetzt wieder in den Spalten dieses Blatts eine höchst lächerliche Idee: nämlich einer gemeinsamen Front der »zwangswise Abgerüsteten«. Viel ernster zu nehmen ist die andere neueste Parole »Schluß mit der westlichen Orientierung sowie mit dem Verständigungswahn!«, wie sie in der Kreuzzeitung am 25. Februar rückhaltlos ausgesprochen wurde. Wäre sie nur da zu finden, man brauchte das lediglich als eine absonderliche Verirrung zu zitieren. Aber das Zentralorgan des Zentrums, die Germania, ließ sich am 27. Februar in ähnlicher und also besorgniserregender Weise vernehmen. In einem Aktivität in der Abrüstung betitelten Leitartikel, der unter anderm eine Polemik gegen die Auslassungen des französischen Kriegsministers Maginot über die Abrißungsfrage enthält, heißt es: »Sollte das französische Kabinett mit seinem Kriegsminister in dieser Auffassung... einig gehen, so hätte es nicht den geringsten Zweck, daß Deutschland noch ein weiteres Wort an Frankreich richtete, daß es in Genf seine Zeit mit nutzlosen Abrißungsverhandlungen vergeudete.«

Konnte man diese Drohung, die allerdings nur aus einer merkwürdigen Verkennung der Kräfteverhältnisse zu erklären ist, immerhin der Erregung über die Rede des französischen Kriegsministers zugute halten, so gilt das nicht für einen vermeintlich diplomatischen, schließlich aber mit unverhüllten Drohungen arbeitenden Artikel betitelt Verschobene Fronten, der im gleichen Organ am 24. Februar erschien. Da wird zwar eingangs der »bekannte außenpolitische Küchenzettel« der nationalsozialistischen Presse ironisiert, es werden weiterhin »Persönlichkeiten und Kreise der Mitte« gewarnt »unter dem Eindruck selbstverschuldet Enttäuschungen das Kind mit dem Bade« auszuschütten, auch wird noch skeptisch über die Empfehlung des Professors Albrecht Mendelssohn-Bartholdy den Austritt aus dem Völkerbund vorzunehmen geurteilt und die »Verständigung Berlin-Rom-Moskau«, überhaupt die von anderer Seite noch visierte »Ostorientierung« kritisch betrachtet. Aber schließlich, und das ist das Entscheidende, heißt es doch:

»Es ist eine tragische Verkettung von Umständen, die uns in Deutschland zwingt unsere europäischen Kampfgenossen für Revision, Abrüstung und Gleichberechtigung in einem Lager zu suchen, dessen rechts- und linksextreme Ausstrahlung innerpolitisch in berechtigter Notwehr und im Interesse des vaterländischen Gemeinwohls [wir] mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Aber es ist etwas anderes ein Stück Weges gemeinsam zu gehen und gelegentlich Gemeinschaftsarbeit ohne bindende Verpflichtungen zu leisten oder aber sich auf Gedeih und Verderb an Kolosse zu ketten, die im entscheidenden Augenblick auch uns selbst hemmungslos niederwälzen würden. Gewiß könnte jener Augenblick einmal eintreten, wo Deutschland zu hoffen aufhört, und dieser Augenblick könnte uns und Europa zum Verhängnis werden. Aber warum sollen wir den uns noch gebliebenen Zeitraum des Hoffens durch eine Ungeduld abkürzen, aus welcher nur der Radikalismus Vorteil zieht, und die nur bei den Urteilslosen Popularität erringen kann? Gewiß gilt es gerade in der nächsten Zukunft für uns wachsam zu sein, denn die Gegner sind auf ihrer Hut und drohen uns mit neuen Scheinparolen und einem neuen Junktim zu erdrücken. Aber erst, wenn wir auch in diesem neuen Kampf um wirtschaftliche und politische Vernunft und um die deutsche Gleichberechtigung im Stich gelassen würden, wäre die Zeit gekommen künftige Schritte zu erwägen.«

»Gewiß«, um mit der Germania zu sprechen, sind das alles nur »Erwägungen«, aber, und das muß sehr stark betont werden, mit solchen Zweideutig-

keiten dient man allem andern als der Verständigung mit den Nachbarvölkern; auf der glatten Bahn solcher Wenns und Abers ist das wilhelminische Deutschland schließlich in den Weltkrieg "hineingeschlittert". Diese Spuren sollten schrecken. Und vielleicht ist die Verbindung zwischen solchen Auslassungen und der Rede des französischen Kriegsministers mehr als nur eine Kombination. So oder so: Zweideutigkeit erweckt Mißtrauen. Im Gegensatz zu einer sonst meist geübten Rücksicht stellte denn auch das Organ des französischen Auswärtigen Amts, der Temps, am 2. März in einem Leitartikel unter Bezugnahme auf die Germania ungeduldig und ohne Reserve die Frage an Deutschland: Was wollt ihr eigentlich?

»Es wäre ohne Zweifel notwendig, daß die Deutschen sich endlich einmal unzweideutig zu der Frage (point de savoir) äußerten, ob sie die allgemeine Abrüstung wollen (zum mindesten die allgemeine Beschränkung der Rüstungen in einem, mit der Vernunft und der Möglichkeit zu vereinbarenden Maß) oder ihre eigne Wiederbewaffnung.«

Nur diejenigen könnten sich über jede Annäherung anderer Völker, die zum Zweck einer ausgedehnten Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erfolge, beunruhigen, »die noch den Hintergedanken hegen in der Unruhe und Unordnung des internationalen Lebens einen Weg für Eroberungs- und Herrschaftspolitik zu suchen«.

Diese Unsicherheit über die wahren Absichten Deutschlands ist es, die Frankreichs Verlangen nach Sicherheit durch unzweideutige Garantieen nie einschlafen lassen wird. Diese Garantieen sucht es nach wie vor einmal auf dem Weg des Genfer Protokolls, dem Deutschland, auch nach wie vor am Gängelband Englands sich bewegend, mit komischem Abscheu immer im großen Bogen ausweicht, zum andern auf dem Weg der Zusammenfassung und Einigung der europäischen Staaten. Beide Linien laufen parallel. Nur insoweit dieses Bemühen von der bolschewistischen Regierung Rußlands durchkreuzt wird, kann man (was augenblicklich Mode ist) von einer antirussischen Politik Frankreichs sprechen. Ein mit der "russischen Dampfwalze" liebäugelndes Deutschland ist den Franzosen freilich verdächtig. Verdächtig ist ihnen auch die jetzt besonders stark in die Erscheinung tretende Propaganda für den Bolschewismus, die ein merkwürdiges Doppelgesicht zeigt. Wie auf Kommando sind Zeitschriften und Zeitungen der kapitalistischen Welt, vor allem in England, Amerika und nicht zuletzt in Deutschland, voll von Nachrichten über einen »Alarm« vor der gewaltigen Katastrophe, die den kapitalistischen Staaten nach dem angeblichen Aufbau Rußlands gemäß dem sogenannten Fünfjahresplan erwachsen soll. Nun zeigt schon ein einfacher Vergleich mit dem Soll dieses Plans, wie wenig gegenständlich solche Gefahr wäre, selbst wenn die Aufgaben so durchgeführt würden, wie sie auf dem Papier stehen. Auch dann, wenn alles erreicht wäre, was man erreicht zu haben behauptet, bliebe Rußland in der industriellen wie agrarischen Produktionsfähigkeit noch weit hinter den eigentlich kapitalistischen Ländern des Westens und von Übersee zurück, könnte sein Dumping, das zu gewissen Zeiten und auf gewissen Gebieten natürlich immer einmal lästig sein kann, in absehbarer Zeit nicht zu einer Gefahr für den Kapitalismus werden. Daß sich hinter solcher tendenziösen Mache nebenbei auch der Wunsch nach einem sozialen Dumping innerhalb der kapitalistischen Welt verbirgt, ist nicht unwahrscheinlich. Das ist die eine Seite. Die andere, einfachere, ist das Bedürfnis der russischen Machthaber nach Rechtfertigung, das sich immer in der verschiedensten Form gezeigt hat, im

Augenblick in einer Neuaufnahme der "Verräter"prozesse. Kommen nun zu einer Propaganda für politische Orientierung zum bolschewistischen Rußland hin die militärische hinzu und eine wirtschaftliche, wie sie sich in der Reise deutscher Industrieführer als Gäste der "Sowjetunion" ausdrückt, so kann man das in Frankreich kaum anders verstehen, als daß es durch Deutschland wieder, von einer andern Seite her, unter Druck gesetzt werden soll.

Und wenn es sich einer Täuschung hingeben sollte, zu welchen Konzessionen es sich bereitfinden müßte, um sich das Wohlwollen Deutschlands zu erkaufen, so lassen ihm die ständig wiederholten Forderungen nach den Rezepten der nationalsozialistischen Heilgehilfen keinen Zweifel. Da Frankreich aber nicht daran denkt und auch nicht daran denken kann Polen preiszugeben (und das wäre die erste von ihm geforderte Konzession), so wird sein Drang nach Sicherheit aus eigner Kraft um so stärker, je weniger Deutschland, von dessen Einsicht schließlich alles abhängt, für die über-nationalen Garantien zu haben ist, je weniger es sich dem Europaplan geneigt zeigt. Nicht als ob die mißtrauische und mißmutige Zurückhaltung Deutschlands Aristide Briand und mit ihm das französische Volk in seinen Absichten hätte irre werden lassen. Wer das meint, unterschätzt den revolutionären französischen Geist, diese glückliche Paarung aus Kühnheit und Aufgeschlossenheit der Idee gegenüber und vorsichtigem Abwägen in der Praxis. »Frankreich will die Europäische Frage in seinem Sinn lösen«, sagt am 3. März etwas orakelhaft in der Germania deren Pariser Korrespondent; sagt es in einem Artikel, der Rivalen oder Bundesgenossen? überschrieben ist und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien behandelt. Die englische Freundschaft, wird da weiter ausgeführt, bliebe für Frankreich von erster Wichtigkeit, »solange sich Frankreich mit Deutschland nicht ausgeglichen hat«. Ja, es wird sogar als eine Illusion bezeichnet anzunehmen, daß ein englisch-französischer Konflikt eintreten würde, »und daß Deutschland hieraus wesentlichen Nutzen ziehen könnte«. Und dann wird, unter Hinweis auf den Bolschewismus, dargetan, warum Frankreich an dem Wohlergehen der Kleinbauern Südosteuropas interessiert ist. Auch Jules Sauerwein bezeichnete in der Prager Presse vom 28. Februar 1931 diese Kleinbauern als einen »Schutzbauern gegen den Bolschewismus«. Aber es bedarf dieser Argumentation ad hominem gar nicht, die allzu leicht mißdeutet werden könnte und natürlich absichtlich mißdeutet wird. Die zivilisatorische Erschließung der europäischen Agrargebiete ist ein integrierender Bestandteil des Europaplans, was unter anderen Francis Delaisi in einem ausgezeichneten Vortrag auf der Friedenskonferenz in Warschau im Jahr 1928 entwickelt hat. Unter diesem Gesichtspunkt sind die beiden Agrarkonferenzen zu betrachten, die eben in Paris abgehalten wurden, und die Pläne zu einem unter dem Patronat des Völkerbunds stehenden Finanzinstitut.

Welche Bedeutung wirtschaftlicher und politischer Natur die Erschließung dieser Gebiete auch und gerade für Deutschland hat, ist schon früher dargetan worden. Hat man es in Deutschland begriffen? Mindestens beschäftigt man sich damit, und grundsätzlich in bejahendem Sinn. Von einer Seite, von der man es nach bisherigen Erfahrungen kaum erwartet hätte, von der Zeitschrift für Geopolitik, wurde im Februar, in einem Artikel Erich Obsts, auf die Notwendigkeit hingewiesen »den Austausch südosteuropäischen Getreides gegen deutsche Industrieware im Sinne einer reziproken Präferenz [zu] orga-

nisieren«. Aber das ist nicht alles. Das könnte ja gerade auf den früher auch in eben jener Zeitschrift propagierten Plan eines »regionalen Zusammenschlusses« gedeutet werden, wie er unter dem Schlagwort Mitteleuropa als Hindernis für den gesamteuropäischen Zusammenschluß ausgetüftelt worden ist. Wenn Obst sich auch noch für »etappenweisen Zusammenschluß« als den Vorläufer zu einer »politischen Föderation« einsetzt, so insistiert er doch anderseits darauf, daß »auf absolute Souveränität verzichtet, und statt dessen eine Kooperation betrieben, ein staatlicher Organismus höherer Ordnung erstrebt werden« müsse. Und während noch in seinem Buch *England, Europa und die Welt* England als ein natürlicher Partner des neuen Europas angesprochen worden war, heißt es heute, Deutschlands Interesse gehe keineswegs darauf hinaus »den italienisch-französischen Gegensatz als Handlanger des Angelsachsenstums zu verstärken sondern umgekehrt die beiden "lateinischen Schwestern" wiederzusammenzuführen, um mit ihnen als Dritter im Bunde ein neues Europa zu schaffen«. Man dürfe nicht »um etwa lockender momentaner Vorteile willen« den Weg zu einer Entwicklung verbauen, »die unseres Staates und unserer Nation Zukunft in sich schließt«. Es handle sich darum »jetzt schon eine Entscheidung grundsätzlicher Art zu fällen, um unserer Außenpolitik so oder so die Richtung für Generationen zu geben«. Eindeutiger noch und ganz entschieden setzt sich in einem vom Berliner Börsenkurier am 17. Februar veröffentlichten Artikel, der im In- und Ausland viel beachtet worden ist, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Farbenindustriekonzerns, Carl Bosch, für einen »Wirtschaftsausgleich mit Frankreich« ein. Der klar und bestimmt gefaßte Artikel schließt mit den Worten:

»Es ist eine der wichtigsten Aufgaben für vernünftige Menschen in Deutschland und Frankreich durch Überwindung politischer Ressentiments und Propagierung wirtschaftlicher Vernunft die Grundlage für eine Konsolidierung Deutschlands und Frankreichs und damit Europas zu legen.«

Hier ist der Kernpunkt der ganzen Europäischen Frage angeschnitten. Und »es brauchte dazu unsrerseits keines politischen Verzichts, es sei denn des Verzichts auf törichte rhetorische Drohungen«. So in einem in Paris geschriebenen Artikel W. von Schnitzlers, der im Verlauf seiner Untersuchung nicht versäumt die »einseitig angelsächsische finanzielle Orientierung« Deutschlands zu beklagen, eine Orientierung, die »oft bis zur Brüskierung Frankreichs (Moreau, Quesnay usw. wissen davon zu sagen)« ging³⁾. Es handelt sich freilich um mehr als nur um eine finanzielle Orientierung dieser Art, es besteht eine geistig-politische Abhängigkeit von den angelsächsischen Mächten, die Wladimir d'Ormesson in einem Artikel Für deutsch-französische Verständigung, den er dem Berliner Tageblatt schrieb, und der dort am 1. März erschien, in feiner Weise ironisiert, wenn er von der »Öffentlichen Meinung Deutschlands« aussagt, daß sie »merkwürdig schüchtern ist, sobald es sich um die Vereinigten Staaten handelt«, während sie es Frankreich gegenüber vorzieht »fortwährend ein ganzes Bündel von Ansprüchen zu präsentieren, eine Politik, die gerade durch ihre En-bloc-Formulierung jede praktische Bemühung lähmt«. Will Deutschland »wirklich eine konstruktive Verständigungspolitik«? Das ist die Frage, die d'Ormesson stellt, es ist die Frage, die das ganze französische Volk bewegt. Hat Deutschland das Recht sie zurückzugeben? Kein aufmerksamer Beobachter kann das mit Ja beantworten. Und hätten über Frankreichs Gesinnung Zweifel bestanden (die bei

³⁾ Siehe von Schnitzler Soziale Struktur und Außenpolitik in Frankreich, im Deutschen Volkswirt 1930-1931 Seite 676.

niemandem bestehen können, der das französische Volk aus der Nähe betrachtet hat⁴), der überwältigende eindrucksvolle Sieg Briands in der Deputiertenkammer, seine bei aller Festigkeit in Einzelfragen konziliante und verständnisvolle Rede, dazu die spontane Antikriegsdemonstration in jener Sitzung am 3. März, müßten auch dem Blindesten die Augen geöffnet haben. Die "da drüben" sind guten Willens, das ist die Erkenntnis, zu der schon vor dieser Kammersitzung der neue Pariser Korrespondent der Frankfurter Zeitung, Benno Reifenberg, in einem, am 26. Februar veröffentlichten, vom 23. Februar datierten Artikel gekommen ist. Der Durchschnittsfranzose fühle sich, so schreibt der Nachfolger Friedrich Sieburgs, »tief im Innersten seines Lebens als nicht aggressiv, und er begreift die Deutschen nicht, deren jede Regung, jeder Wunsch ihn zu bedrohen scheinen«:

»Er hat also, und das ist so wichtig und muß völlig klar erkannt werden, ein gutes Gewissen. Schwerlich kann es deshalb gelingen auf ihn eine moralische Pression auszuüben und ihn zu zwingen abzurüsten. Wir brauchen hier den circulus vitiosus nicht noch einmal zu enthüllen, den diese ganze Abrüstungsdebatte über Deutschland-Frankreich beschreibt. Wichtig im Zusammenhang dieses Aufsatzes bleibt nur die Tatsache, daß der Durchschnittsfranzose für die deutsch-französische Politik nur dann eine Aktivität aufbringen wird, wenn noch etwas anderes zum Thema steht als die Abrüstung allein.«

Reifenberg bestätigt für Frankreich an der Hand einer auf die verschiedensten Gebiete sich erstreckenden Darstellung die »Bereitschaft eine positive deutsch-französische Politik zu treiben«.

Wer möchte sich vermassen trotz allen hier zitierten, mit Fleiß herausgesuchten Ansätzen die gleiche Bereitschaft für Deutschland zu beschwören? Ist es nicht erschütternd, daß die Germania, in der man in manchen französischen Kreisen das Blatt des deutschen Reichskanzlers sieht, Briands Kammersieg (so ist ihr Leitartikel am 4. März betitelt) mit mürrischer Nörgelei glaubt begleiten zu müssen, daß sie hartnäckig die italienische Karte in ihrem Spiel festhält, um mit Schadenfreude sich in die Auffassung zu verbeißen, es sei völlig abwegig »von einer Änderung des fascistischen Kurses und etwa einer Festlegung auf die westeuropäische Orientierung zu sprechen«? Und wie deutlich kommt dann unter dem blütenweißen Gewand deutschen Rechtsanspruchs der Pferdefuß der angelsächsischen Orientierung heraus, wenn es schließlich heißt, »daß die französischen Rüstungen sich vorwiegend gegen Italien richten, das angesichts der deutschen Waffenlosigkeit die historische Rolle zu übernehmen sucht das kontinentale Kräftegleichgewicht in Europa wiederherzustellen, dessen Stürzung zu einer so bedenklichen Hypertrophie der einseitigen französischen Orientierung in Europa geführt hat«. Einen Fingerzeig für die künftige deutsche Politik, wie sie der Germania offenbar angemessen erscheint, gibt dann der Schlußsatz des Artikels, der aus der falschen Voraussetzung nun die also formulierte Konsequenz zieht:

»Ob Deutschland zwischen beiden oder auf einer der beiden Fronten stehen wird, ist die Schicksalsfrage künftiger europäischer Politik.«

Heißt das etwas anderes als den ganzen Gedanken der europäischen Einigung, des europäischen Zusammenschlusses verleugnen, aus einer Schicksalsfrage für Europa eine bloße Konstellation für Deutschland machen wollen?

Hier sind die Nachwehen einer, unter nationalsozialistischem Druck geborenen, falsch orientierten Außenpolitik, mit der fertig zu werden die drängendste

⁴⁾ Siehe dazu Hartig Eindrücke eines deutschen Sozialisten in Frankreich, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 1221 und folgende.

Aufgabe für das begonnene entscheidungsvolle Jahr sein wird. Die Lose sind geworfen, es gilt das richtige aufzunehmen. Aus der Rede Grumbachs, aus der Rede Briands in der französischen Kammer ist zu schließen, daß Frankreich deutschen Forderungen, die begründet sind und der Verständigung dienen, entgegenzukommen bereit ist. Aber das gleiche Frankreich wird, das scheint außer Zweifel, sich bis zur Unnachgiebigkeit auf der ganzen Linie verhärten, wenn Deutschland seine Außenpolitik lediglich auf seine innenpolitischen Bedürfnisse zuzuschneiden sucht (so weitgehendes, weitestgehendes Verständnis man auch in der französischen Regierung immer wieder für die inneren Bedrängnisse der deutschen bekundet), wenn es von der andern Seite blindes Vertrauen verlangt, ohne es sich selbst durch grundsätzliche Anerkennung einer übernationalen Rechtsnorm zu verschaffen, wenn es, wie die Germania in dem eben zitierten Artikel, die »Sanktionsformel des Genfer Protokolls« als indiskutabile, längst überholte Angelegenheit abtut, wenn es vor allem moralisch nicht abrüsst. Geht Deutschland nur als Fordernder und nicht auch als Gewährender zu der Abrüstungskonferenz im nächsten Jahr, mißachtet es die geschaffenen vertraglichen Grundlagen und durch Verhandlung erreichten Konventionen, so wird es nicht nur isoliert sein, es wird den Grund zu einer neuen "Einkreisung" legen, zu einer Atmosphäre des Mißtrauens und der Unsicherheit, wie sie vor 1914 bestanden hat. Kann sich jemand vorstellen, daß Deutschland dann (auch mit dem bolschewistischen Rußland im Rücken: dies in des Wortes bösester Bedeutung) etwas anderes erlebt als eine neue Katastrophe?

WALTHER MAAS · DAS ANDERE EUROPA

ROSZ sind die Probleme Industrieuropas: Mangel an Export, Arbeitslosigkeit, Hunger. Aber es gibt ein anderes Europa, das zwar keinen Lebensmittelhunger leidet, aber sich nicht kleiden kann, keine Industrieartikel, die nun einmal zum modernen Leben gehören, kaufen kann: Agrareuropa. Deutschland liegt auf der Grenze beider. Wir haben eine industrielle Krise, aber auch eine agrarische. Stadt und Land tauschen ihre Nöte gegen einander aus, die sich so verstärken. Und an vielen Stellen zeigt sich: Man kann manches in Deutschland nicht lösen, man muß es in größerem Rahmen lösen, in Europa. Gewiß, betrachtet man die Einfuhr an Getreide fast aller europäischen Länder, so erscheint der Zustand hoffnungslos. Man sehe den Getreide-einfuhrüberschuß in den einzelnen Ländern. Sein Wert betrug 1929 in England 1950 Millionen Mark, in Deutschland 1160, in Frankreich 600, in Belgien 600, in Italien 530, in den Niederlanden 450, in Dänemark 220, in der Schweiz 200, in Österreich 175, in Schweden 165, in Griechenland 130, in Norwegen 110, in der Tschechoslowakei 100, in Finnland 100, in Spanien 100, in Polen 90, in Portugal 60, in Lettland 30, in Estland 21 Millionen. Weder Einfuhr noch Ausfuhr hatten Albanien, Litauen, Türkei. Nur 4 Länder haben einen Ausfuhrüberschuß, und zwar Rumänien von 490 Millionen Mark, Ungarn 150, Bulgarien 30, Südslawien 20 Millionen. Es sieht so aus, als könnte Europa sich nicht aus eigner Scholle ernähren.

Doch dieses Bild trügt, trügt doppelt. Denn einmal: Wer will zum Beispiel behaupten, daß die Norddeutschen vom Konsum des Roggens zu dem des Weizens übergehen *mußten*? Bessere Einsicht der Konsumenten, die von

ihrem ‹falschverstandenen› Interesse abgehen und sich den Postulaten der Produktion anpassen sollten, könnte da allerlei erreichen. Man soll Erscheinungen wie Mussolinis battaglia del grano nicht unterschätzen. Und der andere Trugschluß ist der an eine Stabilität des Ertrags zu glauben. Man kann die Erträge gewaltig steigern. Der deutsche Weizenertrag pro Hektar beträgt 17,8 Doppelzentner. Es ist um 70 % höher als vor einem Jahrhundert. Und doch steht der deutsche Hektarertrag erst an 7. Stelle in Europa. Dänemark wirtschaftet 27,6, Holland 26,5, Belgien 25,6 Doppelzentner heraus, Italien aber zum Beispiel nur 12,1, Polen 11,4, Südslawien 10,9, Bulgarien 10,5, Spanien 9,1, Rumänien 7,7 Doppelzentner. Es kann also der rumänische Ertrag verdreifacht werden, bis er den belgischen erreicht. Aber eine solche Intensivierung der Landwirtschaft kostet Geld. Und gerade daran fehlt es. Hinzu kommt die Zersplitterung des Wirtschaftsraums, kommt das gegenseitige Mißtrauen, der Mangel an Zusammenarbeit. Der Weltkrieg bewirkte, daß wir in Osteuropa 12 Staaten haben: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Griechenland. Hier ist auch eine Kreuzung der verschiedensten politischen Kraftlinien: Das französische System hat Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien für sich gewonnen, das englische System ist über die baltischen Staaten straff gespannt, hat aber auch anderswo starke Einflüsse. Italien hat in Albanien einen festen Platz, beherrscht Ungarn, Bulgarien und sucht in Griechenland und Rumänien Fuß zu fassen. Politische Konstellationen modifizieren die Forderungen wirtschaftlicher Vernunft.

Es kamen die guten Ernten von 1927 bis 1929. Es kam die ungeheure Ackerflächenvergrößerung in Canada und Südamerika. Setzt man die Agrarproduktion von 1923 = 100, so betrug sie 1928 in Europa (ohne Rußland) 126, in Südamerika 123, in Nordamerika 107, in Afrika 119, in Australien 118, in Asien (ohne China und Rußland) 116. Es kam zum agrarischen Preissturz. Zwar sind Rumänen, Serben usw. genügsam, sehr genügsam, aber hungern können auch sie nicht viel länger als andere. So entstand das Problem des Absatzes zu erträglichen Preisen. Die Industrieländer wollen billig Getreide einkaufen. Aber sie wollen auch Industriewaren verkaufen. Werden die Agrarprodukte zu billig, sinkt die Kaufkraft der Agrarländer, und die Industrieländer werden ihre Waren nicht los: Situation von heute. Im Südosten, in den europäischen Agrarexportländern, wurde man zuerst mobil. Es kam zur Konferenz von Sinaja am 1. August 1930. Was wollte man? Die Denkschrift der südslawischen Regierung schlug vor den Agrarexport in der Hand staatlich subventionierter Genossenschaften zu konzentrieren, die mit ähnlichen Organisationen in den Industrieländern auf der Basis des Do-ut-des-Prinzips verhandeln, also mit anderen Worten mit Weizen und Mais Maschinen kaufen sollen. Um den Exportländern einen größeren Anreiz für ein derartiges Geschäft zu geben, dessen Schwierigkeiten vor allem in der Konkurrenz der Überseeländer liegen, sollen Südslawien und Rumänien zu einem Verbraucherblock von 32 Millionen Menschen zusammengeschlossen werden. Das Ziel ist eine Zollunion beider Staaten. Am 1. September tritt das südslawisch-rumänische Handelsabkommen in Kraft, das als Vorstufe zu künftigen engeren Bindungen gedacht ist. In den Beziehungen zu dritten Staaten unterscheidet die südslawische Denkschrift 4 Etappen: »Die 1. Etappe besteht in einer vollkommenen Reglung unserer Beziehungen zu Rumänien, die 2. betrifft das Verhältnis zur Tschechoslo-

wakei. Dann wird es zu einer Reglung mit anderen Staaten kommen müssen, nämlich 3. mit Polen, Ungarn, Bulgarien, Österreich und schließlich 4. mit Deutschland, Frankreich, Italien.« Alles das sieht rein wirtschaftlich aus, aber sofort meldete sich die Politik. Rumänien, Südslawien und die Tschechoslowakei bilden die Kleine Entente. Aber Rumänien und Südslawien sind Agrarländer, die Tschechoslowakei tritt auf dem Weltmarkt als Industrieland auf. Benesch' Idee ist es seit langem die Kleine Entente auch wirtschaftlich zu fundieren. Nur ist es damit schlecht bestellt. Die tschechische Industrie hat weder in Rumänien noch in Südslawien erheblich Fuß gefaßt, eine Stabilisierung der bisherigen Kontingente wäre für die Tschechoslowakei keineswegs angenehm. Und andererseits wird die Regierung von den tschechischen Agrarieren mitgestellt. Der Osten der Tschechoslowakei ist rein agrarisch, es dürfte schwer halten diese Agrarinteressen mit den Konzeptionen der Bündnispartner unter einen Hut zu bringen. Sensation rief es hervor, als an der Agrarkonferenz von Bukarest auch Ungarn teilnahm. Hier traten jetzt rein politische Momente: Donauföderation, Stellung der Tschechoslowakei in einer solchen, Rolle Österreichs dabei, Stellung des Deutschen Reichs, als Störungsfaktoren im wirtschaftspolitischen Progreß in Aktion; doch sei auf die einzelnen Phasen hierbei nicht eingegangen.

Es kam zur Konferenz von Warschau vom 28. bis 31. August, an der 9 Staaten teilnahmen: Bulgarien, Südslawien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen, Estland, Lettland, Finnland. Vor der Konferenz schrieb das offiziöse rumänische Organ *La Nation Roumaine*, daß 3 Aufgaben vor ihr ständen: 1. Der europäische Markt sei für das europäische Getreide zu sichern. 2. Die 9 Staaten sollten sich keine Konkurrenz machen sondern nach klimatischen und ähnlichen Gesichtspunkten unter sich eine Arbeitsteilung bewirken. 3. Die 9 Staaten sollten sich gemeinsam mit den europäischen Industriestaaten ins Einvernehmen setzen. Man nahm in Warschau eine lange Resolution an, deren einzelne Punkte folgendes besagen: a) Es sollen Verkaufssyndikate in den einzelnen Ländern geschaffen werden, und zwar für jedes einzelne landwirtschaftliche Produkt, zuerst für die von der Krise am meisten betroffenen. Zu diesem Zweck sollen Silos errichtet und Kreditorganisationen geschaffen werden. Die Verkaufssyndikate sollen international zusammenarbeiten. b) Es soll ein Studienkomitee für mittelfristigen Agrarkredit gebildet werden. c) Die 9 Länder sollen auf den Genfer Fragebogen vom 24. März 1930 eine gemeinsame Antwort geben, des Sinnes, daß sie Präferenzzölle für europäisches Getreide verlangen. Sie geben zu, daß das ein Verstoß gegen den Gedanken der Meistbegünstigungsklausel ist, aber dies sei das einzige wirksame und praktische Mittel »destiné à atténuer la crise agraire«. d) Es sollen weitere gemeinsame Agrarkonferenzen der 9 Länder abgehalten werden, spätestens eine im Herbst 1931. Es soll ein gemeinsames Bureau eingerichtet werden, zum Zweck des Studiums dieser Probleme, aber auch zur Durchführung der gemeinsamen Beschlüsse. e) Es soll auf die Importländer in der Weise eingewirkt werden, daß diese nicht die Veterinärbestimmungen als verschleierten Zollschutz benutzen. f) Die 9 Staaten wollen künftig im Völkerbund in Agrarfragen gemeinsam auftreten.

Damit sind wir an dem Punkt unsere Augen nach Genf zu wenden. Am 17. Oktober fand dort die *Conférence pour une Action Economique Concertée* statt. Es ist dies die Fortsetzung der Genfer Märzkonferenz über den Zollwaffenstillstand. Es wurde in Genf allerlei verhandelt. Für unsfern

Gegenstand ist hier das Wichtigste der Streit zwischen Kontingenten und Zollpräferenzen. England wollte mit den einzelnen europäischen Staaten Verträge abschließen, nach denen die jetzige Situation für den Export dieser Länder nach England stabilisiert werden sollte, wenn diese Länder allgemein ihre Zollsätze für britische Waren herabsetzten. Ähnliche Forderungen stellten Holland und die skandinavischen Staaten. Beim Weizen betrug 1928 in Europa der Import 164 Millionen Doppelzentner, davon 5,5% aus europäischen Ländern, beim Roggen 13 Millionen Doppelzentner, 44% aus Europa, beim Weizenmehl waren es 62%, beim Roggenmehl 100% Import aus Europa, bei der Gerste 20%, beim Hafer 41%, beim Mais 8%, beim Rindfleisch 12,5%, beim Hammelfleisch 3%. Vorläufig also könnten, wie man nach alter Gewöhnung auch bei uns meint, die europäischen Länder den Import von Übersee nicht entbehren, und die Frage sei, ob diese Länder in Übersee nicht eine Zuerkennung von Präferenzzöllen für europäisches Getreide mit Kampfzöllen auf europäische Industriewaren beantworten würden. Besonders wichtig ist dieses Problem für Deutschland, das wegen der Reparationszahlungen einen hohen Industrieexport haben muß. Es ist aber klar, daß Deutschland, das 86% seines Getreideimports von Übersee bezieht, aber nur 28% seines Industrieexports nach Übersee richtet, an der Frage der innereuropäischen Ausfuhr besonders interessiert ist. Doch am allermeisten scheut man in Deutschland vor jeder Maßnahme oder auch nur Forderung zurück, die Amerika verstimmen könnte. Das macht unsere Youngrevisionspolitik inhaltlos, das lähmt auch unsere Wirtschaftspolitik.

Am 20. Oktober fand eine neue Agrarkonferenz in Bukarest statt, an der die in Warschau vertretenen Staaten außer Finnland teilnahmen. Man hatte die Ausführung der Warschauer Resolutionen zu beschließen.

Rekapitulieren wir die einzelnen Stadien, und ergänzen wir deren Betrachtung durch die Anführung bisher unerwähnter Einzelheiten:

1. Auf der Konferenz in Sinaia schlagen Rumänien und Jugoslawien den europäischen Staaten vor ihr Getreide vor allem in Europa (bei ihnen) zu kaufen, sie wollen dafür europäische Industriewaren kaufen.
2. Auf der Konferenz in Warschau fordert man die Begünstigung europäischen Getreides in den europäischen Staaten.
3. In Genf sprach Johann Schober über die Bildung Gesamteuropas von unten; diese Angelegenheit sollte entpolitisiert werden, die wirtschaftliche Lösung sollte dort beginnen, wo sie dazu reif wäre wirtschaftlich gleich interessierte Staaten zu handelspolitischen Gruppen zusammenzufassen und sodann von Gruppe zu Gruppe Brücken bevorzugten Güter austauschs zu schlagen. Diesem "Schoberplan" stimmten Deutschland und die Tschechoslowakei zu. Wichtiger aber war noch die Zustimmung Frankreichs. Der damalige französische Handelsminister Etienne Flandin forderte in Genf die Schiedsgerichtsbarkeit auch in den Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzuführen, weil sie ein Mittel sei Meistbegünstigung und Präferenz mit einander vereinbar zu machen. Er reiste dann nach Prag, Wien, Budapest, Bukarest, Belgrad, Sofia, Angora, Athen und prüfte überall die Kreditmöglichkeit. Denn allmählich heißt das Problem: Ostgetreide-Westkapital. Und Frankreich hortet, wider Willen, das Gold auf.
4. Auf der Konferenz in Bukarest beschließt man, die Regierungen sollten die Anwendung der Meistbegünstigung im Zusammenhang mit dem Vorzugs-

zollsystem prüfen und ein gemeinsames Vorgehen in Genf vorbereiten. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Agrarstaaten wünscht man dringend auch die Anwendung außerordentlicher Mittel, die über den Grundsatz der Meistbegünstigung hinausgehen. Man schlägt vor die Maßnahmen zur Regelung der Einfuhr industrieller Produkte sehr eingehenden Studien zu unterziehen. Also ein größeres Sinaja.

Am 26. November beschloß endlich die Genfer Konferenz die Zulassung der Präferenzzölle. Doch hat die Resolution so viel Wenns und Abers, daß ihr praktischer Wert sehr gering ist. Wenn den europäischen Industriestaaten Gegenleistungen bei der Einfuhr von Industriewaren gewährt werden (Kontingente), könne das nur mit Genehmigung der Meistbegünstigungs länder geschehen. Die polnische Presse machte sich mit Recht über die Kompromißlerei lustig. In Belgrad wurde vom 10. bis 12. November auf Antrag Polens ein gemeinsames Getreideexportsyndikat Bulgariens, Süßlawiens, Ungarns, Rumäniens und Polens gegründet. Das Verhältnis zu Deutschland ist Polen hierbei weniger wichtig, da Polen einen Überschuß in den selben Produkten hat wie Deutschland, nämlich Roggen und Kartoffeln. Dagegen haben die Südoststaaten Weizen, Mais und Gerste. Doch können diese Länder mit den Riesenkulturen in Übersee nicht ohne weiteres konkurrieren. Sie brauchen nicht Absatz schlechthin sondern Absatz zu erhöhten Preisen. Wenn wir ihnen durch Gewährung gleitender Zollsätze eine Zollerleichterung von etwa 20 bis 25% gewähren würden, wäre ihnen schon viel geholfen. Die ideale Gegenleistung wären Präferenzzölle für deutsche Industrieartikel. Da das etwas schwierig ist, dürfte wahrscheinlich schon die administrative Vorzugsbehandlung als Gegenleistung genügen. Deutschland führt bisher nur 4% seines Industrieprodukts in diese Länder aus. Aber selbstverständlich würde der Export steigen, wenn diese Länder verkaufen könnten. Und vorläufig könnten die Franzosen, die ohnehin nicht wissen, wohin mit dem Geld, die Sache finanzieren. So wäre allen dreien geholfen, und mit der europäischen Einigung wäre ein Anfang gemacht. Entgegensteht nur die juristische Formel des Meistbegünstigungsrechts. Aber davon gibt es doch Ausnahmen. Man denke an die Beziehungen zwischen England und seinen Kolonien, die Verhältnisse der mittelamerikanischen Staaten unter einander, die Vereinigten Staaten von Amerika und Cuba, die Iberische, die Baltische, die Osmanische Klausel. Zitieren wir aus dem Handelsblatt der Vossischen Zeitung vom 13. Januar 1931 einen sehr vernünftigen Artikel Franz Kleins: »In ... Europa ist das Festhalten an der starren unbedingten Meistbegünstigung das schwerste Hindernis der Rückkehr zur wirtschaftspolitischen Vernunft. Soll das System nicht von den elementaren Lebensbedürfnissen derjenigen Völker zerschlagen werden, die vor vollen Scheunen verhungern, so muß es rechtzeitig diesen Bedürfnissen angepaßt werden ... Daß gerade die südosteuropäischen Staaten als Vorkämpfer einer wirtschaftlichen Neuordnung Europas auftreten, erklärt sich aus ihrer vergleichsweise schwersten Notlage. Diese Tatsache sollte einen gesamteuropäischen Gedanken selbst für diejenigen nicht entwerten, denen ein Blick auf die Landkarte nicht die wahre Bedeutung jenes nur 4prozentigen Ausfuhranteils erschließen könnte. An irgendeiner Stelle muß die Rationalisierung Europas einsetzen. Es ist keine unglückliche Fügung, wenn dabei die Notwendigkeit eines deutsch-französischen Zusammenwirkens sogleich sinnfällig wird.« Eine beachtenswerte Folgerung.

Der Rumäne Nicolas Titulescu forderte in Genf noch einmal die Präferenz für die östlichen Agrarstaaten. Aber bis es dahin komme, könne man schon 2 praktische Dinge tun, nämlich Verkaufsdispositionen für das Getreide von 1930 treffen und die Frage der Agrarkredite in Angriff nehmen. Es sei ein Skandal, daß die Oststaaten so unerträglichen Mangel an Geld und Kredit hätten, während den westeuropäischen Banken vollkommen brachliegende Kapitalien zur Verfügung ständen (tatsächlich sind die Zinslasten im Osten 4- bis 5mal so hoch wie im Westen). Die Europakonferenz bildete einen Ausschuß für die Fragen der Agrarkredite. Ein anderer Ausschuß soll alle mit den östlichen Getreideproblemen in Zusammenhang stehenden Fragen studieren, einschließlich der Fragen der Zolltarife. Zum 1. Ausschuß gehören die Vertreter Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Hollands, Italiens, Polens, Rumäniens, Schwedens, Ungarns, zum 2. die Vertreter Österreichs, Belgiens, Deutschlands, Estlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Norwegens, der Schweiz, Südslawiens, der Tschechoslowakei. Auch in den bekannten Finanzverhandlungen zwischen England und Frankreich spielten diese Fragen eine Rolle. Man nahm in London, nach Zeitungsmeldungen, mit lebhaftem Interesse Kenntnis von dem Projekt einer Finanzierung des landwirtschaftlichen Europas unter dem Protektorat des Völkerbunds und, wie es hieß, unter maßgeblicher Beteiligung des französischen Kapitalmarkts.

Vom 24. bis zum 28. Februar fand in Paris die 1. Sitzung der auf Beschuß der Europakonferenz einberufenen Internationalen Agrarkonferenz statt. Man stellte dort fest, daß die Ernteüberschüsse an Weizen in den mittel- und osteuropäischen Agrarländern nur einen geringen Bruchteil des Bedarfs der europäischen Einfuhr darstellen. Nicht nur Länder, die regelmäßig Abnehmer des osteuropäischen Getreides sind, sondern auch solche, die ihren Bedarf bisher anderwärts zu decken pflegten, erklärten sich bereit sich nach Möglichkeit an der Unterbringung der noch verfügbaren Vorräte zu beteiligen. Die Reglung der Bedingungen, der Preise und des Abtransports soll direkten Verhandlungen zwischen den Käufern und den Verkäufern vorbehalten bleiben. Die Konferenz überzeugte sich davon, daß angesichts der Verschiedenheit der Verhältnisse eine Aufstellung einheitlicher Regeln unmöglich sei. Immerhin verpflichteten sich die Regierungen einer ganzen Reihe von Einfuhr ländern schon jetzt durch ihre Unterschrift unter eine Resolution alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den Abschluß solcher Kontrakte zu beschleunigen. Eine andere Resolution enthält analoge Bestimmungen über Mais und Gerste. Beide Resolutionen sind von der großen Mehrheit der Konferenzteilnehmer unterzeichnet. Nur einige Delegationen, darunter die englische, haben ihre Unterschrift von der Zustimmung ihrer Regierungen abhängig gemacht. Der französische Unterstaatssekretär André François-Poncet, der die Verhandlungen leitete, beglückwünschte die Konferenz zu dem erzielten Ergebnis, das nicht nur den notleidenden Agrarstaaten wirksame Hilfe in Aussicht stellte sondern auch als erste praktische Bekundung des Willens zur europäischen Zusammenarbeit anzusehen sei.

Wie die Vossische Zeitung dazu von »autorisierter deutscher Seite« erfuhr und am 26. Februar mitteilte, beabsichtigt die deutsche Regierung schon in allernächster Zeit auf der Basis der heutigen Vereinbarungen direkte Verhandlungen mit den Donauländern einzuleiten. »Wenn auch für Deutschland infolge der Notlage der eigenen Landwirtschaft und vor allem mit

Rücksicht auf die beträchtlichen Roggenüberschüsse der Verhandlungsspielraum nicht allzu groß ist, so legt die deutsche Regierung doch Wert darauf im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten an der Lösung eines für ganz Europa wichtigen und bedeutsamen Problems mitzuarbeiten. Die Umsetzung der angenommenen Resolutionen in die Praxis werde von Land zu Land verschieden sein und zu dem Aufgabenkreis der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen gehören.« Im Zusammenhang damit stehen die Ausführungen Ernst Trendelenburgs im Haushaltsausschuß des Reichstags. Im Mittelpunkt der bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänen und Ungarn würden, so sagte dieser gewiß unverdächtige Anhänger der Meistbegünstigung, die Präferenzvorschläge stehen. Die Rumänen und Ungarn müßten freilich einsehen, daß der Plan ohne wertvolle Gegenzugeständnisse für unsere Industrieausfuhr in unseren Augen viel von seinem Reiz verlöre. Dann werde es wohl möglich sein im Mai, wenn die nun eingesetzten Komitees berichten, schon mit fertigen deutsch-ungarischen und deutsch-rumänischen Vorzugszollvorschlägen vor die Europakommission zu treten, die die Probe auf den Ernst ihrer Absichten zu bestehen haben werde.

Was aus alledem wird, steht dahin. Deutschland wird nie aus dem Auge verlieren dürfen, daß, solange Kontinentaleuropa noch kein einheitliches, durchrationalisiertes Wirtschaftsgebiet geworden ist, der Schutz der deutschen Agrarproduktion das schlechthin übergeordnete Interesse der deutschen Wirtschaftspolitik bilden muß. Vor allem muß man darauf ausgehen die Ernährung des deutschen Volks von überseeischer Getreideeinfuhr unabhängig zu machen. Eine überseeische Weizenzufuhr bei deutschem Roggengerübenüberschuß sollte ein Unding sein. Soweit aber ein Import gebraucht wird, sollte er ausschließlich aus Europa gedeckt werden. Hier können die angekündigten Verhandlungen von prinzipieller Bedeutung werden, denn hier mündet heute schon das deutsche Interesse direkt in das gemeineuropäische. Wird die Europakommission das Gewicht eines wenigstens in diesem Punkt einigen Kontinents in die Wagschale werfen können, so brauchen wir Übersee politisch wie wirtschaftlich nicht mehr zu fürchten. Und dann wird mit den Meistbegünstigungsländern schon zu reden sein.

RICHARD LOHMAN · DIE NEUGESTALTUNG BERLINS

RECHT überraschen mußte die Erfahrung, die die Beratungen über die Reform der Berliner Stadtverfassung zutage brachten: Der erst vor 10 Jahren geschaffene städtische Funktionärskörper in den Bezirksverwaltungen hat sich bereits in dieser kurzen Zeit so weit amtsegoistisch und damit partikularistisch eingestellt, daß er eine feste Querverbindung innerhalb der Parteienvielheit und mitten durch sie hindurch darstellt. Er bringt ein ganz neues Element des Konservativismus in alle Verhandlungen über Verwaltungsreform hinein, dessen Gefahr gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Die Frage der Bezirksaufteilung, der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Zentralinstanz und Lokalinstanzen, die Frage der Dekonzentration, wie man die Synthese zwischen Zentralisation und Dezentralisation heute zu nennen pflegt, ist das Kernproblem der Verfassung und Verwaltung jeder Großgemeinde der Welt. Gerade auf diesem Gebiet muß die gesetzliche Formulierung der

Zuständigkeit den praktischen Erfahrungen elastisch folgen können. Nirgends darf es hier heißen: Halte, was du hast! Niemals darf eine sachlich notwendige Grenzverschiebung an dem Widerstand "wohlerworbener Rechte" scheitern. Regierung und Landtag Preußens haben daher recht daran getan (die Regierung schon in ihrem 1. Entwurf, der Landtag nach einem bald erkannten Irrweg in der endgültigen Formulierung) die Frage der Zuständigkeit durch diejenigen Körperschaften regeln zu lassen, die den erwähnten Einflüssen des Amtsegoismus bezirklicher Gewalt am weitesten entrückt sind: durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung respektive durch den Magistrat allein nach Anhörung des Stadtgemeindeausschusses. Der Weg der Ortssatzung, der damit gegeben ist, bringt den weiteren Vorteil der schnellern Anpassungsfähigkeit des einmal Formulierten an vollzogene Wandlungen und gemachte Erfahrungen.

Es ist kein Zweifel, daß in Berlin bisher zu viel Einzelheiten und Einzelentscheidungen zentral bearbeitet wurden, und daß dadurch der mit Recht viel beklagte Leerlauf der Verwaltung, das überflüssige Vielerlei von Lokal- und Zentralberatungen, das Hin und Her zwischen Lokal- und Zentralbeschlüssen, entstanden ist. Aber die Erfahrungen der ersten 10 Jahre Groß Berlins haben auch die Tendenz nach noch strafferer Zusammenfassung, noch größerer Vereinheitlichung der Gesamtverwaltung wie ihrer Teilgebiete mit Recht verstärkt. Nach beiden Richtungen hin bringt das neue Ergänzungsgesetz wesentliche Neuerungen.

Die Zuständigkeit der örtlichen Bezirksverwaltungen im Verhältnis zur Zentralverwaltung ist, wie gesagt, von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gemeinsam durch Erlass einer Ortssatzung zu regeln (§ 20). Die Satzung muß binnen Jahresfrist vorliegen und bedarf der Genehmigung durch das Staatsministerium. Sie hat die Aufgabenkreise, die wegen ihrer Bedeutung für die ganze Stadtgemeinde eine einheitliche Verwaltung erfordern, als zentrale Angelegenheiten den Organen der Stadtgemeinde, alle übrigen den Bezirken zu überweisen (§ 21). Dieser dezentralistischen Tendenz steht das Recht des Magistrats die zur Einheitlichkeit der Verwaltung erforderlichen Grundsätze auch auf den dezentralisierten Gebieten aufzustellen (§ 15) ausgleichend gegenüber, ebenso das Recht des Oberbürgermeisters respektive der Magistratsmitglieder als seiner ständigen Vertreter für bestimmte Geschäftszweige der Verwaltung (§ 9) den Bezirksamtern Anweisungen auch in Einzelfällen im Rahmen dieser Grundsätze zu erteilen (§ 22). Die Beamten der Baupolizei unterstehen auch in den Bezirken dem Oberbürgermeister unmittelbar (§ 16), der Oberbürgermeister hat auch das Recht die übrigen Beamten der Bezirke in einen andern Bezirk oder in die Zentralverwaltung zu versetzen (§ 24). Die Anstellung der Beamten und leitenden Angestellten der Zentralverwaltung geschieht durch den Magistrat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters (§ 23), die Anstellung der Bezirksbeamten verbleibt wie bisher den Bezirksamtern.

Die Verfassung der Zentrale stellt nach dem neuen Gesetz eine eigenartige Verbindung der verschiedenartigsten Verfassungselemente dar. In das Zweikammersystem der Magistratsverfassung ist eine neue, dem Einkammersystem entnommene Vertretungskörperschaft (Stadtgemeindeausschuß) eingebaut, und die Stellung des Oberbürgermeisters ist, so weit wie möglich, der des Bürgermeisters in der rheinischen Bürgermeistereiverfassung ange-

nähert. Der Magistrat, bestehend aus dem Oberbürgermeister, 2 Bürgermeistern (nach dem Wunsch des Gesetzgebers ohne Fachdezernate außer etwa Syndikat oder Personalverwaltung) sowie 9 besoldeten und 6 unbesoldeten Stadträten (mit Dezernaten und einer kleinen Aufwandsentschädigung), ist nach wie vor kollegiale Körperschaft im Bereich der Legislative (§§ 6 und 16 b). Er bereitet die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtgemeindeausschusses vor, beschließt über alle Vorlagen, insbesondere den Etat (§ 15). Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtgemeindeausschusses bedürfen seiner Zustimmung (§ 13). Die Exekutive aber ist dem Oberbürgermeister allein übertragen. Er führt *(nicht nur: leitet)* die Verwaltung, führt die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung aus. Die Stadträte sind seine ständigen Vertreter (§§ 16 und 16 a), er kann ihnen Weisungen auch im Einzelfall ertheilen, für die er alsdann persönlich verantwortlich ist, während die Stadträte sonst die Verantwortung für die von ihnen in Vertretung des Oberbürgermeisters erledigenden Geschäfte selbst tragen (§ 16 b).

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in Zukunft nur noch über Vorlagen von grundsätzlicher Bedeutung, also außer Wahlen über die freiwillige Übernahme von Selbstverwaltungsangelegenheiten, die Schaffung von Anstalten und Betrieben und die Beteiligung daran, über den Etat, Abgaben und Tarife, Darlehen, Grundstückskäufe, Bürgschaften, Beamtenstellen und -besoldung, Gemeindegrenzen, Ortssatzungen (§ 12). Sie kann einzelne dieser Gebiete oder Teile davon für die Dauer ihrer Wahlperiode dem Stadtgemeindeausschuß übertragen. Dieser berät und beschließt außerdem die gesamten Vorlagen der laufenden Verwaltung, die ihm vom Magistrat direkt zugeliefert werden. Der Stadtgemeindeausschuß besteht aus 45 ständigen Mitgliedern und ebenso vielen Vertretern, er tagt unter Vorsitz des Oberbürgermeisters nichtöffentlich (§ 14). Auf Verlangen des Magistrats oder einer Zweidrittelmehrheit kann er Angelegenheiten von allgemeinem öffentlichen Interesse der Stadtverordnetenversammlung mit seinem Votum zur Beschußfassung überweisen. Die Macht des Vorsitzenden ist sowohl in der Stadtverordnetenversammlung wie im Stadtgemeindeausschuß (wie auch in der Bezirksversammlung) im Gegensatz zur Städteordnung dahingehend erweitert worden (§ 2), daß er ohne Beschuß der Versammlung jeden Stadtverordneten bis zu 7 Sitzungstagen, jedoch nicht über 6 Monate hinaus, ausschließen kann; der Ausgeschlossene kann an die nächste Sitzung appellieren und im Verwaltungsstreitverfahren klagen.

In der Verfassung der Bezirke ist so gut wie alles beim alten geblieben. Das hat zweierlei Gründe. Einmal sahen die meisten Kommunalpolitiker des Landtags aus den engen Erfahrungen in ihren kleineren Gemeinden heraus das Problem bezirklicher Verwaltungsarbeit überhaupt nicht oder wenigstens nicht in seiner Bedeutung für die gesamte Arbeit einer Großgemeinde. Sodann aber traten hier wieder die Einflüsse der Bezirksfunktionäre zutage, die persönliche und parteiliche Interessen unter sachlicher Motivierung verfochten. Es bleibt demnach in den Bezirken weiterhin die Magistratsverfassung bestehen: ein Zweikammersystem in einer Instanz, die ausschließlich Verwaltungsarbeit zu leisten hat. Es bleiben die 20 viel zu großen Bezirksamter mit besoldeten und unbesoldeten Bezirksstadträten, die 20 ebenfalls viel zu großen Bezirksversammlungen (bis zu 65 Mitglieder stark), die aber

künftig unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen. Um diese Bestimmung für die Sozialdemokratie programmatisch erträglich zu gestalten, kam man verzweifelt auf den Ausweg dem Bezirksbürgermeister den Vorsitz in dieser Versammlung, neben seinem Vorsitz im Bezirksamt, zu übertragen. Ein Mitglied des Bezirksamts ist somit Vorsitzender der Körperschaft, die das Bezirksamt kontrolliert. Dadurch ist ganz äußerlich eine Art Annäherung an Bürgermeisterei- oder süddeutsche Stadtratsverfassung erfolgt, und es ist der Anschein erweckt, als wolle man tatsächlich das Parlament durch ein Verwaltungsorgan ersetzen. Aber doch eben nur der Anschein. Tatsächlich hat sich außer der Fassade nichts geändert, und darum ist der Sozialdemokratischen Partei die Zustimmung zu der Nichtöffentlichkeit der Versammlung kaum erleichtert worden, während auch sie an und für sich am liebsten die unnütze Schwätzerei in den Bezirksversammlungen durch den Zwang zu praktischer Verwaltungsarbeit beseitigt hätte.

Sehr bedauerlich ist auch, daß das Gesetz in seiner endgültigen Formulierung im Gegensatz zu dem Regierungsentwurf keine Möglichkeit geschaffen hat die bisherige Bezirkseinteilung irgendwann und irgendwie zu verändern. Bekanntlich sind die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der durch das Gesetz von 1920 vorgeschriebenen Zerreißung des alten Berlin in 6 Bezirke zum mindesten geteilt. Es ist fraglich, ob man nicht einen einzigen Innenstadtbezirk bilden und von ihm aus die Außenbezirke radial aufteilen sollte, wobei noch weitere Zusammenlegungen kleinerer Bezirke mit ihren Nachbarbezirken möglich wären, zum Beispiel Zehlendorf (50 000 Einwohner), Weißensee (65 000), Köpenick (75 000), Tempelhof (80 000). Im alten Gesetz ist vorgeschrieben, daß solche Änderungen nur mit Zustimmung der beteiligten Bezirkskörperschaften vorgenommen werden dürfen. Der Bezirkspartikularismus ist inzwischen so konservativ geworden, daß an eine solche Zustimmung überhaupt nicht mehr zu denken ist. Der Einfluß dieses Partikularismus auf die gesetzgebenden Körperschaften ist aber in der selben Zeit so weit gestiegen, daß eine Änderung dieser gesetzlichen Klausel ebenfalls nicht mehr möglich erscheint; das haben die Landtagsverhandlungen dieses Jahres bewiesen. Vielmehr geht die Tendenz dahin auch den letzten Zusammenhalt zum Beispiel der Innenbezirke etwa durch die Aufteilung der bisher hier noch einheitlichen Schulverwaltung zu zerreißen und auch auf diesem Gebiet neue dezentralisierte Verwaltungsorgane zu bilden. Das würde eine weitere Barriere gegen jede Veränderung des bestehenden oder dadurch geschaffenen Zustands aufrichten, da erfahrungsgemäß jedes Amt mit seinen Funktionären auf seine Erhaltung bedacht ist, mithin konservativ wirkt.

Bei alledem ist es verständlich, ja selbstverständlich, daß sich, unabhängig von aller programmativen und parteilichen Orientierung, der Widerstand der Bezirksfunktionäre sämtlicher Parteien bis in die letzte Minute hinein gegen jede neue Bestimmung des Gesetzes gerichtet hat, die eine Schmälerung ihrer bisherigen Kompetenzen zugunsten einer Verstärkung der zentralen Befugnisse mit sich zu bringen schien. Und es ist, gerade weil man diesen Widerstand programmatisch begründet hat, immerhin interessant, daß es Sozialdemokraten gewesen sind, auf deren Anregung oder Befürwortung jene Bestimmungen vorgeschlagen wurden: Ein sozialdemokratischer Ministerialbeamter des Wohlfahrtsministeriums regte die Zentralisierung der Baupolizei an, ein Sozialdemokrat im Kultusministerium die (später preis-

gegebene) Zentralisierung des Schulwesens, ein sozialdemokratischer Syndikus befürwortete das Recht des Oberbürgermeisters zu direkter Anweisung an die Bezirke an Stelle des umständlichen Beanstandungsverfahrens. Es handelt sich hierbei nicht um irgendwelche peripherischen Angelegenheiten oder Fragen sondern um die Grundtendenz, um Zweck und Absicht des neuen Gesetzes schlechthin. Und es handelt sich nicht um rein verwaltungstechnische oder politische Dinge sondern im tiefsten Grund um *wirtschaftliche* Fragen. Jeder Partikularismus kostet Geld. Und jeder Mangel an wirtschaftlichem Vertrauen in die zentrale Macht und die darauf begründete Kreditwürdigkeit einer Kommune kostet gleichfalls Geld, viel Geld. Beides hat Berlin in den letzten Jahren zur Genüge am eigenen Leib erfahren. Aus dem komplizierten Finanzproblem der Reichshauptstadt lösen sich daher 2 Einzelfragen leicht heraus: Berlin muß, "innenpolitisch" gesehen, versuchen durch eine Ausdehnung planwirtschaftlicher Maßnahmen die Spezialunkosten seiner Verwaltung erheblich zu verringern, und es muß, "außenpolitisch" gesehen, die Grundlage für eine Finanztransaktion zur Abdeckung oder Konsolidierung seiner schwebenden Schulden schaffen.

Vorbedingung für die Lösung der einen Aufgabe ist eine Stärkung der zentralen Befugnisse auf allen wichtigen Verwaltungsgebieten, insbesondere der Schule, des Gesundheitswesens, der Wohlfahrt und später der Bauverwaltung. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, warum eine Regelung, wie sie auf dem Gebiet des Berufsschulwesens gefunden ist, nicht auch ähnlich für die Höheren Schulen in Groß Berlin möglich sein sollte. Das Gesetz kann für diese nur aus intimster Verwaltungskenntnis zu regelnden Einzelheiten nichts anderes als den Rahmen schaffen. Die Stadt selbst muß ihn aus ihren Bedürfnissen und Notwendigkeiten heraus ausfüllen. Man macht es ihr mit Recht zum Vorwurf, daß sie es nicht verstanden habe auf dem Instrument, das ihr das Gesetz von 1920 in die Hand gegeben hat, gut zu spielen, daß der Sinn der möglichen Zentralisierung aller grundsätzlichen Fragen in den Unsinn der zentralen Behandlung laufender Verwaltungsangelegenheiten und -entscheidungen verkehrt worden sei. Das neue Gesetz gibt die Wegrichtung klarer an als das alte. Es war seine Pflicht dem an sich berechtigten Drang nach einer Dezentralisation der laufenden Verwaltung Grenzpfähle zu setzen, die einen gleichzeitigen Ausbau der zentralen Befugnisse ermöglichen, um dadurch die kommunale Wirtschaft zu rationalisieren.

Die andere Aufgabe: die Stärkung des Vertrauens in die politische und wirtschaftliche Kraft und Kreditwürdigkeit der Reichshauptstadt, ist durch die Tatsache der Verabschiedung des Gesetzes überhaupt wie durch seine Gestalt erfüllt worden. Dieses Vertrauen war mehr als durch alle Skandale und alle publizistische Behandlung der angeblichen oder tatsächlich vorhandenen Mißwirtschaft in der Berliner Verwaltung gerade im letzten Jahr durch die Arbeitsmethoden der parlamentarischen Gemeindekörperschaften erschüttert worden, durch Radauszenen auf der einen Seite, Ablehnung des Etats auf der andern, endlich durch die scheinbare Unfähigkeit der Stadt die entscheidenden Stellen ihres Oberbürgermeisters und ihres Kämmerers neu zu besetzen. Die Minderung des Vertrauens zeigte sich aufs deutlichste bei allen Kreditverhandlungen der letzten Zeit, bei den Begleitumständen und den Bedingungen, unter denen diese Kredite nach langen Geburtswehen endlich zustande kamen. Man mag der Ansicht sein, daß diese Vertrauens-

krise von den Geldgebern nur als Vorwand benutzt wurde, um der Stadt Daumschrauben aufsetzen zu können, und man mag zum Beweis anführen, daß private Geldgeber der Stadt ihre Kredite und Anleihen in dem Augenblick geradezu aufdrängten, da erfolgreiche Verhandlungen mit der Öffentlichen Hand (Preußische Elektrizitätsgesellschaft) über eine weit ausgreifende Finanztransaktion zum Abschluß zu kommen schienen. Aber das ändert doch nichts an der Tatsache, daß alle Kredite des letzten Jahres nicht mehr von der Stadt allein abgeschlossen werden konnten, sondern daß es dazu der Unterstützung, um nicht zu sagen: der Garantie staatlicher Stellen bedurfte. Carl Severing hat als Innenminister gerade auf diesen Umstand bei seinen Ausführungen im Gemeindeausschuß des Landtags mit besonderm Ernst und Nachdruck hingewiesen und damit gedroht der Zwiespältigkeit der Verantwortungsteilung durch den eindeutigen Entschluß zur Einsetzung eines staatlichen Präfekten ein Ende zu machen. Nun scheint mir zwar "Selbstverwaltung" im Sinn der Steinschen Städteordnung kein sozialistisches Dogma zu sein, auch kann ich mir demokratische Formen der Kommunalverwaltung im Jahr 1931 vorstellen, die von dieser Selbstverwaltung weit entfernt sind. Eine staatliche Präfektur kann sehr wohl eine solche demokratische Form sein. Aber es ist nicht zu leugnen, daß sie das unter den obwaltenden Umständen nicht gewesen wäre, daß sie vielmehr zum mindesten das Äußere der diktatorischen Korrektur einer versagenden demokratischen Institution gehabt hätte, daß sie scheinbar denen recht gegeben hätte, die durch eine schlechthinnige Negation der beispiellosen kommunalen Leistung Berlins in der Nachkriegszeit weit über das berechtigte Maß der Kritik an dieser kommunalen Verwaltungsarbeit hinausgegangen waren. Das Zustandekommen des Gesetzes hat diese Alternative überflüssig gemacht. Das ist sein unbestreitbares, vielleicht wichtigstes Verdienst.

Aber auch der Inhalt des Gesetzes erfüllt die Voraussetzungen, die an ihn im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aufgaben der Reichshauptstadt in den nächsten Jahren gestellt werden müssen. Die oben erwähnten unliebsamen Vorgänge, die immer wieder zu einer öffentlichen Diskussion über die Arbeitsunfähigkeit der städtischen Verwaltung führten, werden nach menschlichem Ermessen für die Zukunft ausgeschaltet sein. Uferlose Debatten über Reichs- und Landessachen können in der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr zugelassen werden. Sie ist von allen Nebensächlichkeiten entlastet und in ihrer Arbeitsfähigkeit durch eine ausreichende Geschäftsordnungsgewalt des Vorstehers gestärkt. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit wird es auch beitragen, daß das endlose Geschwätz in den Bezirksversammlungen nicht mehr über die verschlossenen Türen hinausdringt. Die politischen Bedenken gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit, die sich daraus ergeben, daß das Scheinparlament sich nicht zu einem Verwaltungsorgan umgebildet hat, habe ich schon hervorgehoben. Sachlich ist gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit nichts einzuwenden. Eine wesentliche Verbesserung bringt auch die Bestimmung, daß bei Differenzbeschlüssen sowohl der Magistrat wie die Stadtverordnetenversammlung an eine gemeinsame Sitzung des Magistrats und des Stadtgemeindeausschusses appellieren müssen, ehe sie die Staatsaufsicht zu Hilfe rufen. Von Bedeutung wird dies namentlich bei der Zustimmung zum Etat und bei Steuerbewilligungen werden. Dieses Gremium wird stimmen- wie stimmungsmäßig der agitatorischen Geste we-

niger Raum geben als dem Gefühl der Verantwortung für das Schicksal der Stadt und ihrer Wirtschaft. Es ist also sehr wohl möglich, daß so törichte Beschlüsse wie Etatsablehnung oder Steuerverweigerung auf diese Weise durch die Selbstverwaltung aus eigner Kraft in Zukunft korrigiert werden: ohne Zwangsetatisierung und ohne Staatskommissar. Auch das wird zur Beruhigung der Öffentlichkeit und zur Mehrung des städtischen Kredits beitragen. Einer Stärkung des Vertrauens in die Stadt und ihre Kreditwürdigkeit dient auch die Stärkung der Verantwortlichkeit des Oberbürgermeisters und die Erweiterung seiner Machtssphäre. Der wesentlichste Mangel der Magistratsverfassung: die unklare Verteilung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten, doppelt fühlbar in einer so großen und komplizierten Verwaltung wie der Berliner, dürfte dadurch beseitigt sein. Es ist interessant, daß sich bei dieser neuen Abgrenzung der Kompetenzen, bei der Schwächung der dienstlichen Stellung der Magistratsmitglieder, keine Parallelen zu dem Amtsegoismus der leitenden Bezirksstellen ergeben haben. Nebenbei sei bemerkt, daß eine ähnlich erfreuliche, von Ressortfanatismus und Partikularismus freie Stellungnahme der Zentralverwaltung auch bei den Verhandlungen über die Eingliederung des städtischen Werkbesitzes in ein größeres Gebilde der Öffentlichen Hand zutage getreten ist: Die Frage der kommunalen Wirtschaft ist dabei stets von großen Gesichtspunkten aus, niemals vom engen Standpunkt stadteignen Besitzes behandelt worden.

Gegen die neue Verfassung der Zentrale, und zwar sowohl gegen die Stärkung der Position des Oberbürgermeisters wie gegen die Befugnisse des Stadtgemeindeausschusses, sind von Sozialdemokraten, die die Dinge nicht aus den besonderen Bedürfnissen der Berliner Verwaltung heraus sehen, die stärksten demokratischen Bedenken und Bedenklichkeiten geäußert worden. Wer in der "Urabstimmung" nicht nur die primitive sondern die klassische Form aller Demokratie sieht, mit dem ist allerdings über Verfassungsformen, wie sie jetzt in der Berliner Zentralverwaltung versucht worden sind, nicht zu reden und zu rechten. Aber wer es mit dem demokratischen Gedanken für vereinbar hält, daß man gewählten Führern und Organen Zeit und Möglichkeit zu selbständiger Arbeit gibt, kann gegen jene Bestimmungen keine prinzipiellen Einwendungen erheben. Die Stadtverordnetenversammlung hat gerade bei den wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen der Stadt nur allzu oft versagt. Es ist also folgerichtig und für das demokratische Prinzip förderlich, wenn diese Aufgaben auf ein nach ebenso demokratischen Grundsätzen gewähltes kleineres Gremium übertragen werden, in dem allein die politischen Führer und Sachkenner aller Parteien gemeinsam mit dem verantwortlichen Exekutivbeamten den ausschlaggebenden Einfluß haben. Vielleicht könnte man jetzt sogar die Befugnisse der Aufsichtsräte aller städtischen Gesellschaften, die ja ähnlichen Erwägungen ihre Existenz verdanken, auf diesen Stadtgemeindeausschuß übertragen, um dadurch eine einheitliche Führung der gesamten Kommunalwirtschaft in Berlin zu verbürgen. Dient also das Organ des Stadtgemeindeausschusses der einheitlichen und kommunalpolitisch sachgemäßen Durchführung der Kommunalwirtschaft, so will andererseits die Stärkung der Macht und der Verantwortung des Oberbürgermeisters die "kreditfähige Unterschrift" für die großen einmaligen Transaktionen innerhalb dieser Wirtschaftsführung garantieren. Es ist völlig abwegig, wenn man die Übertragung dieser umfassenden Verantwortung von der parteipolitischen Stellung ihres Trägers abhängig gemacht hat. Voraus-

setzung für diese Übertragung kann vielmehr nur sein, daß der Oberbürgermeister aus innerer Überzeugung Gegner der Privatisierung kommunaler Versorgungsbetriebe ist. Diese Voraussetzung ist bei den Berliner Partei-verhältnissen und bei der kommunalwirtschaftlichen Auffassung auch zahlreicher Vertreter bürgerlicher Parteien immer gegeben. Es ist also alles andere eher als Verrat an demokratischen Grundsätzen oder an einem sozialdemokratischen Kommunalwirtschaftsprogramm, wenn man die großen einmaligen Entscheidungen im Bereich der städtischen Wirtschaft durch zweckmäßige Umgestaltung der hierfür verantwortlichen Organe erleichtert.

Programmatisch ist der nach so vielen Mühsalen zustande gebrachte Kompromiß höchst unbefriedigend. Gouvernemental betrachtet bringt er eine Komplizierung statt der erwünschten Vereinfachung. Aber wichtiger als beides ist in der jetzigen Zeit der Krise alles gemeinwirtschaftlichen Werksbesitzes und aller kommunalen Finanzpolitik die Erhaltung der städtischen Wirtschaft. Darum durften Sozialdemokraten ein Gesetz, das ausgesprochen diesem Zweck dienen soll, weder an seiner Unvollkommenheit noch an unbequemen Einzelbestimmungen scheitern lassen.

RODERICH VON UNGERN-STERNBERG · RATIONALISIERUNG DER DEUTSCHEN INDUSTRIEWIRTSCHAFT



WEIFELLOS ist die Krise des Parlamentarismus zu einem erheblichen Teil dadurch verursacht, daß die Mehrheit der Mitglieder des aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlaments in wirtschaftlichen Fragen weder die nötige Kompetenz noch die lebendige Verbindung mit der Wirtschaft aufweist. Diese Mängel geben denjenigen, die in Vertretung von Interessenverbänden auftreten, die Möglichkeit die Gesetzgebung entweder einseitig zu beeinflussen oder jede ihnen unliebsame Neuerung zu sabotieren. Ganz anders wäre die Situation, wenn dem Reichstag, der auf dem Prinzip der Gleichheit der Einzelpersönlichkeiten aufgebaut, also als politisch-kulturelles Gesinnungsparlament gedacht ist, eine von Produktionsräten einer in ihren einzelnen Zweigen zusammengefaßten, organisch gestalteten Wirtschaft gewählte Kammer der Arbeit gleichberechtigt zur Seite stände: ein Gedanke, der in den Sozialistischen Monatsheften seit dem Zusammenbruch des alten Systems vertreten wird und daher wohl keiner erneuten Begründung bedarf. Wir wollen infolgedessen nicht im einzelnen über die Organisation der Kammer der Arbeit handeln sondern nur kurz daran erinnern, daß eine solche legislative Körperschaft, die die materielle und geistige Schaffensenergie der Nation konzentriert und darstellt, eben jenes Unterbaus in Gestalt planmäßig organisierter Produktionskörper bedarf. Die Kammer der Arbeit muß auf das engste mit den täglichen Sorgen und Bestrebungen der Gesamtwirtschaft verflochten werden. Dann wird das, was man vielfach als Planwirtschaft bezeichnet hat, ein lebendiges Dasein gewinnen. Die Planwirtschaft muß aus der Sphäre herauswachsen, wo die eigentlich wirtschaftlich schöpferische Tätigkeit sich abspielt. Es ist daher von entscheidender Bedeutung die Organisation des Unterbaus, sowohl nach der grundsätzlichen Seite wie in den Details, darzustellen, wobei man sich bewußt sein muß, daß es gerade

auf die Einzelheiten besonders ankommt; denn nur dadurch, daß man von dem Seinsollenden eine konkrete Darstellung gibt, kann man sich gegen den Vorwurf etwas ganz "Unpraktisches" zu wollen allenfalls schützen. Gerade in der Gegenwart haben wir allen Anlaß über eine grundlegende Umgestaltung unserer Wirtschaft nachzusinnen.

13 Jahre nach der politischen Umwälzung von 1918 erweist sich die Lage der deutschen Industriewirtschaft und damit des deutschen Proletariats als unsicher und krisenzerrüttet, weit mehr noch als vor dem Krieg. Alle sozialen Errungenschaften sind gefährdet. Sämtliche Fortschritte auf dem Gebiet der Sozialpolitik haben die größten Übel der kapitalistischen Wirtschaft, ihre Krisenhaftigkeit und die Unsicherheit der Existenz der proletarischen Massen, nicht beseitigt. Kein Zweifel: *Allein* mit den Mitteln der Sozialpolitik und der Kleinarbeit, des "Schritt vor Schritt", ist es nicht möglich die Lebenshaltung der Arbeiterklasse dauernd zu heben und zu sichern. Sozialpolitik allein bewirkt bestenfalls eine dem Proletariat günstigere Verteilung des Sozialprodukts, und um deswillen ist sie vorbehaltlos zu befahren. Aber man muß sich auch darüber klar sein, daß sie auf die Größe des Sozialprodukts an sich gar keinen Einfluß hat. Es ist auch vollkommen abwegig heute auf "bessere Zeiten" zu vertrösten. Bessere Zeiten werden im kapitalistischen System mit innerer Notwendigkeit immer wieder von schlechten abgelöst. Nutzt man eine gute Konjunktur, um die Sozialpolitik zu fördern, so wird man bei Anbruch schlechter Konjunktur sich doch immer wieder zurückgeworfen sehen. Will man aber eine Sicherung und einen weiteren Ausbau der sozialen Errungenschaften und damit eine fortlaufende Hebung des Lebensstandards gewährleisten, so kann man nicht umhin Wege zu weisen, wie die Produktivität der Gesamtwirtschaft gehoben und gesichert, wie ihre Krisenhaftigkeit beseitigt oder zum mindesten in ihren Wirkungen entschieden gemildert werden kann.

Sind wir nun tatsächlich in wirtschaftsorganisatorischen Fragen so vollkommen ratlos und steril, wie es angesichts der geruhsamen Selbstzufriedenheit, die in den letzten Jahren zur Schau getragen wird, scheinen könnte? Doch wohl nicht. Wir haben nur die Fäden da wiederaufzunehmen, wo man 1919 den wirtschaftsgestaltenden Gedanken preisgab (für den ein Teil der Arbeiterklasse bereits gewonnen war, und der das Programm der ganzen organisierten Arbeiterklasse hätte werden können, wenn man ihm nicht von Partei wegen direkt entgegengewirkt, ihn nicht durch einen kümmерlichen Ersatzgedanken, als dessen Produkt wir den Reichswirtschaftsrat haben, seines geistigen Gehalts beraubt hätte). Es handelt sich heute darum ein konkretes Ziel zu weisen, das geeignet ist der sozialistischen Bewegung wieder gedanklichen Inhalt und Werbekraft zu verleihen. Hierzu bedarf es vor allem auf industriellem Gebiet eines wirtschaftsorganisatorischen Programms. Im folgenden seien einige Anhaltspunkte für die Ausgestaltung der Industrie in gemeinwirtschaftlichem Sinn dargelegt.

Zuvor ein paar Bemerkungen über den Zustand unserer Industriewirtschaft. Diese ist heute so organisiert oder, richtiger gesagt, so desorganisiert, daß sie ihren überaus leistungsfähigen technischen Apparat, ihre große Produktionskapazität gar nicht voll ausnutzen kann. In dieser Hinsicht herrschen, volkswirtschaftlich betrachtet, zurzeit vollkommen unsinnige Zustände. Rationalisiert, ja vielfach überrationalisiert ist nur der einzelne fortschritt-

lich geleitete Betrieb. In den Beziehungen der Betriebe eines Industriezweigs unter einander besteht dagegen ein planloses Neben- und Gegeneinander. Lediglich das Streben nach privatmonopolistischer Beherrschung des Markts kann man als gemeinsames Trachten der Betriebe eines Industriezweigs bezeichnen. Diese Ausschaltung des freien Wettbewerbs vollzieht sich unter Schonung gerade derjenigen Betriebe, die mit hohen Produktionskosten, also unrationell wirtschaften. Solche Vorgänge spielen sich in einer Dunkelkammer ab, in die nur der Eingeweihte Einblick hat, und zwar unter Anwendung eines ganzen Arsenals von ausgeklügelten Druckmitteln gegen alle diejenigen, die etwa Neigung zeigen die Phalanx zu lockern. Es erübrigt sich auf diese Dinge einzugehen; ich kann sie als bekannt voraussetzen.

Demgegenüber muß folgendes geltend gemacht werden: In einem Land wie Deutschland, in dem das wirtschaftliche Wohl und Wehe der Bevölkerung unmittelbar von dem Gedeihen der Industrie abhängt, ist die Industriewirtschaft nimmermehr reine Privatsache sondern eine öffentliche Angelegenheit. Daher ist die Beseitigung aller Geheimniskrämerei in puncto Wirtschaftsführung, Gestehungskosten, Preiskalkulation, Produktionsmenge usw. zu fordern, einer Geheimnistuerei, in die sich die Unternehmer heute wie in eine Nebelwolke hüllen. Die wirtschaftliche und technische Lage jedes einzelnen Unternehmens und damit jedes Industriezweigs muß vor einer staatlichen Instanz offensichtlich gemacht werden. Ganz, wie jeder von uns dem Finanzamt gegenüber zu einer Steuererklärung verpflichtet ist, sind auch die industriellen Produzenten zu verpflichten fortlaufend über den Zustand ihrer Unternehmungen zu berichten. Die Industriewirtschaft darf nicht länger dem willkürlichen Ermessen der Unternehmerverbände überlassen bleiben. Vielmehr muß der Staat, das heißt die Gesamtheit aller an der Ergiebigkeit der industriellen Produktion Interessierten, auf die Gestaltung der industriellen Verhältnisse maßgebenden Einfluß haben.

Es genügt auch nicht, daß man eine »öffentliche Kontrolle aller monopolistischen Bestrebungen«, zu der auch heute schon der Reichswirtschaftsminister berechtigt ist, durchführt und von Zeit zu Zeit Untersuchungen über die Betätigung der Kartelle anstellt. Eine wirksame Kontrolle und eine zweckentsprechende Beeinflussung der Industriewirtschaft (das beweist gerade die trostlose Gegenwart) können nur erreicht werden, wenn nicht ab und zu, von außen her, Untersuchungen und Enquêtes veranstaltet werden, sondern wenn sämtliche Werke eines Industriezweigs zu einer Industriegemeinschaft zusammengeschlossen werden. Objekt der wirtschaftsorganisatorischen Rationalisierung muß die Gesamtheit aller Werke eines Industriezweigs sein. Es gilt die bisherige Entwicklung bewußt zu ihrem logischen Abschluß zu bringen und die freie Konkurrenz auf dem Markt zwischen den zu einer Gemeinschaft vereinigten Werken von Gesetzes wegen zu beseitigen, dafür aber dieser Gemeinschaft Aufgaben gemeinwirtschaftlicher Art zu stellen. Die Produktion darf nicht lediglich Tummelplatz der Spekulation und des Gewinnstrebens sein, sondern sie hat vor allem eine möglichst ausgiebige und billige Bedarfsbefriedigung zu gewährleisten.

Um nun aus den Werken eines Industriezweigs einen solchen Pflichtverband zu bilden und das private Gewinnstreiben einzudämmen, müssen in die Leitung einer solchen Gemeinschaft außer denjenigen, die zurzeit die Wirtschaftsführung in Händen haben, Elemente eingeschaltet werden, die nicht

an der privatwirtschaftlichen Rentabilität der einzelnen Werke interessiert sondern befähigt und gewillt sind allgemein volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zu vertreten. Zu diesem Zweck wären auf Grund eines Reichsgesetzes die Firmen eines Industriezweigs zu einer Produktions- und Absatzgemeinschaft zu vereinigen. Diese Gemeinschaft könnte sich die Form einer Holdinggesellschaft, einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geben, deren Anteile einerseits dem Reich respektive den Ländern, andererseits der Vereinigung der Firmen gehören. Dieser Zentrale obliegt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der ihr unterstellten Werke als Bestandteilen des Volksvermögens, aber unter strengster Übereinstimmung mit dem Grundsatz einer möglichst reichlichen Deckung des Bedarfs, besonders an Gütern des Massenkonsums. Dieser Grundsatz verpflichtet die Industriegemeinschaft unter anderm zu einer Preispolitik, deren leitender Gedanke die möglichst wohlfeile und reichliche Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs ist. Entsprechend diesem Leitsatz hat die Zentrale darauf hinzuwirken, daß vermittelst technischer und betriebswirtschaftlicher Maßnahmen die Produktionskosten der ihr unterstellten Werke fortlaufend verringert werden. Zu diesem Zweck ist zum Beispiel der Vertrieb der Erzeugnisse sowohl im In- wie im Ausland tunlichst zu zentralisieren. Die Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen ist über die Zentrale für die unterstellten Werke nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln, die Produktion ist in den leistungsfähigsten Werken zu konzentrieren, die produktionswirtschaftliche Tätigkeit der einzelnen Werke ist von der Zentrale zu überwachen, zu welchem Behuf dieser von Zeit zu Zeit Zwischenbilanzen der Firmen nebst erläuternden Angaben, aus denen der wirtschaftliche und technische Status ersichtlich ist, vorzulegen wären.

Die privatwirtschaftliche Rentabilität der Werke bleibt grundsätzlich bestehen, jedoch werden bestimmte Schranken für die Gewinnzuschläge bei der Preiskalkulation festgesetzt. Das geschieht in der Weise, daß durch ein besonderes Gesetz für gewisse zeitliche Abschnitte (1 bis 2 Jahre) ein nach oben begrenzter prozentualer Gewinnzuschlag für jeden zentraldirigierten Industriezweig bestimmt wird. Bei Festsetzung dieses Gewinnzuschlags ist die jeweilige Wirtschaftslage, der Kapitalbedarf des einzelnen Industriezweigs, der Zustand des Geldmarkts usw. zu berücksichtigen. Auch das Kapital muß nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten verwandt werden. Die Richtlinien hierfür festzulegen ist Aufgabe der im wesentlichen auf der Grundlage der Industriegemeinschaften aufgebauten Kammer der Arbeit, der die Funktionen eines obersten Leiters und Ordners der Gesamtwirtschaft zustehen. Die Kammer der Arbeit ist auch die letztentscheidende Instanz für die Beilegung von Differenzen, die zwischen Industriegemeinschaften entstehen. Solche Differenzen werden sich zum Beispiel in der Preisfrage ergeben, da sich die Industriegemeinschaften vielfach als Rohstofferzeuger und Weiterverarbeiter, als Lieferant und Abnehmer gegenüberstehen.

Im übrigen müssen wir uns darüber klar sein, daß man die Unternehmerschaft heute nicht einfach aus der Wirtschaftsführung verdrängen kann. Denn im Gegensatz zu dem Kapitalisten, dem reinen Rentenbezieher, verfügt der Unternehmer über eine große Summe von Erfahrungen und technischem Wissen, die für die planwirtschaftliche Industrieleitung ebenso notwendig sind wie zur Führung eines kapitalistischen Unternehmens. Die Arbeiterklasse, die selbstverständlich im Rahmen der Industriegemeinschaft

an der Wirtschaftsführung zu beteiligen ist, kann die erforderlichen Erfahrungen nicht sofort aufbringen. Sie kann und wird sie durch Schulung, vor allem aber durch unmittelbare Teilnahme ihrer Vertreter an der Wirtschaftsführung erwerben. Es wäre für die Industrie, auf deren Gedeihen wir alle angewiesen sind, schädlich, wenn wir die persönliche Initiative, den Wagemut und die Arbeitslust der Unternehmer und Betriebsleiter durch Bindung an zahllose Vorschriften vorgesetzter Stellen unterdrücken wollten. Wir müssen im Gegenteil denjenigen Persönlichkeiten, ganz gleich, ob aus der Arbeiterklasse oder aus dem Unternehmerlager stammend, die das Zeug zur Führung besitzen, ihr Betätigungsfeld dadurch erweitern, daß wir ihren Tatendrang auf breitesten Grundlage, im Rahmen eines ganzen Industriezweigs sich auswirken lassen; mit dem fundamentalen Unterschied gegenüber dem bisherigen Zustand, daß die Kräfte des Unternehmers sich nicht lediglich im Dienst des Profits sondern eines bestimmten Pflichtenkreises betätigen.

Nun kann diesen hier nur angedeuteten Organisationsvorschlägen gegenüber natürlich der Einwand erhoben werden, daß eine solche Industriegemeinschaft noch keine sozialistische Reglung darstellt, da ja der Profit immer noch bestehen bleibt. Darauf ist zu erwidern, daß diese Reglung gewiß nur eine Etappe auf dem Weg zur sozialistischen Wirtschaft darstellt, und zwar ist die Industriegemeinschaft als ein Versuch zu betrachten zu einer Umbildung der in ihrem gegenwärtigen Zustand vollkommen versagenden Industrieorganisation zu gelangen. Schon aus diesen Erwägungen heraus kann man den Profit nicht sofort beseitigen. Auch darf der Prozeß der Kapitalbildung nicht gefährdet werden. Die Ablösung der heute bestehenden privaten Kapitalbildung etwa durch eine Kapitalakkumulation auf dem Weg bilanzmäßiger Rücklagen ist ein Prozeß, der nur allmählich durchgeführt werden kann. Hierzu kann aber die Klarlegung der finanziellen Verhältnisse des einzelnen Unternehmens und des ganzen Industriezweigs, wie sie im Rahmen der Industriegemeinschaft erfolgen soll, die unerlässliche Voraussetzung, ein notwendiges Vorbereitungsstadium bilden.

Es versteht sich von selbst, daß die Überführung der ganzen Industrie in den gemeinwirtschaftlichen Zustand nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann. Das soll aber nicht besagen, daß man ruhig zuwarten darf, bis dieser oder jener Industriezweig "reif" wird zur Überführung in die Gemeinwirtschaft. In diesem Reifezustand befinden sich in Deutschland bereits alle großindustriell entwickelten Industriezweige, also im Grunde die ganze Industrie. Gewiß ist es ein Gebot der praktischen Vernunft mit leichteren Aufgaben zu beginnen und zu schwierigeren fortzuschreiten. In erster Linie kommen daher diejenigen Industriezweige, die großbetrieblich besonders stark entwickelt sind, für die Zusammenfassung zu einheitlich geleiteten Wirtschaftsgebilden in Betracht. Aber noch ein weiterer Gesichtspunkt ist bei der Bildung von Industriegemeinschaften festzuhalten: Es gilt vor allem diejenigen Industriezweige, die Gegenstände des Massenbedarfs herstellen, rationell zu organisieren, zum Beispiel die Schuhindustrie, die Papierindustrie, die Textilindustrie, die Elektrotechnische Industrie, die Zuckerindustrie usw. Was die Erzeugnisse der Schwerindustrie anlangt, so sind sie schon deshalb in die Reglung einzubeziehen, weil die Produktionskosten respektive die Preise dieser Erzeugnisse von größtem Einfluß auf sämtliche Verarbeitungsindustrien sind. Wir sehen, daß der Kreis der gemeinwirtschaftlich zu leitenden Industriezweige keinesfalls eng gezogen werden darf.

Das wäre in großen Zügen der Gedankenkreis, den wir zur Grundlage einer Aussprache über ein wirtschaftsorganisatorisches Programm der Partei machen könnten. Es bliebe noch vieles über die psychischen Voraussetzungen für eine gemeinwirtschaftliche Reglung der deutschen Industriewirtschaft zu sagen, Voraussetzungen, die in Deutschland durchaus als gegeben zu betrachten sind. Auch über die Sicherung gegen einen Branchenegoismus von Unternehmern und Arbeitern eines Industriezweigs, über die Stellung des Handels in der Industriewirtschaft wäre vieles zu erläutern. Aber das alles sind Dinge von sekundärer Bedeutung, deren Reglung keine besonderen Schwierigkeiten bereitet, wenn erst der Grundgedanke der Gemeinwirtschaft erfaßt und verwirklicht ist. Diesen Grundgedanken kann man kurz wie folgt formulieren: Gütererzeugung ist Gemeinschaftssache. Die Wirtschaft ist heute ebensowenig lediglich private Bereicherungsquelle wie etwa das Gerichtswesen, die innere Verwaltung, die Erledigung auswärtiger Angelegenheiten usw. Diesen Gedanken zu entwickeln und in einem Programm niedergezulegen und zu verwirklichen ist unsere sozialistische Aufgabe, eine Pflicht, die dadurch besonders drängend geworden ist, daß seit vielen Jahrzehnten die Rat- und Hilflosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft niemals so offensichtlich zutage trat wie seit Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.

WALTHER PETRY · ZEIT UND ZEITLICHKEIT BEI MARCEL PROUST

I



RÜHJAHR 1914 erschien, nachdem die *Nouvelle Revue Française* den Verlag abgelehnt hatte, *Du côté de chez Swann*, gedruckt auf Kosten des Autors bei Bernard Grasset: das 1. Buch des zyklischen Romans *A la recherche du temps perdu*. Wir suchen eine unmittelbare, spontane Wirkung des Buchs und finden die zurückhaltende Anerkennung eines kleinen, literarisch interessierten Kreises. Ein einziger empfängt den Eindruck des Buchs wie eine Verwandlung: »J'entrai dans un nouveau monde. J'avais la sensation de voir s'ouvrir sur l'amour une porte que jamais personne n'avait remarquée et qui donnait accès sous un ciel sombre et magnifique, peuplé d'une multitude de douloureuses petites étoiles.« Mit dieser metaphorischen Würdigung empfängt das empfindlichste kritische Gewissen des neuen Frankreichs, der 28jährige Jacques Rivière, den unbekannten Marcel Proust. 3 Jahre später (der Weltkrieg warf im Osten schon die Russische Revolution aus) durchbrach der rauschhafte Erfolg des 2. Bands: *A l'ombre des jeunes filles en fleurs*, das Schweigen und überholte das Urteil Rivière's. Die Goncourtakademie hatte den Roman preisgekrönt; er eroberte mit einem Schlag die literarische und die "mondäne" Welt. Der Name Proust war dann das erste geistige Zeichen, das Frankreich dem erschöpften Europa gab: Die Nationen, nach dem Zusammenbruch in ihre Grenzen zurückgekehrt, empfanden ihn und das Werk, das er zeichnete, wie den zarten und nachdrücklichen Anspruch an ihr trotz allem europäisches kulturelles Gewissen. In London und Amsterdam, denen Paris später folgte, gründeten sich Klubs, um die anziehenden und schwierigen Bücher in gemeinschaftlichen Lesungen und kommentatorischen Übungen zu erschließen. Man bedeutete sich gegenseitig in diesen eigentlich sinnverwirrenden Romanen die sensibelsten Zeich-

nungen einer neuen sozialen Topographie Frankreichs in Händen zu haben, in denen die Fundorte kaum zu vermutenden poetischen Gehalts bezeichnet und erschlossen wurden, eine neue Psychologie sich aussprach, und das epische Gesetz des kontinuierlichen zeitlichen Ganges in eine vielläufige Bewegung der Zeit so bestimmt kompliziert wurde, daß der Leser, war er einmal in diese Welt hineingekommen, sich in ihr wie in einem Zauber-garten einer eigengesetzlichen neuen Wirklichkeit verlor.

Wir haben diese Fakta: die völlige Erfolglosigkeit vor Ausbruch des Kriegs, die vollendete Ruhmhöhe gegen Ende des Kriegs, diese Problematik der seltsamen Aktualität eines Werks, an den Anfang dieser Untersuchung gesetzt, um ihren möglichen Sinn festzustellen.

II

 EHEN wir zunächst auf den Autor selbst, wie er, mit der französischen Gabe einer erstaunlichen "causerie" und mit ebenso erstaunlicher Zähigkeit, in eine Gesellschaft, der er nicht angehörte, einzudringen, 10 Jahre lang ein nur gesellschaftliches Leben führt, die Salons erobert, Herzoginnen durch den melancholischen Charme seines Gesichts, durch anziehende Phantasiefülle des Geistes und durch seinen Reichtum bezaubert, sich respektabel duelliert, um dann, wie von einer strengen Stimme angerufen, dieses ganze sorgfältig geknüpfte Netz bester gesellschaftlicher Beziehungen aus der Hand zu lassen, sich in sein Zimmer am Boulevard Haussmann einzuschließen und in unablässiger verzweifelter Arbeit die so müßig verlorene Zeit poetisch zurückzuschöpfen. 8 Jahre à la recherche du temps perdu, eine imaginäre Rettung des wirklich verlorenen Lebens, dessen nahes Ende den kranken, höchst reizbaren Organismus zu seiner bewundernswerten Arbeit anspornt. Wir sehen in diesen wenigen Tatsachen die Wurzeln seines Werks.

Marcel Proust ist das Kind eines Arztes und einer jüdischen Mutter und bietet den Besuchern des Hauses, wie Paul Desjardins es beschreibt, das Bild eines »jeune prince persan aux grands yeux de gazelle, aux paupières alanguies, respectueux, onduleux, caressant, inquiet«. Er wächst, behütet gegen die Zudringlichkeiten eines vom Materiellen bedrohten Lebens, in der zärtlichen Pflege seiner geistigen Eigenheiten auf; sein Ehrgeiz spiegelt ihm die Welt des Faubourg Saint-Germain als einen von Halbgöttern bewohnten Bezirk; sein Reichtum, seine Behutsamkeit, seine mondänen Talente erschließen sie ihm; er teilt ihr Leben, das heißt, er graduiert das Leere, und er wird plötzlich, ein 42jähriger Dandy, durch ein tiefes Erschrecken des Geistes sich der Leere furchtbar bewußt. Er sieht, schon am Horizont des Lebens auftauchend, den Tod sich nähern und bricht, mit einem Schauder vor der Eitelkeit seines Daseins und in offener Angst vor dem gedächtnislosen Nichts, seinen Weg ab, verbarrikadiert sich und beginnt zu schreiben.

Jetzt hebt der lange, mühselige und ergebnisreiche Prozeß an, den er mit der wunderbaren Bezeichnung einer »Suche nach der verlorenen Zeit« zusammengehalten hat: der Versuch mit unablässiger Reflexion und unerschöpflicher Phantasie das tatsächlich und unwiderruflich Vergangene als Schöpfung bleibend zu vergegenwärtigen. Wir können es den Versuch einer Mythologisierung des Nichts nennen und haben damit seinen äußersten Umfang, seine möglichste Tiefe und seine Hybris in einem bezeichnet.

III

HALTEN wir noch einmal die Stellung des Autors zu seinem Werk fest: Mit ihr berühren wir schon das Hauptproblem Prousts, das Problem der *Zeit*. Er bewegt sich von dem Augenblick an, da er die Rolläden seines Zimmers herabläßt, um das draußen fortelende Leben auszuschließen, nicht mehr vorwärts, er kehrt sich um und steht, mit dem Rücken zur Zukunft, mit dem Gesicht zur Vergangenheit, in einem Raum der quasi angehaltenen Gegenwart. Seine besondere Stellung ist nicht die eines Schriftstellers, der mit seinem Buch mitlebt, um es, abgeschlossen, zurückzulassen und von ihm aus zu neuen Aufgaben zu gehen; er darf, durch Krankheit und eine spezielle Seinsangst festgebannt, in seiner ihm gewiesenen kleinen Spanne noch währender Existenz keinen Schritt mehr vorwärts tun, muß sich als Schreibender des Lebens radikal enthalten, um der Gestalt seines vergangenen Lebens, seines bleibenden Bildes, literarisch habhaft zu werden.

Diese "Gestalt" des Proustschen Lebens existiert nicht. Das Leben ist als unhaltbarer Zeitwandel vorbeigegangen und mit der Zeit verloren; es muß, aus Kräften der Erinnerung und von der Reflexion durchhellt, von der Phantasie geeinigt, zur Gestalt *geschaffen* werden. Diese Situation ist so präzise wie künstlich. Von Goethe stammt das rätsellösende Wort: »Unser ganzes Kunststück ist unsere Existenz aufzugeben, um zu existieren.« Dieser sibyllinische Spruch meint das Gesetz der neugeburtlichen Verwandlungen des Lebens, sein Doppelantlitz von Werden und Vergehen; Proust leistet das so aufgegebene Kunststück auf besondere Weise. Er kennt kein in sich sinnhaltiges, seiner selbst in der Entwicklung tiefer innewerdendes Leben, da er auch seinen Träger, die Persönlichkeit, nicht kennt; er kennt keine Wirklichkeit, keine Ereignisse, kein Ich und kein Du, also keine Handlungen und keine Leidenschaften; er kennt nur das Nichts und die freigesetzte Form. Er gibt also, wie Goethe es will, seine »Existenz« auf, aber nicht, um neuerlich zu existieren (denn das hieße ihm nur in die Zeit hinschwinden), sondern um mit dem Opfer des noch bleibenden Lebens die Gestalt, die Form zu kristallisieren. Hier ist seine "angehaltene Gegenwart", die er in seinem geschlossenen Zimmer verdichtet; er entsteigt, paradox gesprochen, dem Fluß und steht nur noch in der imaginären, durch gewebeartige Verflechtung zum Bild gewirkten Zeit seines Werks. So konnte er meinen am Schluß die Zeit »wiedergefunden« zu haben; der abschließende Band des Zyklus heißt *Le temps retrouvé*. Das Gebilde berührte die Schwelle der Gegenwart, und der Tod, der ihn im Jahr 1922, als das Manuskript vollendet ist, von hinten erfaßt und von seiner Stelle forthebt, löscht eigentlich nur einen Schemen aus; das, was Marcel Proust war, hatte sich schon der Widerspieglung der kristallinen zurückgeschöpften Zeit geopfert.

IV



ENES Gefühl, dem Rivièrè nach seiner ersten Bekanntschaft mit Proust den einfachen und entscheidenden Ausdruck gab: »J'entrai dans un nouveau monde«, ist das erste, das den Leser bei der Lektüre des Werks ausfüllt. Je tiefer er in einen dieser Bezirke, in Swann, in Guermantes oder Sodom hineinsindet, um so völliger wird er der Wirklichkeit seiner Welt enthoben und auf sanfte

unwiderstehliche Art zum Mißbewohner jener »neuen Welt« verwandelt. Dieses Phänomen hilft uns das Werk erklären. Es ist, wie wir vorhin zu beschreiben versuchten, durch eine restlose Überantwortung des Autors, das, was wir den Akt der Existenzaufgabe nannten, entstanden; es ist der erstmalige Versuch einen Menschen mit seinem ganzen Bezugssystem bis in die letzterkennbaren Verläufe hinein zu *transskribieren*. Wir nehmen keinen Anstoß diese völlige Überschreibung eines Menschen an ein Werk magisch, zu nennen. Denn wie sonst ein Werk nur der Übergang des Bildners, genauer: sein Durchgang, zu einer höhern Stufe seines Selbst ist, um dann zurückzubleiben und als Petrefakt seiner Entwicklung deutbar zu werden, nimmt hier das Werk den Schaffenden ganz in sich auf, der Schritt für Schritt in seinen Spiegel hineingeht, um endlich in ihm zu verschwinden. Und auch die Wirkung, mit der das so erfüllte Werk seinen Leser ergreift, ist magisch; sie nimmt gefangen, entführt, oder, wie Rivière es sagt, man glaubt eine noch niemals bemerkte Tür sich öffnen zu sehen und in eine von dunklem und wunderbarem Himmel überhangene neue Welt einzutreten.

Geben wir gleich zu, daß wir diese Welt ungleich schwieriger entdecken als der jedem neuen poetischen Reiz mit feinsten Sinnen antwortende französische Kritiker. Aus einiger Entfernung und nicht mehr verzauberter Überlegung will uns scheinen, sie bestände nur aus Spleen und Langeweile, aus Krankheit, Laster und grenzenlosem Snobismus. Dennoch fühlen wir auch über diese Entfernung hinweg die weiterwirkende Anziehungskraft des Werks, die ruhige Durchdringung, mit der es solche Distanzgefühle gelassen auflöst. Hier knüpfen wir die Erklärung weiter.

Proust erfindet nicht, er *reflektiert*. Diese Bestimmung umschließt sein Genie. Er hat nur den Willen sein abgelaufenes Leben, die »verlorene Zeit« zu durchforschen; diese Durchforschung (recherche) bedarf keiner ausgewählten Gegenstände, keiner erhöhten Wirklichkeit, denn sie selbst ist die Substanz des Buchs. Wir haben über diesen wichtigsten Punkt *aus ihm entspringt die neue Perspektive des Proustschen Werks* die ausdrückliche Erklärung des Autors. »Geniale Werke«, sagt er, »werden nicht von denen hervorgebracht, die im erlesensten Milieu leben, die glänzendste Konversation machen, die umfassendste Bildung besitzen, sondern von solchen, die die Macht haben plötzlich aufzuhören für sich selbst zu leben, aus ihrer Persönlichkeit einen Spiegel zu machen, in dem ihr Leben, mag es vom gesellschaftlichen und selbst in gewissem Sinn vom geistigen Standpunkt aus noch so mittelmäßig sein, zurückgestrahlt wird. Denn das Genie liegt in der Macht zu reflektieren, nicht in der eignen innern Qualität des gespiegelten Schauspiels.« Mag uns also die soziale Schicht, die der Autor uns zeigt, dieser geheimnisvolle Faubourg Saint-Germain, mit seinen Guermantes, Norpois, Saint-Loups, seinen Riten, Feierlichkeiten und Idiotieen, mag uns selbst die Figur des Erzählers, das Ebenbild Prousts, mit seinen Nervenleiden, ausgedehnten Gefühlen und seiner unironischen Vorliebe für die »große Welt«, durch seine Leere und Abstrusität abstoßen und quälen: dies sind nur die Elemente, die der Autor in geduldiger Arbeit umformt und überträgt. Diese ganze empirisch widerwärtige Welt, an der das Interesse vieler Leser ermüdet, an der auch die Begeisterung eines großen Teils der französischen Gesellschaft sich töricht entzündete, wird in dem Licht der Proustschen Intelligenz zur Durchsichtigkeit aufgehellt. Die Sozialität seines Werks,

seine Manieen und Exaltationen stoßen uns immer wieder ab, seine transluzide Intelligenz hält uns endgültig fest. Sie allein macht den Zyklus zu einem menschlichen und einheitlichen, zu einem gültigen und genialen Werk. In ihr hat Proust seine letzte, seine französische Stabilität. »Meine Intelligenz«, sagt er, »mußte etwas Einheitliches sein, und vielleicht gibt es überhaupt nur eine einzige, in der alle Welt bei einander wohnt?«

V

 IESE reflexive Intelligenz, in der wir die zwingende Kraft des Proustschen Werks erkannten, erfüllt nicht nur den Bereich des Psychologischen. Als Psychologie gewinnt sie der Beobachtung der Seele neue, transportable Fakten; darüber hinaus ist sie aber die wesentliche Gestalterin der Schönheit seines Werks. Diese Schönheit ist nicht allein das Geheimnis des Rhythmus. Die Proustsche Periode ist vielgliedrig, elastisch, wellenförmig; sie ist, bei aller Solidität, die ihr erlaubt Partizipialkonstruktionen von $1\frac{1}{2}$ Seiten Länge zu bauen, so untraditionell, daß sie von einigen Hütern latinischer Klassizität als »deutscher Stil« abgelehnt wird. Die Schönheit dieses Werks ist der methodisch langsam geführte Gang der Erzählung.

Jede Bewegung der physischen oder psychischen Welt ist, in ihrer Zusammensetzung, ihrem Aufbau und ihrem Ablauf gesehen, vollendet harmonisch. Den visuellen Beweis dieser Lehre erbrachte die filmische Zeitlupe. Diese Lehre ist, da sie ihr Augenmerk allein auf die Bewegung richtet, ohne zu bedenken, was sie bewirken wird, amoralisch, und in der Tat, wie Rivière sagt, »on peut reprocher à son oeuvre l'absence complète de valeur morale«. Proust ist durch dieses Bedenken nicht aufgehalten. Mit einer Sicherheit, die nur moralische Indifferenz verleihen kann, und die etwa der Ruhe und Genauigkeit eines arbeitenden Physikers gleichkommt, zeichnet er die Kurven der Phänomene, Ursprünge und allmählichen Entwicklungen der Gemütsbewegungen (seien es selbst solche, die in der moralischen Wertskala als Laster eingetragen sind), ihre Akme und ihr Erlöschen.

Proust dringt mit komplexer Beschreibung auf das Wirkliche der Erscheinungen, ihren innersten Anhub, immer das interesselose Auge auf die *psychische Realität* gerichtet, und er findet als Ergebnis eine Erkenntnis, deren Formulierung von Nietzsche stammt: Das Wirkliche ist irgendeine Triebbewegung. Vor diesem Blick reduzieren sich die großen Leidenschaften zu einigen wenigen Nervenreizen. In Sodom definiert Proust die Liebe als »Irrtum«; an einer andern Stelle bezeichnet er sie als »un simple accident placé devant le jaillissement de nos désirs«. Diese Beispiele könnten vermehrt werden. Doch diese gleichsam unbeabsichtigte Auflösung, genauer: Reduzierung auf die am Grund wirkende kleine psychische Erregung, betrifft nicht nur die Liebe sondern ebenso die Freundschaft, ja alle Leidenschaften, die Proust als Fiktionen entwicklicht. Durch diese Erfindungen des Gehirns, als die sich ihm die »großen Leidenschaften« enthüllen, sinkt sein Blick in die seelische Tiefe, hebt aus ihr seine Funde herauf: irrationale, instinkthafte Triebbewegungen, die geringen wertefreien Realitäten des Seins.

Die Bedeutung dieser Psychologie abzuschätzen, deren erste zusammenhängende Darstellung und maßgebliche sprachliche Formung mit dem Namen Proust verknüpft bleiben muß, werden wir nicht versuchen. Sie bringt inner-

halb des Proustschen Zyklus das statische, ideengeordnete Weltbild zum Einsturz, setzt an seine Stelle eine dynamische, nicht zu berechnende Summe von Triebkräften, und dieser dunkle, in unaufhörlichen Veränderungen ziehende Fluß zerwäscht und löst die Grenzen des »Charakters«, der »Persönlichkeit«. Ich kenne, sagt Proust, wohl die Seele, weiß aber nichts von den Individuen. Er bringt also, wie Ernst Howald es 1926 in der Neuen Schweizer Rundschau ausdrückte, »eine totale Änderung der Auffassung vom Menschen und ein Infragestellen seiner Verantwortlichkeit und seiner Einsheit« zustande, und dies, müssen wir hinzusetzen, unvorsätzlich, »sans d'ailleurs vouloir en faire une révolution«, vielmehr aus der Ruhe des angehaltenen Lebens, aus der er das sanfte, durchdringende Licht seiner stetigen Besinnung ausstrahlt. Und wiederum: Dieses den Menschen und seine Welt durchklärende Licht der reinen reflexiven Intelligenz, in dem endlich das Einzelne und Feste, das Böse und Gute verschwinden, und nur es selbst zurückbleibt, dies ist Proust und ist seine Schönheit.

VI

 S war sicher, daß Proust, da er die Existenz in Bewegung, in Zeitteilchen auslaufen sieht, ihre Erscheinung auch nur als Zeitvorgänge darstellen, daß er aber das geordnete Nacheinander der konventionellen Erzählung, in der sich kontinuierlich ein Charakter, ein Ereignis oder ein Schicksal entwickelt, nicht annehmen konnte. Der früheren Anschauung ist die Zeit die Linie, auf der sie die Gestalten vorwärtsführt, für Proust ist sie psychische Sphäre. In ihr steht die Seele, vielmehr flieht sie in unendlich momentanen Verwandlungen dahin und muß aus ihr und mit ihr zurückgewonnen werden. Hier bedurfte es eines besondern Kunstgriffs. Wir sprachen von der quasi angehaltenen Gegenwart, in der Proust, als er schrieb, wie außerhalb des Lebens verharrte, um untersuchend (jetzt nicht mehr handelndes, irrendes, leidendes Wesen sondern reflexive Intelligenz) in die Vergangenheit zurückzutauchen und sie bleibend, als Form, zu vergegenwärtigen; und er holt sie, die als unhenmbare Flucht sich entfernte, als *psychische Quantität* zurück. Es ist wohl die gelebte Zeit, doch seelisch erfüllt, und mit dieser ungleichmäßig großen psychischen Quader baut er sein Werk. Damit ist die Komplikation seines Zeitbegriffs gegeben. Damit ist aber auch die Bannung, die der Leser spürt, der aus seiner eignen zeitflüchtigen Existenz in einer Welt festgehalten wird, in der sich Augenblicke über Hunderte von Seiten ausdehnen, Jahre unerwähnt fortfallen, in der die Erinnerung das Geschehen durcheinanderwebt, die Welt eigentlich keine Tiefe sondern bildvolle Fläche hat, alles, sofern es seelenvoll war, in die Gegenwart tritt, erklärt. Im Proustschen Werk, erkennen wir jetzt, in seiner Zeitsuche und wesentlich dynamischen Darstellung, kommt endlich dennoch, durch eine ständige Durcheinanderführung der Folge, die Zeit zum Erlöschen.

VII

 EHREN wir zu unserm Ausgangspunkt zurück. Für Swann war, als das Buch erschien, das vorsichtige Verständnis einiger voraussehender Geister, doch kein Publikum vorhanden. Für A l'ombre des jeunes filles en fleurs fiel dem Verfasser, 3 Jahre später, der europäische Ruhm zu. An diesem Ruhm bauten wahre, neu gewonnene Einsicht und totales Mißverständnis zu ungleichen

Teilen. Die wenigen fanden in dem Werk eine künstlerische, vollkommene Übereinstimmung mit der europäischen Zeitlage, die der Krieg nicht geschaffen, aber entblößt hatte. Wie in der Welt der Wirklichkeit der geistig tragende Bau der Ideen und humanistischen Begriffe atomisiert worden war, war bei Proust schon die Ausbildung einer literarischen Form vollzogen, die ihrer gänzlich entriet. Jene wenigen fanden zwischen der Realität und dem analytischen Pessimismus Prousts eine Übereinstimmung, die zugunsten der Wahrheit des Werks sprach. Die vielen aber verirrten sich in dem Werk wie in einem Labyrinth des Snobismus. Befriedigt von der kompendiösen Vollständigkeit, die die Chronik dieses Lasters auszeichnete, dankbar für den Zugang, den sie ihnen zu den Geheimnissen des Faubourg Saint-Germain eröffnete, und fasziniert von der Wolke von Spleen und sexuellen Monomanieen, die über dieser Landschaft hing, erhoben die Mondänen Marcel Proust zur Mode. Er schien der Gesellschaft zu einer Zeit der Unruhen und peinlichen Grenzenverwischungen einen Bezirk zu bauen, dessen poetische Festigkeit allen Erschütterungen der Wirklichkeit elastisch widerstand. Das waren Irrtümer, die in ephemeren Parteien des Werks gründeten, und sie haben sich vor der kritischen Erkenntnis, mit der der französische Geist Marcel Proust seinem großen Schrifttum einordnete, bereits zerstreut. Man kann heute die Linien bezeichnen, an denen sich in dem Proustschen Werk das Vergängliche vom Dauernden scheidet.

Mit seinem Vergänglichen blieb der Dichter in seiner Schwäche, nährte die Mißverständnisse der Zeit, wurde um ihretwillen erhoben und ist heute mit ihnen bedeutungslos. Mit seinem Dauernden gehört er der europäischen Sensibilität an: ein durch Krankheit zur hohen Gewissentlichkeit erzogener Geist, der im Bereich seines Wahrnehmens das Leben in die Gestalt integraler Intelligenz verwandelt.

WALT WHITMAN · AUSSPRÜCHE · AUFGEZEICHNET VON HORACE TRAUBEL · ÜBERSETZT VON AUGUST BRÜCHER

 **I**CH bin kein Heiliger und habe mir nie zuschulden kommen lassen mich für einen Heiligen auszugeben. Ich sehe einige meiner Freunde zu meinen Gunsten eine Menge von Behauptungen aufstellen, die ich selbst nicht unterstützen möchte. Andrerseits habe ich auch nicht das Gefühl ein so schrecklicher Sünder zu sein. Ich habe Irrtümer begangen, ich habe sogar viele Irrtümer begangen. Ich habe ein mittelmäßiges Leben geführt, weder zu gut noch zu schlecht, eben ein Leben, nichts weiter. Ich verliere auch nicht viel Zeit damit mich zu fragen, ob ich nicht besser, oder ob ich nicht vielleicht viel schlechter hätte sein können.

Meine Lieblingsplätze beim Spazierengehen sind immer die Flüsse und die Quais mit den Schiffen gewesen. Ich liebe die Seeleute und die Hafenarbeiter. Ich habe niemals weit von einem Fluß gewohnt.

Ich frage mich, ob nicht die beste Methode zu lesen die ist, daß man einfach seinem Geist die Zügel überläßt und ihn machen läßt, was er will. Ich ver-

suche niemals mich für ein Buch zu interessieren, indem ich mir Gewalt antue: wenn das Interesse nicht von selbst kommt, lasse ich es. Was ich lese, möchte ich nicht mehr erzwingen als das, was ich schreibe.

Die größte Zeit im Zimmer eingeschlossen bei einer Kerze und beim Ofen zu lesen ist eine Krankheit; ich zweifle, daß eine solche Lektüre irgendwem viel Gutes bringt. Die beste Art von Lektüre scheint mir immer auch die beste Luft zu erfordern. Als ich drunter am Fluß war und dort in der Umgebung oder am Ufer spazieren ging, trug ich immer ein Buch bei mir, ein kleines Buch, und wenn ich es noch so selten aufmachte. Es konnte vorkommen, daß ich 1-, 2-, 3-, 4-, 5-, ja sogar 9mal den selben Weg ging, ohne es zu öffnen. Aber dann beim 10. Mal war es immer ein Buch oder *allein* ein Buch, was ich brauchte: nicht die Bäume noch das Wasser noch etwas anderes sondern ein Buch; und für dieses 10. Mal hatte ich es mitgenommen.

Für einen Menschen, der etwas taugt, der die Hoffnung hat sich zu entfalten und Früchte zu bringen, und der das Zeug hat ein Werk zu vollbringen, gibt es kein größeres Unglück als ein Vermögen, Güter und Wohlstand zu erben: womit er verkauft wird gegen das Wohlwollen der Welt.

Es ist gut von Hause wegzugehen und unter den anderen Völkern herumzukommen, um sich von der Überlegenheit einer besondern Nation nicht allzu leicht einnehmen zu lassen, hier ein wenig von unseren Vorurteilen abzustreifen und dort ein wenig Bewunderung hinzuzutun, damit wir uns einfach auf der wahren Basis der Familie der Nationen einrichten können.

Das große Land, das größte und das reichste Land ist nicht dasjenige, das die meisten Kapitalisten und Monopolinhaber, die größten Gewinne und die ungeheuerlichsten Vermögen besitzt, mit dem erbärmlichen, beklagenswerten Gegenstück dazu: außergewöhnlicher, erniedrigender Armut. Sondern das Land ist es, wo sich die meisten Familienhäuser befinden und die meisten Grundbesitzer, wo der Reichtum nicht als großer Kontrast zwischen Hoch und Niedrig auftritt, wo alle Menschen genug an bescheidenem Auskommen haben, wo keiner mehr besitzt als zur Befriedigung der gesunden und natürlichen Bedürfnisse eines einfachen Körpers und einer einfachen Seele notwendig ist. Das Wort groß auf ein anderes Land anzuwenden, ist nach meinem Begriff ein Zeichen von Unkenntnis oder Heuchelei.

Die Arbeiterklasse ist langsam in ihrer Auffassung. Sie läßt sich das Geld aus der Tasche ziehen, sich begauern, bestehlen und bezahlt die Violinen, ohne etwas von der Musik zu hören; sie macht es von Jahr zu Jahr weiter mit diejenigen, die sie bestehlen, in die gesetzgebenden Versammlungen zu schicken und ernennt sie zu Bürgermeistern und dergleichen.

Ich habe niemals den geringsten Wunsch mich abseits zu stellen und besondere Vorrechte und außergewöhnliche Aufmerksamkeiten für mich in Anspruch zu nehmen. Ich will mit den Massen verschmelzen, ich will ein Tropfen im Ozean sein und mich unter das Gros der Menschen mengen; ich suchte niemals und suche auch jetzt nicht irgendeine Auszeichnung oder eine besondere Hervorhebung.

Ich suche nicht die Kunst, aber ich trachte nach geistigem Ausdruck. Ich bin also kein Literat, meine Bücher sind keine Literatur im professionellen Sinn. Zu allererst suche ich die Natur zu erreichen.

Was mich zur ägyptischen Kunst hinzieht? Nichts Technisches oder rein Technisches; wenigstens geht mich das nichts an. Nein, nein und abermals nein, es ist etwas Menschliches, etwas Alltägliches, etwas von ferner, fremder Geschichte, ein Hauch menschlichen Bemühens, der sich in dem Werk eines alten Volkes spiegelt.

Ich glaube nicht, daß die Geschicke Amerikas von dem Ergebnis einer Präsidentenwahl abhängen noch von dem Ergebnis aller Präsidentenwahlen zusammen, und auch nicht, daß das Schicksal Europas auf den Reden seiner Herrscher beruht; in Wahrheit sind dies die unwichtigsten Faktoren und nicht die wichtigsten für den historischen Fortschritt. Ich behaupte immer, daß es nicht von Bedeutung ist, was die Aristokraten und Großmogule, die Könige und Präsidenten machen. Von ausschlaggebender Wichtigkeit ist aber, was die Völker tun.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Quessel † Am 14. Februar starb Ludwig Quessel. Was sein Tod für die Sache des Sozialismus bedeutet, wird an anderen Stellen hier dargelegt. In dieser Rundschau sei nur festgestellt, daß das Zentrum seines geistigen Wirkens schon in den letzten Jahren vor dem Krieg, dann aber namentlich während seines Verlaufs und in der Nachkriegszeit die Außenpolitik war. Mit welcher Klarheit er die außenpolitische Idee des Weltsozialismus, der die Sozialistischen Monatshefte gewidmet sind, vertreten hat, das wissen die Leser aus der großen Reihe seiner Aufsätze, deren Inhalt nicht nur die jeweilige Situation umfaßte sondern einen Ausblick auf die Zukunft gab (der dann stets von der Wirklichkeit bestätigt wurde, und von dem manches noch bestätigt werden wird). In den Jahren 1914, 1915 und 1920 bis 1928 bearbeitete Quessel auch diese Rundschau. In dem, was er schrieb, handelte es sich nie um bloße Analyse, stets wurde vielmehr auch die Politik gewiesen, die die Dinge meistern konnte. Wie weit die offizielle deutsche Staatskunst, und wie weit die deutsche Sozialdemokratische Partei darauf hörte und entsprechend handelte, darüber wird die Geschichte urteilen. Als den Höhepunkt der außenpolitischen Tätigkeit Quessels kann man die Periode des Ruhrkriegs ansehen. Quessel hat das Wesen

der Reparationen genau umschrieben und ist nicht müde geworden immer wieder Deutschland an seine Reparationspflicht gerade darum zu erinnern, weil sie die Tendenz zu einer produktiven deutsch-französischen Zusammenarbeit in sich schloß. Niemals hat er sich um demagogischer Erfolge willen von seiner Linie abbringen lassen. Die Reinheit seines Wollens erkannten auch seine Gegner an. Die Konsequenz seines Denkens ist in der Hauptsache bis heute nicht erkannt.

Malta

Auf Malta ist im Lauf des Sommers 1930 ein ernster Streit zwischen dem Gouverneur Lord Strickland und der katholischen Bevölkerung ausgebrochen. England veröffentlichte darüber ein Blaubuch, der Vatikan ein Weißbuch. Die Bevölkerung Maltas ist phönizisch-arabischer Abstammung, spricht neben ihrem Dialekt italienisch, das auch in den Gerichten und Schulen neben dem Englischen angewandt wird. Der Gouverneur behauptete, daß die Geistlichen, die aus Italien kamen, Kirche und Schule als Agitationsorgane einer großitalienischen Bewegung benutzten. Kompetenzstreitigkeiten führten dazu, daß die Geistlichen das Volk aufforderten nicht für die Malteserpartei des Gouverneurs (Lord Strickland ist selber Malteser) sondern für die Nationalistische Partei, die den Anschluß an Italien betreibt, zu stimmen. Wer doch für ihn stimmte, sollte mit hohen Kirchenstrafen belegt werden. Zunächst wurden

die Wahlen vertagt. Der Vatikan machte den Abschluß eines Konkordats von der Abberufung Lord Stricklands abhängig. Die englische Regierung antwortete am 24. Juni mit der Aufhebung der Verfassung von Malta, so daß diese Insel wieder Kronkolonie wurde. Natürlich ist dieser Konflikt zwischen England und dem Vatikan nur eine Form der englisch-italienischen Spannungen.

Fascistische Außenpolitik In Form einer Neujahrsbotschaft an das amerikanische Volk hat Mussolini eine Friedensrede gehalten, die man vielfach als eine bloße Deklamation annahm, die aber doch wohl das Wesen seiner Außenpolitik im Kern richtig darstellt (darum auch von denen in Deutschland ernstgenommen werden sollte, die an einen Revanchekrieg gegen Frankreich mit italienischer Hilfe glauben). Mussolini sagte da unter anderm: Ich habe als Soldat im Kriege gefochten und weiß, was ein Krieg bedeutet. Die schreckliche Erinnerung an diese Jahre, als eine ganze Generation so vieler Länder in den Krieg zog, kann nicht vergessen werden. Ich selbst wurde ernstlich verwundet. In den Jahren, die seitdem verstrichen sind, habe ich das Panorama der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen des Krieges vor Augen, und zwar nicht nur der Folgen in Italien. Wie kann jemand annehmen, daß ich mit dieser doppelten Erfahrung anders als mit Schrecken an einen Krieg denken könnte? Selbst, wenn der Krieg nur zwischen 2 Ländern ausbrechen sollte, so würde er heute unvermeidlich zu einem allgemeinen Krieg werden. Die Kultur würde gefährdet sein. Die Fortschritte der Technik würden den zukünftigen Krieg noch schrecklicher gestalten als den letzten. Die Todesgefahr würde nicht nur auf die Kämpfenden beschränkt sein, sondern die gesamte Bevölkerung wäre ihr ausgesetzt. Italien benötigt den Frieden. Der Fascismus wünscht die Sicherheit des italienischen Volks in Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern der Welt. Die Tendenz dieser Neujahrsproklamation Mussolinis wurde jetzt am 14. März durch die Europarede des italienischen Außenministers Dino Grandi im Parlament in jedem Betracht bestätigt. In der Tat dürfte die fascistische Außenpolitik, so unruhig und lärmend sie sich auch oft gebärdet, doch nur darauf ausgehen Italien einen gesicherten und hervorragenden Platz in dem sich bildenden Vereinigten Europäischen Kontinent

zu erringen. Das ergibt auch eine vorurteilslose Betrachtung ihrer Einzelprobleme, über die allmählich eine Literatur entstanden ist, aus der man, mit Kritik, einiges entnehmen kann. In einer kleinen, aber sehr inhaltreichen Schrift *Der Fascismus in Europa* (Berlin, Junker & Dünnhaupt) stellt Ernst Wilhelm Eschmann die Probleme der fascistischen Außenpolitik dar. »Die Freiheit der äußern von Vorgängen der inneren Politik, Nichtfestlegung auf Pazifismus oder Militarismus, äußerste Beweglichkeit bei der Suche nach Partnern für die Außenpolitik bilden die wesentlichen Kennzeichen der fascistischen Außenpolitik in Europa.« Das Kriterium der italienischen Außenpolitik ist die Frage der Mittelmeerrherrschaft. Italien, Frankreich, England treten dabei auf den Plan. Nach den Ausführungen des Verfassers sucht Italien sein Machtgebäude zum Teil innerhalb des englischen Gebäudes aufzubauen, um bei dessen Zusammenbruch gleich fertig dazustehen (Südostmittelmeer). Sehr gut ist seine Darstellung des Tunisproblems. Bei den Ausblicken auf die Weltpolitik scheint der Verfasser den italienisch-französischen Gegensatz zu ernst zu sehen. Aber er hat nicht etwa die Meinung, Deutschland solle sich in den Konflikt einmischen. Das Schlußkapitel untersucht die Frage, ob es außerhalb Italiens Fascismus gibt. Es verneint sie. Die Diktaturen in Spanien, Ungarn, Jugoslawien, Polen, Litauen sind nicht fascistisch, da ihnen der Zusammenhang mit einer Volksbewegung fehlt. Sie alle sind vordemokratisch, der Fascismus ist nachdemokratisch. Eine nützliche Zeittabelle zur italienischen Außenpolitik schließt das Buch ab. Ein wichtiges Teilproblem der italienischen Außenpolitik behandelt Ibrahim Seyfullah: Italien im östlichen Mittelmeer (Berlin, Kurt Vowinkel). Eine sehr gute Monographie der anatolischen Küsteninseln. Die griechischen Inseln Chios, Mytilene behandelt der Verfasser kurz, um so ausführlicher den Dodekanes, jene einst türkische, seit 1912 italienische Inselgruppe mit griechischer Bevölkerung. Geographie, Flora, Fauna, Wirtschaftsleben werden gut geschildert, die historische Entwicklung in einigen scharfen Strichen gezeichnet. Der Verfasser sagt, daß diese Inseln wirtschaftlich zu Anatolien gehören, und daß der Völkerbund diese Inseln nach dem Vorbild der Aalandsinseln behandeln, also unter gewissen Kautelen an die Türkei zurückgeben solle. Höchstens könnte man einen Ägeischen Staat aus ihnen machen.

In Charles Loiseaus Buch *Saint Siège et fascisme* /Paris, J. Gamber/ wird, nach einer kurzen Darstellung des Streits zwischen Vatikan und Quirinal von 1870 bis zum Weltkrieg, das Verhältnis beider während des Kriegs ausführlich dargestellt. An die Schilderung der Beziehungen in der Nachkriegszeit bis zum Marsch nach Rom schließt sich eine Besprechung der Bedeutung der Lateranverträge. Eine inneritalienische Frage scheint hiermit gelöst. Der Papst, Italiener, hat sich mit dem Königreich Italien ausgesöhnt. Aber wird er nun noch als unabhängiger Chef der supranationalen katholischen Kirche betrachtet werden können? Ist er nicht in Abhängigkeit von der italienischen Regierung geraten? Der Verfasser fürchtet hier starke Einbußen der Unabhängigkeit und damit der Autorität. Besonders im Nahen Osten mache sich schon jetzt eine Bevorzugung der italienischen kirchlichen Organisationen zuungunsten der französischen bemerkbar. (Interessant ist, daß der Verfasser beide ganz unbefangen als politische Institutionen auffaßt.) Was geschieht im Fall eines Kriegs zwischen Italien und irgendeiner Macht mit dem Botschafter dieser Macht beim Vatikan? Wird es wieder sein wie 1915? Aus allen diesen Gründen verlangt Loiseau die Gegenzeichnung des politischen Vertrags zwischen dem Papst und dem Haus Savoyen durch die Mächte.

Das flüssig geschriebene inhaltreiche Buch des kenntnisreichen Italieners Italo Zingarelli *Das Erbe von Versailles* /Zürich, Amaltheaverlag/ liest man mit Interesse. Doch muß man es mit Vorsicht lesen. Der Verlag erklärt, das Schaffen des Verfassers diene vornehmlich dem Vermittlungsgedanken. Die Tendenz ist proitalienisch, proungarisch, antifranzösisch, antitschechisch, antiserbisch und im allgemeinen antieuropäisch. Sogar gegen kleinere regionale Zusammenschlüsse, wie etwa die Balkanische Union, ist der Verfasser. Wahres und Falsches werden geschickt gemischt. Oft kehrt die Behauptung wieder, die Tschechoslowakei verkürze den Slowaken sogar die autonomen Rechte, die sie während der Herrschaft Ungarns besessen hätten. Welche waren das? Es gab nicht einmal eine Slowakei sondern nur "Oberungarn". Und das Wort tot, das Slowak bezeichnet, ist ein höchst unangenehmes Schimpfwort im Ungarischen. Hier, in der Tschechoslowakei, nimmt sich Zingarelli auch der Deutschen an, um allerdings zu erklären, daß, während das Deutsche Reich die Deutschen Böhmens vergessen habe, die deutsche Presse kunstreiche und effekt-

volle Zärtlichkeiten für die deutschen Untertanen Italiens in Szene setze und damit politische Brunnenvergiftung treibe. Die letzten 10 Kapitel des Buchs sind Jugoslawien gewidmet. Vieles, was der Autor dort über die Unmöglichkeit der innern Konsolidierung Jugoslawiens sagt, ist schon überholt. Die Ansicht, daß Griechenland und die Türkei sich nie versöhnen werden, ist ebenfalls veraltet, hier war sogar Mussolini Helfer. Das Buch ist gut gedruckt, enthält bei 400 Seiten 28 Abbildungen und 1 Karte.

Hier ist nun der Platz von Mussolini selber zu sprechen, der die starke Verkörperung des Fascismus darstellt, wenn er auch nicht dessen Urheber ist. (Vor allem scheint Gabriele d'Annunzio jetzt ganz vergessen zu sein.) Mussolini hat, wie jeder weiß, stark für den Eintritt Italiens in den Weltkrieg gearbeitet. Er trat am 31. August 1915, 32 Jahre alt, als Kriegsfreiwilliger in das 11. Bersaglieriregiment ein, war dann an der Kärntnerfront und später in der Hölle am Karst. Am 23. Februar 1917 wird er schwer verwundet. Er hat fast während seiner ganzen Militärzeit ein Tagebuch schreiben können. Dies Buch liegt jetzt vor: Benito Mussolini *Mein Kriegstagebuch*, herausgegeben und übersetzt von Egon Cäsar Conte Corti /Zürich, Amaltheaverlag/. Wohl keiner der jetzt Regierenden sonst hat wie Mussolini den Krieg als einfacher Mann mitgemacht (außer ihm tat dies von Italienern noch sein Gegner Eugenio Chiesa). Mussolini schreibt nicht nur seine Erlebnisse sondern auch seine Gedanken hin. Oft betreffen sie schon den Frieden. Am 15. Februar 1916 trägt er ein: »Nein, diese Slowenen [in Karfreit] lieben uns noch nicht. Sie ertragen uns mit Ergebung und schlecht verhehlter Feindseligkeit.« Denkt er an diese Worte, wenn er jetzt die Slowenen noch mehr verfolgen läßt als die Deutschen in Südtirol? Viele Einblicke in die Geisteshaltung Mussolinis gibt dieses Buch.

Endlich sei noch auf die neue, von Renato Trevisani herausgegebene Zeitschrift *Politica Sociale* /Rom, La Diffusione/ aufmerksam gemacht. Sie hat bei der engen Verbindung von Sozialpolitik und Expansionsdrang im fascistischen Staat auch außenpolitisches Interesse. Interessante (meist nicht gezeichnete) Artikel sind zum Beispiel: Il problema tecnico dello Stato moderno, Populi in decadenza (mit deutlichem außenpolitischen Hintergrund), Imperialismo americano, La disoccupazione in Inghilterra.

Informations-
mittel

Ein vorzügliches Informationsmittel über das *Britische Weltreich* ist die Schrift des amerikanischen Professors Howard Robinson *The Development of the British Empire* /London, Constable & Co./. In 25 Kapiteln schildert er in gedrängter, aber sehr zugänglicher Form das Wachsen und Entstehen des englischen Kolonialreichs. 3 Kapitel behandeln die "Vorzeit", das Entstehen einer englischen Seemacht, dann werden die Kämpfe mit Spanien, Holland, Frankreich beschrieben. Das 8. Kapitel schildert den Verlust der Neuenglandstaaten, das 10. den Kampf mit Napoléon. Es folgen ausgezeichnete Übersichten über die Entwicklung der einzelnen Teile des Reichs im 19. Jahrhundert, Canada, Australien, Südafrika, Neufundland, Indien. Geopolitisch sind das 19. und 20. Kapitel hervorzuheben: *The Highway to the East, the Suez Canal and Egypt*. Wie aus dem Kolonialreich allmählich die British Commonwealth of Nations entsteht, schildern das 17., 24., 25. Kapitel: *Imperial Interests of the Victorian Age, the Imperial Organisation at the Opening of the XX Century, the Empire and the World War*. Dies Kapitel behandelt auch die Veränderungen in den einzelnen Dominions und Indien bis etwa 1923. Hervorzuheben sind eine statistische Tabelle in graphischen Darstellungen über das ganze Empire sowie 20 Karten.

Eine nützliche Zusammenstellung über die *englische Mandatpolitik* veröffentlicht Wilhelm Regendanz /Berlin, Carl Heymann/. Wichtig ist das Problem des Tanganyikateritoriums (siehe darüber hier auch den Artikel Thorwirths, 1930 II, Seite 1217 und folgende).

Der Generalsekretär des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart Fritz Wertheimer läßt zum zweitenmal seine nützliche Schrift *Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland* erscheinen /Berlin, Zentralverlag/. Auf 340 Seiten ist ein großes Material verarbeitet, das uns das Wirken der *Deutschen im Ausland* in seinen politischen Formen plastisch vorführt. Fast $\frac{1}{3}$ aller Deutschen lebt ja außerhalb der Reichsgrenzen. Von außereuropäischen Ländern sind die Vereinigten Staaten und Südafrika vertreten. 400 Politiker werden biographisch behandelt. 48 Abbildungen schmücken das hübsch ausgestattete Buch. Mag es so weite Verbreitung finden, daß Neuauflagen bald erfolgen können, damit das Buch, das aus der Natur der Sache leicht zu veralten droht, stets auf dem laufenden gehalten werden kann.

Totenliste

Am 7. Februar starb in Rom *Tommaso Tittoni*, im Alter von 82 Jahren. Er war Außenminister Italiens 1903 bis 1909 und für kurze Zeit noch einmal nach dem Weltkrieg im Kabinett Nitti. Dazwischen war er italienischer Botschafter in Paris; er förderte die Annäherung Italiens an Frankreich.

Am 23. Februar starb in Wiesbaden der Admiral *Eduard von Capelle*, 75 Jahre alt. Lange Jahre war er Staatssekretär der Marine, 1916 wurde er Nachfolger des Großadmirals Alfred von Tirpitz.

Am 26. Februar starb in Lemberg *Hermann Diamand*, im Alter von fast 71 Jahren. 1907 bis 1918 gehörte er dem österreichischen Reichsrat an, seit 1919 war er Sejmabgeordneter der Polnischen Sozialistischen Partei, die ihn besonders in wirtschaftspolitischen Fragen vorschickte. Außenpolitisch war er ein Anhänger der deutsch-polnischen Verständigung. Es war ein tragischer Zufall, daß Diamand gerade an dem Tag starb, als der Ausschuß des Sejms dem deutsch-polnischen Handelsvertrag zustimmte, für den sich der Verstorbene stets mit ganzer Kraft eingesetzt hatte.

Kurze Chronik Zu einer kleinen *deutsch-polnischen Aussprache* kam es, als der Nachfolger Ulrich Rauschers in Warschau, Otto von Moltke, am 7. März dem polnischen Staatspräsidenten in Anwesenheit des Außenministers Zaleski sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Moltke führte in seiner Ansprache aus, die Erkenntnis, daß die höchste Entfaltung der nationalen Kräfte nur »bei vertrauensvoller internationaler Zusammenarbeit im Geist der Billigkeit, der gegenseitigen Achtung der Völker und der friedlichen Entwicklung der Menschheit« möglich ist, sei in steigendem Maß Gemeingut der öffentlichen Meinung Europas geworden. Der Staatspräsident stellte »mit Zufriedenheit« fest, daß der deutsche Gesandte »alle Kräfte in diesem Geist der ehrenvollen Aufgabe des Ausbaus der gegenseitigen Beziehungen beider Staaten widmen« wolle. ◇ Der polnische Sejm nahm am 12. März frühmorgens, nach einer 14stündigen Sitzung, mit 180 gegen 75 Stimmen den *deutsch-polnischen Handelsvertrag* in 3. Lesung an. ◇ Der deutsche Gesandte in Brüssel *Alfred Horstmann* wurde Nachfolger des ermordeten Gesandten Albert von Baligand in Lissabon. ◇ Nach Brüssel geht *Hugo Graf Lerchenfeld*, der bisher deutscher Gesandter in Wien war.

Literatur

Der Herausgeber der Europäischen Revue *Karl Anton Prinz Rohan* hat seine Aufsätze aus den letzten Jahren zu einer Broschüre zusammengefaßt: Umbruch der Zeit 1923 bis 1930 (Berlin, Georg Stilke/). Die Schrift zerfällt in 3 Teile, Problemkreise, mit denen der geistvolle Autor sich besonders beschäftigt: Neue Front, wo er eine neue geistige Situation für die europäische Jugend zu konstruieren versucht, Europa, wo er die Fragen des deutschen Völkerraums behandelt, die deutsche Außenpolitik, die Minderheitenfragen vielfach neuartig beleuchtet und auf einen europäischen Generalnemmen zu bringen sich bemüht, schließlich Das deutsche Österreich, wo er die besonderen Probleme seines Heimatlands als deutschen Grenzlands und Schnittpunkts europäischer Politik und Geistigkeit behandelt. Das Buch fordert oft zum Widerspruch heraus: ein Beweis für seine Lebendigkeit. ◇ Das bekannte Buch Rudolf Kjelléns *Die Großmächte und der Weltkrieg* liegt in neuer Auflage vor. Hugo Hassinger, Otto Maull, Erich Obst, Karl Haushofer haben sich der Mühe unterzogen es völlig umzuarbeiten. Auch der Titel wurde gerechtfertigterweise geändert, denn es ist ein neues Buch: *Kjellén-Haushofer Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege* (Leipzig, B. G. Teubner/). Besonders erfreulich ist die stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Probleme, die bei Kjellén meist unter den Tisch fielen (siehe darüber den Artikel des Bearbeiters dieser Rundschau Geopolitik und Geosoziologie, in der Zeitschrift *Der Sozialistische Wille* 1930 Seite 39 und folgende). Auch die statistischen Zusammenstellungen und die jetzt 80 Textkarten wird man nur begrüßen. Das Buch ist zu bekannt, als daß es einer besondern Empfehlung bedürfte. ◇ Der dänische Außenminister Peter Andreas Munch hielt vor dem Kieler Institut für Internationales Recht einen Vortrag unter dem Titel *Die Völkerbundspolitik der 3 nordischen Staaten*, der dann im Druck erschien (Berlin, Georg Stilke/). Interessant sind besonders die Mitteilungen von den Verhandlungen zwischen der Entente und den Neutralen 1919-1920 über die Völkerbundssatzung. Viel Einfluß konnten die nordischen Staaten nicht ausüben; doch haben sie durch einige Änderungen das spätere Eintreten Deutschlands und auch einige andere nützliche Folgen ermöglicht. ◇ Wenn ein deutscher rechtsstehender Verlag ein Buch eines Franzosen herausgibt, so ist mit mathemati-

scher Sicherheit vorherzusagen, daß es gegen Polen gerichtet ist. Das Buch *Robert Tourlys Berlin-Warschau-Danzig, der Konflikt der nächsten Zeit* (Köln, Gildeverlag/ hat diese Tendenz: Das Korridorgebiet ist sofort an Deutschland zurückzugeben. Vieles, ja das meiste, was der Verfasser schreibt, sah er selbst, und es ist richtig. Leider übertreibt er aber auch. Daß der Geldverkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen durch den Korridor erschwert wäre, ist eine erstaunliche Behauptung. Die 99% Wahrheit werden durch die 1% Übertreibungen, die aber von polnischen Schriftstellern gegen solche Bücher ausgenutzt werden, diskreditiert. Ja, die Korridorfrage muß gelöst werden; aber das kann nicht durch Machtpolitik gegen Polen sondern nur durch kontinentaleuropäische Gemeinschaftspolitik geschehen (siehe dazu hier auch den Artikel des Bearbeiters dieser Rundschau, 1930 III Seite 882 und folgende). ◇ Der *Pesti Hirlap*, eine der größten Zeitungen Ungarns, versendet ein Buch *Gerechtigkeit für Ungarn! Der Vertrag von Trianon hat Ungarn 72% des Gebiets genommen, 64% der Bevölkerung*. Daß die Grenzen an vielen Stellen ungerecht sind, das heißt dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht entsprechen, kann nicht bezweifelt werden. Daß aber Ungarn die zentrifugalen Kräfte, die eine Zerstörung des Staats in Trianon bewerkstelligten, selber vergrößert hat, ist sicher. Daher ist die Behauptung des Buchs, die »Anklagen, als hätte Ungarn seine anderssprachigen Einwohner unterdrückt«, seien »einfach Lügen und nichts anderes als Phrasen einer mit vielen Geldern geschickt und zielbewußt geleiteten Propaganda«, aufs schärfste abzulehnen. Nirgendwo ist eine derartige Unterdrückungspolitik gegen die Minderheiten betrieben worden wie in Ungarn. Heute treten die Ungarn als die ersten Vorkämpfer der Minderheitenrechte auf. Und wie behandeln sie jetzt in Restungarn zum Beispiel die halbe Million Deutscher? Das Buch sieht natürlich die einzige Möglichkeit auch Ungarn zu befriedigen, nämlich Europa zu einigen, nicht. Obwohl die veröffentlichten Wirtschaftskarten doch genug darauf hinweisen. Neue Grenzziehungen hätten die selben Erfolge wie Trianon. Die ungarischen Nationalisten wollen einfach eine Wiederherstellung Ungarns in den Grenzen von 1914. Das Buch enthält dann in ziemlich schlimmen Buntdrucken die ungarischen Staatsmänner, Nationalhelden und Bilder von Ungarn abgetre-

iner Städte, Orte, Baudenkmäler. Daß dabei die Holzschnitzereien von Leutschau in der Zips, die sicher deutschen Ursprungs sind, als Arbeiten des ungarischen Genius ausgegeben werden, nur nebenbei. Eine Geschmacklosigkeit ist das Titelbild: Die Karte Ungarns ist mit einer Dornenkrone gekrönt und ans Kreuz geschlagen. Durch solche Mittel werden diejenigen, die die Fehler der Verträge bessern wollen (und solche gibt es heute in allen Ländern, auch der ehemaligen Gegner), nur abgeschreckt. Aber Nationalisten kapieren das nie. ◇ Dem Kelloggkakt und seinen Vorbehalten widmete Heinz Haßmann seine juristische Doktordissertation/Brückenaus, Selbstverlag/. England hat den Vertrag unterzeichnet, den der Verfasser als Kriegsverzichtspakt, nicht als Kriegsächtungspakt charakterisiert. England verzichtet also auf den Angriffskrieg, »außer in gewissen Gebieten der Erde, deren Wohlfahrt und Unversehrtheit ein besonderes und lebenswichtiges Interesse für unseren Frieden und unsere Sicherheit darstellen«. Dieser Vorbehalt kann an jeder Stelle des British Empire geltend gemacht werden; er geht also über die amerikanische Monroedoktrin, die ebenfalls als Vorbehalt im Kelloggkakt gilt, noch hinaus. ◇ Spionagegeschichten sind jetzt Mode. So hat auch Pierre Desgranges eine geschrieben: In geheimer Mission beim Feinde 1915 bis 1918 /Leipzig, Grethlein & Co./. Der Verfasser will in Holland eine Doppelrolle gespielt haben, einmal als Großkaufmann Jean Crozier, der mit deutschen Vertretern große Handelsgeschäfte in Fetten und Ölen abschloß und dabei allerlei Nachrichten erhielt (so auch von Albert Ballin), andererseits als Pierre Desgranges, französischer Spion, Agent der 2. Abteilung des Generalstabs. Das Buch ist gut geschrieben, die Erotik, die Abenteuerlust, kommen auf ihre Rechnung, Mord und Totschlag, Patriotismus und Opfersinn in wohldosierten Mengen. Nur, das Buch ist nicht das, als was es sich ausgibt, es ist ein Roman, kein Sachenbericht. Zum Beispiel die Affäre mit den französischen Flüchtlingen in Tournai hätte nur Sinn, wenn deutsche Soldaten das dortige Patoisfranzösisch verstanden hätten; übrigens wird diese Geschichte schon von der Flucht Gustav Wasas erzählt, wo Häscher und Verfolgter beide Schweden waren, und die Sache einen Sinn hatte. Ebenso ist es natürlich unmöglich, daß Bernstorff von Washington aus den deutschen Unterseebooten gute Beute angewiesen habe.

Innenpolitik / Will Künemann

Quessel †

Mit ungeheurer geistiger Energie widerstand Ludwig Quessel Jahre hindurch der heimtückischen Krebskrankheit, gegen die es noch kein Mittel gibt, und der er in der Nacht vom 13. zum 14. Februar erlag. Was die Arbeit der Sozialistischen Monatsschriften durch seinen Tod verlor, werden ihre Freunde selber ermessen: Es ist einer der schwersten Verluste, von denen sie überhaupt getroffen wurden. Was die sozialistische Bewegung verlor, zeigt der Nachruf Richard Seuberts im Hessischen Volksfreund, in dem es heißt: »Das Höchste von ihm kann nur gesagt werden, wenn man ihn als einen wesenseigen zum Proletariat gehörigen Menschen von höchster persönlicher Entfaltung, als eine Vorwegnahme des vollendeten Menschentypus der proletarischen Gesellschaft begrüßt.«

Ludwig Quessel hat sich aus engsten proletarischen Verhältnissen den Weg zum Universitätsstudium erzwungen; ein Arbeiterstudent, lange bevor es diesen Begriff gab. 1907 übernahm er die Leitung des neugegründeten Hessischen Volksfreunds, die bis zum Tod, 23 Jahre hindurch, seine Arbeitsstätte blieb. Von jenem Jahr an datiert auch seine Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsschriften. Mehr und mehr ist er in den Kreis ihrer Ideen hineingewachsen. 211 Aufsätze, dazu eine sich über 1½ Jahrzehnte erstreckende Tätigkeit als Rundschaubearbeiter, zeigen die geistige Intensität, die er ihnen widmete.

Vor dem Krieg stand Quessel in den Reihen derer, die, ihrer Zeit weit voraus, die Sozialdemokratie aus der dogmatischen Erstarrung zu lösen versuchten. Es ging ihm immer nur um die Substanz, nie um die Form in der Politik. Die formale Alternative "Monarchie oder Republik?" trat für ihn hinter der wichtigern "Demokratie oder Autokratie?", "Sozialismus oder Kapitalismus?" zurück. Als einer der wenigen, die den Blick für das Notwendige nicht verloren, hat er 1923 gegen das Abenteuer des Ruhrkriegs gekämpft. In seinen Aufsätzen aus jenem Jahr stehen die Gedanken, die einige Jahre später, als sich die Folgen jener Katastrophe der Nachkriegszeit zeigten, sehr vielen kamen.

Sein Leben war nicht reich an äußeren Erfolgen, aber ganz erfüllt vom Dienst an der Idee, er war vorbildlich als Mensch und Politiker. Bereits im Jahr 1912 wurde er der sozialistische Vertreter des Wahlkreises Hessen im Reichstag. Er hat ihm

ohne Unterbrechung bis zum Sommer 1930 angehört. Da verzichtete er auf das Mandat, weil er an die Arbeit im Parlament höchste Ansforderungen stellte, die vollständig zu erfüllen er sich physisch nicht mehr imstande fühlte. Sein *«äußerlich so abseitiges»* Wirken mag gerade für die junge Generation das Beispiel darstellen, nach dem sie sucht, wenn sie der Politik neue Inhalte geben will.

Deutschland: Die innenpolitische Entwicklung, wie sie zuletzt in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 47 und folgende) gekennzeichnet wurde, hat sich erfreulich fortgesetzt. Die Meinung, die hier über den Reichskanzler Heinrich Brüning aufgestellt wurde, ist bis jetzt nicht widerlegt worden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die taktisch wie sachlich überlegene Führung Brünings die deutsche Politik aus einer scheinbar hoffnungslosen Niederung herausgeführt hat. Es heißt nicht dieses Verdienst mindern, wenn man hinzufügt, daß die Haltung der Sozialdemokratie in allen entscheidenden Phasen dieser Entwicklung die Voraussetzung für das bisher Erreichte darstellte. Daß die bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht sogar unmittelbar in das Lager des Nationalsozialismus abgeglitten sind, immer wieder versucht haben dem Werk Brünings Hemmnisse zu bereiten, läßt allerdings die Aussichten auf eine künftige politische Regeneration dieser Gruppen sehr gering erscheinen. Lediglich die Furcht vor der Zerstörung der eigenen Existenz durch einen Sieg des Nationalsozialismus hat sie zu der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie gezwungen.

Die Stabilität der Regierung Brüning zeigte sich bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge, die am 7. Februar mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen (Wirtschaftspartei) abgelehnt wurden. Der Auflösungsantrag der Nationalsozialisten wurde mit 318 gegen 207 Stimmen zurückgewiesen. Der Versuch der Opposition die Arbeitsfähigkeit des Reichstags zu beeinträchtigen und sein *«nicht ohne eigene Schuld gemindertes»* Ansehen vollends zu untergraben ist durch eine weitere Reform der Geschäftsordnung durchkreuzt worden. Von besonderer Bedeutung ist die neue Bestimmung, daß jedem Antrag, dessen Durchführung neue Kosten verursacht, zugleich ein besonderer Deckungsvorschlag beigelegt werden muß. Durch eine Änderung des Pressegesetzes wurde der beschä-

mende Mißbrauch der parlamentarischen Immunität durch verantwortliche Redakteure unterbunden. Diese entschiedene Haltung der Reichstagsmehrheit und das Schwinden der Hoffnung auf legalem Weg zur Macht kommen zu können veranlaßten Nationalsozialisten und Deutschnationale zum Verlassen des Parlaments. Wenn das deutsche Volk die politische Reife besäße, die ihm Brüning in seiner Etatsrede zugesprochen hat, würde es die wirklichen Gründe dieses Vorgangs erkennen und in ihm das Eingeständnis der Unfähigkeit zu verantwortlicher Arbeit sehen. Die weitere Entwicklung hängt ganz davon ab, ob es gelingt das deutsche Volk aus dem politischen Starrkrampf, in dem es die noch immer unvermindert wütende Wirtschaftskrise versetzt hat, zu lösen. Spätestens im Frühjahr 1932 finden in Preußen die Landtagswahlen statt, deren Ergebnis von entscheidender Bedeutung werden kann. Die letzten Monate haben zum Verzicht auf manches, mehr durch Tradition als durch sachliche Richtigkeit legitimierte Dogma geführt. An die Stelle revisionsbedürftiger Ideologien tritt mehr und mehr die Substanz der Politik. Sie wird Grundlage unserer Arbeit sein müssen.

Frankreich: Die erst im Dezember 1930 gebildete Regierung Steeg wechselte am 22. Januar 1931 bei einer Interpellation über die eigenmächtige Preispolitik des Landwirtschaftsministers mit 10 Stimmen in der Minderheit. Es erweist sich immer mehr als unmöglich in der Kammer der Maiwahlen 1928 eine feste Mehrheit an eine Regierung zu binden. Das Kabinett Steeg war bereits das 7. der jetzigen Legislaturperiode. Nach verschiedenen mißlungenen Versuchen Louis Barthous bildete Pierre Laval die neue Regierung. Es gelang ihm, da die Sozialradikalen eine Beteiligung ablehnten, die alte Tardieu-Mehrheit wiederzusammenzubringen. 16 Mitglieder seines Kabinetts saßen bereits in der Regierung Tardieu. Der Senator Pierre Laval, einst Mitglied der äußersten Linken, gehört keiner Gruppe an, seiner politischen Haltung nach steht er der Maringruppe wohl am nächsten. 6 Kabinettsmitglieder gehören der engen Tardieu-Gruppe an, darunter André Tardieu selbst, der das Ackerbauministerium übernommen hat. Der Loucheur-Gruppe sind 5 Mitglieder entnommen, der Maginotgruppe 4. Daß Aristide Briand Außenminister blieb, verstand sich von selbst. Ob das neue Kabinett, das

am 30. Januar eine Mehrheit von 54 Stimmen erhielt, lebensfähiger ist als seine Vorgänger, kann man schwer beurteilen, zumal es sich bis zu den Neuwahlen nur noch um Zufallsentscheidungen handelt. Außerdem werfen die im Mai stattfindenden Präsidentenwahlen bereits jetzt ihre Schatten voraus.

Nationalsozialismus Das Emporschneiden des Nationalsozialismus hat eine umfangreiche Literatur über

Wesen und Ziel, Aufbau und Auswirkung der Bewegung entstehen lassen. Das meiste davon ist Eintagsarbeit, hat lediglich propagandistischen Wert pro oder contra. Vom Standpunkt des bestehenden republikanisch-parlamentarischen Systems aus gehen Walter Oehme und Kurt Caro ans Werk (Kommt das Dritte Reich? /Berlin, Ernst Rowohlt/). Sie geben zunächst eine sehr aufschlußreiche Darstellung des Parteiaufbaus der Nationalsozialisten und ihrer militärischen Organisationen. Es wird deutlich, mit welchen außerordentlich geschickten und massenpsychologisch wirksamen Mitteln der nationalsozialistische Propagandaapparat arbeitet. Viel stärker als die Presse ist die Werbung durch eine raffinierte Versammlungs- und Reklametechnik. Eine eingehende Analyse des nationalsozialistischen Programms zeigt, daß es, ideell wie konstruktiv politisch, eines eigentlichen Inhalts ermangelt.

Ist dieses Buch ein Aufriß der Nationalsozialistischen Partei von außen her auf Grund des vorhandenen Materials und der politischen Praxis, so ist die Schrift Weigand von Miltenbergs Adolf Hitler Wilhelm III /Berlin, Ernst Rowohlt/ zum überwiegenden Teil persönliches Bekenntnis und persönliche Streitschrift. Miltenberg zeigt, wie es innerhalb dieser Bewegung aussieht, zeigt die Führer und die es werden möchten aus nächster Nähe, aus eignem Erleben. Miltenberg ist ein Enttäuschter, einer, dem es ernst war und ernst ist mit dem Bekenntnis zum "nationalen Sozialismus", den verraten zu haben er Hitler und seinen Trabanten vorwirft. Er steht heute anscheinend im Lager Otto Straßers, dessen Wert als geistig ringende Persönlichkeit, wie sie sich auf dem Aufbauabend der Sozialistischen Monatshefte im November 1930 zeigte (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, 1930 III Seite 1269), auch von uns anerkannt wird. Was allerdings in diesem Zweig der nationalsozialistischen Bewegung, von dem Miltenberg die Erneuerung Deutschlands erhofft,

an politischen Gedanken lebt, verleugnet nicht die Verworrenheit und Unfruchtbarkeit seines ideologischen Ausgangspunkts. Für die Kenntnis der Psyche dieser Bewegung ist die Schrift Miltenbergs sehr wertvoll; auch für den politischen Kampf ist sie zu brauchen.

Den Werdegang Hitlers, die Grundlagen seiner Persönlichkeit und seines Erfolgs schildert in anregender, wenn auch sehr subjektiver Darstellung jemand, der sich Tacitus Redivivus nennt, in einem Buch Die große Trommel: Leben, Kampf und "Traumläden" Adolf Hitlers /Berlin, Deutsch-Schweizerische Verlagsanstalt/. Der Wert des Buchs liegt neben der historischen Darstellung in dem Versuch der psychologischen Deutung der Persönlichkeit Hitlers, die jedenfalls größere innere Wahrheit für sich beanspruchen kann als die unglaubliche Bemerkung Joseph Wirths, daß Hitler ihn stellenweise an Nietzsche erinnere.

Die Wiedergabe einer Rundfunkdiskussion zwischen Ernst Toller und Alfred Mühr über Nationalsozialismus und den Kulturbankrott des Bürgertums /Berlin, Gustav Kiepenheuer/ zeigt die völlige Unvereinbarkeit der Meinungen dieser Debatter (ohne daß man auf einer der beiden Seiten bis zum Kern der Sache vorgedrungen wäre), daneben die Wirkung des politischen Ferments auf die Kulturbegriffe unserer Zeit.

Was all diesen Schriften mehr oder weniger fehlt, ist die Zurückführung der nationalsozialistischen Bewegung auf ihre soziologischen Hintergründe, aber auch eine wirkliche Analyse ihrer Ressentimentsideologie, in scharfer Abtrennung von der ihr entgegengesetzten Ideologie des durchaus zukunftsgerichteten italienischen Fascismus. Eine solche Auseinandersetzung könnte auch für den Sozialismus selber fruchtbar werden.

Kurze Chronik Im Land Braunschweig fanden am 1. März Kommunalwahlen statt. Sie hatten folgendes Gesamtergebnis (in Klammern Gewinn respektive Verlust gegen die letzte Reichstagswahl): Sozialdemokratische Partei 113 087 (— 13 906), Nationalsozialisten 84 612 (+ 1215), Bürgerliche Listen 59 603 (— 23 573), Kommunistische Partei 26 253 (+ 4973). In der Stadt Braunschweig ging die bisher absolute Mehrheit der Sozialdemokraten verloren. Gegenüber den Wahlen vom 14. September 1930 wurden insgesamt 34 000 Stimmen weniger abgegeben. Während in der Stadt Braunschweig das Ver-

hältnis der sozialdemokratischen zu den "kommunistischen" Stimmen 1930 4,8 : 1 war, beträgt es jetzt 3 : 1. ◇ In Thüringen stellten die Nationalsozialisten den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens mit dem Ziel der Landtagsauflösung. ◇ Nach langwierigen Verhandlungen ist in Österreich der neue Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern zustandegekommen. Damit ist eine der schärfsten Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierungsmehrheit und den Sozialdemokraten beseitigt. Nach dem neuen Abgabenteilungsgesetz, das bis zum 31. Dezember 1935 gelten soll, wird der Steuerertragsanteil Wiens zugunsten der übrigen Länder und Gemeinden um 29 Millionen Schilling gekürzt. ◇ Im Haushaltsausschuß des polnischen Sejms wurden die Kreditüberschreitungen der Haushaltjahre 1927-1928 in Höhe von mehr als 600 Millionen Zloty, die den Gegenstand des Czechowiczprozesses bildeten, von der neuen Pilsudskimehrheit nachträglich gebilligt. ◇ In Estland trat die Regierung Strandmann infolge eines Konflikts mit dem Bauernbund zurück. Die neue Regierung unter dem Vorsitz des Staatsältesten Konstantin Päts wurde von den beiden größten Flügelparteien des Parlaments, den Sozialdemokraten (25 Abgeordnete) und dem rechtsstehenden Bauernbund (24 Abgeordnete) zusammen mit der Nationalen Volkspartei und der Wirtschaftsgruppe gebildet. Sie verfügt über 61 von insgesamt 100 Mandaten. Päts war einer der Führer der Revolution in Estland im Jahr 1905. Er stand 1918 an der Spitze der ersten estnischen Regierung und wurde von den Mittelmächten gefangen gesetzt. ◇ In Finnland wurde in 3maligem Wahlgang der bisherige Ministerpräsident Pehr Evind Svinhufvud zum Staatspräsidenten als Nachfolger Relanders gewählt. Im 1. Wahlgang erhielt der sozialdemokratische Kandidat Tanner 90, Svinhufvud, der Kandidat der Sammlungspartei und der Lappopartei, 88, Kallio (Bauernbund) 64, Stahlberg (Fortschrittspartei) 58 Stimmen. Im endgültigen 3. Wahlgang erhielt Stahlberg, für den auch die Sozialdemokraten stimmten, 149, Svinhufvud 151 Stimmen. ◇ Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Herbert Hoover erlitt eine Niederlage. Sein Veto gegen das Kriegsveteranenversicherungsgesetz wurde vom Senat mit 76 gegen 17 Stimmen unwirksam gemacht. Das Gesetz ermöglicht den notleidenden Kriegsveteranen die Beleihung ihrer Kriegsversicherungspolicen.

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

Quessel † Was Ludwig Quessels Tätigkeit und sein Wirken kennzeichnete, war die enge Verbindung von Politik und Wirtschaft. Sein politisches Handeln war an den ökonomischen Wirklichkeiten orientiert, geschah im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaft, wobei Quessel schon frühzeitig die Tendenz zur wirtschafts imperialen Konzentration und damit die Notwendigkeit eines geschlossenen kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgebiets erkannte. Seiner Gestaltung galten seine aufhellenden Arbeiten, die hier durch mehr als 2 Jahrzehnte erschienen. Das gerade unterscheidet ja die Konzeption der Sozialistischen Monatshefte von den (an sich begrüßenswerten und propagandistisch nützlichen) bloß formalorganisatorischen Parolen des sogenannten Paneuropäismus, daß nach ihr der Vereinigte Europäische Kontinent in den produktiven Postulaten der Ökonomie seinen Ursprung hat. Daher war das politische Wirken Quessels stets folgerichtig auf die Wirtschaft gerichtet, aus diesem Grund war die Kolonialfrage eines seiner Arbeitsgebiete, später mußte sich seine Aufmerksamkeit vorwiegend der Lösung der Reparationsfragen zuwenden, die den Zentralpunkt der ökonomischen Nachkriegsprobleme bildet; von hier aus mußte dann die Staatswirtschaft Deutschlands bearbeitet werden, wobei Quessel es auch an sehr praktischen Einzelvorschlägen, so in der Wohnungsfrage, nicht fehlen ließ.

Krisenrekorde Am Jahresende 1930 verzeichneten die Arbeitsämter und Stellennachweise in Deutschland 4,6 Millionen Arbeitsuchende, Ende Januar 1931 ist die Masse der Arbeitslosen um weitere 500 000 auf 5 086 000 angeschwollen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund meldet, daß 34,5% seiner Mitglieder gegenüber 22,2% vor Jahresfrist arbeitslos sind, weitere 18,8% gegenüber 10,6% im Vorjahr arbeiten verkürzt. Das bedeutet, daß nicht einmal mehr die Hälfte aller freigewirtschaftlich organisierten Arbeiter voll beschäftigt ist. Bedenkt man zugleich, daß von den 5 Millionen Arbeitsuchenden nur 3,4 Millionen Hauptunterstützungsempfänger und Krisenunterstützte der Arbeitslosenversicherung waren, und nur 900 000 Wohlfahrtsunterstützungen der Gemeinden bekamen, so bleiben rund 800 000 Erwerbslose, die als Ausge-

steuerte keinerlei Unterstützung mehr bekommen und der allergrößten Not ausgesetzt sind. Fast 400 000 arbeitsuchende Angestellte, eine Erwerbslosigkeit von 12% Ende Januar, die der Allgemeine Freie Angestelltenbund zu verzeichnen hat, bedeuten den bisher erreichten Rekordstand der Arbeitslosigkeit auch im Angestelltenlager. Alle Wirtschaftsbarometer stehen am Jahresende 1930 in Deutschland auf Sturm: Es ist das härteste Krisenjahr der modernen kapitalistischen Wirtschaft.

Die Produktionszahlen verdeutlichen die katastrophalen Krisenauswirkungen, die die Zerstörung der Kaufkraft des Inlandsmarkts noch verschärft hat. Die Steinkohlenförderung bleibt 1930 mit 107 Millionen Tonnen um 13,3% hinter dem Vorjahrsergebnis zurück und liegt um 4,4% unter dem Ergebnis des letzten Krisenjahrs 1926. Der Rückgang der Stahlproduktion auf 11½ Millionen Tonnen beträgt gegenüber 1929 29% und ist um 6% größer als 1926. Rund 30 000 Automobile wurden in Deutschland 1930 weniger fabriziert; die Vereinigten Stahlwerke meldeten für das 1. Quartal 1930-1931 gegenüber dem Vorjahr einen Umsatrzrückgang von 35%. Die Rohreisenerzeugung Deutschlands liegt mit 7,1 Millionen Tonnen um rund 8% unter Vorjahrshöhe. Die Gesamtbeschäftigung der wichtigsten deutschen Industriezweige wurde Ende Dezember 1930 auf nur noch 55% bis 60% gegenüber noch 76% im Vorjahr geschätzt. Kapazitätsausnutzungen von nur noch knapp 25% kennzeichnen nunmehr die Situation vieler Industriezweige.

Die Geldmarktverflüssigung, die während des ganzen Jahres, von vorübergehenden Störungsmomenten abgesehen, herrschte und den Reichsbankdiskont von 7% auf 4%, mit einer späteren Wiedererhöhung auf 5%, herabdrückte, vermochte keine konjunkturbelebende Wirkung auszulösen. Trotz den erneuten Diskontsenkungen auf fremden Kapitalmärkten hindert die Sicherung der Währung die Reichsbank heute daran durch erneute Senkung des deutschen Diskontsatzes mehr Möglichkeiten für den Auftrieb der Wirtschaft zu schaffen.

Die Börse bot im letzten Jahr ein trostloses Bild dauernd fortschreitenden Verfalls, mit dem Ergebnis, daß das Aktienkursniveau Ende Januar 1931 mit 84,7 den Rekordtiefstand seit der Stabilisierung der Währung erreicht hat. Die Finanznot des Staats und der Gemeinden hat die Wirtschaftskrise natur-

gemäß verschärft, weil infolge der schon chronischen Finanzkalamität keinerlei Konjunkturpolitik durch entsprechende Auftragserteilung der Öffentlichen Hand getrieben werden konnte, und insbesondere die Bauwirtschaft einen schweren Rückschlag erlitt. Es war nicht einmal Geld vorhanden, um dringende Notstandsarbeiten zur Linderung der gewaltigen Arbeitslosigkeit durchzuführen. Die Erschwerung der Kreditaufnahme im Ausland wegen der politischen Unsicherheit hat mit dazu beigetragen, daß die langfristige Aufnahme von Auslandsanleihen 1930 nur ungefähr 1 Milliarde Mark erreicht hat, wovon 400 Millionen auf Deutschlands Anteil an der Younganleihe entfallen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Kredit der deutschen Wirtschaft, zumal in der Krisenzzeit, geholfen hätte das tiefe Tal der Depression zu überbrücken; so aber hat ein Ausfall von ½ Milliarde gegenüber dem Anleiheergebnis von 1926 die Krise noch vertieft. Eine wirkliche Kredithilfe kann uns nur von Frankreich kommen. Aber um sie zu erlangen, müßten die politischen Voraussetzungen deutsch-französischer Zusammenarbeit geschaffen werden, die die deutsche Staatskunst, trotz sporadischer Einsicht und guten Ansätzen, immer wieder, von Dritten bestimmt, ängstlich und beflissen aufhebt. Da auch der Ertrag der Inlandsanleihen um fast ½ Milliarde geringer war als 1926, standen trotz weitaus größerer Not und nach wie vor herrschendem Kapitalbedarf der Wirtschaft zur Überwindung der Krise 1½ Milliarden weniger zur Verfügung als 1926. Es liegt in der gleichen Linie der Vertrauenskrise und des Pessimismus, wenn 1930 nur 118 Millionen für Kapitalerhöhungen zur Verfügung standen, gegen 513 Millionen im Vorjahr, und für Neugründungen nur 38 statt 153 Millionen beansprucht wurden.

Preisniveau Jede Krise hat nach den Beobachtungen früherer Depressionszeiten stets zu einem erheblichen Preisabbau geführt, dessen Umfang von der Schwere und der Dauer der Krisen bestimmt war. Jede mit der allgemeinen Krisentendenz nicht Schritt haltende Bewegung zeigt um so krasser an, wo Störungen im Gesamtablauf vorliegen. Einer der wichtigsten Krisenherde der heutigen Wirtschaftsdepression und zugleich eine der Ursachen, die die Krise so außerordentlich verschärft haben, ist in dem Versagen des Preismechanismus zu erblicken,

dessen Starre der darniederliegenden Wirtschaft nicht nur keine Erleichterungen gebracht hat sondern darüber hinaus der Wirtschaft bisher jegliche Auftriebstendenzen raubte. Für die breite Masse sind natürlich die Lebenshaltungskosten von entscheidender Bedeutung. Man darf sich bei der Beurteilung der Sachlage nicht durch die geringfügigen Preissenkungen der letzten Monate von der Tatsache ablenken lassen, daß die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Krisenjahrs 1930 um $6\frac{1}{2}$ Punkte oder 4,3% höher lagen als im Krisenjahr 1926. Im Jahresdurchschnitt 1930 sind sie zwar um 4,2% gegen den Durchschnitt des Jahres 1929 gefallen, das Jahr 1929 war aber durch Preiserhöhungen auf allen Gebieten gekennzeichnet, obwohl schon damals alle Anzeichen der Zuspitzung der Wirtschaftslage vorlagen. Schon vor 2 Jahren hätte die Preisbewegung bei normalen Verhältnissen mit absteigender Tendenz beginnen müssen. Von der Preisseite her sind heute immerhin Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung gegeben. Untersucht man die industriellen Rohstoffe und Halbwaren auf ihren Ursprung hin, so zeigt sich, daß die Preise der überwiegend auslandsbestimmten Waren wesentlich stärker gesunken sind als die der inlandsbestimmten. Auf der Basis 100 für 1913 ergibt sich, daß die auslandsbestimmten Preise von Juli 1929 bis Oktober 1930 um 27,1% fielen, während die überwiegend inlandsbestimmten Preise nur um 4,5% nachgegeben haben. Vergleicht man noch die heutige Situation mit der im letzten Krisenabschnitt 1926-1927, so muß man feststellen, daß der Index beider Warengattungen im Jahresdurchschnitt 1927, also nach Überwindung der damaligen Depressionszeit, auf 131,5 respektive 131,4 stand. Inlands- und auslandsbestimmte Preise hatten also Gleichstand. Im Oktober 1930 stand der Preisindex der inlandsbestimmten Waren auf 128,3, während die auslandsbestimmten Preise auf 90,4 abgesunken sind. Neuere Zahlen fehlen. Das Preisniveau wird also durch die deutschen Monopolverhältnisse entscheidend mitbestimmt.

Außenhandel Verminderter Rohstoffbedarf ist in Zeiten wirtschaftlicher Depression erfahrungsgemäß eine der wichtigsten Ursachen, die bei gleichzeitig erhöhten Exportanstrengungen zu einer Aktivierung der Außenhandelsbilanz führen. Für Deutschland als Industrieland, das durch

die Reparationsbelastung in ganz besonderm Maß auf Ausfuhrüberschuß angewiesen ist, ist aber von Bedeutung, ob eine Tendenz zur aktiven Außenhandelsgestaltung über Krisenwirkungen hinaus vorliegt. Das Außenhandelsergebnis für 1930 bietet Anhaltspunkte, die die vorsichtige Annahme einer Dauerbewegung zur Aktivierung der Handelsbilanz in gewissem Umfang rechtfertigen. Das Jahr 1930 schloß einschließlich der Reparationslieferungen mit einem Ausfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden ab, während 1929 ein nur geringer Überschuß von 36 Millionen zu verzeichnen war, und der Exportüberschuß des letzten Krisenjahrs 1926 nur rund 400 Millionen betragen hatte. Im Hinblick auf die Weltwirtschaftskrise ist die große Stabilität der deutschen Ausfuhr das einzig erfreuliche Merkmal des Katastrophenjahrs. Gegen 1929 ist der Umfang des Gesamtgüterumschlags über die deutschen Landesgrenzen zwar gesunken, die Ausfuhr ging aber dem Wert nach nur um 1,5 Milliarden oder rund 11% zurück, während die Einfuhr um 3 Milliarden oder 25% fiel. Berücksichtigt man die Preisrevolution auf den Weltmärkten, die an Deutschland nicht spurlos vorüberging, so ergibt sich bei der Einfuhr des Jahres 1930 ein mengenmäßiger Rückgang um reichlich 10%, während die Ausfuhr der Menge nach nur um knapp 5% gefallen ist. Besonders betroffen wurden davon Eisenwaren, Gewebe, Textilrohstoffe, Kohlen, Koks und Farbenprodukte, während die Maschinenausfuhr um 51 Millionen gesteigert werden konnte. Die gesamte Fertigwarenausfuhr ist mit 9 Milliarden um nur etwa 8% geringer als im Vorjahr, wo die Rekordhöhe von 9,8 Milliarden erreicht wurde. Der Fertigwarenausfuhrüberschuß, der nur mit 4,3% wertmäßig gesunken ist, hat sich mengenmäßig demzufolge erhöht.

Frankreich Das Hauptinteresse an der weltwirtschaftlichen Gestaltung der Krise konzentriert sich immer stärker auf Frankreich, die Glücksinsel der Prosperität in Europa. Anzeichen deuten freilich darauf hin, daß die Weltkrise nunmehr auch Frankreichs Landesgrenzen überspringt (was schließlich nicht verwunderlich ist, da Frankreich bei seiner gesunden ökonomischen Struktur zwar in der Hauptsache nur von eignem Bedarf abhängt, aber auf die Dauer doch nicht von der Entwicklung außerhalb seiner Grenzen

unberührt bleiben kann, da ein Teil seiner Wirtschaft auch auf Auslandsabsatz angewiesen ist). Die überraschende Anfrage Léon Blums an den Arbeitsminister, wie er der Arbeitslosigkeit zu begegnen gedenke, verdeutlicht, daß Frankreichs "schleichende Arbeitslosigkeit" bereits zum Sozialkonfliktstoff geworden ist. Mangels einwandfreier Statistik ist ein genaues Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit allerdings kaum zu gewinnen. Nachdem aber gelegentlich der letzten französischen Volkszählung 1926 bereits 243 000 Arbeitslose ermittelt wurden, kann kein Zweifel über eine heute schon beträchtlich größere Arbeitslosigkeit bestehen. Das Internationale Arbeitsamt in Genf rechnet Anfang 1931 mit 350 000 Arbeitslosen und etwa 1 Million Kurzarbeitern, wobei der Charakter der Kurzarbeit in Frankreich allerdings anders ist als in Deutschland. Daß es sich dabei um ein Anfangsstadium handelt, geht aus der industriellen Produktionsdrosselung hervor, die im Kohlenbergbau erst 8 %, in der Automobilindustrie etwa 20 %, im Erzbergbau bereits 30 % erreicht. In der Textilindustrie führen 30 bis 40 % Produktionseinschränkung zu erhöhter Kurzarbeit und verstärkter Entlassung von Arbeitskräften. Leder-, Schuh- und Papierindustrie in Frankreich drosseln ihre Produktion ebenfalls um etwa 15 bis 30 %. Von der drohenden Arbeitslosigkeit werden zwar zunächst überwiegend ausländische Arbeitskräfte betroffen, von denen Frankreichs Industrie rund 2 Millionen beschäftigt; die Arbeitslosigkeit ist dessen ungeachtet aber heute trotz ihrem, im Vergleich mit anderen Staaten sehr geringen Umfang auch in Frankreich bereits fühlbar. Durch Verständigung über Anleihemaßnahmen zwischen Deutschland und Frankreich könnte beiden in gemeinsamer Arbeit die Überwindung der Krise wesentlich erleichtert werden.

Bildstatistik Otto Neurath bezeichnet das Bildstatistische Elementarwerk des Wiener Museums Gesellschaft und Wirtschaft /Leipzig, Bibliographisches Institut/ als den ersten systematischen Versuch den Augen ein buntes Bild der heutigen Menschheitscivilisation und ihrer Entwicklung zu geben. 100 farbige Tafeln in ausgezeichnetem Druck sollen einen plastischen Abriß über die Produktionsformen, über Gesellschaftsformen, Kulturstufen und Lebenshaltung geben, die

durch die sogenannte Wiener Methode Darstellung finden. Symbolische Formen, Menschen, Schiffe, Häuser, Früchte usw. vermitteln dabei die Vorstellung von Kräfteverhältnissen ohne Zuhilfenahme der Ziffer. Die Bilderschrift wird durch 30 Text- und Zahlentafeln vervollständigt. Ohne zu übersehen, daß die Tafeln bei der Veranschaulichung bisweilen ermüden, und die bei der Darstellungsmethode nicht zu umgehenden Abrundungen kein ganz exaktes Bild bieten, muß das gewaltige und imponierende Werk volle Zustimmung finden, weil es eine Möglichkeit der Orientierung bietet, die bisher nicht zu erlangen war. Mit der Herausgabe der Bildertafeln wird zugleich das nicht geringe Verdienst erworben wertvolles Hilfsmaterial für die Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt zu haben; bei der sprachlichen Behandlung der Themen sind die wirkungsvollen Bilder plastische Gestalter des gesprochenen Worts und als solche von hervorragendem Wert. Die Notwendigkeit und der große und unbestrittene Wert vergleichender Betrachtungsweise und die Darstellung statistischer Ergebnisse in plastischer Form ist auch von Richard von Moellendorff erkannt, der auf Anregung Carl Bosch' mit Unterstützung der Farbenindustrie einen Volkswirtschaftlichen Elementarvergleich zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien ange stellt hat (Berlin, Reimar Hobbing). Die bisher vorliegenden ersten 3 Teile handeln von Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und anderen Produktionsfaktoren, Handel und Verkehr. Vorbildliche Ausstattung und überwiegend anschaulich gehaltene statistische Wiedergabemethoden sind Merkmale dieses Werks; jedes Land hat seine Grundfarbe, deren Reihenfolge die Strukturdifferenzen plastisch heraushebt. Auch hier die Methode knappster Zahlen, die leider eine Anzahl der Darstellungen zu Studienaufgaben der statistischen Methode machen. Dem wirtschaftlich ungeschulten Besucher wird dieser Elementarvergleich vielleicht relativ wenig Nutzen bieten, der Volkswirtschafter begrüßt die durch den Vergleich erleichterte Strukturanalyse. Hier wie dort muß man sich auf die Richtigkeit der verwandten Zahlen verlassen, deren Nachprüfung, zumal sie häufig auf Schätzungen beruhen, unmöglich ist. Bei praktischer Nutzanwendung wird man daher auch stets an die Fehlerquellen denken müssen.

Informations-
mittel

Besondere Aufmerksamkeit verdient das von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien herausgegebene *Wirtschaftsstatistische Jahrbuch* 1929-1930, das wiederum in ausgezeichneter Bearbeitung ein durchaus vollwertiger Ersatz der fehlenden amtlichen Statistik ist. Das Jahrbuch enthält Zahlen, die zum Teil bis in den Herbst 1930 hineinreichen, wodurch die diesjährige Veröffentlichung besonders aktuell ist. Die internationale Chronik ist mit hervorragender Sorgfalt bearbeitet. Ein sehr gutes statistisches Material, das für *Europa als Wirtschaftseinheit* wirbt, bringen die von Wladimir Woytinsky zusammengestellten Tatsachen und Zahlen Europas (Wien, Paneuropaverlag). Von der Orientierung des Verfassers kann man hier abschließen, und natürlich ist, wie überall, kritische Lektüre notwendig. Der Wert des Buchs liegt in seinen Daten, die für sich sprechen. Es ist daher zur Information sehr zu empfehlen.

Totenliste

Am 27. Dezember 1930 starb in London nach schwerem Leiden der Begründer des englischen Chemietrusts Sir Alfred Mond, später Lord Melchett (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 51 und folgende). Er war der Sohn des deutschen Chemikers Ludwig Mond, eines Schülers Bunsens, der zusammen mit der englischen Industriellenfamilie Brunner die Firma Brunner-Mond geschaffen hatte; das erste Großunternehmen der Chemischen Industrie Englands. Dieses baute nun Alfred Mond zu dem Weltunternehmen des Imperial Chemical Trust aus. Er kartellierte ferner den englischen Anthrazitkohlenbergbau, gründete in Canada die Monds Nickel und rief auch eine europäisch-amerikanische Finanzierungsgesellschaft ins Leben. Bekannt wurden bei uns die von ihm veranlaßten Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwischen Industriellen und Gewerkschaftern (siehe die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 57).

Am 17. Januar 1931 starb in Brandenburg der Gründer der Brennaborwerke, Karl Reichstein, fast 84 Jahre alt. Unter seiner Leitung stiegen diese Werke von einer kleinen Kinderwagenfabrik zu dem bedeutenden Großunternehmen auf.

Am 6. Februar starb in Berlin einer der Führer der Textilindustrie Deutschlands, Gerson Simon, Leiter der Spaltenmanufakturfirma Jacob & Richter, im Alter von 72 Jahren. Simon, der als hervor-

ragender Sachverständiger in seinem Fach galt, wurde von der Regierung zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Italien und Polen zugezogen und arbeitete auf eine zollpolitische Annäherung dieser Länder hin.

Am 24. Februar starb auf der Villa Hügel bei Essen eine der prominenten Persönlichkeiten der wilhelminischen Ära, Margarete Krupp, nahezu 77 Jahre alt. Sie war die Gattin Friedrich Alfred Krupps, arbeitete mit ihm bis zu seinem Tod im Jahr 1902 auch in den Angelegenheiten der Firma zusammen.

Am 3. März starb auf einem Spaziergang in Oberbayern der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft Gustav Sintenis, einer der Berliner Wirtschaftsführer, kurz vor Vollendung seines 52. Lebensjahrs. Er war 1907 unmittelbar aus dem Gerichtsdienst in die Berliner Handelsgesellschaft als Syndikus eingetreten. Sein Geschick in der Lösung schwieriger juristischer Bank- und Wirtschaftsprobleme zog sehr bald die Aufmerksamkeit auf sich, und man übertrug Sintenis die Vertretung der Gesellschaft in zahlreichen Aufsichtsräten von Großunternehmen. Auch wissenschaftlich war Sintenis tätig; besonders interessierte ihn die Reform des Aktienrechts.

Kurze Chronik Am 17. Februar stimmte das Deutsche Waggonkartell *internationalen Waggonvereinbarungen* zu.

Der Quotenschlüssel für den Weltexport ist der folgende: Belgien 34,6%, Deutschland 28,8%, Frankreich 13,9%, Italien 10,5%, Tschechoslowakei 6,9%, Ungarn 2,4%, Österreich 2,2%, Schweiz 0,7%; mit England soll von Fall zu Fall Fühlung genommen werden. Da diese Verteilung für Deutschland wenig günstig war, erklärte Frankreich sich bereit Deutschland über die vereinbarten Kartellquoten hinaus eine bestimmte Mindestbeschäftigung zuzuweisen, das heißt ihm etwas von seinen eigenen Quoten abzugeben. ◇ Eine immer größere Bedeutung gewinnt die *Industriewirtschaftslehre*, mit der sich nunmehr auch die Hochschulen beschäftigen. So habilitierte sich jetzt an der Technischen Hochschule Berlin Waldemar Koch für Betriebswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der Industriewirtschaftslehre. ◇ Zum Nachfolger Sir Alfred Monds im Vorsitz des Aufsichtsrats des englischen Chemietrusts wurde Sir Harry MacGowan bestimmt, bisher Stellvertretender Vorsitzender dort. MacGowan,

der jetzt 56 Jahre alt ist, hatte als einfacher Arbeiter bei der Nobelschen Dynamitfabrik mit 5 Shilling Wochenlohn begonnen und sich seine wirtschaftlichen Kenntnisse völlig durch eigne Energie erworben. Doch ist er unter den Arbeitern nichts weniger als beliebt, da er jede innere Bindung an die Klasse, der er entstammte, verloren hat.

Literatur

Das Buch *James Angells Der Wiederaufbau Deutschlands* erschien jetzt in deutscher Übersetzung /München, Duncker & Humblot/. Der Amerikaner Angell hat Deutschland 1928-1929 bereist und seine Eindrücke in dem Buch festgehalten. Ohne Einschränkung würdigt er die gewaltige Wiederaufbauleistung Deutschlands, und er beurteilt die deutsche Zukunft, trotz den Erschütterungen, die vorausgingen, sehr optimistisch. Wesentlich nützlicher als solche platonisch wohlwollende Beurteilung von amerikanischer Seite wäre der deutschen Wirtschaft freilich ein Verzicht Amerikas auf die *«unberechtigte» Schuldeneintreibung*: die einzige Art, wie der Youngplan revidiert werden kann. ◇ Nachdem der Zusammenschluß der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft zu einem einheitlichen Großbankunternehmen erfolgt ist, liest man mit besonderem Interesse *Walther Däbritz'* Buch Gründung und Anfänge der Diskontogesellschaft Berlin /München, Duncker & Humblot/, das einen Beitrag zur Bank- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in den Jahren 1850 bis 1875 bringt. Die lebendige Schilderung der Entwicklung des Unternehmens, an der David Hansemann hervorragenden Anteil hatte, verdeutlicht die Rolle der Großbanken beim Aufbau Deutschlands zum Industriestaat und zeigt, welchen Machtfaktor die Banken schon vor der Gründerepoche darstellten. ◇ »Wichtige wirtschaftliche und soziale Stoffe von den Grundlagen Mensch, Raum oder Kapital aus« historisch zu erfassen unternimmt *Bruno Kuske* in einer Bücherreihe *Tatsachen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens* /Bonn, Kurt Schroeder/. Das von ihm verfaßte 1. Heft Entstehung und Gestaltung des Wirtschaftsraumes liefert Beiträge zur Geschichte und Geographie der Weltwirtschaft, die freilich nicht immer überzeugen; die Totalität des weltwirtschaftlichen Geschehens wird nicht erfaßt. Übrigens ist das Heft mit einer Type gedruckt, die das Lesen sehr erschwert; es ist zu wünschen, daß die anderen Hefte anders aussehen.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Quessel †

Es besteht ein besonderer Anlaß Ludwig Quessels auch in dieser Rundschau zu gedenken. Galt doch dem Fragenkomplex, der in ihr bearbeitet wird, immer wieder sein besonderes Interesse. Quessel war einer der wenigen wirklich überzeugten Staatssozialisten in unserer Partei. Es war sein wissenschaftlicher Geist, der ihn zu der Überzeugung von der Notwendigkeit einer ständigen Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft brachte. Gernade darum hat er sich in den letzten Jahren vornehmlich mit dem Schicksal der deutschen Finanzwirtschaft beschäftigt. Ihm war die Katastrophe, die von dieser Seite her Deutschland drohte, zu einer Zeit sicher, als andere noch mit heiterer Ruhe die ordentlichen Ausgaben Jahr für Jahr erhöhten. Man lese etwa heute seinen Aufsatz *Wohin steuert die deutsche Finanzwirtschaft?* (1927 II Seite 962 und folgende), um sich davon zu überzeugen, wie weitblickend Quessel in seiner Kritik war. Immer wieder warnte er davor den Bogen zu überspannen. Er erkannte, daß Deutschland einem Abgrund zusteerte, wenn es nicht aus eigenem Entschluß den Weg der Reform frühzeitig beschritt. Am meisten Aufsehen in der Öffentlichkeit und Erregung in Beamtenkreisen riefen damals die Aufsätze hervor, in denen Quessel die Köhlersche Besoldungsreform bekämpfte. Er sah ihre unheilvollen Folgen für die Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden voraus, gerade auch im Zusammenhang mit den Reparationsleistungen, zu denen Deutschland verpflichtet war. Wer wollte heute bestreiten, daß alles Punkt für Punkt so gekommen ist, wie damals hier vorausgesagt wurde? Die Finanzpolitik der Regierung Brüning muß ja ihre Hauptanstrengung darauf richten den schlimmen Fehler, der damals gemacht wurde, so gut es geht wieder auszugleichen. Man hat Quessel wegen jener Artikel, die doch nur von einer bessern Einsicht in die wahre Lage Deutschlands zeugten, als *«beamtenfeindlich»* verschrien. Kein Vorwurf törichter als dieser. Natürlich gönnte Quessel den Beamten, genau so wie allen anderen arbeitenden Mitgliedern unseres Volks, jede nur denkbare Besserung ihres Lebens, und ihnen noch im besondern Maß, weil sie eben der öffentlichen Verwaltung dienen. Aber das Schicksal des Gemeinwesens selber ging ihm freilich dem der in ihm Beschäftigten voran. Übrigens ist ja beides mit einander der-

maßen eng verknüpft, daß auch die Beamten selber, wie einsichtige Führer öfter betonten, die Sicherung der Staatsfinanzen als die Grundlage ihrer eignen Existenz erkennen und darum auch Opfer für sie zu bringen bereit sein müssen. Quessel trat daher mit besonderm Nachdruck für die Rationalisierung des Verwaltungsapparats ein. Er war mit Recht davon überzeugt, daß eine Erhöhung der Beamtenbezüge nur möglich sei, wenn durch eine radikale Verwaltungsreform der notwendige Ausgleich geschaffen würde. Wenn wir die jetzige Fieberperiode unserer Wirtschaft überwunden haben werden, wird eine gerechte Beurteilung der Wirksamkeit Quessels auch in diesem Punkt ergeben, daß er die notwendigen Wahrheiten frühzeitig eingesehen, und daß er für das wohlverstandene Interesse gerade auch der Beamten ein tieferes Verständnis hatte als diejenigen, die in bedenkenloser Demagogie jeder Forderung zuzustimmen bereit sind.

Tabakmonopol Die Tatsache, daß der Ausdehnung des Verbrauchssteuersystems enge Grenzen gesetzt sind, hat nach dem Krieg in verstärktem Maß zu einer Überführung der Produktion oder des Handels der fiskalisch ausgeschöpften Steuerobjekte in ein Finanzmonopol geführt, das durch die Rationalisierung des Produktions- und Handelsapparats eine Erhöhung der Erträge ermöglichen soll.

Am stärksten sind heute die Finanzmonopole in den östlichen Staaten Europas und den südlichen und nordischen Randstaaten verbreitet, das heißt in kapitalistisch wenig entwickelten Ländern, in denen das Fehlen einer breiten, der direkten Besteuerung zugänglichen Schicht zu einer um so stärkeren Anspannung der Verbrauchsbesteuerung zwang (in Rußland zirka 80% des Gesamtsteueraufkommens). In diesen Ländern sind die Erträge aus den Finanzmonopolen im Rahmen des gesamten Steueraufkommens aus den Verbrauchssteuern von großer Bedeutung. Am höchsten ist der Anteil der Erträge der Finanzmonopole an dem gesamten Verbrauchssteueraufkommen in Polen mit 59,5%; es folgen die Türkei mit 51%, Jugoslawien mit 40%, Österreich mit 39,3%, Litauen mit 38,4%, die Tschechoslowakei mit 34,8%, Frankreich mit 32,3%, Lettland mit 29,4%, Estland mit 26,3%, Spanien mit 25%. Im Rahmen der Finanzmonopole haben die Tabakmonopole die größte Bedeutung. Solche Monopole gibt es in

Europa in Danzig, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Serbien, Spanien, der Tschechoslowakei, der Türkei und im Vatikan. In fast allen Ländern hat man sich, wie Herbert Groß in einer gut orientierten Arbeit über die Entwicklung der europäischen Finanzmonopole im Weltwirtschaftlichen Archiv darlegte, nach dem Krieg mit Erfolg um eine Verbesserung der Organisationsform der Tabakmonopole und um eine Reorganisation des Produktions- und Handelsapparats bemüht, um die fiskalische Ergiebigkeit zu steigern. Natürlich läßt sich nicht genau feststellen, in welchem Maß die steigende Ergiebigkeit auf Rationalisierungserfolge oder auf absolute Erhöhung der Abgaben zurückzuführen ist.

Der Ertrag des *französischen* Tabakmonopols ist von 499 Mark pro Doppelzentner im Jahr 1925 auf 819 Mark pro Doppelzentner im Jahr 1929 gestiegen. Damit erhöhte sich der Anteil des Monopolertrags am Gesamtsteueraufkommen von 4,75% auf 6,80%. Die steigenden Erträge sind vor allem auch Ausdruck sinkender Produktionskosten, die der mit dem Gesetz vom 7. August 1926 einsetzenden Reorganisation und umfangreichen Modernisierung des Monopols zu verdanken sind. Die Unkosten sind ständig zugunsten des fiskalischen Ertrags verringert worden; sie sanken von 33% im Jahr 1924 auf 25% im Jahr 1927, während der fiskalische Ertrag von 67% auf 75% der Einnahmen stieg. Die Reorganisation bezog sich im wesentlichen auf die Loslösung der Monopolverwaltung von der Mitwirkung der Finanzverwaltung, auf die Einführung kaufmännischer Bewegungsfreiheit und die Einrichtung eignen Verschleißes.

Die Produktionskosten des *italienischen* Tabakmonopols waren 1927-1928 mit 23,6% an den Gesamteinnahmen beteiligt. Der Gewinnanteil betrug 76,44%. Gegenüber dem Jahr 1912-1913 hat sich der Gewinn absolut von 280 Mark pro Doppelzentner auf 1915 Mark (1927-1928) erhöht. Um die Produktionskosten zu senken, wurde im Jahr 1927-1928 auf Grund des Dekrets vom 8. Dezember 1927 eine Reorganisation des Monopols durchgeführt, die sich auf eine Verselbständigung der Monopolverwaltung, eine Rationalisierung des Einkaufssystems sowie der Verkaufsorganisation bezieht.

Das *polnische* Tabakmonopol beschränkt sich auf den Einkauf von Rohtabak und die Fabrikation, während der Verkauf

zumeist durch konzessionierte Groß- und Kleinhändler erfolgt. Als Organisationsform bedient man sich hier noch einer unselbständigen öffentlichen Unternehmung, die unter der Oberhoheit des Finanzministers steht. Die Bewegungsfreiheit des Monopoldirektors ist beschränkt. Das Vermögen des Tabakmonopols ist der Banca Commerciale verpfändet. Die Überschüsse zugunsten des Staats (50% vom Kleinverkaufspreis bei Zigaretten, 30% bei Zigarren) sind von 61,5 Millionen Mark im Jahr 1924 auf 176,6 Millionen Mark im Jahr 1928-1929 gestiegen. Von den Einnahmen entfallen nur 61,1% auf den fiskalischen Ertrag. Die Produktionskosten betragen 27,7% der Einnahmen. Die seit jeher gut organisierte österreichische Tabakregie kann ebenfalls von einer günstigen Entwicklung der fiskalischen und qualitativen Leistungsfähigkeit berichten. Von jeher ist in dieser Regie eine Trennung zwischen produktionstechnischer und fiskalischer Leitung vorgenommen worden, die sich als die wichtigste Voraussetzung für eine höhere Wirtschaftlichkeit des Monopols erwiesen hat. Durch die Verselbständigung des Einkaufs von Orienttabak im Jahr 1927-1928 konnte der Durchschnittsankaufswert der Orienttabake auf 277 Mark pro Doppelzentner im Jahr 1928 herabgedrückt werden (gegen 341 Mark im Jahr 1925). Der fiskalische Ertrag pro Kopf stieg von 16,6 Mark im Jahr 1926 auf 18,1 im Jahr 1929. Das tschechoslowakische Tabakmonopol ist ähnlich organisiert wie die österreichische Tabakregie, was die Produktion und den Verschleiß angeht. Die Leitung des Monopols liegt in den Händen des Finanzministers, dem ein Verwaltungsrat zur Seite steht, während die laufenden Geschäfte einem Monopoldirektor obliegen. Der Ertrag ist prozentual außerordentlich hoch. Er beträgt 72% des Kleinverkaufspreises. Absolut erreichte er 1926-1927 die Höhe von 890 Mark pro Doppelzentner. Das ungarische Tabakmonopol brachte in dem selben Jahr 451,3 Mark pro Doppelzentner (51,8% des Kleinverkaufspreises), und das jugoslawische 862 Mark pro Doppelzentner (57% des Kleinverkaufspreises).

Eisenbahnwesen Nach dem Krieg sind die Eisenbahnen in den Ländern mit Privatbahnsystem, vor allem in Nordamerika, England und Frankreich, einer immer stärkeren Aufsicht des Staats unterstellt worden. Die Notwendigkeit die Monopolausnutzung

zu erschweren und bei der Tarifgestaltung volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen zwingt das Privatbahnsystem zu einer immer stärkeren Angleichung an das Staatsbahnsystem. Am wenigsten einschneidend sind noch die staatlichen Eingriffe in den *Vereinigten Staaten von Amerika*. Der im Jahr 1929 vom Bundesverkehrsamt aufgestellte Plan zur Zusammenfassung der etwa 1600 Eisenbahngesellschaften zu 21 Gruppen hat keinen Zwangcharakter. Seit 1920 hat das Verkehrsamt insofern starke Befugnisse erhalten, als es bei der Festsetzung respektive Genehmigung der Tarife der Gesellschaften eine Verzinsung von 5½% des Werts des Eisenbahneigentums zugrunde zu legen hat. Aus zahlreichen Einzelentscheidungen ergibt sich die Tendenz zur Erweiterung der Befugnisse des Amts. In England sind die zahlreichen Einzelgesellschaften nach dem Krieg in 4 große Gruppen zusammengefaßt worden. Durch das im Jahr 1919 neugeschaffene Verkehrsministerium ist die Staatsaufsicht insbesondere durch Bildung eines unabhängigen Tarifgerichts verstärkt worden, dem die Festsetzung und Überwachung der Tarife obliegt. In Frankreich schuf man im Jahr 1921 durch die Bildung eines Obersten Eisenbahnrats (als Beirat des Verkehrsministers) und eines aus Vertretern der einzelnen Bahnen bestehenden Direktionsausschusses ein Integrationsorgan. Eine Finanzgemeinschaft zwischen den einzelnen Privatbahnen einschließlich der Staatsbahnen ist durch die Schaffung eines gemeinsamen Fonds herbeigeführt worden. Der Oberste Eisenbahnrat respektive der Minister besitzt weitgehende Rechte in der Tarifgestaltung. Im nationalen Interesse kann auch eine Tarifherabsetzung dekretiert werden.

Deutsche Reichsbahn Für 2 der wichtigsten Einrichtungen des deutschen Wirtschaftslebens hat der Youngplan eine Sonderregelung beibehalten: für die Reichsbank und die Reichsbahn. Auch jetzt hat die Reichsbahn jährlich 660 Millionen Mark abzuführen, auch jetzt liegt das Betriebsrecht bei der vom Reich unabhängigen Reichsbahngeellschaft. Allerdings erfolgt die Sicherung der jährlichen Zahlungen nicht mehr durch hypothekarische Belastungen zugunsten der ausländischen Gläubiger sondern durch eine einfache indirekte Steuer, die der Gesellschaft mittels eines deutschen Gesetzes auferlegt wird. Damit hat

die Reichsbahn die Möglichkeit zur Aufnahme von Anleihen gegen Sicherheitshypotheken bekommen. Mit der Umstellung vom Dawesplan zum Youngplan ist aber die ausländische Kontrolle weggefallen. Die Aufsichtsrechte des Eisenbahnkommissars gehen größtenteils auf die Reichsregierung über. Die Reichsbahn unterliegt grundsätzlich der allgemeinen Gesetzgebung. Ihre Sonderstellung auf dem Gebiet des Sozial- und Arbeitsrechts ist erheblich eingeschränkt. Das Reich darf Änderungen vornehmen, soweit sie nicht die Reparationszahlungen oder die Unabhängigkeit der Gesellschaft gefährden. Die Entscheidung hierüber unterliegt einem Ausschuß, der aus 2 Vertretern Deutschlands und 2 Vertretern der Gläubigerstaaten besteht. Innere Verwaltungsfragen unterliegen nicht der Kompetenz des Ausschusses. Die Reichsregierung ist nunmehr auch berechtigt sämtliche Verwaltungsratsmitglieder zu ernennen. Ausländische Verwaltungsratsmitglieder gibt es also nicht mehr. Die dadurch ermöglichte größere Einflußnahme des Reichs auf die Reichsbahn ist allerdings insofern wieder sehr wesentlich verkleinert, als der Personenkreis für die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder gesetzlich eingeschränkt ist. Die Verwaltungsratsmitglieder dürfen weder Reichs- noch Landtagsabgeordnete sein. Ferner ist der Verwaltungsrat grundsätzlich von Mitgliedern freizuhalten, deren Unternehmen an der Reichsbahn interessiert sind. Die unter dem Dawesplan geschaffene Sonderstellung der Reichsbahn hat der Leitung dieser Gesellschaft, ihrem Verwaltungsrat und dem Direktorium mit einem Kreis von etwa 300 leitenden Beamten einen überaus starken Einfluß verschafft, der ihnen auch nach dem neuen Reichsbahngesetz verblieben ist.

**Subventions-
politik** Die Deutsche Schiff- und Maschinenbauaktiengesellschaft /Bremen/, die sogenannte Deschimag, ist lange bemüht aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge einen Reichskredit zu erhalten. Die Bemühungen um eine Subvention im Herbst 1930 scheiterten schließlich an der Bestimmung des § 139 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, nach dem Mittel der Arbeitslosenversicherung und der produktiven Erwerbslosenfürsorge nur an öffentliche, nicht auf Erwerbszwecke gerichtete Unternehmungen gewährt werden dürfen. Um ihre Gemeinnützigkeit zu erweisen, hat nunmehr die

Werftindustrie mit anderen Unternehmen zusammen in Bremen einen Gemeinnützigen Verein zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen. Diese Gesellschaft beweckt die Beschaffung von Aufträgen für die bremische Industrie. Die Mittel sollen ihr vom Reich und von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten überlassen werden. Daß es sich hier bloß um einen Versuch der Bremer Werften handelt Reichssubventionen zu erhalten, geht daraus hervor, daß der erste Schritt der neuen Gesellschaft die Weiterleitung eines Antrags der Deschimag auf Gewährung eines Darlehns war. Die Deschimag behauptet, daß sie mit Hilfe eines zu gewährenden Darlehns von über 4 Millionen Mark den Auftrag für den Bau von 3 Frachtdampfern und 18 Schiffs dampfern erhalten könne. Dadurch könnten 2 Jahre hindurch etwa 6100 Arbeiter beschäftigt werden. Das Darlehen soll nach 6 Jahren wieder zurückzahlbar sein. Für die ersten 3 Jahre soll das Reich die Beträge zinslos hergeben, während für den Rest ein Zinszuschuß von 4% gefordert wird. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung lehnte das Deschimagsuch ab. Die Entscheidung war von dem wirtschaftlichen Grundsatz beherrscht, daß eine solche Subvention einen bedenklichen Eingriff in die wirtschaftliche Konkurrenzgrundlage bedeute. Selbst die Privatindustrie verurteilt auf schärfste diese neue Methode auf dem Umweg über eine Arbeitsbeschaffungsaktion Subventionen zu erhalten. Hamburg hat gegen die Wiederaufrollung der Werftsubventionspläne Bremens in der Form der Gemeinnützigen Gesellschaft heftigen Protest erhoben. Auch andere Städte beabsichtigen derartige Organisationen zu schaffen. In Bayern besteht bereits eine solche Gemeinnützige Gesellschaft zur Erschließung der Isar. Sie will ein großes Stickstoffwerk zum Teil mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenhilfe errichten, obwohl die Kapazität der deutschen Stickstoffindustrie den normalen Bedarf stark überschreitet. Im Reichstag machte der Staatssekretär Ernst Trendelenburg am 12. Februar bemerkenswerte Ausführungen über das Subventionsproblem. »Man darf«, so sagte er, »über dem natürlichen Mitgefühl mit denjenigen, die von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen werden, doch niemals vergessen, daß die Unterstützung eines Betriebs oder eines Wirtschaftszweiges durch künstliche Mittel

allzu leicht nur die Folge zeitigt, daß die an dieser Stelle entstandenen Schwierigkeiten auf andere Betriebe oder Wirtschaftszweige verlagert werden, daß, mit anderen Worten, durch das Zustopfen eines Loches an einer Stelle entsprechende Löcher an anderen Stellen aufgerissen werden.« Das Reichswirtschaftsministerium bemüht sich zurzeit eine Übersicht über die vielfach zersplitterten Subventionsmaßnahmen zu gewinnen.

Totenliste

Am 13. Januar starb in Riga an den Folgen einer Grippe der frühere Berliner Professor *Karl Ballod*, im Alter von 66 Jahren. Dieser Nationalökonom hat für den Staatssozialismus besondere Bedeutung gehabt. Lange vor dem Krieg veröffentlichte er unter dem Pseudonym *Atlanticus* im Parteiverlag Dietz in Stuttgart ein Buch unter dem Titel *Ein Blick in den Zukunftsstaat* (siehe dazu hier den Artikel *Schippels Kolonialbegeisterung, Atlanticus und K. Kautsky*, 1912 II Seite 784 und folgende). Damals wußte die Öffentlichkeit nicht, daß dieser pseudonyme Sozialist ein Berliner Universitätsprofessor war; das wäre ja im Zeitalter der *Lex Arons* absurd erschienen. Ballod hat an einer Reihe wissenschaftlicher Aufgaben der Reichsbehörden mitgearbeitet. Im Krieg fungierte er als Sachverständiger beim Kriegsamt für Lebensmittelversorgung. Nach dem Novembersturz konnte Ballod öffentlich sich als Sozialisten bekennen. Er schloß sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an, veröffentlichte eine Reihe von Aufsätzen über Sozialisierungsfragen in ihrem Organ, der *Freiheit*, gehörte auch dem Sozialisierungsausschuß an. Später kehrte er in seine Heimat Lettland zurück, wo er sich aber mehr und mehr von der sozialistischen Bewegung abwandte. Er wirkte dann dort als Professor an der Universität Riga und, seit 1929, auch als Abgeordneter der Radikaldemokratischen Partei.

Kurze Chronik Mit schätzungsweise 7,2 Milliarden Mark blieb der *Reichskreditzuwachs* des Jahres 1930 nicht unerheblich hinter dem des Vorjahrs zurück. Fast die Hälfte der neu aufgenommenen Kredite (gegen 42% im Jahr 1929) entfielen auf die öffentliche Wirtschaft, deren Kreditaufnahme von 1929 auf 1930 damit um etwa 14% gestiegen ist. Die private Wirtschaft hat im Jahr 1930 gegenüber dem Vorjahr ihre Kreditaufnahme um etwa 16%

vermindert. Aus ausländischen Mitteln konnten für die Deckung des Kreditbedarfs höhere Beträge als 1929 herangezogen werden: Von dem gesamten Kreditzugang stammten 1930 1,7 Milliarden Mark aus ausländischen Mitteln, während diese an dem Kreditzugang des Jahres 1929 nur mit 1,3 Milliarden beteiligt waren. Diese bemerkenswerte Wandlung in der Kreditversorgung ist auf die umfangreichen Beträge zurückzuführen, die das Reich aus der Younganleihe, der Kreugermanleihe und dem Überbrückungskredit erhalten hat. ◇ Um den Wünschen der Reichsregierung nach *Arbeitsbeschaffung* Rechnung zu tragen, beschloß der Verwaltungsrat der Reichsbahn einen Kredit von 50 Millionen Mark aufzunehmen, mit dem bis Ende 1932 die Strecke Augsburg-Stuttgart elektrifiziert werden soll. Man rechnet damit, daß dadurch 10 000 Arbeiter 1½ Jahre beschäftigt werden können. Der Kredit wird von verschiedenen großen Firmen der Elektroindustrie gegeben, nämlich von Brown-Boveri, dem Siemenskonzern, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und anderen. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt auf 5 Jahre die Zinszahlung zu übernehmen. Die Reichsbahn wird also erst einzutreten haben, wenn die Rentabilität der Strecke erreicht ist, und die Zinszahlung aus den laufenden Einnahmen erfolgen kann. So begrüßenswert alle Aktionen auf Arbeitsbeschaffung sind, so ist man immerhin in Verlegenheit sachliche Argumente dafür zu finden, daß das Reich Zuschüsse an eine Industrie leistet, die im Vergleich zu anderen keineswegs notleidend ist. Wir erinnern hier nur daran, daß der Siemenskonzern selbst in dem Krisenjahr 1930 wieder 14% Dividende auszuschütten vermochte. ◇ Durch eine Verwaltungsanordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam wurden sämtliche Fischer in dem Gebiet der Havel von Henningsdorf nördlich Berlin bis zur Elbe zu einer *Fischereischutzgenossenschaft* für die Untere Havel zusammengeschlossen. Sie umfaßt etwa 1150 Fischereiberechtigte, deren Fischereien einen Wert von zirka 4 Millionen Mark darstellen. ◇ Das Restriktionsabkommen in der *Teewirtschaft*, das eine Einschränkung der Pflückungen vorsieht, ist von den englischen und den holländischen Gartenbesitzern auch für die nächste Saison erneuert worden, nachdem die Marktregulierung sich recht gut bewährt hatte. Der Erfolg der Restriktion ist am besten daraus zu ersehen, daß im Gegensatz

zu den übrigen Kolonialwarenmarkten die Teemarkte sehr fest geblieben sind. ◊ Die Privatisierung der *amerikanischen Staatsflotte* macht immer weitere Fortschritte. An den bestehenden 96 Seeverbindungen der Vereinigten Staaten ist der Staat nur noch mit 17 (8 von der atlantischen Küste und 9 vom Golf) beteiligt. Die restlichen 79 Linien (darunter 14 von der atlantischen Küste, 14 vom Golf, 21 vom Stillen Ozean) befinden sich in der Hand von 25 Privatgesellschaften. Der Shipping Board plant den Verkauf weiterer Linien. Die bisher an Privatreeder für Neu- und Umbauten vom Shipping Board gezahlten Kredite betragen zirka 45 Millionen Dollars, während weitere 82 Millionen bereits zugesagt sind. ◊ Im September 1930 tagte in Köln, zum erstenmal in Deutschland überhaupt, die *Internationale Föderation der Polizeibeamten*, der Mitglieder aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Österreich und Schweden angehören. Der Ministerialdirektor Erich Klausener vom preußischen Innenministerium hielt auf der Tagung einen Vortrag über die neuzeitliche Polizei.

Literatur

Einer grundsätzlichen ökonomischen Betrachtung wird die öffentliche Wirtschaft in dem Buch *Manuel Saitzews Die öffentliche Unternehmung der Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ unterzogen. Saitzow bespricht in dieser Arbeit eingehend die Motive zur Errichtung öffentlicher Unternehmungen, wertet die Unternehmefähigkeiten der öffentlichen Körperschaften und stellt die Organisation der öffentlichen Unternehmung derjenigen der privaten gegenüber. Zusammenfassend erklärt der Verfasser, daß die öffentliche Unternehmung keineswegs den Weg zu einer neuen sozialistischen Wirtschaftsgestaltung ebne, vielmehr sei sie nur ein Bestandteil des modernen Kapitalismus, eine Ergänzung seines Hauptexponenten, der privaten Unternehmung. Wenn wir auch nicht der Auffassung sind, daß die Verstaatlichung beispielsweise der Eisenbahnen schon Sozialismus sei, so meinen wir doch, daß die öffentlichen Unternehmungen uns schon Möglichkeiten gemeinwirtschaftlichen Handelns unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zeigen. Das ändert selbstverständlich nichts daran, daß die Rechtfertigung für eine Verteidigung der öffentlichen Wirtschaft uns in jedem Fall ihre gesamtwirtschaftliche Produktivität ist. ◊ Dankenswert ist

die Abhandlung *Bruno Molls Die Finanzpolitik der Reichsbahn*, dargestellt auf Grund der Ergebnisse der 1. Periode des Bestehens der Deutschen Reichsbahngesellschaft (1924 bis 1929) /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. Die Reinerträge und die Finanzgebarung der neuen Deutschen Reichsbahn werden einer neuen Untersuchung unterzogen. Besonders eingehend wird von Moll die Problematik des Anlagekapitals, der Abschreibungen und Investitionen behandelt. Ein Anhang behandelt die Frage der Betriebssicherheit. Moll versucht zunächst nachzuweisen, daß das Anlagekapital eine in hohem Maß fiktive Größe ist, und zeigt dann sehr ausführlich, daß die Annahmen der Sachverständigen über die Finanzgebarung der Reichsbahn in entscheidenden Punkten unzutreffend sind. Moll kommt zu dem Ergebnis, daß eine exakte Rentabilitätsberechnung nicht möglich ist, und daß deshalb auch der Streit zwischen der Reichsbahn und der Wirtschaft, ob etwa die Bahn auf Grund der öfter vorgenommenen Tarif erhöhungen Thesaurierungspolitik treibe oder nicht, gar nicht objektiv entschieden werden könne. ◊ In der Schrift *Liberalismus und Wirtschaftsdemokratie* /Berlin, Junker & Dönnhaupt/ will Johannes Gerhardt beweisen, daß eine eventuelle Verwirklichung des wirtschaftsdemokratischen Programms der Freien Gewerkschaften zur Wirtschaftsdespotie führen müsse. Gerhardt glaubt die Wirtschaftsdemokratie mit zentralistischer Verwaltungswirtschaft gleichsetzen zu können. Er kann nicht oft genug mit Befriedigung feststellen, daß mit der Wirtschaftsdemokratie die starre Endzielideologie im Sozialismus aufgegeben ist. Er sieht nicht die aus dem Willen zur Neugestaltung erwachsenden Forderungen der Gewerkschaften. ◊ Einen knappen Überblick über die neue Wirtschaftspolitik Rumäniens gibt der Finanzminister *Virgil Madgearu* in dem Buch *Rumania's New Economic Policy* /London, P. S. King & Son/. Besonders eingehend werden die Landwirtschaft, Verkehrs- und Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung behandelt. Außerdem enthält die Arbeit ein materialreiches Kapitel über die technische, finanzielle und ökonomische Reorganisation der staatlichen Betriebe, die besonders durch das neue Bergwerksgesetz eingeleitet worden ist. In Rumänien kontrolliert der Staat eine große Reihe wichtiger Unternehmen, in denen ungefähr 4% Milliarden Goldlei investiert sind.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

Quessel † Nach dem Tod Max Schippeles bedeutet der Tod Ludwig Quessels den schwersten Schlag für alles Neuschaffen in der sozialistischen Bewegung. Gewiß, Quessel war einer der ersten Werkstudenten in der Partei, wie der Vorwärts in dem kurzen Nachruf am 16. Februar hervorhob *(der auch nicht im entferntesten ahnen läßt, welch eine Persönlichkeit unserer Partei entrissen worden ist)*. Und es ist auch richtig, was darin gesagt wird: daß der aus Königsberg stammende Uhrmachergeselle eine ungeheure Energie daransetzen mußte, um in der Schweiz die Universität besuchen und sein Studium vollenden zu können. Aber darin liegt die Bedeutung Quessels nicht. Sie liegt in seiner Stellungnahme zu den Problemen, die den Sozialismus aufwühlten, zu den politischen Aufgaben der Partei, namentlich zu den großen Gegenwartsfragen der Innen- und Außenpolitik Deutschlands. Den Marxismus erfaßt er in seiner historischen Bedingtheit, und wie er seine bei Sismondi liegenden Keime sieht, so sucht er einen konstruktiven Sozialismus darüber hinaus. Seine Anschauungen hat er zu einem einheitlichen Ganzen in einem Werkchen zusammengefaßt, das 1919 unter dem Titel *Der moderne Sozialismus im Verlag Ullstein in Berlin* erschien. Dort erkennt er dem Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus die Bedeutung zu, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 10 Jahre später diesen Erscheinungen für die Wirtschaftsdemokratie zuschreibt. Besonders wesentlich ist die Art, wie die Außenpolitik begründet wird. Bei der richtunglosen Friedenspolitik der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbunds und der ebensolchen der deutschen Sozialdemokratie, die den Frieden zu fördern glaubt, indem sie ihn als ein schönes humanitäres Ideal hinstellt und die materiellen Voraussetzungen nur so weit beachtet, als sie das kapitalistische Wirtschaftssystem im allgemeinen beschuldigt zu kriegerischen Konflikten zu treiben, scheint es nicht überflüssig darauf hinzuweisen, daß die Verständigungs-politik der Sozialistischen Monatshefte, wie sie von Quessel vertreten wurde, auf der konstruktiven Idee der Schaffung eines einheitlichen Europas basiert. Die Stellung Quessels zu der Innenpolitik wurde in den letzten Jahren immer stärker durch seine Kritik an der Ausgaben-

wirtschaft Deutschlands charakterisiert. Er hatte den Mut Wahrheiten zu sagen, auch wenn sie im eignen Lager unangenehm klangen. Geholzen hat es freilich nicht. Nun, da er die *(traurige)* Genugtuung hätte durch die krisenhafte Entwicklung nachträglich mit seiner Anklage recht zu bekommen, wir gäben zu viel aus, wir lebten über unsere Verhältnisse, raffte ihn der Tod hinweg. Einige Daten mögen diese Angaben über den sozialistischen Kämpfer ergänzen. Ludwig Quessel wurde am 1. Juli 1872 in Königsberg in Ostpreußen geboren. Er wuchs dort in den ärmlichsten Verhältnissen auf. Nach dem frühen Tod des Vaters mußte die Mutter allein als Waschfrau die 4 Kinder ernähren. Ludwig Quessel besuchte die Volksschule und wurde dann Lehrling bei einem Uhrmacher. Dann ging er nach Zürich, studierte *(dabei in Arbeit stehend)* Nationalökonomie. In Deutschland war er als Mitarbeiter und Redakteur an den Parteiblättern in Königsberg, Offenbach und Stettin tätig. Als das Darmstädter Parteiblatt gegründet wurde, übernahm er seine Leitung, die er bis zu seinem Tod innehatte. Von 1912 bis 1930 gehörte er auch dem Reichstag als Mitglied an.

Internationale Auf internationalem Gebiet läßt sich seit dem letzten Jahr eine sehr bemerkenswerte Entwicklung konstatieren. Die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund arbeiten in wachsendem Maß in direkter Form zusammen. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen, aus denen sich der Internationale Gewerkschaftsbund aufbaut, zeigen überall, auch dort, wo, wie zum Beispiel in Frankreich, die Gewerkschaften von politischer Betätigung wenig oder nichts wissen wollen *(den Gegen-satz dazu bildet England, wo die Labour Party in gewissem Sinn eine Gewerkschaftspartei genannt werden kann)*, eine sozialdemokratische Haltung. Aus ihren Verbänden ist fast überall der Einfluß der sogenannten Kommunisten ausgeschaltet. Zwar besteht in Frankreich noch ein "kommunistischer" Gewerkschaftsbund; die Confédération Générale du Travail Unitaire, aber er sinkt immer mehr zu völliger Bedeutungslosigkeit herab. Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist der Bolschewismus überall beseitigt, auf politischem Gebiet nicht minder, denn das Anschwellen der Wahlstimmen der Kommunistischen Partei Deutschlands ist durch die Wirtschaftskrise bedingt und

wird mit ihr wieder verschwinden. Von der gemeinsamen Behandlung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit durch die Sozialistische Arbeiterinternationale und den Internationalen Gewerkschaftsbund wurde bereits in dieser Rundschau (1930 III Seite 1013) berichtet. Im Januar wurde nun der Matteottifonds, der zur Förderung des Kampfs gegen den Faschismus und zur Unterstützung seiner Opfer 1926 von der Sozialistischen Arbeiterinternationale gegründet worden war, zu einer gemeinsam von Sozialistischer Arbeiterinternationale und Internationalem Gewerkschaftsbund getragenen Einrichtung gemacht.

Vom 17. bis zum 22. Februar fand in Zürich eine Reihe von Beratungen der Internationale statt. Am 17. und 18. tagte die Völkerbundskommission, am 18. und 19. die Abrüstungskommission, am 20. das Bureau, am 21. und 22. die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Die Beschlüsse der Völkerbundskommission sind bedeutungslos und ohne Interesse. Dagegen nahm die Abrüstungskommission eine Resolution an, die die nationalen Sektionen daran erinnert, daß sie alles zu tun haben, um die Regierungen zu verhindern die Erfolgsmöglichkeiten der 1932 stattfindenden Abrüstungskonferenz durch ihre Politik in der Zwischenzeit zu verringern. Deshalb sollen sich die Sektionen gegen jede Rüstung wenden, die jetzt eine Provokation darstellen würde; sie sollen ferner für eine großzügige Politik internationaler Kredite zur Linderung der Wirtschaftskrise eintreten wie für die Reglung der Kriegsschulden, die ohne amerikanische Mitwirkung unmöglich sei. *«Von einer konstruktiven Europapolitik ist wieder nicht die Rede, nur von der alten, wirkungslosen Abrüstungsforderung. Damit ist ein positiver Einfluß auf die Gestaltung des Kontinents nicht zu gewinnen.»* Vermerkt sei noch, daß zur Beeinflussung der Abrüstungskonferenz Sozialistische Arbeiterinternationale wie Internationaler Gewerkschaftsbund auf Anregung des letztgenannten zusammenarbeiten wollen, und daß zu diesem Zweck auch eine gemeinsame Kommission auf der nachfolgenden Tagung der Exekutive eingesetzt wurde.

Auf dieser Tagung erstattete der Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale Friedrich Adler seinen Geschäftsbericht über das letzte halbe Jahr, ebenso der Kassierer. Vorbereitungen für den am 25. Juli in Wien beginnenden Internationalen Kongreß wurden getroffen, die

Tagesordnung und einige Berichterstatter dazu bestimmt. Natürlich unterstützte die Exekutive, wie das ihrer alten Gewohnheit entspricht, die von der englischen Labour Party ausgehende Anregung die Zölle für einzelne Warengruppen herunterzusetzen. Auf Antrag Österreichs stellte man (und damit über die vom Internationalen Gewerkschaftsbund auf seinem Kongreß in Stockholm angenommene Arbeitszeit hinausgehend) die Fünftagewoche als eine internationale Forderung, gerade wie einst die des Achtstundentags, auf.

Auf einstimmigen Beschuß der Exekutive sandte der Vorsitzende Emile Vandervelde ein Protestschreiben nach Moskau gegen die Absicht der Volkskommissare wieder ein Gerichtstheater, und diesmal gegen Menschewiki, aufzuführen, die "konterrevolutionärer" Umtriebe gegen den Bestand der bolschewistischen Diktatur beschuldigt werden. Eigenartig mutet dabei Vanderveldes Formulierung an, daß dieser schändliche Mißbrauch der Gewalt »die verhängnisvolle Spaltung der internationalen Arbeiterklasse nur immer mehr vertieft«. Als ob der Gegensatz zwischen Bolschewisten und Sozialdemokraten überhaupt noch vergrößert werden könnte. Aber das ist eben die alte Schwächlichkeit und Leistetretei, die die Sozialistische Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien gegen diejenigen, die den Namen des Kommunismus usurpiert und mißbraucht haben, stets bewiesen haben.

England

Die innenpolitische Entwicklung Englands und die Tätigkeit der Labourregierung muß der Sozialist mit größtem Interesse verfolgen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen fortwährend, und selbst eine starke Regierung wäre nicht imstande sie in Kürze zu meistern. MacDonald aber muß mit aller Vorsicht lavieren, da die Labour Party selbst im Unterhaus keine Mehrheit besitzt. Diese prekäre Stellung charakterisieren die Engländer, die ja in geschickten populären, auf die einfachen Massen eindruck machenden Formulierungen groß sind, wie folgt: Labour in office, but not in power. Gegen die Arbeitslosennot konnte nichts Durchgreifendes zur Besserung geschehen; James Henry Thomas mußte sein Ministerium tauschen, Sir Oswald Mosley legte mit einem Eklat sein Amt nieder. Die Verlängerung der Schulzeit auf ein 9. Jahr mit Unterstützung der Eltern konnte gegen

das Oberhaus nicht durchgesetzt werden, der Unterrichtsminister Sir Charles Philips Trevelyan legte sein Amt nieder, das dann von dem Generalpostmeister Hastings Bertrand Lees-Smith übernommen wurde. Die gefährlichste Klippe für MacDonalds Regierung aber bildet die von den Gewerkschaften, den Trägern der Partei, stürmisch geforderte Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes der Konservativen. Hier machten die Liberalen auch gegen die Konzession der Einführung des Alternativwahlsystems nicht mit. Nachdem nun alle Konzessionsbereitschaft zu keinem Ergebnis geführt hat, macht die Regierung jetzt einen energischen Zug. Sie bindet Schlußvorlage, Wahlreform und Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes zu einer Einheit zusammen und will das Ganze unter die Parlamentsakte stellen, was bedeutet, daß es auch ohne Zustimmung des Oberhauses in 2 Jahren Gesetz wird, wenn das Unterhaus eine Mehrheit dafür aufbringt. Dazu sind die Liberalen notwendig. Verweigern sie die Hilfe, dann scheint MacDonald auch vor Neuwahlen nicht zurückzuschrecken.

Bei alledem hat sich aber noch eine andere Entwicklung vollzogen, die die politischen Schwierigkeiten der Labourregierung erhöht, die bei den nächsten Wahlen von erheblicher Bedeutung werden kann, und die vielleicht zu einer neuen Partei führt. Nicht etwa die Independent Labour Party ist ausgetreten, die so oft und so scharf ihre Unzufriedenheit mit der vorsichtigen Regierung zum Ausdruck gebracht hat. Sir Oswald Mosley verließ mit einigen wenigen Anhängern die Partei. Nach seiner Aufsehen erregenden Amtsniederlegung und scharfen Kritik der Arbeitslosenpolitik des Kabinetts veröffentlichte er Manifeste, die entschiedene und weittragende Maßnahmen gegen diese nationale Not verlangten. Er wollte ein Konzentrationskabinett mit diktatorischen Vollmachten. Das alte Parteien- und Parlamentssystem habe versagt. Die heimische Produktion ist durch Zölle zu schützen, eine große innere Anleihe ist aufzunehmen, um produktive Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen, um die rückständige englische Industrie zu modernisieren. Interessant ist es, daß hier die Maßnahmen Mussolinis auf lange Sicht, der Tardieu'sche Plan der Ausrüstung und Modernisierung der französischen Wirtschaft anklingen, und tatsächlich können auch Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit überall

nur nach einem größern ineinander greifenden Plan auf längere Sicht getroffen werden. Mosley wurde in den Reihen der Arbeiterpartei kühl abgelehnt. Nun verließ er die Partei, wie er 1923 die Konservativen verlassen hatte, und droht, gestützt auf sein sehr großes Vermögen, bei der nächsten Wahl 400 Kandidaten der neu zu bildenden Partei aufzustellen. Auch der junge Oliver Ridsdale Baldwin ist ihm gefolgt (auch er, der Sohn des konservativen Führers, war Labourabgeordneter), ebenso Lady Cynthia, Mosleys Gattin, die Tochter des ehemaligen indischen Vizekönigs und konservativen Außenministers Lord Curzon und gleichfalls Labourabgeordnete. Bezeichnend für die Ähnlichkeit der deutschen und der englischen Bewegung in der Tiefe ist folgendes Erlebnis: Birmingham feiert den 1. Mai am Sonntag darauf. Der Labour Club veranstaltet einen festlichen Abend. Lady Cynthia, die mit 4 weiteren Abgeordneten der Feier durch ihre Reden Glanz verleihen soll, erscheint in roter Abendtoilette, in der Farbe des Sozialismus. Und sie sieht mit einer gewissen Enttäuschung nirgends ein rotes Abzeichen: Die Leute sind in ihren üblichen Sonntagsanzügen gekommen, sitzen zusammen und trinken wie üblich ihren Pott Bier.

Ungarn Unter der verschleierten Diktatur in Ungarn beginnt sich trotz aller Unterdrückung die Arbeiterklasse wieder zu rühen. Im August 1930 feierte das offizielle Ungarn nationalistisch - klerikale Feste zum Jubiläum der Stephanskronen, deren Prunk und Aufwand in schreiendem Gegensatz zu der unglaublich schlechten Lage der Industrie- und insbesondere der Landarbeiterchaft standen. Die Arbeiterorganisationen kündeten für den 1. September eine Protestdemonstration gegen die Arbeitslosigkeit an. Sie wurde von der Polizei verboten, aber sie fand dennoch statt. In Budapest nahm an ihr eine überwältigende Zahl Arbeiter teil, es sollen 150 000 gewesen sein. Die Polizei schritt ein, es kam zu blutigen Schlägereien. Auch in anderen Städten kam die aufrüttelnde und den Blick auf die wirtschaftliche Not der Bevölkerung lenkende Demonstration zustande. Am 7. September fand unter polizeilicher Überwachung der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie statt. Er behandelte die wirtschaftliche Krise und die Arbeitslosigkeit und den Kampf um die Demokratisierung des Landes.

Vereinigte Staaten von Amerika Der Vorstand der Sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten beschloß in seiner Sitzung vom 15. und 16. November 1930 in Newark am 29. Mai 1931 einen Parteitag abzuhalten und damit die Feier des 30jährigen Bestehens der Partei zu begehen. Für das Jahr 1931 wurde ein Propaganda- und Organisationsprogramm entworfen.

Bei den letzten Wahlen hatten die Sozialisten eine Reihe von Kandidaten aufgestellt. Die sozialistischen Stimmen, so gering ihre Anzahl gegenüber der der beiden großen Parteien der Demokraten und der Republikaner auch sein mag, nahmen doch erfreulich zu. In den Kongreß der Vereinigten Staaten zieht wieder kein Sozialist ein, dafür fallen aber einige Sitze der Partei in einzelnen Staatsparlamenten zu. 2 neue Sitze wurden im Staatsparlament von Pennsylvania in Reading gewonnen (Darlington Hoopes und Lilith Wilson). In Milwaukee wurde der Sozialist Al Benson zum Sheriff von Milwaukeeland gewählt; in das Staatsunterhaus kamen 9 Sozialisten, in den Senat 1. Im Staat California war Upton Sinclair als Gouverneurschaftskandidat aufgestellt worden.

Kurze Chronik In Danzig fanden am 16. November 1930 die Wahlen zum Volkstag statt. Die

Sozialdemokratie ging von 61 779 Stimmen im Jahr 1927 auf 49 965 zurück. Die Nationalsozialisten bekamen 12 Mandate. Am 3. Dezember trat die Sozialdemokratische Partei aus der Regierung aus. ◇ Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Polen trat am 8. September der Sozialistischen Arbeiterinternationale bei. ◇ In Litauen ist die sozialdemokratische Bewegung legalisiert worden, das heißt, sie erhält die Erlaubnis Versammlungen abzuhalten, allerdings nur in Kowno und in Anwesenheit vieler Polizisten. Das Zentrum der Emigration wurde nach Berlin verlegt, dort wurde auch eine Halbmonatsschrift Kova gegründet. ◇ Am 18. und 19. Oktober hielt die Sozialistische Partei Bulgariens ihren Kongreß ab. Sie verband damit die Feier des 70. Geburtstags ihres Gründers und Vorsitzenden Janko Sakasow (der auch so manchen Beitrag für die Sozialistischen Monatshefte geliefert hat) und die Einweihung eines Arbeiterheims in Sofia. ◇ Am 23. November wurde Robert Seidels 80. Geburtstag von der internationalen sozialistischen Bewegung gefeiert.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Quessel † Durch den Tod Ludwig Quessels hat der heute an Wirkung gewinnende neue europäische Geist einen hervorragenden Bahnbrecher verloren. Dieser europäische Geist, auf dessen Werden die Sozialistischen Monatshefte hinarbeiteten, und dem Quessel seit 2 Jahrzehnten hier von der politischen Seite her immer und immer wieder überzeugend begründeten Ausdruck gegeben hat, unterscheidet sich von jenem Allerweltspazifismus, dessen ideologische Unzulänglichkeit sich besonders im Weltkrieg klar erwiesen hat, durch seine wesentliche Verknüpfung mit den wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen aller Völker, Staaten und Nationen des europäischen Kontinents, insbesondere Deutschlands und Frankreichs. Wie er neue Zukunftsaufgaben wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art stellt, so erfordert er auch eine neue kritische Überprüfung geschichtlicher Werte. Von welcher grundlegenden Wichtigkeit solche neue Geschichtsbetrachtung gerade für Deutschland in dieser Zeit ist, hat Quessel schon in seiner am 14. Februar 1917 hier veröffentlichten Studie Napoléons Kampf gegen England und dann wieder am 9. Mai 1921 in dem Aufsatz zu Napoléons 100. Todestag gezeigt. Die unbeirrte Sachlichkeit, mit der Quessel in diesen mitten im Kriegsgetümmel und auch angesichts der Darmstädter Uraufführung von Fritz von Unruhs kindlichem Kriegsdrama Prinz Louis Ferdinand geschriebenen Aufsätze das politische Genie und die Gegenwartsbedeutung des größten Europäers erhellt, und die Quessel für den einmal als richtig erkannten Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung auch während des Ruhrkriegs, als alle Geister toller Selbstvernichtung losgelassen waren, bewahrte, läßt so recht erkennen, wie sich in seiner politischen Publizistik reiches Wissen und Unabhängigkeit des Denkens mit hohen sittlichen Qualitäten vereinigten. Auch der Blick auf Quessels äußern Lebensgang, der den früh vaterlosen ostpreußischen Arbeitersohn über Volksschule, Handwerksgesellentum, autodidaktisches Auslandsstudium zu dem mit höchster Auszeichnung erlangten Doktorgrad der Staatswissenschaften und dann wieder zu einer im Zeichen der politischen Volkserziehung stehenden Publizistik und Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter führte, läßt uns fühlen, was die geistige Bewegung unserer Epoche dem Wirken Quessels zu verdanken hatte.

Deutschland und Frankreich Der Kongreß der Weltlichen Republikanischen Jugend Frankreichs sprach sich auf seiner September 1930 in Algier abgehaltenen Tagung unter anderm aus für Kampf gegen nationalistische Verhetzung, Förderung der deutsch-französischen Annäherung durch den Schulunterricht, Reisen, Austausch, Korrespondenz, Vorträge und anderes. Dem Verband gehören gegen 200 000 Mitglieder an. Auf dem Sohlberg, einer der schönsten badischen Jugendherbergen, trafen sich einen Monat vorher Vertreter deutscher und französischer Jugend (Groupe Universitaire Franco-Allemand, Mitglieder der von Marc Sangnier geführten Jeune République, Neu- und Großneudeutsche, Quickborner usw.), um sich über kulturelle, religiöse und politisch-wirtschaftliche Probleme beider Länder auszusprechen. Unter anderen sprach Arnold Bergstraeßer /Heidelberg/ über die soziologische Struktur Deutschlands nach dem Krieg. Andere deutsche Referate bezogen sich auf die religiösen Anschauungen respektive den politischen Willen der jungen deutschen Generation, auf moderne Baukunst und dergleichen. Französische Redner behandelten die gleichen Themen unter Bezugnahme auf das moderne französische Leben. Etwa 100 Mitglieder der Ligue d'Etudes Germaniques berührten auf einer Studienreise durch Deutschland im September Berlin, wo Otto Grautoff, der Organisator der Fahrt, einen feierlichen Empfangsabend für sie veranstaltete. Der französische Redner des Abends betonte besonders das immer mehr erwachende Interesse auch der Provinzfranzosen für das gemeinsam europäische Kulturerbe und dessen deutsches Gesicht. Auf einer Ende September zu Mannheim abgehaltenen Konferenz, wo sich 70 Delegierte des Deutschen Studentenverbands (Vertretung republikanischer Studenten Deutschlands und Österreichs) mit Vertretern der französischen Organisationen Jeune République, Etudiants Socialistes und Ligue d'Action Universitaire Républicaine et Socialiste begegneten, verpflichteten sich beide Teile in einem Arbeitsabkommen für die Annäherung der französischen und der deutschen Demokratie als ersten Schritt zur Verwirklichung einer Vereinigung der europäischen Staaten zu arbeiten und dieses Ziel im Rahmen der Schule und der Universität durch Austausch von Studenten, Abhaltung von Vorträgen und Kongressen, Austausch von Zeitungen und Zeitschriften und durch Zeitungsar-

tikel praktisch zu fördern. Dem zu Mannheim konstituierten Ständigen Ausschuß gehören außer Vertretern sozialistischer, demokratischer und katholisch republikanischer Verbände mit beratender Stimme auch Vertreter deutscher und französischer Studentengruppen an; auch die Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei sind in ihm, wenn auch nur durch einen Beobachter, vertreten. In einem wichtigen Aufsatz Frankreich blickt nach Osten, im Tagebuch vom 25. Oktober 1930, wies der bekannte, Aristide Briand politisch nahestehende französische Publizist Marcel Ray vom Petit Journal das deutsche Publikum darauf hin, daß das Ergebnis der letzten Wahlen zum deutschen Reichstag, der Reichswehrprozeß in Leipzig und die Stahlhelm-demonstration in Koblenz in Frankreich in allen Kreisen, die bisher für die deutsch-französische Verständigung im Interesse des europäischen Neuaufbaus gearbeitet hätten, größte Beunruhigung hervorgerufen haben. Die bei aller ernsten Eindringlichkeit durchaus sachliche Darlegung, die der französische Publizist in diesem Aufsatz von der Lage gegeben hat, sein Hinweis auf den Ernst und die schicksalhafte Schwere der Entscheidung, vor die sich nunmehr sowohl Deutschland als auch Frankreich gestellt sehen, ist in der deutschen großen Tagespresse leider so gut wie gänzlich unbeachtet geblieben. In der Berliner Deutsch-Französischen Gesellschaft sprachen im Oktober zu dem Thema Deutschland und Frankreich der deutsche Zentrumsabgeordnete und Gewerkschafter Josef Joos und der französische sozialradikale Abgeordnete und Völkerbundsdelegierte Pierre Cot (siehe darüber hier auch den Artikel Cohens, 1930 III Seite 967). Dieser französische Politiker versicherte, die Öffentliche Meinung Frankreichs wünsche aufrichtig politisches und wirtschaftliches Zusammengehen mit Deutschland. Beide Länder müßten gemeinsam den europäischen Weg gehen, dabei aber von allen Illusionen freibleiben und klar den Sachverhalt ins Auge fassen. Gleichfalls auf einem Vortragsabend der Deutsch-Französischen Gesellschaft zu Berlin sprach am 17. November der ehemalige französische Lektor an der Universität Heidelberg Henri Jourdan über den deutschen und den französischen Individualismus als Quelle von Mißverständnissen. Unter anderm wies er darauf hin, daß der Franzose einen viel einheitlicheren nationalkulturellen Typus darstelle als der Deutsche und es daher

schwer begreifen könne, wie man in Deutschland antifranzösisch wählen und sich gleichzeitig für einen Film wie *Sous les toits de Paris* begeistern könne. Voraussetzung für das große kulturelle Ziel eines wirklichen deutsch-französischen und damit europäischen Friedens sei die Kenntnis ihrer Verschiedenheiten.

Bei der Einweihung des Germanistischen Instituts in Paris am 15. Dezember wurde eine Rede Raymond Poincarés verlesen, die dieser wegen seiner Erkrankung nicht persönlich hatte vortragen können (siehe den Artikel Severings, in diesem Band Seite 6). Unter anderm betont Poincaré darin, daß schon aus wirtschaftlichen Gründen die Verständigung der beiden Nachbarn Deutschland und Frankreich zum Besten der Menschheit erreicht werden müsse. An die Stelle von Vorurteil und Einbildung müssen Verständnis und Erkenntnis treten.

Yves Le Trocquer stellte in einem Vortrag in Berlin die Schicksalsverbundenheit von Deutschland mit Frankreich dar und erinnerte dabei bedauernd an die große Gelegenheit zu europäischer Aufbauarbeit, die Deutschland gehabt haben würde, wenn es auf das Programm eingegangen wäre, das Le Trocquer als Arbeitsminister der Regierung Poincaré im Jahr 1922 Deutschland angetragen hatte (und auf das die Sozialistischen Monatshefte immer wieder hinwiesen).

In der von Jean Luchaire herausgegebenen Wochenschrift *Notre Temps* richteten 186 führende Persönlichkeiten des französischen Geistes (so Jean Cocteau, Paul Morand, Gaston Riou) an die Öffentlichkeit einen Aufruf, in dem sie dem Nationalismus im eigenen Land den Krieg erklären und die Intellektuellen der anderen Länder auffordern ein gleiches zu tun. Frankreich, heißt es da, müsse den Mut zur Erkenntnis finden, daß ein neues Europa auf der deutsch-französischen Verständigung beruhe und nur aus Verträgen hervorgehen könne, die durch freiwillige Zustimmung freier und zufriedener Völker zustande gekommen seien. Auf dieses Manifest der französischen Intellektuellen antworteten 199 deutsche Schriftsteller, Künstler und Gelehrte durch Vermittlung der Deutschen Gruppe des Penklubs mit einem Aufruf, der unter anderm betont, die deutsch-französische Gemeinschaft müsse das nächste Ziel sein, auf das die Intellektuellen beider Länder ihre Anstrengungen zu vereinigen hätten. Man kann aber nicht sagen, daß diese Antwort die gleiche warmherzige Spontaneität zeigt wie die französische Kundgebung.

Unter der Führung des Abgeordneten Planche, eines Parteigenossen Aristide Briands, bildete sich Mitte Januar 1931 eine Liga französischer Frontkämpfer, die den Chauvinismus zu bekämpfen beabsichtigt und für strafrechtliche Verfolgung derjenigen eintritt, die durch Verbreitung falscher Nachrichten und verantwortungslose Ausbeutung unbedeutender Zwischenfälle die Öffentliche Meinung aufzuhetzen suchen.

Am 23. Januar sprach Pierre Renouvin, der an der Pariser Sorbonne den Lehrstuhl für Geschichte des Weltkriegs innehat, in der Berliner Hochschule für Politik über Europaeinheit im 19. Jahrhundert. Renouvin hat unter anderm ein 1925 veröffentlichtes Buch *Origines immédiates de la Grande Guerre* verfaßt, in dem er sich bemüht die Erörterung über die Ursachen des Weltkriegs auf wissenschaftliche Grundlage zu stellen.

Die inneren Voraussetzungen für eine deutsch-französische Zusammenarbeit werden nunmehr auch in Zeitschriften konservativer Richtung ernsthafter erörtert. So brachte die von Rudolf Pechel herausgegebene Deutsche Rundschau im Oktober und November 1930 eine Übersetzung von Edouard Dujardins Rundfrage über die Stellung der jung-französischen Schriftsteller zur deutsch-französischen Annäherung. Besonders zu beachten ist die von Heinrich von Gleichen herausgegebene Wochenschrift *Der Ring*, die, auf hohem geistigen Niveau stehend, den Gehalt des Neuen Nationalismus herauszuarbeiten sucht. Am 16. November wurden dort unter anderm Dujardins französische Schriftstellerenquete, Ernst Robert Curtius' und Arnold Bergsträssers 2bändiges Werk *Frankreich* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, Arnold Bergsträssers Buch *Sinn und Grenzen der Verständigung* /München, Duncker & Humblot/, Wladimir Comte d'Ormessons Buch *Vertrauen zu Deutschland?* /Berlin, Verlag der Germania/, Friedrich Sieburgs Buch *Gott in Frankreich?* /Frankfurt, Frankfurter Soziätätsdruckerei/ eingehend besprochen. Sehr wertvolle Studien über den französischen Protestantismus, den französischen Katholizismus (besonders Paul Claudels, von Darius Milhaud musikalisch gestaltetes *Christoph-Columbus-Drama*), die Schriften Georges Sorels (besonders über die bei Gustav Fischer in Jena unter dem Titel *Der antidemokratische Denker und der moderne Sozialismus* durch E. H. Posse veröffentlichte Übersetzung seiner *Décomposition du marxisme*) enthielt auch die 4. Monatsbe-

lage des oben erwähnten Ringhefts. Die darin eingenommene grundsätzliche Haltung zur deutsch-französischen Verständigung wird folgendermaßen zusammengefaßt: »Es ist kein Zweifel, daß in Frankreich wie in Deutschland der Wunsch nach einer endlichen Reglung der deutsch-französischen Beziehungen besteht, daß über die ängstliche Politik des Siegers dort ein, wenn auch schwacher Wille zu einer neuen gemeinsamen Zukunft mit Deutschland vorhanden ist, wie daß hier die Enttäuschung, der Haß und die Rache zurücktreten vor der Einsicht von einer größeren geschichtlichen Notwendigkeit, die eine Einigung zwischen den beiden Völkern auf einer höhern Ebene verlangt. Es ist selbstverständlich, daß solcher Wille hüben und drüben nur stark werden kann, wenn er dem Vertrauen entspringt. Vertrauen zu einander, allerdings nicht zu dem Zweck eine letzten Endes Vertrauen zerstörende "Verständigung" zu suchen, sondern eine Einigung, die jenseits der Verträge liegt, die für die Verständigung sakrosankt bleiben, eine Einigung, die von Sieg und Niederlage nichts mehr weiß, eine Einigung, die eine neue Kraftquelle der Politik in Europa erschließen würde.« Von deutschen Wirtschaftsführern setzten sich neuerdings für deutsch-französischen Wirtschaftsausgleich besonders ausgesprochen ein der Vorsitzende des Aufsichtsrats der I. G. Farbenindustrie Carl Bosch (im Berliner Börsenkurier vom 17. Februar 1931) und Hans Kraemer, ein führendes Mitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie (auf einer Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet). Sehr treffend meint Bosch, es handle sich für Deutschland und Frankreich heute im wesentlichen darum durch Überwindung politischer Ressentiments und Propagierung wirtschaftlicher Vernunft die Grundlage für eine Konsolidierung Deutschlands und damit Europas zu legen. Und Kraemer meinte, der europäische Kontinent könne niemals eine wirtschaftliche, geschweige eine politische Einheit werden, wenn sich Deutschland und Frankreich im Gegensatz zu einander entwickelten. Bei der Pariser Gedenkfeier des 75. Todestags Heinrich Heines feierte Edouard Herriot den Dichter als Repräsentanten der Verbindung deutschen Gefühls mit den Ideen französischer Philosophie. Bei Gelegenheit eines Vortrags, den Henri Lichtenberger, der Vertreter der Germanistik an der Universität Paris, am Romanischen Seminar der Universität Leip-

zig über die Stellung der französischen Jugend zur Idee der Demokratie hielt, traf er die Abmachung, daß künftig ein ständiger Lektorenaustausch zwischen dem Leipziger Romanischen Seminar und der Pariser Ecole Normale Supérieure stattfinden solle. Auch in Berlin sprach Lichtenberger vor dem Deutsch-Ausländischen Studentenklub des Humboldt-hauses über die Frage, inwieweit man mit Recht von typischen deutschen und französischen Nationaleigenschaften oder Nationalbegabungen, die als Wertmaßstäbe dienen könnten, sprechen dürfe. Bestrebungen die Eigenart eines Volkes auf möglichst kurze Formeln zu bringen entpuppten sich bei näherem Zusehen sehr oft als Oberflächlichkeit. Ein europäischer Standpunkt müsse jedem Volk Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ein am 25. Februar von der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte zu Berlin veranstalteter Diskussionsabend war dem Thema Deutsch-französische Zusammenarbeit gewidmet. Das die Aussprache einleitende Referat wurde von Valtin Hartig gehalten. Am Tag darauf sprach Friedrich Sieburg, der Verfasser des Buchs *Gott in Frankreich?* (siehe die Rundschau Anthropogeographie, 1930 III Seite 923 und folgende), in Berlin auf Anregung der Buchhandlung Karl Buchholz über Grenzen der deutschen Verständigung mit Frankreich. Man hat es gar zu eilig schon »Grenzen« da abzustecken, wo man kaum noch einen Anfang gemacht hat. Sieburg meinte, eine nivellierende Verständigung zwischen beiden Völkern sei nicht möglich, weil sich die beiden Völker wie 2 Pole eines einzigen Wesens zu einander verhielten. Unsere Westgrenze sei sozusagen eine wesentliche abendländische Grenze zwischen 2 grundverschiedenen Nationalkulturen. Es scheint, als ob Sieburg mit seiner antithetischen Begriffsbestimmung der typischen Ideale beider Völker den ausgesprochen heroischen Zug, den das geistige Leben Frankreichs in seinen besten Vertretern heute erkennen läßt, übersieht oder nicht erfaßt.

Politischer
Anstand

Es kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der politische Tageskampf in Deutschland allmählich Formen angenommen hat, die man nur noch als barbarisch bezeichnen kann. Die Zeitungen hallen wider von täglichen Berichten über Saalschlägereien, von Theater- und Kinostörungen, Studentenkrawallen, zertrümmerten Fenstern, geschädigten Fried-

höfen; die auf die breitesten Massen berechneten Reden, Leitartikel und Broschüren enthalten ein solches Maß von Phrasentum, Verhetzung, Verleumdung und Verdrehung, daß eine Steigerung kaum noch denkbar ist.

Wenn man sich auch versucht fühlt darüber zu lächeln, daß die Feststellung dieses Mißstands nach guter deutscher Art und Überlieferung wohlmeinende Kreise dazu geführt hat einen Bund zu begründen, der sich die Wiedereinführung guter Manieren, der Verantwortlichkeit, Sachlichkeit und Ritterlichkeit in den politischen Tageskampf zum vornehmsten Ziel gesetzt hat, so darf man sich doch auch anderseits solcher Symptome des erstarkenden Willens zu einer moralischen Sanierung aufrichtig freuen. Freilich gibt es eines dabei zu bedenken: Wir haben es immer und immer wieder erlebt, wie es Deutsche gab, die schon aus der Tatsache, daß sie sich etwa einem Verein mit nationaler Zielsetzung anschlossen, ein inneres Recht herleiteten sich nun auch wirklich für bessere Deutsche zu halten als diejenigen, die diesem Verein nicht angehören. So werden nun auch diejenigen, die eine "Front der anständigen Menschen" zu bilden wünschen, gut daran tun zu bedenken, daß die äußere Zugehörigkeit zu einer solchen Front noch keine Garantie dafür gibt, daß dem äußerlichen Wollen auch wirklich ein inneres Sein entspricht. Den Prüfstein für wirkliche Qualität darf man auch hier nicht nur in guten Vorsätzen sehen, sondern auf die vorbildliche Tat kommt es in erster Linie an. Wenn man nun die vom Deutschlandbund in Berlin in zwangloser Folge herausgegebenen Blätter des Deutschlandbunds durchliest, kann man sich zwar dem nicht verschließen, daß sie eine Menge wertvollen Materials zur sachlichen politischen Aufklärung bringen, und daß sie in sehr dankenswerter Weise Fälle bedenkenloser Demagogie, Verleumdung, unsachlicher Berichterstattung, Phrasenmacherei, die dem politischen Tageskampf entnommen sind, offenlegen. Aber es will doch manchmal so scheinen, als gingen sie von der etwas naiven Voraussetzung aus, daß dieser Geist der Unanständigkeit einzig und allein bei den Nationalsozialisten und den sogenannten Kommunisten zu Hause wäre. In dieser Rundschau wurde seit Jahren immer und immer wieder auf Fälle hingewiesen, in denen durch staatliche Bureaucratie verantwortungsbewußter schöpferischer Geist in einer Weise mit Füßen getreten wurde, daß die Frage

sich aufdrängte, ob es denn irgendetwas wie das Gefühl für den Wert der Menschenwürde in diesem republikanischen Staat mit seinen so weitgehenden bürgerlichen Grundrechten überhaupt noch gibt. Auch beweisen die seit Jahren von den Freunden der Sozialistischen Monatshefte über leidenschaftlich umstrittene politische Tagesfragen (wie Youngplan, Nation und Sozialismus usw.) veranstalteten kontradiktorischen Abende, daß öffentliche Debatten zwischen Sozialisten und Vertretern aller anderen Parteien bei uns durchaus möglich sind, ohne daß es notwendig zu Schimpfereien und Schlägereien kommen muß. Das Problem des heutigen Triumphs der politischen Unanständigkeit ist nicht auf die vermeintliche Generalursache einer spezifischen nationalsozialistischen Methode zurückzuführen sondern auf seinen weitern geistesgeschichtlichen Zusammenhang mit jener eigentümlichen Kulturozoologie, deren bedenkliches Umschreifen in Deutschland schon vor dem Krieg ernsten soziologischen Beobachtern berechtigten Anlaß zu düsteren Prognosen gegeben hat. Es muß doch auffallen, daß es gerade die Besten in der bürgerlichen Jugend auf Hochschulen und Höheren Schulen sind, die sich dieser von allen guten Geistern der Vernunft und Sittlichkeit verlassenen Zeitströmung mit Begeisterung anschließen. Nun wohl: Die Saat, die jahrzehntelang in diese Generation hineingestreut worden ist, ist aufgegangen, und leider scheint es noch nicht so, als ob eine entscheidende Abkehr von der Religion der Selbstvergötterung nahe bevorstünde. Es hat keinen Sinn die Schuld bei einzelnen Parteien suchen zu wollen. Große innere Einkehr und Besinnung tut not. Aber sie muß alle Teile des deutschen Volks ergreifen, vor allem aber diejenigen, die zu seiner Führung berufen sind. Nur unter dieser Voraussetzung dürfen wir einen Aufstieg zu neuer nationaler Kultur erwarten.

Veranstaltungen Am 18. September 1930 wurde in Prag eine Arbeiter-radiointernationale gegründet. An ihrer Spitze steht der österreichische Nationalrat Franz Zelenka, Vorsitzender der Technischen Union, eines freigewerkschaftlichen Verbands. Mitglied kann jede Radioorganisation werden, die sich zu den Grundsätzen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbunds bekannt. Jährlich soll ein internationaler *Arbeiterfunktag* organisiert werden. Außer-

dem will man der Programmgestaltung der Sender am 1. Mai und an den Arbeiterfeiertagen überhaupt eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

In der Zeit vom 20. bis zum 25. September fand in Köln eine Tagung der *Görresgesellschaft* statt, die zum Teil eine Gedenkfeier für Albertus Magnus sein sollte, der vor 650 Jahren starb. Seine wissenschaftliche Bedeutung und den Plan einer Neuherausgabe seiner Werke erläuterte Artur Schneider (Köln). Weitere Tagungsthemen waren unter anderm das gegenwärtige akademische Bildungsproblem, Völkerbund und internationale Wissenschaftsorganisationen.

Die Völkerbundskommission für Geistige Zusammenarbeit gründete einen *ständigen Ausschuß für Literatur und Kunst*, in den sie aus Deutschland Thomas Mann und Wilhelm Waetzoldt, aus Frankreich Paul Valéry und Henri Focillon berief.

Kurze Chronik Wegen der Ernennung des Privatdozenten Emil Julius Gumbel zum außerordentlichen Professor durch den sozialdemokratischen Kultusminister Badens kam es in Heidelberg zu einem *Studentenkrawall*, der zu Zusammenstößen mit der Polizei führte. Eine nationalistische Studentenversammlung in Halle protestierte gegen die Berufung des Berliner Pfarrers Günther Dehn auf den Lehrstuhl der Praktischen Theologie in Halle; Dehn sei Pazifist und daher abzulehnen. ◇ Rektor und Senat der Universität Kiel teilten der Kieler Studentenschaft mit, sie sähen sich gezwungen der Kieler Hochschulgruppe des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* die Rechte eines akademischen Vereins zu entziehen, weil bei einer Bachfeier der Theologieprofessor Otto Baumgarten wegen seines Eintretens für Verständigungspolitik von ihr beschimpft worden war. ◇ Auf einer Tagung der *Deutschen Studentenschaft* wurde durch einen Beschuß den Angehörigen staatlich nicht anerkannter Studentenschaften empfohlen sich an ministeriell angesetzten akademischen Verfassungsfeiern so lange nicht zu beteiligen, als die Deutsche Studentenschaft als Gesamtvertretung der Studierenden nicht anerkannt werde. Ein anderer Beschuß dieser Tagung begrüßte die Errichtung eines Lehrstuhls für Soziale Anthropologie an der Universität Jena durch das Thüringische Staatsministerium. ◇ Der Mannheimer Pfarrer und Führer des Bundes der Religiösen Sozialisten Erich

Eckert wurde durch den badischen Kirchenpräsidenten mit Zustimmung des Oberkirchenrats vorläufig *seines Amts entthoben*, weil er in politischen Massenversammlungen gegen die nationalsozialistische Propaganda Stellung genommen und einer Anordnung des Oberkirchenrats dies zu unterlassen nicht gehorcht hatte. ◇ Der Bürgermeister von Ingolstadt wurde in einem von Marie Luise Fleißer gegen ihn angestrengten *Beleidigungsprozeß* verurteilt, weil er das von der Dichterin verfaßte Stück *Pioniere* in Ingolstadt ein »gemeines Machwerk« genannt hatte. ◇ Die französischen Hotelbesitzer beschlossen zusammen mit dem Touring Club de France den *Lärm* in den Hotels planmäßig zu bekämpfen.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Hugo Ehlers

Todestrieb

Die jüngste Entwicklung der Freudschen Trieblehre hat bei den Individualpsychologen den Glauben erweckt, die Psychoanalyse sehe sich veranlaßt bei der Individualpsychologie Anleihen zu machen und ihren Begriffsschatz mitzubenutzen. »Warum bereitet das Werk der Menschen, die Kultur, den Menschen nichts als Unbehagen? Woher stammen diese Störungen?« Diese Frage Sigmund Freuds nimmt Alice Rühle-Gerstel im 5. Heft des 8. Jahrgangs der Individualpsychologie zum Ausgangspunkt. Nun hat Freud die Libido nicht als prinzipielle Feindin der Kultur angesehen, wenn er diese als sublimierte Libido erklärt. In seinem letzten Werk jedoch habe Freud sie als positiv eingeschätzt: »Die Libido ist zum bindenden Element geworden.« Freud sei vom Libidomorphismus der früheren Zeit zur Nebeneinanderstellung von Libido und Destruktionstrieb gelangt, Destruktionstrieb als früherer Todestrieb mit verändertem Objekt: »Der Aggressionstrieb, den wir neben dem Eros gefunden haben, teilt sich mit ihm in die Weltherrschaft. Der Sinn der Kultur... ist der Kampf zwischen Eros und Tod, Lebenstrieb und Destruktionstrieb.« So Freud. Nunmehr sei das Unbehagen nicht mehr allein aus einer Libidoinengung und Triebverdrängung entstanden sondern beruhe auf einem unbewußten Schuldgefühl, das der Stellvertreter der nicht ausgeübten antisozialen Aggression ist. Dadurch scheint endgültig das Glück unmöglich. Nun wird aus den Schlüßsätzen des Freudschen Buchs, in denen von der drohenden

Selbstvernichtung der Menschheit gesprochen, und der Eros als Gegenspieler des Todestriebs auf den Plan gerufen wird, gefolgt, daß dieser bei der jetzigen Betrachtungsweise Freuds zurückgetreten sei. Neben der ehemals allein herrschenden Libido (eingeschränkt allerdings durch das Realitätsprinzip, das ohne Zweifel die Brücke zur individualpsychologischen Korrektur bildet) steht jetzt als Weltmotor auch der Aggressionstrieb. Die Kultur, früher als sublimierte Libido und gleichzeitig Verdrängerin von Libido angesehen, wird jetzt zum Kampf zwischen Libido und Aggression, und die Angst, ehemals Schutz gegen von innen anstürmende Libido, gilt jetzt als Schutz vor dem Aggressionstrieb.

Die Erklärung, Freud sehe jetzt in der Libido beinahe das Gemeinschaftsgefühl der Individualpsychologie, läßt sich nicht halten. Selbst wenn Freud den Aggressionstrieb aus seinem Schema striche, bliebe die übrige Triebwelt nur in geringem Maß gemeinschaftsstiftend. Lediglich die Einführung eines noch irrationalen, nach dem Urteil der Forscher äußerst verdeckt liegenden Triebes verhilft der Libido zu dieser freundlicheren Einschätzung. Der Aggressionstrieb selbst aber unterscheidet sich von dem Machtstreben, wie es die Individualpsychologie annimmt. Dieses ist nicht primär wie der Aggressionstrieb sondern erst die Überkompensation eines Minderwertigkeitsgefühls, das seine Wurzel in einem Mangel an Gemeinschaftsgefühl hat.

Man kann nicht sagen, daß die Lust der Macht gewichen, die Libido entthront ist, wenn auch das an sich schon dunkle Weltbild um einen Schein düsterer geworden ist. Die Individualpsychologen führen das auf den individualistischen Charakter der Psychoanalyse zurück. »Der Mitmensch tritt nur in der frühen Kindheit auf, als Autorität, und begründet im werdenden Menschen das Überich. Später gibt es nur noch Objekte.« Fraglich ist bei dem Problem des Todestriebs, das einem neuen Vorstoß der psychoanalytischen Forschung zu danken ist, die Identität mit dem nach außen gerichteten Destruktionstrieb. Der Todestrieb richtet sich auf die Wiederherstellung eines Zustands, der bereits vorhanden war, des Zustands der toten anorganischen Materie. Indem Freud nun die bei den ihm bisher vorliegenden Trieben sich findende Verschiebung und Projektion auch auf den Todestrieb übertrug, brachte er den Destruktionstrieb mit ihm in Zusammenhang.

Dem Satz Freuds, der Sadismus sei eine Erscheinung, die uns das Wesen des Todestriebs am besten enthülle, widerspricht Paul Federn (Die Wirklichkeit des Todestriebes, im Almanach der Psychoanalyse 1931 /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/): »Gerade, weil im Sadismus der Todestrieb so eng mit dem Eros verknüpft ist, wird sein Wesen durch die erotische Legierung ganz verdeckt. Um den Sadismus zu erklären, müßte man keinen Todestrieb annehmen, weil das Lustziel der sexuellen Befriedigung jedes Mittel, auch das der Schmerzzufügung, ausreichend begründet, und die bekannten Mechanismen der Verschiebung und Projektion genügen, um zu erklären, weshalb an Stelle des physiologisch normalen Sexualziels das der Schmerzzufügung und Vernichtung des Sexualobjektes getreten ist. Im Gegenteil, wir müssen möglichst Triebphänomene aufsuchen, bei denen jederlei Lustprämie anderer Art für die Vernichtung und Schmerzzufügung mangelt, um einen Todestrieb beziehungsweise Destruktionstrieb notwendigerweise supponieren zu können.« Der Sadismus würde also theoretisch übererklärt sein. Man braucht nicht die Annahme eines Todestriebs, wenn die Aggression durch egoistische oder Lusttriebe begründet ist. Für den Nachweis seiner Existenz können daher nur Fälle in Betracht kommen, in denen Schmerz und Vernichtung aus bloßem Trieb Tod zu verbreiten zugefügt werden. Unrein werden solche durch Komponenten sadistischer, überhaupt libidinöser oder narzissischer (Geltungsstreben) Art. Dagegen ist, wie Federn ausführt, der so tief verschleierte Todestrieb in Fällen echter Melancholie aufzudecken, bei der das Lustprinzip keine Gelegenheit mehr hat zur Geltung zu kommen. Die Melancholie ist deshalb, falls sie rein entwickelt ist, nicht als Versuch aufzufassen den Lusttat auszugleichen, vielmehr sind gerade die libidinösen Lustquellen erloschen.

Wir stehen damit vor der Annahme eines Triebes, dessen Erfüllung nicht mit Lust verbunden, dessen Ziel lustloses Leid ist. Dem Einwand, der Sadismus liege der Grausamkeit, wie sie sich im Destruktionstrieb zeigt, unbewußt zugrunde, sei aber als libidinös verdrängt, weil die reine Grausamkeit ichgerechter erscheint als die Lust an ihr, begegnet Federn mit dem Hinweis, daß bei der Melancholie der Todestrieb die Verdrängungsschranke durchbricht, während mit der Libido auch der Sadismus aufhört.

Hellsehen Das vielumstrittene Gebiet des Hellsehens wird neuerdings wieder lebhafter diskutiert. Uns interessieren an dieser durch die Zeitstimmung geförderten Erscheinung hauptsächlich die Erklärungsarten, die sich die theoretische Forschung heranrückt, um sie "naturwissenschaftlich" zu begreifen. Max Moecke, der Ende November 1930 in Berlin einen Experimentierabend veranstaltete, gab im theoretischen Teil seines Vortrags eine Übersicht über seine Auffassungen von dem gegenwärtigen Stand der Hellsehforschung. Wir stützen uns im folgenden auch auf seinen Lehrgang. Auch du kannst hellsehen. Auch sei auf seine weiteren Schriften verwiesen; so Wie ich Hellseher wurde, ferner Geheimnisse in Gefahr. Sie erschienen sämtlich im Süddeutschen Verlagshaus in Stuttgart.

Hellsehen ist nach allgemeiner Definition ein »Wahrnehmen in Raum und Zeit, in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ohne Vermittlung der bisher bekannten Sinne und Sinnesorgane«. Es ist zu unterscheiden zwischen Wach- und Schlafhellsehen, und weiter sind die Hellsehphänomene danach einzuteilen, ob die Objekte der Gegenwart oder der Vergangenheit angehören. (Über Hellsehen in die Zukunft spricht sich Moecke dahin aus, daß es wissenschaftlich noch nicht genügend geklärt sei, teils wegen der besonderen Schwierigkeit solcher Fälle teils wegen der damit verbundenen Erschwerung der Selbstanalyse. Die entscheidende Frage des Determinismus wird von ihm, wie übrigens auch sonst in der Diskussion des Hellsehens, bezeichnenderweise außer acht gelassen.)

Als Vorphänomene des eigentlichen Hellsehens gelten Gedankenübertragung, Hellfühlen, Hellwissen, Wahrträume, als Nebenphänomene Hellhören, Hellriechen, Hellschmecken. Diese Eigenschaften sollen bei den einzelnen Hellsehern spezialisiert auftreten, während es wenige gibt, die über alle gleichmäßig verfügen.

Wenden wir uns nun zu den Erklärungstheorien der Parapsychologie. Diese gehen im einzelnen sehr weit auseinander; deshalb bezeichnet Moecke sie nur alle zusammen als richtig (ähnlich wie einst die Gottesbeweise einzeln als unzulänglich, jedoch insgesamt als bündig angesehen wurden). Da ist zunächst die telepathische Hypothese. Sie setzt natürlich Gedankenstrahlungen eines lebenden Subjekts voraus und läßt die Fälle unerklärt, in denen dieses tot, oder das Sendeobjekt als anorganischer Kör-

per nicht Gegenstand irgendeines Bewußtseins ist. Eine andere Theorie (Imprägnierungstheorie) erklärt den Hellsehvorgang aus dem »psychischen Belag« des Gegenstands, den der Hellseher in die Hand nimmt. Wie die erstgenannte Theorie gibt auch diese keine Antwort auf die Frage nach der Zukunftsschau und den Fällen, in denen Gegenstände nicht benötigt werden, wo also kein Fluidum wirksam sein kann. Nahm nun die erste Erklärung eine Übertragung aus dem Unterbewußtsein des Sendeobjekts in das des empfangenden Hellsehers an, so ist die folgende Theorie nur ihre Ausweitung. Nach dieser Hypothese der Erdbeseelung tritt das Unterbewußtsein des Mediums in einen Kontakt mit der Erdseele, die das Sammelbecken aller gedachten Gedanken ist. Selbst wer diese umfassende Annahme macht, läßt immer noch die Phänomene unerklärt, die nicht zur Kenntnis irgendeines denkenden Hirns gekommen sind. Die Entscheidung über alle diese Fragen soll nicht dem Nurtheoretiker zustehen sondern dem Praktiker vorbehalten sein, der allein aus dem Wirrwarr der Erklärungen herausfinden kann.

Moecke beschreibt, wie er bei der Beobachtung des inneren Ablaufs des Hellsehvorgangs das Urphänomen in Schwingung und Strahlung entdeckt habe. Er zerlegt den Akt in Erfahrung der jeweils vorhandenen Schwingungen und Strahlungen, in die Stauung dieser Erfahrung und Umwandlung in Hellsehbilder. Nicht-eidetiker seien zum Hellsehen ungeeignet, weil diese Umwandlung der Schwingungen in Bilder bei ihnen nicht erfolgt, wohl aber können die oben genannten Nebenphänomene auftreten.

Schwingungen und Strahlungen, physikalische und psychische Erscheinungen, liegen auf einer Ebene. Moecke betont den Unterschied zwischen Mantik und Magie. Bei der Mantik verhält sich der Seher passiv, meditierend, empfangend gegenüber den Fluiden, die das Objekt aussendet. Hierzu wird auch die Einwirkung der Symbolik einer Schriftform, Körperform oder Stimme gerechnet, worauf Graphologie, Chiromantie, Telepathie beruhen. Umgekehrt setzt Magie ein aktives, sendendes Verhalten voraus. Auch der Hellseher kann die Magie in seinen Dienst stellen, indem er »auf ein ungefügtes Objekt seine Strahlungen einströmen und sie Erkenntnisse herüberholen läßt in einem magisch-mantischen Vorgang«, gleichsam ein Mikrophon in das Objekt hinüberwirft.

Veranstaltungen Auf der 2. Tagung der *Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft* in Dresden, vom 27. bis zum 29. September 1930, referierten Georg Groddeck, der ein literaturgeschichtliches Beispiel der Verdrängung anführte, Felix Boehm (Zur Geschichte des Ödipuskomplexes) und Otto Fenichel (Spezialformen des Ödipuskomplexes); der Letztgenannte beschäftigte sich mit dem Widerspruch, der im Ödipuskomplex zugleich die Normalerscheinung und den Neurosenherd sieht. Karl Landauer unternahm die Abgrenzung gegen Alfred Adlers Aufstellungen. Es sei endlich auch Carl Müllers Referat über Psychoanalyse und Weltanschauung erwähnt.

Vom 1. bis zum 4. Oktober veranstaltete der *Bund Entschiedener Schulreformer* einen Kongreß mit dem Thema Frauenbildung und Kultur. Es sprachen Adolf Grimme, Gertrud Bäumer, Paul Oestreich, Clara Bohm-Schuch, Heinrich Dehmel.

Am 6. und 7. Oktober fand in Wiesbaden der *Pädagogische Kongreß* des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht statt, unter dem Vorsitz Georg Kerschensteiners. Das Kongreßthema umfaßte Aufgaben und Grenzen der Staats-tätigkeit im Bildungswesen.

Am 7. Oktober wurde in Hamburg der 4. Kongreß für Ästhetik eröffnet, der dem Problem Raum und Zeit und seinem Verhältnis zu dem naturwissenschaftlichen Raum-Zeit-Problem gewidmet war. Ernst Cassirers Einleitungsvortrag handelte von dem theoretischen, mystischen und ästhetischen Raum, Albert Görland sprach über die Mode der Zeit als spiel-bildenden Faktor, Richard Friedmann über Raum und Zeit vom Standpunkt des morphologischen Idealismus.

Am 29. Oktober sprach in Berlin auf eine Aufforderung der Lessinghochschule der eigentliche Begründer der *wissenschaftlichen Graphologie*, Jules Crépieux-Jamin über seine Lehre. Crépieux-Jamin ist einer der merkwürdigsten und universalsten Geister unserer Zeit. Er war ursprünglich Uhrmacher und Violinvirtuose, kam durch die zufällige Lektüre der Graphologie des Abbés Michon zum Studium dieser neuen Wissenschaft, gab mit 22 Jahren sein 1. Buch *Praktische Graphologie* heraus, dem dann 1888 das grundlegende Werk *Handschrift und Charakter* folgte. Der jetzt über 70 Jahre alte Gelehrte ist außerdem Präsident der Volkshochschule und Gründer der Liga für Menschenrechte in Rouen, beschäftigt sich eingehend mit der Bienen-

zucht (seine Bienenbücher gehören zu den verbreitetsten, die existieren) und hat im Weltkrieg als Arzt mit Auszeichnung gewirkt. Im Dreyfusprozeß hat er, im Gegensatz zu anderen Sachverständigen, eine sehr sympathische und wichtige Rolle gespielt. Alles in allem: ein französisch universeller, ganz "unfachmännischer" produktiver Geist.

Totenliste

Ende November 1930 starb in Bodman am Bodensee, im Alter von 71 Jahren, Heinrich Lhotzky, der, meist im eigenen Verlag, eine Reihe zum Teil weitverbreiteter Bücher schrieb, deren Ziel eine idealistische Durchdringung des Lebens war. Am bekanntesten wurde *Die Seele deines Kindes* /1908/. Ebenfalls einen großen Leserkreis eroberten *Vom Erleben Gottes* /1909/ und *Das Buch der Ehe* /1911/. Auch ließ er 1904 bis 1911 eine Vierteljahrsschrift *Leben* erscheinen. Lhotzky erlitt ein schweres Schicksal: 2 seiner Söhne fielen im Weltkrieg, ein 3. starb ebenfalls vor ihm.

Ende November starb der ordentliche Professor für Psychiatrie an der Universität Krakau Jan Piltz, einer der hervorragendsten Schüler August Forels.

Mitte Februar 1931 starb der außerordentliche Professor für Psychophysiologie an der Universität Berlin Karl Ludolph Schaefer, im Alter von 75 Jahren. Seine Hauptarbeiten galten der musikalischen Akustik. Auch zur Anatomie, Physiologie und Pathologie des Ohres hat er Beiträge geliefert. An der Hochschule für Musik las Schaefer über die Hygiene der Stimme. Er hat auch William Preyers Seele des Kindes herausgegeben.

Kurze Chronik Mit dem oben erwähnten Vortrag Crépieux-Jamins wurde in Berlin das der

Berliner Lessinghochschule angegliederte *Zentralinstitut für Graphologie* eröffnet, das unter der Leitung Anja Mendelssohns steht. Es will den Graphologen eine Stätte bieten, in der sie die verschiedenen Methoden der wissenschaftlichen Graphologie, aber auch deren Hilfswissenschaften: Charakterologie, Psycho-
logie, Psychoanalyse usw., studieren können. Auch Laienkurse werden dort abgehalten. ◇ Die Französische Akademie der Medizin sprach sich gegen öffentliche *hypnotische Vorführungen* aus, die keinesfalls von Nutzen seien, dagegen auf sensitive Individuen einen erregungsteigernden, die Entwicklung von Neurosen begünstigenden Einfluß haben könnten. ◇

Nach der Emeritierung Theodor Ziehens als Ordinarius für Psychologie an der Hallenser Universität übernahm der Frankfurter Psychologe *Adhémar Gelb* vertretungsweise diesen Lehrstuhl; er hält daneben seine Lehrtätigkeit in Frankfurt aufrecht. ◊ Der Bonner Privatdozent *Ferdinand Wiethold* wurde an der Universität Berlin Dozent für Gerichtliche und Soziale Medizin. Sein Spezialgebiet ist Kriminalpsychologie. ◊ Die Privatdozentin an der Universität Bern *Franziska Baumgarten* erhielt einen Lehrauftrag für Psychotechnik.

Literatur

Eine Übersicht über die Begründer der deutschen Sozialpsychologie von *Herbart* an über *Lazarus* und *Steinthal*, die Begründer der Völkerpsychologie, zu *Schäffle* und *Lindner*, *Holzapfel* und *Georg Simmel*, gibt *Adolf Geck* in seinem Buch Sozialpsychologie in Deutschland /Berlin, Walther Rothschild/. *Hellpachs* Eingliederung der Sozialpsychologie in die Psychologie der Umwelt sowie *Gaston Koffensteins* Trennung der Sozialpsychologie von der Kulturpsychologie werden verfolgt. In der 2. Hälfte des Buchs gibt der Verfasser dann einen Überblick über die in Deutschland veröffentlichten Spezialarbeiten, besonders zur Massenpsychologie. ◊ Einen ordnenden Überblick über die Geisteslage unserer Zeit will *Richard Müller-Freienfels* in seinem Werk Die Hauptrichtungen der gegenwärtigen Psychologie /Leipzig, Quelle & Meyer/ geben. Er ist zur Orientierung gut zu empfehlen. Eine mehr objektive Reihe (Assoziationspsychologie, Behaviorismus usw.) wird extrem subjektiven Formen wie der Kulturpsychologie und Psychoanalyse entgegengesetzt. ◊ Als 1. Band der neuen Individualpsychologischen Schriftenreihe /Leipzig, S. Hirzel/ erschien *Alfred Adlers* Arbeit Das Problem der Homosexualität: Erotisches Training und erotischer Rückzug. Zu seiner 1917 zuerst veröffentlichten Studie tritt in der Neuausgabe die ergänzende Behandlung der Perversionen als sexueller Ausdruck der Lebenslinie. ◊ Der neue *Almanach der Psychoanalyse* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ enthält von *Paul Federn*, außer der oben angezeigten Arbeit über den Todestrieb, auch noch eine Untersuchung Vom Nationalgefühl. *Carl Müller* /Braunschweig/ und *Fritz Wittels* behandeln die weltanschauliche Abgrenzung der Psychoanalyse, *Felix Boehm* den Weiblichkeitskomplex des Mannes.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brätskoven

Persien

Während in Berlin eine Ausstellung japanischer Gegenwartskunst das halb und halb Entwurzelte dieser östlichen Kunst demonstrierte, fand in London eine Ausstellung persischer Kunst statt, die höchste Beachtung verdient. Allerdings war sie nicht auf eine nicht vorhandene Gegenwart abgestimmt sondern auf einen großen Überblick des Gesamtkomplexes. 30 Nationen liehen rund 2500 Objekte, um das gerade im Hinblick auf die europäische Frühzeit noch viel zu wenig erforschte persische Kunstgebiet zu demonstrieren. Es sind weniger die Teppiche, die gewiß für den Besucher am meisten Anziehungskraft besitzen, sondern mehr die zahlreichen kunstgewerblichen Arbeiten aus vorchristlicher Zeit, die hier in charakteristischer Zusammenstellung zu beachten sind. Einzelne Stücke aus vorislamischer Zeit, wie ein Vasenhenkel aus dem Alten Museum in Berlin oder eine Reihe von Stuckreliefs, muten durchaus als Vorfälder der archaisch griechischen Kunst an. Mit Recht hatte man in London deshalb auf einem gleichzeitig abgehaltenen wissenschaftlichen Kongreß auch der Frage des Einflusses der persischen Kunst auf andere Kulturgebiete breitesten Raum gewährt. Unter den Referaten in dieser Richtung war besonders der Vortrag *Josef Strzygowskis* /Wien/ von Wichtigkeit, der auf Grund langjähriger Forschungen über den Einfluß iranischer Elemente auf die europäische Kunst sprach. Zahlreiche andere Vorträge beschäftigten sich auch mit solchen Einflüssen. Es läßt sich nicht leugnen, daß man in Europa immer noch die europäische Kunst als etwas aufzufassen geneigt ist, das aus sich selbst heraus entstanden ist. Wenn man heute von einem solchen Dogma abzugehen beginnt, so wird man gerade auch durch die altpersischen Kunstdenkmäler dazu bestimmt.

Meunier

Am 12. April kann man den 100. Geburtstag *Constantin Meuniers* feiern. Als Bildhauer und Maler ist es Meuniers künstlerische Tat Gestalten aus dem Kohlengruben- und Hüttenbezirk des Borinage mit heroischem Ausdruck dargestellt zu haben. Meunier wurde in Brüssel geboren und war dort mit 16 Jahren Bildhauerlehrling in der Werkstatt *Charles Auguste Fraikins*. Bald aber verließ er

die Stadt und den Bildhauerberuf, um als Maler im Borinage sein Glück zu versuchen. Als realistischer Stimmungsmaler des Bergmannslebens wurde er zuerst bekannt. Erst 1886 kehrte er wieder zur Bildhauerei zurück, um nun in rascher Folge alle jene Werke zu schaffen, die seinen Namen berühmt gemacht haben. Mit sicherem künstlerischen Ernst im Hinblick auf alte und neue plastische Werte entdeckt er den eigen-tümlichen Heroismus, der gerade im Arbeitsmenschen zum Ausdruck kommen kann. In Einzelgestalten wie Lastträger und Puddler, in Reliefsdarstellungen von Gruppen wie Ausfahrt der Bergleute und nicht zuletzt in den verschiedenartigen Plastiken von Grubenpferden hat diese Kunst auch heute noch nichts an Wirk-samkeit eingebüßt. Man hat eingewen-det, Meuniers Darstellung sei im Grund nur die alte Klassizität in proletarischem Gewand. Man vergibt aber, daß er sich besonders für seine Reliefs, die alle überlieferten Kunstregeln kühn beiseite lassen, erst die neue Form schaffen mußte, er also in erster Linie plastischer Gestalter ist. Aus diesem Grund reichen alle Vergleiche mit literarischen Werken wie besonders mit Germinal nicht aus. Es ist nicht der Stoff allein, der das Werk Meuniers bestimmt, sondern mehr noch die unverwechselbare Haltung des Bildhauers, der für den Stoff die adä-quate plastische Gegenform suchte und fand. Ein groß angelegtes Denkmal der Arbeit für Brüssel, sein Lebenswerk, blieb mit einigen Reliefplatten ein Torso (siehe darüber hier auch den Artikel Plehns, 1905 II Seite 798 und folgende). Meunier starb während der Arbeit an diesem Monument, am 3. April 1905.

Dürer und Pirckheimer Am 22. Dezember 1930 jährte sich zum 400. Mal der Todestag Willibald Pirckheimers, der besonders als Freund Albrecht Dürers bekannt geblieben ist. Abgesehen von Pirckheimers Bedeutung als Gelehrter und als historische Persönlichkeit überhaupt ist dieses Freundschaftsverhältnis ungewöhnlich aufschlußreich für die gesellschaftlichen Zustände jener Zeit. In einer Schrift Willibald Pirckheimer: Leben, Familie und Persönlichkeit /Jena, Eugen Diederichs/ hat Emil Reicke alle zeitgenössischen Zeugnisse zu einem beachtenswerten Lebensbild zusammengetragen. Ein Sonderabschnitt ist dem Verhältnis zu Dürer gewidmet. Hier-nach hat man nicht den Eindruck, daß die Beziehungen sehr eng gewesen sind.

Wie in Italien war auch in Nürnberg der reiche Patrizier in seiner Lebensein-stellung grundsätzlich getrennt von dem aus niederm Stand stammenden Maler, der zeitlebens die untergeordnete Stel-lung einnahm. In allen Briefen Dürers aus Italien an seinen Gönner wird stets diese Tatsache deutlich. Wenn Pirckheimer dennoch den Verkehr mit dem Maler suchte und ihn bis an sein Lebensende aufrecht-erhielt, so hat das mehr äußere Gründe. Es entsprach dem Zug der Zeit, wenn der an italienischen Hochschulen heran-gebildete Patrizier nicht mehr eng kasten-mäßig bestimmt sein konnte. Gewich-tiger noch scheint, daß Dürer mit seinem heitern und liebenswürdigen Wesen sich dem meist rechthaberischen und mürri-schen Pirckheimer vorzüglich anzupas-sen wußte. Es erwuchs daraus eine Freundschaft, die, soweit bekannt, un-getrübt blieb, während Pirckheimer sich sonst in den letzten Lebensjahren mit fast allen seinen übrigen Freunden über-worfen hatte. Dürer hatte davon den Vorteil, daß er von jenem freigebig ohne Gegenforderungen unterstützt wurde, und daß er in Nürnberg einen Menschen hatte, dem er alle seine Ansichten und Sorgen mitteilen konnte, ohne mißver-standen zu werden. Nur in 3 Fassungen hat er ihn porträtiert; in einer Zeichnung von 1503, in dem bekannten Holzschnitt von 1524 und als Figur neben einer Darstellung seiner selbst in einem Ge-mälde Marter der 10 000 Christen. Auch in dieser Hinsicht hat Pirckheimer keine Anforderungen an den Maler gestellt. Dort, wo im Werk allein sein Einfluß festzustellen ist, zeigt sich nur der Hu-manist, der in der Welt der Allegorien zu Hause ist. Für mythologische Szenen hat sich Dürer bei ihm Anregungen geholt, und in den monströsen Holzschnittwerken zur Verherrlichung des Kaisers Max-imilian stammt das allegorische Bei-work unzweifelhaft aus dem Wissens-schatz des gelehrten Freundes.

Veranstaltungen Das Völkerbundsinstitut für Geistige Zusammenarbeit in Paris hat ein *Internatio-nales Museumsamt* gegründet, dem von deutscher Seite Richard Graul /Leipzig/ angehört. Bisher hat man eine beachtens-werte Umfrage an alle Museen über die Bedingungen graphischer Reproduktion von Kunstwerken ergehen lassen. Außerdem hat man eine internationale Aus-stellung von Gipsabdrücken veranstaltet, um die Begründung kleiner Plastikmuseen anzuregen. Man will demnächst auch

Veröffentlichungen über die Sammlungen aller Länder herausbringen. Von diesem Institut könnten fruchtbare Anregungen zur notwendigen Neugestaltung des Museumswesens ausgehen.

Anfang Januar wurde in Paris in Anwesenheit des deutschen Botschafters Leopold von Hoesch und des französischen Generaldirektors der Schönen Künste Paul Léon eine Ausstellung zeitgenössischer deutscher Künstler eröffnet. Man zeigte Werke von Barlach, Dietz, Edzard, Grosz, Hofer, Klee, Kokoschka, Kubin, Levy, Nolde und Strecker.

Im Städtischen Museum in Amsterdam wurde eine ständige van-Gogh-Ausstellung hergerichtet. In 3 Sälen und 4 Kabinettten werden 99 Gemälde und 100 Zeichnungen gezeigt, die aus dem Besitz der Erben des Künstlers stammen. In Vitrinen sind ferner Briefe, Malvorlagen und Notizbücher des Künstlers zu sehen.

Vom Reichsverband Bildender Künstler war durch seinen Vertrauensmann Alfred Gellhorn der Vorschlag gemacht worden der diesjährigen Großen Bauausstellung in Berlin eine Sonderabteilung Die Bildende Kunst im Bauwerk anzugehören. Das Kultusministerium stimmte dem Projekt zu und beauftragte mit der Leitung Bruno Paul, der aber diese Abteilung nur mit den Lehrern an der Berliner Hochschule für Bildende Kunst einzurichten gedenkt, während der Reichsverband freie Einsendungen vorgesehen hatte. Es wäre jedenfalls zu wünschen, daß die Sonderabteilung so eingerichtet würde, daß man aus ihr entnehmen könnte, bis zu welchem Grad die Baukunst heute mit der Bildenden Kunst im Einklang steht.

Künstler und Kunsthandel In den letzten Jahren wird immer erneut die Frage behandelt, inwieweit der bildende Künstler ähnlich dem Schriftsteller ein Anrecht darauf hat, daß aus dem Erlös seiner Werke auch für ihn etwas abfällt. Ein Menetekel war der Fall Degas. Der alte Künstler erlebte es, daß für seine Gemälde, die er in der Jugend für Spottpreise weggeben mußte, auf Versteigerungen Riesensummen erzielt wurden. Besonders in Frankreich ist deshalb das Für und Wider einer genau festzulegenden Beteiligung lebhaft diskutiert worden: mit dem Endergebnis, daß vor etwa einem Jahr eine Beteiligungsquote des bildenden Künstlers an dem Handel mit seinem Werk gesetzlich festgelegt wurde. Nach diesem Gesetz erhält er von jeder seiner Arbeiten, die

auf Versteigerungen oder Ausstellungen verkauft wird, einen bestimmten Beteiligungssatz, der 1% bis 1000 Francs, 2% bis 5000, 2½% bis 10 000, 3% bis 20 000, 4% bis 30 000 Francs und 5% für jede darüber hinaus gehende Summe beträgt. Durch diese Maßnahme ist wenigstens ein gewisser Ausgleich für den lebenden Künstler geschaffen. Der Einwand dagegen, daß hierdurch das Interesse an zeitgenössischer bildender Kunst vollkommen nachlassen würde, ist nicht stichhaltig. Auch wohl nicht die Befürchtung, daß allzu häufiger Wechsel die Werke schließlich unerschwinglich verteuern würde. Ein anderer Einwand hingegen, daß nämlich durch diese Maßnahme der Handel mit modernen französischen Kunstwerken ganz ins Ausland abwandern könnte, erweist die Notwendigkeit einer internationalen Reglung. Denn natürlich gilt das Gesetz nur für Frankreich. Seinen berechtigten Zweck und Sinn verfehlt es aber, solange nicht für alle Länder gültige Vereinbarungen getroffen sind. Bisher hat man freilich noch nichts davon gehört, daß etwa bei uns wie anderswo auch Bestrebungen dieser Art in Gang gekommen sind.

Totenliste

Am 18. Februar 1930 starb in Sakrow bei Potsdam **Max Koch**, im Alter von 71 Jahren. Von ihm stammen unter anderm Wandmalereien im Reichstag, im Preußischen Landtag, im Reichsgericht und im Lübecker Rathaus.

Anfang März starb in Berlin **Heinrich Maaß**, 69 Jahre alt. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hatte er großen Erfolg mit figurenreichen Kompositionen, die eine gewisse Belebung des damaligen Akademismus aufweisen.

Am 14. April starb im Haag der holländische Kunsthistoriker **Cornelis Hofstede de Groot**, im Alter von 67 Jahren. Er hat einige Jahre am Kunstkabinett in Dresden gearbeitet, um später als Unterdirektor im Mauritshuis im Haag und als Direktor des Amsterdamer Kupferstichkabinetts zu wirken. Er galt als einer der besten Kenner der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts. Unter seinen zahlreichen Schriften hierzu sind besonders seine Veröffentlichungen über Rembrandt, Jan Vermeer van Delft und Carel Fabritius hervorzuheben. Zusammen mit Wilhelm von Bode gab er 1897 bis 1903 ein Monumentalwerk über Rembrandts Gemälde heraus. In den letzten Jahren beschäftigte er sich mit einer kritischen Bearbeitung der Oranierinventare.

Mitte April starb in Lemberg der polnische Kunst- und Kulturhistoriker *Jan Plasnik*, im Alter von 57 Jahren. Er veröffentlichte Studien über die Auswirkungen der italienischen Kunst in Polen und eine auf Archivalien basierende Monographie über Veit Stoß.

Anfang Mai starb in Mailand der Kunstkritiker *Vittorio Pica*, im Alter von 66 Jahren. In Paris gehörte er zum Kreis der Goncourt und Zola, später, in Italien, machte er sich um die moderne Kunstkritik verdient. Daneben war er als Organisator der Auslandsabteilungen der verschiedenen großen Kunstaustellungen in Italien tätig. Er besaß ein sehr lebendiges Verständnis für alle zeitgemäßen europäischen Kunstrichtungen.

Anfang Juni starb in Wasserburg am Inn der Maler und Zeichner *Hermann Schlüter*, im Alter von 71 Jahren. Jeder kennt ihn als Zeichner der Fliegenden Blätter. Als Maler stammte er aus der Pariser Schule des Impressionismus; neben süddeutschen Landschaften hat er besonders Interieurs wie die Dame am Klavier im Leipziger Museum in dieser Manier gemalt. Von besonderer Bedeutung waren seine vor 5 Jahren bei Albert Langen in München veröffentlichten Erinnerungen (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 729), in denen das alte Berlin und Begegnungen mit Munch, Leibl, Menzel liebevoll aufgezeichnet sind.

Mitte Juni starb in Wien der Kunsthistoriker *Heinrich Glück*, im Alter von 40 Jahren. Er war Dozent an der Universität Wien und Kustos am Österreichischen Museum für Kunst und Industrie. Die orientalische Kunst war sein wissenschaftliches Hauptgebiet. Er hat eine Reihe von Büchern und Abhandlungen über türkische Kunst, syrische Bauten, sassanidische Reliefs, armenische Architektur, indische Miniaturen, christliche Kunst des Ostens veröffentlicht.

In Helsingfors starb Mitte Juni der Kunsthistoriker *Johan Jacob Tikkainen*, im Alter von 73 Jahren. Neben einer Veröffentlichung über die Psalterillustration des frühen Mittelalters ist er besonders mit einer Arbeit zur Geschichte der künstlerischen Motive Die Beinstellungen in der Kunstgeschichte /1912/ bekannt geworden.

Mitte Juli starb in Warschau der Maler und Bildhauer *Waclaw Szymanowski*, im Alter von 71 Jahren. Er gehörte der frühen polnischen Künstlergeneration an, die hauptsächlich in Paris und München lebte und besonders Historien- und Genredarstellungen schuf. Mit seinen Darstellungen aus der polnischen Geschichte er-

regte er um 1900 in München Aufsehen. In den letzten Jahren wandte er sich auch der Plastik zu. Von ihm stammt das Chopindenkmal in Warschau. Ende Juli starb in München der Bildhauer *Anton Pruska*, im Alter von 84 Jahren. Er stammte aus Deutsch Böhmen und war zeitweilig Mitarbeiter Gabriel Seidls und Franz von Lenbachs in München. Dort schuf er vornehmlich die Steinplastiken an der Hauptfassade des Bayrischen Nationalmuseums, am Neuen Rathaus und am Künstlerhaus. Auch hat er am Reichstagsgebäude und am Bremer Rathaus mitgearbeitet.

Am 6. August starb in Berlin der Bildhauer *Wolfgang Schaper*, im Alter von 30 Jahren. Er war ein Sohn des Bildhauers Fritz Schaper und ist durch einige Sportplastiken wie durch eine Bildnisbüste des Mathematikers Hermann Weyl bekannt geworden.

Ende August starb in Schapbach in Baden der Kunsthistoriker *Marc Rosenberg*, 78 Jahre alt. Er hat sich besonders als Erforscher der Goldschmiedekunst einen Namen gemacht und durch wissenschaftliche Publikationen wie Der Goldschmiede Merkzeichen /1890/ und andere dieses bisher wenig bekannte Spezialgebiet historisch und technisch auf neue Grundlagen gestellt.

Anfang September starb in Glasgow *James Guthries*, im Alter von 71 Jahren. Er war einer der Hauptvertreter der sogenannten Schule von Glasgow, die um 1900 im Gegensatz zur vorherrschenden impressionistischen Kunstauffassung mehr eine landschaftliche Stimmungskunst pflegte und als Vorbild besonders der Schule von Fontainebleau und Camille Corot nachfolgte. Obwohl er Beachtenswertes als Landschaftsdarsteller leistete, wurde er viel mehr durch seine Bildnisse bekannt, die, ähnlich wie die Landschaften, ihren Hauptakzent in einer tonig-kultivierten Farbgebung haben.

Am 24. September starb in Breslau der Maler und Graphiker *Otto Müller*, im Alter von fast 56 Jahren. Er wuchs im Hause eines Onkels auf, der als Archäologe bekannt war. 1896 besuchte er die Kunstakademie in Dresden, arbeitete später bis 1908 im Riesengebirge für sich allein, 1908 schließt er sich dem Kreis der Brücke in Berlin an. In den letzten Jahren wirkte er als Lehrer an der Kunsthochschule in Breslau. Das hinterlassene Werk ist stofflich zwar beschränkt, aber in seiner stillen Eigenart von besonderer Bedeutung. Neben den mehr dramatisch oder pathetisch gerichteten anderen Künstlern der Brücke

ist er der eigentliche Lyriker, der seinen wenigen, jedoch immer neu varierten Themen: leicht typisierten Mädchenakten, Mädchenköpfen, Badenden, Liebespaaren, einen Anhauch neuen idyllischen Empfindens zu geben vermag. Während in seinen Gemälden der Aufbau mitunter zu locker ist, bringt sein graphisches Werk ohne jeden Schnörkel ausdruckshafte und durch die herbe Anmut der Gestalten nur ihm zugehörige Arbeiten. Manche dieser Blätter gehören zu den wirklich künstlerischen Leistungen auf dem Gebiet der Lithographie, die seit ihrer Erfindung, also trotz rund 100jähriger Verwendung, verhältnismäßig wenig schöpferische Persönlichkeiten aufzuweisen hat.

Ende September starb in Moskau der Maler *Abram Archipow*, im Alter von 68 Jahren. Er gehörte einst zum Kreis um Ilja Rjepin, der um die selbe Zeit starb (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1175), war aber nicht sozialkritisch gerichtet sondern kultivierte vornehmlich eine impressionistische Landschafts- und Genredarstellung.

Anfang Oktober starb in Paris der Maler *Alexander Harrison*, im Alter von 78 Jahren. Er stammte aus Philadelphia, gehörte zum Montmartrekreis und schuf besonders Seebilder.

Am 28. Oktober starb in Budapest der Kunstsammler und -händler *Marcel von Nemes*, im Alter von 64 Jahren. Er besaß einst eine der größten Privatgalerien Europas, deren Versteigerungskatalog zugleich ein wichtiges Handbuch zur Kenntnis der Kunst der Vergangenheit wurde. Persönliche Bedeutung gewann er dadurch, daß er als einer der ersten die Bedeutung Grecos erkannte und schon früh dessen Werke sammelte. Dessen späte Wiederentdeckung ist in erster Linie sein Verdienst.

Am 24. November starb in Buenos Aires nach einem Automobilunfall *Moritz Minkowski*, im Alter von 49 Jahren. Ein Unfall, der ihn als 5jährigen Knaben traf, hatte ihn taubstumm werden lassen. Er studierte von 1900 bis 1904 an der Krakauer Akademie. Anfänglich war er Landschaftsmaler. Das grauenhafte Erlebnis eines Pogroms in Russisch Polen im Jahr 1905 machte aus ihm einen Maler des jüdischen Schicksals. Er schuf eine Reihe ergreifender Bilder. Der ehemalige französische Kultusminister de Monzie entdeckte ihn in Warschau und stellte ihn der Pariser Kunstwelt vor. Ausstellungen in Paris, Antwerpen, Brüssel, Düsseldorf und Berlin brachten ihm dann eine Reihe großer Erfolge.

Am 1. Dezember starb in Paris *Panos Aravantinos*, im Alter von 40 Jahren, an einer Lungenentzündung. Dieser Griech wirkte eine Reihe von Jahren an der Berliner Staatsoper, die ihm Ausstattungen von großem Reiz und starker Wirkung verdankt: so zur Frau ohne Schatten, zum Ritter Blaubart, zu Christoph Columbus, zu Wozzek, zum Liebestrank.

Kurze Chronik Hinter einem Altar in einer Kirche in Pistoja entdeckte man ein Fresko, das ein frühes *Bildnis Dantes* zeigt. Das unzweifelhaft aus dem 13. oder 14. Jahrhundert stammende Werk enthält eine Reihe namentlich angeführter Gestalten. Auch ohne diese Bezeichnung ist Dante unverkennbar; er ist hier als verhältnismäßig junger Mann dargestellt. ◇ Im Baseler Kunsthandel tauchte ein Werk aus der *Bibliothek Rubens'* auf. Es ist die Vasariausgabe von 1568, die auch Velasquez besessen hat. In dem Werk befinden sich Randbemerkungen von Rubens selbst; so nennt er den "Bauernbreughel" einen »ecce!lentissimo pittore«. ◇ Das Bellinimuseum in Catania auf Sizilien erhielt jüngst einige Zuwendungen von dem Musiker Antonio Bazan, einem direkten Nachkommen *Vincenzo Bellini*. Unter den neuen Bildern befindet sich auch eine Darstellung der Geliebten Bellinis, die bisher aus heute nicht recht verständlichen Gründen vor der Öffentlichkeit geheimgehalten wurde. ◇ Aus Berliner Privatbesitz ist ein bisher unbekanntes Gemälde *Adolf Menzels* aufgetaucht. Es gehört zu einer Reihe von Studien, die Menzel um die Mitte des 19. Jahrhunderts nach einem alten Juden gemalt hat. Das Modell ist in Profilstellung dargestellt. ◇ In Oslo wurde im Juni 1930 eine Ausstellung von Zeichnungen, Lithographieen und Aquarellen von *Fridtjof Nansen* eröffnet, die Nansen während seines ganzen Lebens vor der Öffentlichkeit geheimgehalten hatte. Die Bilder verraten sämtlich eine überdurchschnittliche, höchst individuelle künstlerische Fähigkeit. ◇ Unter dem Titel *Über alles die Liebe* ließ *George Grosz* 60 neue Zeichnungen erscheinen (Berlin, Bruno Cassirer). Es ist sachlich gesprochen die Darstellung des Liebestriebs in allen Lebenslagen. Als Beobachter zeigt der Künstler seine bekannte Meisterschaft. Als Zeichnung scheint manches Blatt nicht so belangvoll; zum mindesten nicht im Vergleich zu manchen früheren Arbeiten. ◇ An der Universität Marburg wurde ein *Forschungsinstitut für Kunstgeschichte* ein-

gerichtet. Neben der Schaffung eines Zentralarchivs für Aufnahmen, Pläne und Zeichnungen ist die Hauptaufgabe dieses Instituts die Erforschung der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Kunst Deutschlands und Frankreichs im Mittelalter. ◊ Der Kirchenmaler Karl Mayer in Stuttgart erfand eine Methode, mit deren Hilfe *Risse auf Gemälden beseitigt* werden können, und zwar durch einen Anstrich auf der Rückseite des Gemäldes, durch den nach Verlauf einiger Monate die Risse unsichtbar werden. Mayer ist schon früher durch eine von ihm eingeführte neue Art dauerhafter Kalkanstriche bekannt geworden.

Literatur

Auseinandersetzungen über die Farben an sich gehören zur Geistesgeschichte der

Neuzeit. Goethe hat sich auf seine Art damit ebenso beschäftigt wie Arthur Rimbaud, und in der Gegenwart hat Wilhelm Ostwald das vielverschlungene Gebiet auf eine möglichst breite Basis gestellt. Einen neuen Beitrag hierzu liefert jetzt Hans Adolf Bühler mit einer künstlerischen Farbenlehre (Das innere Gesetz der Farbe /Berlin, Horenverlag/). Obwohl Neues im eigentlichen Sinn nicht geboten wird, ist das mit einer farbigen Tafel ausgestattete Buch durch die frische und besinnliche Anteilnahme des Verfassers besser als sogenannte Einführungen geeignet zur Beschäftigung mit dem Stoff anzuregen. ◊ Unter dem Titel Helden und Abenteurer veröffentlicht Paul Westheim einen Band, in dem er »Welt und Leben der Künstler« darzustellen sucht /Berlin, Hermann Reckendorf/ (siehe dazu auch den Artikel Schmidts, in diesem Band Seite 156). In 45 Einzeldarstellungen von Breughel bis Dix wird dieser Versuch spannungsbestimmt durchgeführt. Es ist ein in der Sache profunderes Weiterspinnen der Darstellungsart Herbert Eulenburgs. Durch ein undogmatisches Aufzeigen des jeweils eigentümlichen Spannungsverhältnisses zwischen Künstler und Umwelt werden teilweise neue Aspekte möglich, zumal auch die neuesten Forschungsergebnisse niemals außer acht gelassen sind. ◊ Eine verschwenderisch herausgebrachte Monographie Bernhard Hoetger Bildhauer /Bremen, Angelsachsenverlag/ zwingt schon durch die Art der »Aufmachung« und eine gewisse Überheblichkeit der Anpreisung zum Widerspruch. Ein Bildhauer, zuerst ganz im Sinn Rodins schaffend, vermag sich als Expressionist deshalb zur wirksamen Geltung zu bringen, weil bei

aller ausdruckhaften Betonung ein formaler Zusammenhalt sicher erreicht wird. In den neueren Arbeiten kehrt er in der Manier zum Ausgangspunkt zurück, ohne allerdings mit dem wesentlich impressionabeln Mittel die beabsichtigten Wirkungen des starken, direkt eingängigen Ausdrucks zu erzielen. Es stört die Überbetonung der Deformation, an deren Naivität man in der gegenwärtigen Zeit nicht glauben kann. Dem Werk sind unter anderm Kritiken von Georg Biermann, Max Osborn, Ludwig Roselius, Louis Vauxcelles und anderen beigegeben. ◊ Einen Beitrag zur physiognomischen Erkenntnis einer deutschen Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts stellt eine Schrift dar, die der Verfasser, Otto Carus, *Carl Gustav Carus in seinem Antlitz* betitelt /Gotha, Engelhard-Reyher/. Der auch als Landschaftsmaler bekannte Arzt erscheint hier in einer Reihe von Bildnissen verschiedener Zeiten. Die ikonographische Sonderbedeutung des 19. Jahrhunderts wird hierdurch aufschlußreich bestätigt, zumal neben Zeichnungen, Gemälden und Plastiken auch Photographien aus der Zeit um 1850 in diesem Buch veröffentlicht sind. ◊ Der 2. Band der Lebenserinnerungen *Wilhelm von Bodes* /Berlin, Hermann Reckendorf/ (über den 1. Band siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 623) umfaßt die Zeit von 1890 bis etwa 1912. Die Machtstellung des bald zum Generaldirektor der Preußischen Sammlungen ernannten Mannes tritt auch in den sonst ohne Eitelkeit geschriebenen Erinnerungen deutlich zutage. Die Polemik gegen ihm unsympathische Kollegen und Personen, besonders wenn es sich um strittige Zuschreibungen oder Wertfragen von Kunstwerken handelt, wird unverblümt vorgebracht. Die Kunst unserer Zeit ist ihm im letzten fremd. Die Arbeiten eines van Gogh und eines Cézanne hält er »aus innerster Überzeugung« für minderwertig. Als Organisator dagegen, dem viele Mittel recht sind, erscheint er im stärksten Licht, nicht zuletzt durch den klaren Blick für den Ausbau derjenigen Sammlungen, die seinem eignen Interessenkreis fernalagen. Zusammenhänge mit der Zeitgeschichte überhaupt findet man kaum, einige persönliche Bemerkungen zu den kunstpolitischen Kämpfen in Berlin sind beachtenswert, zur Erörterung über die Herkunft der heute noch umstrittenen Florabüste wird kein neues Material beigebracht. Der abschließende 3. Band wird einer Verfügung Bodes gemäß erst in späteren Jahren erscheinen.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Junge Deutsche Im Verlag Gustav Kiepenheuer und Franzosen heuer in Berlin erscheinen 2 Bücher, die äußerlich ganz gleichmäßig dargeboten werden. Der eine Band heißt Neue französische Erzähler, der andere Neue deutsche Erzähler. Hermann Kesten, der für die Auslese beider Bände verantwortlich zeichnet, meint, daß er Geister der seelischen Verwandtschaft vorzustellen hat, die literarischen Ingenien, die noch nicht den Markt bevölkern, doch schon in ihren Ländern als Träger des Geistes Ansehen verdienen. Die meisten der Deutschen und der Franzosen wurden am Anfang des 20. Jahrhunderts geboren. Sie kamen also in die Jahre der Entwicklung, als die politische und ökonomische Welt in beiden Ländern rückwärts ging. In jedem der sehr wichtigen und eines außergewöhnlichen Lobes würdigen Bücher wurden nur junge Menschen der gleichen Gesinnung aufgenommen. Wer seine geistige Nahrung noch aus einer Vergangenheit, aus einer Freude am Blutvergießen oder am Verhetzen der Nationen beziehen wollte, der fand keinen Einlaß in diese geistige Heimat. Die Grundstimmung der Deutschen und der Franzosen war auf diesem Gebiet die nämliche. Dann aber machen sich die ästhetischen, wenn man will: die stilistischen Gefühls-elemente sehr deutlich wahrnehmbar. Die deutschen Schriftsteller, von denen vielleicht Joseph Roth auszunehmen ist, etwa Anna Seghers, Ernst Toller, Franz Zeise, Adolfo Artur Kuhnert, Heinz Liepmann, Ödön Horvath, Marie Luise Fleißer, auch Hermann Kesten selbst und andere, sind bemüht die Nervosität, zu der sie durch ihre soziale Stellung und auch durch ihren Weltanschauungskampf gezwungen sind, sehr scharf zu betonen. Das Temperament wird mit Absicht angefeuert, kultiviert wird eine gewisse Bitterkeit, die sich nicht mildern will. Vermieden wird das, was man für Sentimentalität halten könnte, gesucht wird das, was man als Sachlichkeit zu bezeichnen pflegt. Diese deutschen Erzähler sind entweder spitzige Ironiker oder tiefgründige Pessimisten. Das Erlebnis, das sie fesselt, ist beinahe stets von einer gewissen Kriminalität durchschossen, freilich nicht im banalen Sinn des Erfinders von Polizeigeschichten. Sie beichten das, was sie selber sind: ihre ewige, aus dem Widerstand gegen die Entwürdigung geborene Opposition gegen die Gesellschaft, mit der sie zusammenhängen. Zeises kleine Novelle Ein Rei-

sender liebt charakterisiert diese Tendenz, die dem Gedanklichen und der Empfindung zugleich entstammt. Alle Abenteuer des erotischen Reisenden sind gesellschaftlicher Protest, und auch der Selbstmord eines halbwüchsigen Mädchens, das in der Geschichte Kuhnerts 4 Mädchen in einer Zelle Selbstmord begeht, ist nur möglich, weil das Mädchen protestiert, weil es durch seinen Freitod die Gesellschaft strafen und demütigen will, die ihr sehr viel Böses an tut. Die deutschen Erzähler sind von der überbetonten Ausgelassenheit des Schüchternen, der einmal zu toben anfängt. Diese Grundstimmung spürt man überall durch. Auch eine so innige Erzählerin wie Fleißer, die eigentlich in einer kurzen Geschichte nichts anderes als ihre bescheidenen Selbsterlebnisse symbolisieren möchte, kann sich diesem deutschen Geist, der vielleicht der seelische Reflex der ökonomischen Niedergeschlagenheit ist, nicht entziehen. Sie gönnt sich nicht die ganz freie Hingabe des Gemüts. Auch ihr Erzählen ist ein prominenter Gehirnvorgang, der Wunsch eine Überlieferung zu überwinden, die ihr die ganz natürliche und schlichte Entwicklung verbietet. Sie dichtet und wird von einem Krampf heimgesucht, der sich an ihrer Weltbetrachtung, aber auch an ihrer Form bemerkbar macht. Die Franzosen sind innerlich mehr befestigt, sie flackern weniger, sie wollen auch weniger leuchten. Es fällt ihnen nicht nur das auffallende, das unendlich gesteigerte oder das unendlich geminderte Dasein auf. Sie erzählen von Menschen, die überall zu treffen sind, von Physiognomien, deren inneres Dasein nicht erst durch geheime Psychoanalyse oder durch gewollten Radikalismus aufgeklärt und aufgelöst werden muß. Höchstens, daß sie sich ästhetisch isolieren, daß sie für einige Zeit aus dem Gewimmel verschwinden, um sich innerlich zu erholen. Es ist nicht zufällig, daß André Gide, der um ein Menschenalter den von ihm geführten Schriftstellern voraus ist, an der Spitze dieser französischen Anthologie steht. Gide ist Gründer einer nur beinahe klassischen Schule, aber die ihm folgenden Literaten glühen nicht in dem Bewußtsein, daß sie sich sektierisch absondern. Es ergeht ihnen innerlich wie jenen Schauspielern, von denen Diderot in seinem Paradox über den Schauspieler meint, sie hätten die große Inbrunst besessen, die auch niemals erloschen sei, hätten es aber gelernt dieses Feuers Meister zu werden, es stets in

ihrer Macht gegenwärtig zu haben und stets dann zu manifestieren, wann es notwendig sei. Es scheint, daß auch die jungen französischen Erzähler heute sich erst ausglühen, sich erst austoben, bevor sie es wagen Seeleninhalte durch Lebensereignisse zu symbolisieren. Sie können mit längerem Atem der Abgeklärtheit ihre Geschichten aufzeichnen. Sie können auch auf jenen Reiz des Worts verzichten, der aus der innern Gereiztheit aufflammt. Sie sind deswegen aber nicht reizloser. Im Gegenteil, eine beträchtliche Menschlichkeit, die sich in ihnen ansammelte, ein Hang zur sozialen Bejahung, ein Ablehnen des Gekräuselten und Gekrampften zeigt sich an ihnen. Beispiele für diese geistige Artung sind Roger Martin du Gard, Jean Giraudoux, Jules Supervielle, Marcel Jouhandeau, Philippe Soupault, Henry de Montherlant und andere. Ihr Radikalismus ist mit einer Art Religiosität verknüpft. Die Ironie, die ihnen durchaus nicht fehlt, negiert nicht. Man lese Jouhandeaus Geschichte Fräulein Zéline oder Gottes Glück zum Gebrauch eines alten Fräuleins. Das ist ein fast Voltairesches Stück. Doch die Grimasse und der polemische Ton werden vermieden. Gewünscht wird nur, daß der Leser über eine abseitige Gotteskreatur lächelt, nämlich über die brave alte Jungfer, die ihren Nebenmenschen stets Gutes tun wollte, und die nun in eine bizarre Weltverlassenheit hineingedrängt wird. Das Fräulein Zéline wird durch dieses Schicksal aber nicht eine Menschenhasserin, nein, sie liebt die Bösen, die ihr gar nichts Gutes antun. Sie geht in das Jenseits hinüber in der Gewißheit, daß ihr ganzes Leiden eigentlich ein Fröhlichsein gewesen sei. Das ist die charakteristische Pointe. Einer der deutschen Erzähler hätte vermutlich dem sterbenden Fräulein gallige Abschiedsworte beim Tod in den Mund gelegt, er hätte sie zur Anklägerin gegen alle moralischen Schlechtigkeiten der Gesellschaft ernannt. Eine Sammlung junger deutscher Erzähler wird auch von Max Tau und Wolfgang von Einsiedel vorgelegt und Vorstoß betitelt /Berlin, Bruno Cassirer/. Es ist die Prosa der Ungedruckten. Die beiden Herausgeber suchten mit unendlicher Hingabe nach neuen Talenten, denen der Weg zur Öffentlichkeit noch nicht geebnet war. Es ist zu sagen, daß sie eine starke Ernte einbrachten. Man erfährt aus der Einleitung ihres Buchs, daß sie Hunderte von Manuskripten erhalten. Vieles hätten sie gern gedruckt.

Die Zeit erlaubte ihnen nicht mehr als 8 bisher ganz unbekannte Erzähler vorzustellen: Robert Rie, Rudolf Steiner, Walter Bauer, Marie Luise Kaschnitz-Holzing, Carlo von Bremen, Charlotte Pellon, Rolf Mayr, Josef Wiessalla. Das Temperament der Herausgeber liebt offenbar nicht das Problematisch-Radikale, das die Gefolgsleute Kestens überall zeigten. Sie fanden daher die stilleren Schriftsteller. Es ist gut, daß man auch diese Jugend Deutschlands kennenlernen lernt.

Traven

Ein Neger wird in einen Gentleman verwandelt, ein Chinese in einen Philosophen, eine Turteltaube in einen Hausdrachen, der Tramp der mexicanischen Großstädte und Einöden in den ewigen Helden des Hungers und der Krankheit, schließlich ein huflahmes Pferd in eine Gottheit. Wir kennen den wirklichen Namen des Schilderers dieser kuriosen Wirklichkeiten und Geheimnisse noch nicht. Als B. Traven zeichnet er seine Bücher. Es erschien eine ganze Reihe von Bänden: Romane und Kurzgeschichten; so Die Baumwollpflücker, Der Busch, Die Brücke im Dschungel, Der Schatz der Sierra Madre, und noch mehrere andere, alles im Buchmeisterverlag in Berlin; dort kam auch zuerst der in dieser Rundschau (1930 III Seite 1279) bereits besprochene Roman der sozialen Anklage Das Totenschiff heraus, der dann in den Berliner Verlag Universitas überging. Jedesmal merkt man, daß die Aufregung des Herzens und der Phantasie nie endet, sobald Traven, ein ganz neuer deutscher Epiker, zu erzählen beginnt. Er ist zu jedem Klassenkampf bereit. Sein Hauptstück ist der Bericht von dem Streik, zu dem sich die Kellner der mexicanischen Stadt zusammenrotten. Doch das bloße Wüten würde nicht ausreichen, um ihm so viele bewundernde und ergriffene Leser zuzuführen. Es sprüht aus dem Dichter und Menschenkenner die Lebenserfahrung. Er kennt die Unendlichkeit der Natur, die Schrecken der Wüste, die Mystik der tropischen Nächte und das ganze Leid, das den Vereinsamten packt. Menschen aller Berufe, aller Farben, Mörder und Heilige, verrieten ihm ihr Schicksal. Man verglich Traven mit Jack London. Das ist falsch und richtig zugleich. Traven ist noch realistischer als sein amerikanischer Vorfahr. Wenn zum Beispiel Londons Vagabunden als blinde Passagiere auf die Eisenbahn springen, dann soll diese Kühnheit stets etwas Außergewöhnliches und ganz

Romantisches sein. Der Erzähler will spüren lassen, daß die Menschen seiner Erfindung im ungeheuern Abenteuer glühen und geistern. Erbeten wird für die Außenseiter und kaum begreiflichen Lehrlinge und Meister der Zügellosigkeit das Mitgefühl des Bürgers. Travens Vagabunden sind schon als Techniker des außerordentlichen Schicksals geboren. Sie sind nicht mehr Lebensschutt, der angestaunt werden soll, sie bilden schon eine unabhängige sittliche Menschen- schicht. Traven fand also eine ganz neue Soziologie, gekleidet in Dichtung. Er ist eben vor allem Dichter, ganz Seele, ganz Bildner und Erzähler. Er ist niemals abstrakt und gelangt deshalb auch schnell zu den Massen, die ihn heute schon als einen ihrer besten Aufklärer und Erweiterer ihres Daseins verehren.

Musil

Erinnert man sich an Voltaire's Candide? Heute könnte man diese Erzählung am besten. Der Mann ohne Eigenschaften überschreiben. Und Robert Musil, der am 6. November 1930 50 Jahre alt wurde, will in einem Roman von mehr als 1000 Seiten das Leben des österreichischen Candide unserer Tage erzählen (Der Mann ohne Eigenschaften /Berlin, Ernst Rowohlt/). Bei dem Sittenschilderer und Pamphletisten des 18. Jahrhunderts ist alles Aphorismus, nur Gedankenaufriß, nur Verwundung des Gehirns, das zur Verwunderung gereizt werden soll. Bei Musil ist alles die Absicht in lauter medizinisch und psychologisch zu qualifizierende Eigenschaften den Mann ohne Eigenschaften zu zerlegen, so wie der nach der Seele suchende Neurologe ein Gehirn in Tausende von mikroskopischen Schnitten auflöste. Der Mann ohne Eigenschaften ist auch der Mann ohne Heimat. Er wohnt zwar behaglich in seinem Einsamkeitshaus, doch er streunt herum durch die Salons der Stadt, in der er zu Hause ist. Heute Kosmopolit, morgen national bis zur Besessenheit, heute voll Mitleid für die Armen, morgen Snob, heute im Bett der Kotte, morgen zu den Knien der heiligen Frau. In Wien mischt sich die Welt der Menschen, die noch aus der österreichischen Abgestorbenheit stammen und heute durch unsere völlig andere Gegenwart geistern. Sie sind nicht viel verändert, obgleich sie vom Sport in die Lüste und über die Ozeane gelegentlich fortgetragen werden: Sie sind Provinzler und reißen Mund, Augen und Ohren auf, wenn ihnen von draußen ein

Original begegnet. Sie leben in Klüngeln. Ein ganz geschlossener Gesellschaftskreis, die gehobene Plutokratie, die sich mit der wissenschaftlichen und publizistischen Boheme, mit der ästhetischen Verschmacktheit, mit der abgeshmackten politischen Hierarchie mischt, das sind Musils Gedankenträger. Und in dem durchaus provinziellen und bis zur Exotik merkwürdigen Kreis steht plötzlich etwa ein idealisierter Walther Rathenau, also ein Patriot und internationaler Nationalist, ein vaterländischer Kämpfer bis zum Weißbluten und ein religiöser Pazifist, ein Industrieller mit Sorgen um die Plebs, ein dilettierender Schöngest, der trotz aller Zerstreuung so gesammelt ist, daß er als ehrwürdiges Originalgenie die Herren und Damen der österreichischen Elite durcheinanderbringt.

Erzähler

Man weiß, daß Jean Cocteau immer scharf ins Neue vorstößt: in der Dichtung ebenso wie, im Verein mit Igor Strawinskij, in der Musik und auch in anderen Zonen des Geistes. Dieser echte Pariser ist sehr ursprünglich mit einer Abneigung gegen normale und alltägliche Menschen. Er erzählte jetzt den Roman zweier Geschwister (Enfants terribles /Berlin, Gustav Kiepenheuer/). Das ist eines der merkwürdigsten Bücher unserer Zeit, ein Bericht, bei dem man nie weiß, wo Erfindung, wo dokumentarische Wahrheit anfängt oder aufhört. Es hat keinen Sinn seinen Inhalt wiederzugeben. Es wäre auch gar nicht möglich. Und doch ist da nichts Zerfließendes, vielmehr eine Bestimmtheit, die gerade darum eine Umformung nicht verträgt. Der Roman Otto Roelds Malenski auf der Tour /Berlin, Erich Reiß/ erzählt das Schicksal des Commis voyageur. Wie wird das Glücksbedürfnis und die Lebensnotwendigkeit des durch das Land streifenden Kaufmanns ausgewogen? Er hat zu dienern, wenn sich Zorn und Eifersucht auch in ihm aufbäumen. Er hat zu rechnen, wenn er auch die große Abrechnung mit dem lieben Gott vornehmen möchte. Was wird er? Ein Rebell oder ein vergrämter Jämmerling? Keins von beiden, doch ein schwacher Mensch, und der Verfasser überzeugt uns, daß er eben darum unser Mitgefühl verdient. Am Ende der so nüchtern erzählten Geschichte entdecken wir, daß wir die ganze Zeit im Bann einer Stimmung waren, von der nie die Rede war, und die uns festhielt. Man wird sich den Namen dieses Erzählers merken.

Dieser Dichter hat eine Weltanschauung, er hat darum mehr als nur die hübsche Kultur der Rentiers männlichen und weiblichen Geschlechts, die sich so anmutig und wohlgeleitet durch die Großstädte und ihre Hotels, durch die Rivierorte und ihre Naturschönheiten bewegen. Diese Menschen verlieben sich, woffern sie ein Herz besitzen, etwa in ihren Dackel, und alle Innigkeit, mit der sie behaftet sind, verwenden sie darauf dieses Seelenverhältnis zu schildern. Es kann dann ein entzückendes Büchlein entstehen, wie *Mechtild Lichnowskys An der Leine* (Berlin, S. Fischer). (Die besondere Wärme ihres ganz menschlichen Rendezvous am Zoo erfaßt uns in diesem Hundebuch freilich nicht.)

In eine andere Welt, in die, von der unser soziales Handeln bestimmt wird, führt uns *Felix Scherrets Inflationsroman Der Dollar steigt* (Berlin, Der Bücherkreis). Er exemplifiziert an dem Schicksal der Stadt Danzig die Verwüstung, in die ein sonst braver Philister, Geldverdiner, Krämer und Techniker kam, als das Gewissen der Menschen immer scheußlicher zusammenschrumpfte, und die auf die Geldlappen gestempelten Ziffern ins Astronomische wuchsen.

**Kuriositäts-
geschichten** Die Schriftsteller, die sich durch das soziale, politische und weltanschauliche Problem belehren lassen, möchten auf ihre eigne Art die Welt erlösen. Überkleidern möchten sie das Private. Durch Titel, Fragestellung und stilistische Behandlung ihrer Probleme deuten sie an, daß ihnen daran liegt den Erdkreis oder Landeskreis oder den Stadtkreis oder Dorfkreis des ganzen Bezirks zu umspannen, in dem sie ihre Geschichten ansiedeln. Nun kommen die Analytiker der Einzelkreatur, manchmal auch nur Psychoanalytiker nach vorhandenem spezifizierten Rezept. Ihre Bücher sind schmäler, weil die Schicksale, von denen sie melden, geringern Umfang haben. Der Roman *Carl Haensels Zwiemann* (Jena, Eugen Diederichs), der auch mit dem Dichterpreis des verstorbenen Verlegers ausgezeichnet wurde, huldigt der gleichen analysierenden Menschenbe trachtung. 2 Brüder, der eine genial auf dem Gebiet des Technischen, der andere eigentlich hervorragend im Lustreich des Tänzerischen, beschließen sich in eins so zu verschmelzen, daß 2mal Einmann gleich 1mal Zwiemann wird. Das ist ein psychologisches Mirakel, von dem die Umgebung der nun sehr rätselhaften

Einzelgestalt und Doppelgestalt stets in Unruhe versetzt wird. Aber es geht in diesem Buch, wie es geht, wenn ein Witz erläutert werden soll. Die allzu häufige Auseinandersetzung, die allzu logische Erklärung des logisch Unfaßbaren, das regt den Leser nicht lange an. Das Problem ist gut; die gestaltende Lösung ist ihm aber nicht adäquat.

Die historisch-romantische Novelle, ein kostbares Produkt der historisch schon begrabenen Romantikerzeit, eignet sich immer noch für diese Literaturgattung von den kuriosen Charakteren. Die Erzählung *Joseph Gregors Die Schwestern von Prag* (München, R. Piper & Co.) ist ein virtuos vorgetragenes Musterstück solcher Phantastik. Schöne seltsame Mädchen, eingesponnen in den alten Palast, für einige Glückstage in das Leben hinausgerissen und dann wieder zurückgeworfen in Einsamkeit. Da lassen sich denn lyrische Lebens- und Todesstimmungen an einander reihen.

Der Österreicher *Alexander Lernet-Holenia* bringt plötzlich eine seltsame Kuriosität, die Lieblingsthema der romantisierenden Erzähler ist (Die nächtliche Hochzeit (Berlin, S. Fischer)). Bisher gab er sich realistisch, ja, er betonte heftig, daß er gar kein Träumer sondern nur ein skrupelloser Wirklichkeitsschriftsteller sein möchte. Ist dieses phantastische Buch, das Schicksal der Prinzessin, die jahrelang als Bauernmädchen erzogen und dann wieder in das fürstliche Jungfrauen- und Ehebett gelegt wird, nur ein Virtuosenstück für den Verfasser?

Die Kategorie der Kuriositätsgeschichten bereicherte *Joseph Delmont* mit einem ganzen Roman. Delmont war ein Artist und dann ein Tierfänger. In seinem populären Buch *20 Jahre Großtierfang* (Berlin, Schlieffenverlag) erzählt er von den strapazierenden Abenteuern seiner Karriere. Der Roman *Gaukler und Bestien* (Leipzig, Fr. Wilh. Grunow) mischt Phantastik und Wahrscheinlichkeit, auch etwas Leben. Jedes Kapitel berichtet etwas ganz Unglaubliches und höchst Aufregendes. Wilde Tiere und wilde Menschen werden durcheinander gewirbelt. Delmont bleibt keiner Kreatur etwas schuldig. Die ganze Kolportage der Weltliteratur ist bei ihm wieder zusammen geströmt. Trotzdem kommt noch etwas Eignes hinzu: Delmonts Liebe zu den fahrenden Leuten und zu den Tieren der exotischen Länder.

Der mit viel guter Laune, ganz kräftigen Ausblicken und weisen Einblicken ausgestattete »biographische Musterroman«

Alexander Moriz Freys Das abenteuerliche Dasein /Berlin, Gustav Kiepenheuer/ vertritt die utopische Seite dieser Gattung. Frey ist häufig durchaus pantagruelisch angehaucht. Er macht sich lustig über allerhand Spießbürgereien, und da er sowohl Galle wie Geist besitzt, bindet er den Leser an die schnurrigen Ereignisse seiner Erzählung.

Das Raritätenkabinett der Menschen wird in *Joachim Maas' Boheme ohne Mimi* /Berlin, S. Fischer/ kaltblütig aufgeschlossen. Viel medizinisches Verständnis, viel vertrackte Entstellung der menschlichen Natur, viel Absonderlichkeit, wenig Horizont.

Das Büchlein *Ludwig Strauß'* Der Reiter /Frankfurt, Rütten & Loening/ bringt eine balladeske Novelle vom Juden, der ein Gottesmann werden wollte und aus Trotz ein Kriegsmann wurde. Erst der Tod löst diesen Gewissenskonflikt. Eine hübsche Talentprobe.

Eine psychologische Kuriosität berichtet auch *Walther von Hollander* in seinem Buch 10 Jahre — 10 Tage /Berlin, Propyläenverlag/. Der Mann, der aus gekränkter Ehrliebe und Eifersucht einen Mord begeht, versteckt sich im Haus der Verrückten, damit ihn die Justiz nicht in die Fänge nimmt. Nach einiger Zeit ist er der niederdrückenden Sicherheit überdrüssig und bricht wieder in das feindliche Leben aus. Denn es ist wohl besser hinter Gefängnismauern zu sitzen als ewig hinter Irrenhausfenstern den Verrückten zu heucheln. Hollander ist ein Techniker solcher Geschichten. Allerdings erlahmt von einem bestimmten Punkt ab meist unser Interesse.

Auch *Hans Sochaczewer*, der sonst den Weltanschauungsfragen zusteckt, klammert sich in seinem Roman Das Liebespaar /Wien, Paul Zsolnay/ an einige menschliche Sonderlinge. Er ist unsicher in der Charakteristik des allzu Bizarren, viel sicherer ist er, wenn er den großen, heiligen Klang der Herzen anstimmt.

Alle diese Bücher von den kuriosen Menschenkindern überragt *Hermann Hesses* Erzählung Narziß und Goldmund /Berlin, S. Fischer/. Gewiß, da sind auch nur zwei entgleiste und für den Seelenarzt auffallende Menschenwesen in das Leben hineingeworfen. Der eine bleibt in der Stille als priesterlicher Diener am himmlischen Problem. Der andere muß erst durch Vagabundentum hindurch, bis er entdeckt, daß seine Hände geeignet sind Ebenbilder Gottes zu formen. Aber alles, was Hesse hier schreibt, ist von der großen Stille und Bestimmtheit eines

noch nicht erschöpften Künstlers erfüllt. Er beherrscht das Wort, und das Wort beherrscht ihn. Er beherrscht die Natur, und er ist der Natur untertanig. Ganz ungezwungen wirkt, was er erfindet.

Selbstdarstellung Quer durch nennt *Ernst Toller* seinen Band »Reisebilder und Reden« /Berlin,

Gustav Kiepenheuer/. Toller ist der gefühlvolle Radikale geblieben, mehr Gefühl als energische Logik und ziselierte Kunst. Sein geistiges Bildnis vervollkommenet sich, wenn wir seine Schilde rungen aus Amerika lesen. Der Eindruck von Mensch zu Mensch beschäftigt ihn besonders. Die Nationalökonomie, die der Dichter treibt, trifft nicht an die Wurzeln. Er blendet, weil er sich selber blenden oder auch empören will. Doch immer spricht sein Herz. Er wehrt sich gegen die Selbstgefälligkeit, in die ihn manche Anhänger hineindrängen möchten, und so sehen wir in allem einen geraden Schriftsteller, der mit dem gesunden Menschenverstand und der Weltordnung ins reine kommen möchte.

Komplizierter ist schon *Gottfried Benn*. Seine Gesammelte Prosa /Berlin, Gustav Kiepenheuer/ stammt aus einer ungewöhnlichen Sammlung der geistigen Energie, aus dem Wunsch die Banalität in der Auffassung des Künstlerischen, Kulturellen und Sozialen zu vermeiden. Er sagte das Tiefste über die Notwendigkeit, daß der Dichter sich als Außenseiter des allzu bewegten Alltagsrummels be nehmen muß. Damit wird nicht behauptet, daß der Dichter in sogenannte Weltfremdheit hineinkriechen soll. Ihm sind aber gewisse Pflichten auferlegt, wenn die Gefahr besteht, daß die weithin zie lende Idee und der marktmäßige Alltag durcheinandergemischt werden.

Unter den jungen Schriftstellern nimmt *Joseph Roth* eine Sonderstellung ein, weil er innerlich dem Aufruhr gewachsen ist, den er verlangt. Er stellte jetzt ein Büchlein von Skizzen zusammen, nannte es Panoptikum, Gestalten und Kulissen /München, Knorr & Hirth/. Hier regt sich nicht so viel Artistisches wie bei Gottfried Benn. Roth ist auch kein besserner Lyriker sondern ein menschenfreundlicher Beobachter und Erzähler und ein Beseehler des Menschlichen, wie hier bei seinem Roman *Hiob* festgestellt wurde (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1280). Seine Skizzen sind mehr als gelegentliche Feuilletons. Sie bilden Randglossen zu den größeren Werken, die er in den letzten Jahren schrieb.

Am 18. Januar wurde *Franz Blei* 60 Jahre alt, und aus diesem Anlaß veröffentlichte er eine Selbstbiographie /Berlin, Ernst Rowohlt/. Er kam in Berührung mit den besten Literaten seiner Zeit, mit Deutschen, Österreichern, Franzosen und Engländern, die nicht entzückt waren, wenn sie allzu schnell und allzu tief in literarische Cliquenwirtschaft hineingerieten. Er beschäftigte sich frühzeitig auch mit sozialen Fragen, studierte in den Jahren der Entwicklung den noch halb anarchistisch halb sozialistisch orientierten Radikalismus, der in Zürich um 1890 eine kosmopolitische Heimat gefunden hatte. Aber das Purgatorium der Idee blieb ihm versagt. Er neigte mehr zum Schönegeistigen. Auf diesem Gebiet wurde er allerdings als Kritiker und Chronist einer unserer bedeutendsten Literaten. Er ist der Typus des Literaten, der den Hochmut braucht, damit er vor sich und der immer undankbaren bürgerlichen Gesellschaft bestehen kann. Auch er führt den Kampf gegen die Selbstgefälligkeit, deren Überwindung ihm nicht leicht wird. Schließlich bleibt er Sieger, und es gelingt ihm sein Wesen, eben dieses ausgezeichnete und ganz besondere Literatenwesen, zu objektivieren und derart zu charakterisieren, daß wir den erfreulichsten Einblick in dieses durchaus wertvolle und notwendige Kulturphänomen gewinnen. Niemals aber überwindet *Emil Ludwig* seinen Hang zur Vergötterung und geduldigen Verklärung des eignen Wesens. Er wurde ein international respektierter Schriftsteller auf einem Gebiet, das nicht in dieser Rundschau zu behandeln ist. Aber es scheint ihn zu schmerzen, daß seine musischen Produkte nicht die Anerkennung fanden, die er wünschte. Und nun vertieft er sich gerade in diesen Dilettantismus des Dichterischen, der ihm so sehr behagt. Was er da vorbringt, sind Selbstbekenntnisse ganz privater Natur, aber sie interessieren nicht allgemeingültig. Das, was er als die »Geschenke des Lebens« in seiner Selbstbiographie charakterisiert /Berlin, Ernst Rowohlt/, sind nur Geschenke, mit denen er sich selber beglückt.

Totenliste

Am 3. Oktober 1930 starb die Romanschriftstellerin und Dichterin *Marie Eichhorn*, einst sehr bekannt unter dem Namen *Dolorosa*, in London, wo sie in den letzten Jahren lebte. Von ihren Arbeiten seien *Da sang die Fraue Troubadour* und *Confirmo te Chrysmate* genannt.

An den Folgen einer Blutvergiftung starb am 10. Januar 1931 in Paris, wenig über 50 Jahre alt, *Claude Anet*, der eigentlich Jean Schopfer hieß und sich aus Rousseaus *Confessions* sein Pseudonym holte. Sein Roman *Ariane jeune fille russe*, das Buch vom russischen Mädchen, wie es dieser französische Schweizer sah und mit einer zarten, aber bestimmten Psychologie zeichnete, verschaffte ihm Weltruhm. Von noch größerem Reiz aber ist sein anderer Roman *Quand la terre trembla*, der in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Lydia Sergejewna* erschien. Es sind beides Bücher der Hingabe, aber das zweitgenannte ist dadurch ausgezeichnet, daß es den konventionellen Konflikt des Altersunterschieds wesenlos macht. Anet kam vom Journalismus zur Literatur. Er hatte große Reisen unternommen und charakteristisch aufschlußreiche Reportagen für Pariser Blätter geschrieben. In Rußland wurde er verhaftet, saß im Gefängnis, entfloß auf dem Weg über das Nördliche Eismeer. Auch auf dem Gebiet des Dramas hat er sich versucht. Sein letztes Stück, das die Tragödie des österreichischen Kronprinzen Rudolf behandelt, wurde kurz vor seinem Tod im Théâtre des Champs Elysées in Paris aufgeführt. Stärker als in seinen Bühnenwerken tritt indessen Anets dramatische Kraft in seiner Erzählungskunst zutage. Am stärksten wohl in der Beschreibung des Tennis-kampfs zwischen Suzanne Lenglen und Helen Wills in seinem aufregenden Buch von der Göttlichen Suzanne.

Mitte Februar starb in Wien *Marie Eugenie delle Grazie*, im Alter von 66 Jahren. Sie war Lyrikerin und Epikerin, und sie hat in der Vorkriegszeit auch einen großen Namen gehabt, mindestens in Österreich. Sie versuchte sich an großen Gegenständen, schrieb ein Versepos *Robespierre*. Später steckte sie ihre Ziele niedriger, verfaßte Novellen und Romane, die der Schriftstellerin Erfolg brachten, aber nicht mehr von dem Willen zeugten einen Weg ins Neue zu gehen.

Kurze Chronik Der Bund Rheinischer Dichter bestimmte die für das Düsseldorfer *Heinedenkmal* gesammelten Gelder zur Schaffung eines Heinepreises; dieser soll alljährlich einem deutschen Dichter einen mehrmonatigen Aufenthalt in Frankreich ermöglichen. Soll nun das Heinedenkmal, um das seit Jahrzehnten in Deutschland der Kampf geht, nicht errichtet werden? Das wäre eine eigentümliche Art einer längst über-

fälligen Ehrenpflicht zu entgehen, indem man sich das Air gibt der Förderung neuer Kunst zu dienen. ◇ Am 75. Todestag *Heines*, am 17. Februar, veröffentlichten deutsche und französische Zeitungen Gedenkartikel. Der Bürgermeister der Stadt Düsseldorf fuhr nach Paris, um auf dem Montmartrefriedhof am Grab des Dichters Blumen niederzulegen und den Pariser Stadtbehörden zu danken, daß sie über das Grab des deutschen Poeten wachten. ◇ Heinrich Micko fand 34 Gedichte *Adalbert Stifters* auf, darunter 30 in Originalhandschrift. Die meisten dieser Gedichte stammen aus dem Jahr 1833 und geben Zeugnis von der unglücklichen Liebe des Dichters zu Fanni Greipl in Friedberg. ◇ Auch in Japan soll das fürs Jahr 1932 bevorstehende Goethejubiläum gefeiert werden. In Tokio wurde zwecks Förderung germanistischer und Goethestudien die Gründung einer *japanischen Goethegesellschaft* beschlossen. ◇ Walter von Molo legte Anfang September 1930 sein Amt als Vorsitzender in der Sektion für Dichtkunst der *Preußischen Akademie der Künste* nieder. Dieser Entschluß war wohl als ein Protest gegen die nicht von ihm allein empfundene Sinnleere dieses Amts aufzufassen, das man nunmehr überhaupt eingehen lassen wollte; statt dessen sollte in jeder Sitzung einfach ein Verhandlungsleiter bestimmt werden. Man erinnert sich, daß schon bei der Begründung dieses "Dichterpräsidentenamts" in der Öffentlichkeit lebhafte Proteste dagegen ausgesprochen wurden. Im November brachte die Krise innerhalb der Sektion noch einen weiteren Fall: Hermann Hesse erklärte seinen Austritt. Ihm folgten Emil Strauß, Wilhelm Schäfer, Erwin Guido Kolbenheyer. Anfang 1931 wurde Heinrich Mann zum Vorsitzenden der Akademie, Ricarda Huch zu seiner Stellvertreterin gewählt. So wird die Preußische Dichterakademie in Zukunft doch wieder offiziell ein Haupt haben.

Literatur

Der dänische Schriftsteller Henri Nathansen zeichnete ein literarisches Porträt *Georg Brandes*, das von Erwin Magnus verdeutscht wurde (Frankfurt, Rütten & Loening). So viel Menschliches und Merkwürdiges, so viel Geniales und Kleinliches war in dem großen Europäer und Juden gemischt! Er liebte seine Heimat, und er haßte sie, weil sie ihm, dem sehr ehrgeizigen Mann, vieles, wahrscheinlich auch das Primitivste des bürgerlichen und akademischen Respekts,

schuldig blieb. Er war ein außerordentlicher Arbeiter und Sammler des geistigen Weltguts. Schließlich fällt auf, daß er die großen zusammenfassenden Werke über Voltaire, Goethe und Shakespeare erst in den Jahren des Alters verfaßte. Solange er noch gesund durch die Landezog, wirkte er mehr durch den Essay, mehr durch die apodiktische und auch prophetische Tat. Vielleicht wäre er mehr Staatsmann als Schriftsteller geworden, wenn das Schicksal ihn nicht von dem Gebiet der praktischen Politik abgedrängt und in die Studierstube hingedrängt hätte. Schon stand er in den Achtzigern, als ihm auch das Problem der jüdischen Nationalität aufging. Er wollte es vorher nicht begreifen, er wollte es kaum studieren, er glaubte, daß der Jude von der neuen Volksgemeinschaft seines jeweiligen Vaterlands ganz aufgesogen werde, physisch und geistig. Und erst kurz bevor er die Augen schloß, gingen ihm die Augen auf über die Notwendigkeit dieses jüdischen Nationalproblems zu ergründen. ◇ Über *Gerhart Hauptmanns Till Eulenspiegel*, dieses bedeutende Werk, das hier als der »Dritte Faust« charakterisiert wurde (siehe den Artikel Stössingers, 1928 I Seite 400 und folgende), verfaßte Ottomar Enking ein Büchlein der Zärtlichkeit und des persönlichen Verständnisses (Berlin, S. Fischer). ◇ Walter Goldstein schrieb die Biographie *Jakob Wassermann* (Leipzig, Grethlein & Co.). Der Untertitel *Sein Kampf um Wahrheit* soll die Tendenz des Buchs manifestieren. Vieles wird sehr dithyrambisch behandelt, und man wünschte, daß der Biograph mit den schmückenden Beiworten etwas vorsichtiger umginge. Doch erfreulich ist überhaupt, daß das gesamte Lebenswerk dieses sehr reifen und fruchtbaren Erzählers einmal im Zusammenhang dargestellt wurde. ◇ Einen Leitfaden zur Einführung in die amerikanische Dichtung der Gegenwart verfaßte *Friedrich Bruns* (Leipzig, B. G. Teubner). Bruns legt Wert auf Aufklärung, nicht auf oberflächliche, feuilletonistische Unterhaltung. Die Sachlichkeit und Gründlichkeit seiner Studien macht das kleine Buch zu einer wertvollen Quelle der Erkenntnis. ◇ In der Frommannschen Buchhandlung in Jena veröffentlichte *Helene Lingelbach* eine Dissertation *Der Enterbte und Verfemte als tragischer Typus*. Es ist sympathisch, daß auch unsere Universitäten den Betrachtern der sozialen Belletristik nicht den Doktorhut vorenthalten.

KULTUR

Außenkolonisation / Herman Kranold

Quessel †

Ludwig Quessel war einer der tätigsten Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte

in den Fragen der Kolonisation. Von seinen 211 Aufsätzen, die seit 1907 hier erschienen, bezog sich ein sehr großer Teil auf koloniale Angelegenheiten. Seine Arbeit auf diesem Gebiet begann, als sich im Jahr 1912 der Streit in der Sozialdemokratischen Partei um Gerhard Hildebrand zu der Katastrophe des Ausschlusses Hildebrands auf dem Chemnitzer Parteitag zuspitzte. Damals schrieb Quessel eine Reihe von Aufsätzen, in denen er Hildebrands Arbeit aufnahm und weiterführte. Und im Jahr 1913 hat er dann auch diese Rundschau bearbeitet, die er später vom Juni 1915 bis zum Dezember 1916 wieder führte. Quessels koloniale Auffassung ist charakterisiert einmal durch hervorragenden Sinn für das Wirkliche des Menschenlebens. Ohne in irgendwelche Illusionen über die Motive der kolonisierenden Menschen und Völker zu verfallen, sah er doch von vornherein die ungeheuren weltumwandelnden Kräfte, die in der Kolonisationsbewegung wirksam sind, die politischen und die wirtschaftlichen, und er hat ihr Gewicht und die Richtung, die sie der Entwicklung der Menschheit aufzwingen, richtig erkannt und immer wieder klar herausgearbeitet. Besonders charakteristisch für dieses Vorausschauende seines Blicks ist sein Aufsatz Die britischen Annexionspläne (1915 II Seite 867 und folgende). Anknüpfend an einen Vortrag Sir Harry Johnstons vor der Königlichen Geographischen Gesellschaft in London am 24. Februar 1915 hat er damals in der vorsichtigen Form, die durch die Kriegszensur notwendig gemacht war, gezeigt, wie England von vornherein darauf ausging das deutsche Kolonialreich in Afrika mit Hilfe des Krieges zum Verschwinden zu bringen. Wenn man die Karte ansieht, die damals in den Sozialistischen Monatsheften wiedergegeben wurde, und auf der dargestellt ist, wie Afrika nach Johnstons Meinung nach Beendigung des Krieges voraussichtlich aussehen werde, so findet man in der Tat genau den 1919 durch den Friedensvertrag herbeigeführten Zustand dargestellt: Kamerun zum größten östlichen und südlichen Teil an Frankreich, zum kleinern nordwestlichen Teil an England gefallen, Südwestafrika und Ostafrika mit dem Britischen Reich vereinigt und Togo den Deutschen ebenfalls genommen. Kleine

Unterschiede bestehen nur insoffern, als die Johnstonsche Karte ganz Togo mit der britischen Kolonie Goldküste vereinigt, während durch den Friedensvertrag ein Teil dieser früheren deutschen Kolonie als Mandatsgebiet an Frankreich gekommen ist, und ebenso, daß der Teil Kameruns, der britisches Mandatsgebiet geworden ist, schließlich kleiner wurde, als Johnston vorausgesagt hatte; auch das Ruanda-Urundi-Gebiet von Deutsch Ostafrika ist noch nicht für Belgien vorgesehen. Im übrigen aber stimmt alles ganz genau. Richtig hervorgehoben hat Quessel damals auch gleich, daß Johnstons Angabe, Kleinasien solle an Rußland fallen, nur ein Lockmittel für Rußlands Verhalten im Krieg darstelle, bei der endgültigen Gestaltung der Dinge aber beiseite gelassen werden würde. Im übrigen ist die Aufteilung der Türkei dargestellt, wie sie wirklich gekommen ist: Mesopotamien und Arabien einschließlich der Sinaihalbinsel britisch, nur daß im Jahr 1915 Palästina noch unverteilt blieb, ebenso wie die Rote-Meer-Küste Arabiens, während Syrien auch damals schon Frankreich zugeschlagen war. Quessel hat also die eigentlich weltpolitischen Momente für Englands Haltung in den kolonialpolitischen Fragen während des Kriegs frühzeitig klar herausgearbeitet. Das andere Moment, das seine Beschäftigung mit der Kolonisation auszeichnete, war der enge Zusammenhang, in dem er die kolonialen Angelegenheiten mit den übrigen Angelegenheiten der Welt sah. Das weltwirtschaftlich Revolutionäre der fortschreitenden Europäisierung der überseeischen Wirtschaftsgebiete hat er ebenso begriffen wie er gesehen hat, daß die Entwicklung der kolonialen Kräfte die Mächte des europäischen Festlands auf eine enge Zusammenarbeit hindringt und ihnen gegenüber dem Britischen Reich mit seinem Landring um den Indischen Ozean auch in kolonialen Angelegenheiten eine Sonderstellung gibt. Er sah die Einheit im Aufstieg des Bauerntums bei der von weißen wie von andersfarbigen Völkern betriebenen Landwirtschaft, und schon früh findet sich bei ihm die richtige Lösung des Grundproblems der kolonialen Entwicklung, indem er zeigt, daß wir keineswegs zu wählen haben zwischen europäischen Plantagen in den tropischen Gebieten mit Zwangsarbeit der Eingeborenen oder Rückzug des Europäertums aus diesen Gebieten mit Rückfall der Eingeborenen in wirtschaftliche Barbarei, sondern daß daneben sehr wohl möglich und im In-

teresse der Entwicklung der produktiven Kräfte in der Welt richtig, gleichzeitig aber auch für alle Beteiligten gerecht, die Entwicklung eines eingeborenen selbstwirtschaftenden Bauerntums neben einer europäischen bäuerlichen Kolonisation in diesen Gebieten ist. Alles dies war bei ihm von einer leidenschaftlichen Vertiefung in die Einzelheiten der kolonialen Wirtschaftsentwicklung unterbaut. Wieviel der jetzige Bearbeiter dieser Rundschau, der sie nach Quessel übernommen hat, von ihm gelernt hat, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden. Quessels Arbeit über Kolonisationsangelegenheiten ist in der Sozialdemokratischen Partei wenig bekannt und wenig beachtet worden; sehr zum Schaden unserer Politik, die immer wieder von den Bewegungen überrumpelt wurde, die aus den kolonialen Gebieten ihren Ursprung nahmen, und sehr zum Schaden der Durchbildung der sozialistischen Grundsätze, die gerade in Deutschland immer an einem Material entwickelt wurden, das praktisch von jenen riesigen Gebieten der Welt absah, in denen der Sturmschritt kolonialer Entwicklung dahingeht, und die, mit Canada, Sibirien, Mittel- und Südamerika, Australien, Afrika und Vorder- und Hinterindien, mehr als die Hälfte der ganzen Menschheit umfassen. Es ist zu hoffen, daß dieser größere Teil der Welt in den kommenden Jahren auch vom deutschen Sozialismus entdeckt und der Ausbildung seiner Grundsätze und seiner Politik nutzbar gemacht wird. Soll das geschehen, so wird immer wieder auf Ludwig Quessels großes Werk zurückgegriffen werden müssen. Wenn sich dabei auch etwas von der Gewissenhaftigkeit, von der Tatsachenerfassung bis ins letzte, von der Selbstzucht im Aufbau von Gedankengängen und von der Leidenschaft im Aussprechen des Wirklichen, die Ludwig Quessels Grundeigenschaften waren, in der Sozialdemokratischen Partei ausbreiten sollte, würde sich damit manche Aussicht für die Zukunft unserer Bewegung bessern.

David † Auch des Todes Eduard Davids muß in dieser Rundschau gedacht werden. Nicht, als ob David sich speziell mit kolonialen Fragen besonders ausgiebig befaßt hätte, wohl aber deshalb, weil seine Revision der agrarischen Grundbegriffe der sozialistischen Bewegung an der Hand der agrarwirtschaftlichen Tatsachen für unsere Auffassung vieler kolonialer Probleme fruchtbar geworden ist. Wer über

die Entwicklung der Landwirtschaft in den tropischen Gebieten urteilen will, wer vom sozialistischen Standpunkt das, was dort geschieht, würdigen und werten möchte, muß auch Davids Buch Sozialismus und Landwirtschaft ausschöpfen. Denn die landwirtschaftliche Entwicklung geht in den einzelnen Ländern der Welt nicht nach Spezialgesetzen vor sich, sondern die selben, von David in erster Linie am Beispiel der deutschen Landwirtschaft herausgearbeiteten Triebkräfte sind in den verschiedenen Landwirtschaften der bewohnten Welt gleichmäßig wirksam. Gewiß, eine andere Natur, eine andere soziologische Struktur, eine andere Verteilung von Herrschaft und Freiheit bewirken, daß die gleichen Triebkräfte in den einzelnen Ländern Ergebnisse zeitigen, die zum Teil von einander abweichen. Grundsätzlich gleich aber ist überall der Wesensunterschied zwischen organischer und mechanischer Produktion, der Einfluß von Arbeitsteilung und Arbeitszusammenfassung, von Maschinenarbeit, Verbesserung des Bodens, des Pflanzguts, der Viehrassen und der Pflanzenernährung, der Zusammenhang zwischen der landwirtschaftlichen Produktion und dem Markt für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Und wenn heute die genossenschaftliche Organisation der Landwirtschaft als das stärkste Mittel erscheint, um in Deutschland das Bauerntum zu befähigen sich gegen die überseeische Konkurrenz zu halten, so sind für diese landwirtschaftlichen Genossenschaften die glänzendsten und im Gelingen wie Mißlingen lehrreichsten Beispiele gerade in der kolonialen Wirtschaft: im Mittelwesten der Vereinigten Staaten, in Canada, in Indien, im Sudan usw., zu finden. Der Schlüssel zur Erkenntnis der bewegenden Kräfte der tropischen Agrikultur ist dem deutschen Sozialisten erst durch Davids Werk gegeben, aus dem er die selben Kräfte in ihrer Wirkung für die deutsche Landwirtschaft kennen lernte.

Palästina Über die jüdische Kolonisation in Palästina liegen 2 neue sehr interessante Materialsammlungen vor. Zunächst Dokumente zur Palästinapolitik 1929-1930 (Berlin, Verlag der Jüdischen Rundschau). Das Buch enthält die wichtigsten Abschnitte aus dem Bericht der Shawkommission und aus der Antwort der Jewish Agency auf diesen Bericht. Wünschenswert wäre es, daß der nachfolgende Simpsonbericht mit dem zugehörigen Weißbuch der britischen Regie-

rung und die Texte der Verhandlungen der Mandatskommission des Völkerbunds mit dem erforderlichen (und sehr wirksam möglichen) kritischen zionistischen Kommentar in gleicher Art veröffentlicht werden möchten, ebenso der neuerdings vorliegende Stricklandbericht. Des weiteren sei der reichhaltige Band *Documents and Essays on Jewish Labour Policy in Palestine* /Tel Aviv, General Federation of Jewish Labour/ erwähnt, in dem außer den Dokumenten noch die Aufsätze von Wedgwood, Angel, Vandervelde und namentlich Braislford gerade vom sozialistischen Standpunkt wichtig sind, daneben aber ein kurzer Brief Albert Einsteins an den Manchester *Guardian*; dieser Brief sagt in wahrhaft erfrischender Weise freundlich und deutlich einiges von dem Dringendsten, was zu der englischen Palästinapolitik gesagt werden muß.

Seit einiger Zeit erscheint in Berlin in deutscher Sprache eine Wochenausgabe der Tageszeitung der jüdischen Arbeiter in Palästina *Davar*, die mit der englischen Wochenausgabe des selben Blatts *Davar* /Tel Aviv, *Davar Press*/ nur teilweise übereinstimmt. Beide Ausgaben sind interessant. Sehr gut war in den letzten Wochen in der englischen Ausgabe eine sehr ins einzelne gehende Kritik des Simpsonberichts und eine Darstellung des Hauptinhalts des Stricklandberichts. Bei weitem die beste und ergiebigste Zeitschrift über Kolonisation in Palästina ist aber die von dem ausgezeichneten Adolf Böhm in Wien herausgegebene *Monatsschrift Palästina* /Wien, C. Barth/, die Jahrgang für Jahrgang eine Überfülle bestgeordneten Materials und ausgezeichnet durchdachter Aufsätze bringt; vor allem die einzige Stelle, an der man in Deutschland laufend etwas über die verdienstvolle und bedeutende Arbeit J. Elazari-Volcanis (Wilkansky) in Tel Aviv erfährt. In französischer Sprache beschäftigt sich ebenfalls eine recht instruktive Zeitschrift mit Palästinafragen: *Palestine, Nouvelle Revue Juive* /Paris, Selbstverlag/, von der dem Bearbeiter dieser Rundschau allerdings bisher nur ein Doppelheft vorgelegen hat; es enthält einen sehr guten Aufsatz des Herausgebers Justin Godard *De la Déclaration Balfour à la Déclaration Passfield*.

Endlich sei noch auf 3 Arbeiten hingewiesen, die gerade jetzt gelesen werden sollten, da in manchen Kreisen das Zutrauen zur zionistischen Kolonisationsarbeit zu wanken scheint. Sie zeigen uns, daß man nicht auf den guten Willen

der britischen Regierung angewiesen ist, und daß die Zukunft des Zionismus im jüdischen Volk selber liegt. Es sind dies: 1. M. Nemirowsky *Labour Position in Jewish Colonies in Palestine* /Tel Aviv, The Palestine Worker's Fund/, hauptsächlich eine kurze Darstellung der Ergebnisse der letzten statistischen Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in Palästina. 2. Abraham Granovsky *Boden und Siedlung in Palästina* /Berlin, Jüdischer Verlag/, eine Fortsetzung des früheren Buchs des selben Verfassers *Probleme der Bodenpolitik in Palästina*, das in dieser Rundschau (1927 I Seite 81) angezeigt wurde: auch diesmal wieder eine solide Erörterung wichtiger Einzelfragen auf Grund tiefgehender praktischer Kenntnis der Dinge. 3. Emile Vandervelde *Schaffendes Palästina* /Dresden, Carl Reißner/, ein sehr schön illustriertes, lebhaft und warmherzig geschriebenes Reisebuch, das man dem Genossen James Ramsay MacDonald übersenden sollte. Freilich, es wäre gut, wenn man über die jüdische Arbeit in Palästina einmal ein paar Jahre lang weniger sympathisierende Bücher veröffentlichte und dafür die Kolonisationsarbeit selbst etwas ergiebiger vorwärts trieb, sie insbesondere finanzierte. Dann hätte man erst von einer so schönen Arbeit wie der Vanderveldeschen den Genuss der Lektüre mit beruhigtem Herzen.

Informations- Aus einer großen Anzahl
mittel von Veröffentlichungen des
Ministeriums des Innern
und des Arbeitsministeriums *Canadas*
über Preisentwicklung und Forstwesen
in Britisch Nordamerika seien als be-
sonders aufschlußreich hervorgehoben:
Prices in Canada and other Countries
1929 /Ottawa, F. A. Acland/, *State For-
ests in Canada* von R. M. Brown /Ottawa,
F. A. Acland/ und vor allem die
große Monographie *The Forests of Ca-
nada* /Ottawa, F. A. Acland/, die unter
anderem Rechts- und physiographische
Verhältnisse sowie Verwaltung der ca-
nadianischen Forsten, forstliches Bildungs-
und Forschungswesen darstellt und die
für die Wirtschaft heute wichtigsten
Baumarten genau bespricht. Im ganzen
ergibt sich ein Bild eines ungeheuren
Raubbaus, in erster Linie zur Gewinnung
von Papier und Zellulose, namentlich an
den leichter zugänglichen, einigermaßen
dichten Beständen wertvoller Bäume
verübt. Schließlich sei noch als Bei-
spiel eines besonders handlichen und
übersichtlichen Nachschlagewerks das
vom W. Sandford Evans' *Statistical Ser-*

vice herausgegebene Buch *Canadian Grain Trade Year Book 1927-1928* angeführt /Winnipeg, Dawson Richardson Publications/. Begreiflich, daß gerade Canada, dieses Weizenland par excellence, über dieses wichtigste Nahrungskorn für Menschen ein so vorzügliches Quellenwerk herausgibt, das sich keineswegs auf dieses Land beschränkt sondern den Weizen in der Weltwirtschaft behandelt, aber darum erst recht verdienstlich ist. Im neuen Jahrgang 1929-1930 liegt das überaus reichhaltige Jahrbuch *The Canadian Annual Review of Public Affairs* vor /Toronto, The Canadian Review/. Über alle erdenklichen kanadischen öffentlichen Angelegenheiten findet man da ausführlichstes, exaktes und klar gegliedertes Material. Schade, daß es ein Buch solcher Art nicht auch über Deutschland gibt.

Über Englands Ostafrikapläne unterrichtet kurz und, soweit die Darstellung geht, klar die anonyme Broschüre *East Africa in Transition* /London, Student Christian Movement/, die in der Hauptsache eine erläuternde Wiedergabe des von Sir Edward Hilton Young gegebenen Berichts der Ostafrikakommission darstellt. Das Vorwort, von dem um eine fortschrittliche Eingeborenenpolitik Englands in Mittelafrica sehr verdienten Lord Frederick John Dealtry Lugard geschrieben, ist leider völlig nichtssagend und weicht jeder Stellungnahme sorgsam aus. Die Frage, ob die Einbeziehung des Tanganyikamandatgebiets völkerrechtlich zulässig ist, wird mit einer *(zustimmenden)* lässigen Handbewegung erledigt: Gleiches habe das Britische Reich ja auch mit anderen Gebieten gemacht, und die Beteiligten hätten es eingeschickt. Ein prachtvoller Beweis.

Über die Reiskultur in *Indochina* liegt eine instruktive Studie vor: *J. Cardot Le riz dans le monde et en Indochine* /Paris, Agence Economique de l'Indochine/. Sie ist sehr hübsch illustriert, stellt den Reisbau in Frankreichs hinterindischer Kolonie anschaulich dar.

Von *Marokko* handelt das umfangreiche Werk *Ernest Bouys' Le problème de la main-d'œuvre et la législation du travail au Maroc* /Paris, Librairie du Recueil Sirey/. Der Verfasser analysiert die verschiedenen Elemente der marokkanischen Arbeitsgesetzgebung: den Arbeitsvertrag, die Lohnzahlung, den Arbeiterschutz, die Frauen- und Kinderarbeit, die Unfallgesetzgebung, das Ganze höchst aufschlußreich einbauend in eine Ökonomie und Soziologie der Eingeborenenarbeit in dieser neuesten

französischen Kolonie. Beigegeben sind alle wichtigeren dazu gehörigen Texte von Gesetzen und Verordnungen. Eine höchst dankenswerte und aufschlußreiche Veröffentlichung, geeignet manches in Deutschland verbreitete und geflissentlich gehegte Vorurteil gegen Frankreichs Kolonialmethoden zu beseitigen.

Zeitschriften Unter den *deutschen* Zeitschriften über Kolonialfragen die beste ist wohl der jetzt im 34. Jahrgang erscheinende *Tropenpflanzer* /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/, der mit Recht auch jetzt noch, nachdem Deutschland schon lange keine Kolonie mehr hat, im Schrifttum der zur Kolonisation noch zugelassenen Nationen großes Ansehen genießt. Daneben ist, mit stärkerer politischer Stellungnahme, die ebenfalls seit vielen Jahren erscheinende *Koloniale Rundschau* /Berlin, Dietrich Reimer/ zu nennen, in der allerdings, obwohl sie auch sonst manchen verdienstvollen Beitrag enthält, das Beste die Bibliographie der kolonialen Literatur ist; wenn aber von 34 im Jahr 1930 im ganzen besprochenen Büchern *(nicht gerade sehr viel für ein solches Spezialblatt)* mindestens 9 nicht zum Stoffgebiet der Zeitschrift gehören, so wundert man sich. Unserer Auffassung steht sie übrigens meistens recht fern. Näher steht uns in manchen kolonialpolitischen Fragen schon manchmal der vom Bund für Koloniale Erneuerung herausgegebene *Kolonialfreund* /Berlin, Selbstverlag des Bundes/, jetzt im 9. Jahrgang, auf dessen Haltung die Ge- nossen Max Cohen und Paul Thorwirth einen gewissen Einfluß haben; besonders die regelmäßig erscheinende *Weltrundschau* Thorwirths ist hier zu erwähnen. Der selbe Bund gibt auch eine Korrespondenz unter dem Titel *Wirtschaft und Kolonie* heraus, deren Inhalt zum Teil in der vorgenannten Zeitschrift wiederkehrt, zum Teil aber aus wenig glücklichen, mit anglophiler Blindheit und Negrophobie geschlagenen Aufsätzen H. M. Grubers besteht.

Eine gute Quelle für *französische* Kolonialfragen ist die seit langem erscheinende *Afrique Française* mit ihrer Beilage *Renseignements Coloniaux* /Paris, Comité de l'Afrique Française/, außerordentlich reichhaltig, politisch freilich zurückgeblieben und gegen Deutschland gerichtet. Für alle eigentlichen Fragen kolonialer Entwicklung, natürlich unter besonderer Berücksichtigung gerade der französischen Kolonien, ergiebig sind die allmählich zu einer achtbaren Monats-

schrift ausgestalteten *Actes et Comptes-Rendus der Association Colonies-Sciences* /Paris, Verlag der Revue de Botanique Appliquée et d'Agriculture Coloniale/. Darin zum Beispiel in letzter Zeit viel Material über Forstwirtschaft, Arbeiterfrage, Bekämpfung der Schlafkrankheit, Handel der französischen Kolonieen usw., alles außerordentlich sachlich. Von englischen Zeitschriften sei wieder auf die vom Imperial College of Tropical Agriculture in Trinidad /Britisch Westindien/ herausgegebene Monatsschrift *Tropical Agriculture* hingewiesen, eine Fundgrube von Material, aus der für die Zwecke dieser Rundschau oft schon geschöpft wurde und noch oft geschöpft werden wird, und die wegen des Fehlens alles Prestigegegeredes und alles Phrasenhaften vielen anderen Zeitschriften als Vorbild dienen kann. Mit dieser Zeitschrift, den *Comptes-Rendus* und dem *Tropenpflanzer* ist man über alles Wichtige in der kolonialen Wirtschaft eigentlich orientiert. Für das Geistige dagegen sei dringend noch die alle 2 Monate erscheinende Zeitschrift des Internationalen Instituts für Afrikanische Sprachen und Kulturen empfohlen. Sie heißt *Africa* und erscheint in London im Verlag des Instituts. Herausgeber der in deutscher, französischer, englischer Sprache gemischt erscheinenden Hefte ist Diedrich Westermann, der bedeutendste deutsche Afrikanist. In ihren Anschauungen steht die Zeitschrift den Auffassungen dieser Rundschau vielfach nahe. Daß ein Deutscher sie herausgibt, ist ein Ehrentitel für Deutschland.

Propaganda H. M. Grubers »Kampfruf« Sozialismus und Kolonialfrage /Jena, Buchdruckwerkstatt/ verfehlt seinen Zweck die *Arbeiterklasse* für Kolonialarbeit zu interessieren. Die Schrift ist nach Erklärung des Verfassers »in fliegender Eile« geschrieben. Das merkt man. Die Reparationsgläubiger sind »mit Kolonieen übersättigt«. »Der dialektische Prozeß historischen Geschehens bringt es mit sich, daß . . . im Endeffekt meist etwas anderes herauskommt als man erwartet.« Sehr richtig. Und leider ist bei diesem Buch weniger eine Förderung als eine Kompromittierung des kolonialen Gedankens für Sozialisten herausgekommen. Bloß registriert, als wenig bedeutend, seien: Ludwig Scholz Deutsche Kolonialgegner /Dresden, A. Dressel/, A. Wiedemann Was die deutsche Arbeiterschaft über die Kolonieen wissen muß /Berlin, Deutschlandverlag/, H. W.

Bauer Die Kolonialfrage /Bonn, Gebrüder Scheur/: alles schlechte Propagandaliteratur. Interessanter ist dagegen die Sammlung Für oder gegen Kolonieen /Berlin, Otto Stollberg/; hier wird zwischen Gegnern und Freunden der Sache diskutiert; besonders hervorgehoben sei Max Cohens Beitrag Deutsche und europäische Kolonialpolitik.

Gegen die britischen Pläne mit Ostafrika legt die Broschüre Protest der deutschen Wirtschaft gegen den Raub von Deutsch Ostafrika /Berlin, Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft/ Verwahrung ein. Sehr wirksam ist dieses sozialistisch gehaltene Heft gerade nicht; ein politischer Weg dem Protest Nachdruck zu verleihen ist nicht angegeben.

Ein sehr interessantes und reichhaltiges, geradezu üppig illustriertes Heft brachte die unter Mitwirkung des italienischen Kolonialministeriums herausgegebene *Rivista delle Colonie Italiane* /Rom, Sindicato Italiano Arti Grafiche/. Prestigegründe sprechen da offenbar mit. Wenn zum Beispiel in einer Notiz, nach der in Tripolitanien in den kommenden 2 Jahrzehnten je 50 000 Eukalyptusbäume jährlich gepflanzt werden sollen (an sich eine wichtige und schöne Sache, wovon weiter unten Seite 312 berichtet wird), dieses Unternehmen mit »geniale iniziativa« qualifiziert wird, so heißt das den Mund ein bißchen sehr voll nehmen.

Totenliste Am 19. Mai 1930 starb in Paris
Alfred Fourneau, im Alter von fast 70 Jahren. Er hat

großen Anteil am Ausbau des französischen Kolonialreichs in West- und Mitteleafrika genommen, namentlich seit 1890. Zuerst erstreckte sich seine Tätigkeit 13 Jahre lang auf Französisch Kongo, dann war er Chef der Verwaltung im Tschadgebiet und später wieder Stellvertretender Gouverneur des Kongogebiets. Bedeutendes hat er auch zur Erforschung seiner Arbeitsgebiete beigetragen.

Am 7. Juni starb in Sunbury on Thames der Herausgeber der Zeitschrift *The African World* Leo Weintal. Er war gebürtiger Südafrikaner und ein Jugendfreund Cecil Rhodes'. Seine Wochenschrift ist eines der angesehensten Kolonialblätter. In ihr verteidigte er den Kongostaat gegen die hetzerische Kampagne der britischen Presse.

Am 3. August folgte in Perros-Guirec /Côtes du Nord/ Lucien Fourneau, im Alter von 63 Jahren, seinem Bruder. Er hat in der Erforschung und der Verwaltung des französischen Äquatorialafrikas gleichfalls Großes geleistet.

In Jerusalem starb der Architekt *Alexander Baerwald* (siehe die Rundschau Werkgestaltung, in diesem Band Seite 210). Er baute vor dem Krieg in Haifa das Jüdische Technikum und die Jüdische Realschule. Nach dem Krieg wurde er Professor für Architektur an diesem Technikum. Auf das neuere europäische Bauwesen in Palästina hat er einen richtunggebenden Einfluß ausgeübt und auch viele tüchtige Schüler ausgebildet.

Kurze Chronik In Asmara /Eritrea/ richtet Italien ein *Agrikulturchemisches Institut* ein. Hauptarbeitsgebiete sollen sein: Boden-, Ge steins-, Gewässerkunde, Untersuchungen über künstliche Bewässerung und über die wildwachsende Pflanzenwelt der Kolonie, soweit es sich um Pflanzen handelt, die Fasern, Essenzen, Drogen, Gummi oder Harze, Heilmittel usw. zu liefern vermögen. Nebenher sollen von dem Institut die wichtigsten Handelswaren der Kolonie (Butter, Wachs, Honig, Ölsaaten, Getreide, Gummi usw.) fortlaufend auf Qualität kontrolliert und auch nach der Beschaffenheit für Handelszwecke klassifiziert werden. ◇ Eine Zählung der Arbeiter in den *jüdischen Orangeplantagen* in Petach Tikwah /Palästina/ hatte ein interessantes Ergebnis. Zu der Gruppe derjenigen, die nur jüdische Arbeiter beschäftigen, gehörten 45 Orangerieen mit 131 Juden, zu denen mit gemischter Arbeiterschaft 67 mit 148 Juden und 238 Arabern, zu denjenigen, die keine Juden beschäftigen, gehörten 76 Orangerieen mit 209 Arabern. Im ganzen waren also am Stichtag (in 11 Orangerieen wurde an diesem Tag nicht gearbeitet) 447 Araber = 61,6% und 279 Juden = 38,4% der gesamten Belegschaft vorhanden. Wenn man wissen will, weshalb es schwer ist Juden nach Palästina zu bringen, so geben diese Zahlen eine sehr aufschlußreiche Antwort; sie sind der oben angezeigten deutschen Ausgabe des jüdischen, in Tel Aviv erscheinenden *Arbeiterblatts Dawar* entnommen. ◇ Zur Untersuchung der Schäden des Bank- und Geldverkehrs in *Britisch Indien* ist von der englischen Regierung ein Indian General Banking Enquiry Committee eingesetzt worden; unter den zur Mitwirkung berufenen Sachverständigen befinden sich auch A. Friedrich aus Darmstadt (früher beim Verband der Nassauischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften tätig) und Otto Jeidels, ein Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft. ◇ Die Verwaltung der belgischen *Kongokolonie* beschloß die

Truppenstärke in dieser Besitzung von 9 auf 6 Bataillone herabzusetzen: eine bemerkenswert geringe Zahl in einem so großen Gebiet. Die Maßnahme erklärt sich wohl nur daraus, daß infolge der Wirkungen des neuen Systems seit dem Übergang der Kolonie aus der Hand des Königs in den Besitz des Staats die Regierung sich ihrer Macht im Land sicher fühlt. ◇ In *Tripolitanien* wurde ein großes Gebiet zwischen Sarman und Suari bei Adena zur systematischen Anpflanzung von Eukalyptusbäumen bestimmt. Die Bäume sollen Eisenbahnschwellen für die Kolonie liefern. Zunächst sollen im Verlauf von etwa 20 Jahren etwa 1 Million Bäume gepflanzt werden; jährlich sollen etwa 800 000 Mark für diesen Zweck aufgewendet werden; jeder Baum kostet also 16 Mark, das heißt 3mal so viel wie ein guter Chausseebau in Deutschland. Eine günstige Nebenwirkung, die man von der Pflanzung erwartet, ist, daß das Vordringen der Wanderdünen des Wüstensands gegen das Kulturland durch den Baumwuchs aufgehalten wird. ◇ Die Regierung *Natal* hat in das Budget für 1930 den Betrag von 1 Million Pfund Sterling zur Förderung landwirtschaftlicher britischer Ansiedlung in ihrem Gebiet eingesetzt, woraus $\frac{1}{10}$ des Werts des Bodens bezahlt werden sollen, während der Siedler nur $\frac{1}{10}$ zu bezahlen und das sonstige Anlagekapital aufzubringen hat. ◇ In *Cuba* ist eine 5jährige Einlagerung von 1,5 Millionen Tonnen Rohrzucker zum Zweck der Hebung des Zuckerpreises, die von Banken der Vereinigten Staaten mit einem Kredit von zirka 170 Millionen Mark finanziert wird, vom Präsidenten genehmigt worden. ◇ Das Abkommen über die Teilung des *Tacna-Arica-Gebiets* zwischen Chile und Peru wurde von der chilenischen Regierung genehmigt. ◇ Zum Nachfolger H. C. Lukes als Chefsekretär der Palästina-regierung wurde der bisherige Kolonialsekretär in Sierra Leone, *Mark Aitchison Young* ernannt. Irgendwelche politische Erfahrung über palästinensische Verhältnisse scheint er in sein Amt nicht mitzubringen. Hoffentlich behandelt er Juden und Araber in Palästina nicht wie "Natives" in Westafrika.

Literatur

Schon lange liegt das Buch des schwedischen Weltenbummlers *Helmer Key* Neue Kolonialpolitik, von Alfons Fedor Cohn sehr gut übersetzt, vor (Berlin, Dietrich Reimer). Aber es hat auch sein Gutes ein Buch erst 4 Jahre nach Erscheinen

zu besprechen: Was man dann noch loben kann, wenn es nicht mehr "aktuell" ist, das taugt gewiß etwas. Und dieses Buch ist auch heute noch zu empfehlen. Soweit es Probleme erörtert, lohnt sich noch jetzt eine Auseinandersetzung mit ihm, obwohl die statistischen Daten natürlich inzwischen, zum Teil auch tendenziell, veraltet sind. Die Empfehlung bezieht sich aber eben nur auf das Buch als Diskussionsgrundlage. Es führt an alle wichtigen Dinge, freilich ohne gründliche Sachkenntnis. Ganz gut ist die Auseinandersetzung mit Hjalmar Schachts Plan einer deutschen Kolonialbetätigung durch Chartered Companies. Dagegen sind die Ausführungen über die angeblich besonders grausame Kolonialherrschaft der Spanier und über das Kollektiveigentum als charakteristisch barbarisch ganz verkehrt. Das Beste an diesem Buch ist, daß die Bedeutung der neuern Gestaltung der Bevölkerungsentwicklung in der Welt und der fortschreitenden Industrialisierung überseeischer Länder scharf herausgearbeitet wird, ebenso die Solidarität der richtig verstandenen Interessen der europäischen Nationen. Kritischen Lesern kann man also zu dem Buch raten. ◊ Was soll man aber zu *Dora Fabians Schrift Arbeiterschaft und Kolonialpolitik* /Berlin, E. Laub/ sagen? Da wird ausdrücklich erklärt: »Die grundsätzliche Einstellung des Sozialismus zur Kolonialpolitik ausführlich darzulegen und zu begründen hätte ihren Rahmen überschritten.« Nun erwartet man also statt der Entwicklung von Gedanken wenigstens Tatsachendarstellung. Aber gleich am Anfang liest man dann: »Die Kolonialfreunde aller Richtungen sind sich einig in der Argumentation, daß die europäischen Staaten die Kolonien nötig hätten als Abflußgebiete für ihre überschüssige Bevölkerung.« Damit wird sofort eine absolute Unkenntnis der Literatur dargetan. Mit dieser blühenden Phantasie wird das ganze Gerüst der Schrift an Tatsachen aufgebaut. ◊ Ein sehr bemerkenswerter Beitrag zur Geschichte der deutschen Kolonialarbeit ist *The Rise and Fall of Germany's Colonial Empire 1884 to 1918* von *Mary Evelyn Townsend* /New York, The Macmillan Company/: sehr ausführlich, mit Karten und Register gut ausgestattet, vieles instruktive Material (zum Beispiel über Bismarcks Stellung zu den Kolonien) zusammentragend, vom Willen zur Objektivität deutlich bestimmt und im Ergebnis für die deutsche Kolonialarbeit im Vergleich zu derjenigen an-

derer Nationen nicht ungünstig. Vielfach fehlt es der amerikanischen Verfasserin allerdings an der letzten Vertrautheit mit deutschen Angelegenheiten und Verhältnissen, auf die es bei solchen Arbeiten ankommt; so ein sehr merkwürdiges Urteil über die Nationalliberalen von 1878 und manches ähnliche. Die Wandlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Kolonialfragen wird richtig und glücklich durch Zitieren eines Aufsatzes Ludwig Quessels in den Sozialistischen Monatsheften 1912 charakterisiert und durch den Hinweis auf die Arbeit Gerhard Hildebrands in dieser Zeitschrift bis zu seinem Ausscheiden aus der Partei, desgleichen die geringe Haltbarkeit dieses Gesinnungswandels durch ein Zitat aus dem Hamburger Echo aus dem selben Jahr. Sehr treffend ist die Charakterisierung der deutschen Außenpolitik im Zeitalter Wilhelms II durch Zitieren eines Worts des Unterstaatssekretärs Otto von Mühlberg: »Mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen und einem Knix vor dem russischen Bären werden wir uns nach und nach zum Persischen Golf durchschlängeln.« In summa ein lessenswertes und der Verbreitung gerade im deutschen Interesse durchaus würdiges Werk, ◊ Die Schrift *Johannes Steinbachs Die Siedlungsmöglichkeiten im ehemaligen Deutsch Südwestafrika* /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ ist eine kurze, alles überflüssige Gerede unterlassende, sehr anschauliche, ruhige Arbeit, die allerdings keine großen Probleme erörtert, aber manche interessante Einzelheit auch über die deutsche Kolonialverwaltung bringt. Wie relativ der Begriff des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs je nach der Gegend ist, geht sehr schön aus der Schilderung der Viehwirtschaft hervor, die in dieser Kolonie für jedes Stück Großvieh bis 10 Hektar Weideland braucht. Wie in aller Welt der frühere Kolonialstaatssekretär Friedrich von Lindequist dazu kommt im Vorwort zu behaupten, die Burenregierung Südafrikas, der die Kolonie als Mandatsgebiet anvertraut ist, sei »nicht deutschfeindlich gesinnt«, und von ihr zu erwarten, sie werde den deutschen Ansiedlern im Land »in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung keine Schwierigkeiten in den Weg legen«, ist unerfindlich; das gerade Gegenteil dürfte richtig sein. ◊ Das sehr bekannte Buch *Hugo Marquardsens Angola* ist jetzt von Alfred Stahl völlig neubearbeitet worden /Berlin, Dietrich Reimer/. Es ist mit Bildern und Karten sehr gut ausgestattet, in vieler Hinsicht

für Kolonisationsfragen sehr aufschlußreich. Bemerkenswert ist das sachliche Urteil über die Angolaburen, wenn auch der Verfasser an der in Deutschland traditionellen Ablehnung der Mischung weißer und nichtweisser Bevölkerung, natürlich ohne Gründe anzuführen, festhält. Das Wirtschaftliche kommt ebenso zu kurz wie die Arbeiterfrage, auch der Soziologie der Eingeborenen sind nur verstreute Bemerkungen, aber nicht, wie es richtig gewesen wäre, eine systematische Darstellung gewidmet. ◇ Eine schöne, mit wundervollen Bildern geschmückte und recht verständliche und übersichtliche Einführung in die Vorgeschichte der heute noch Südafrika bewohnenden Neger gibt M. C. Burkitt in seiner Arbeit *South Africa's Past* /Cambridge, University Press/, in ihrer Art eine musterhafte, sehr zu empfehlende Veröffentlichung. Besonders zu betonen ist, daß die "Vorgeschichte" dieser Negervölker zum Teil unmittelbar in die europäische Kolonisationszeit hineinreicht, ja in erheblichen Resten in Britisch Südafrika wohl auch heute noch besteht. ◇ Sehr lehrreich analysiert William Bennett Munro in seinem Buch *American Influences on Canadian Government* /Toronto, The Macmillan Company of Canada/ die Einwirkungen von Beispielen aus den Vereinigten Staaten auf die Verwaltung des kanadischen Gebiets, das ja viel länger als seine südliche Nachbarrepublik stark kolonialen Charakter behalten hat. Allgemeine Folgerungen kann man allerdings der Erörterung nicht abgewinnen, außer vielleicht der, daß es eigentlich in beiden Gebieten das Koloniale, Grenzermäßige, das Angrenzen des europäisierten Gesellschaftsbereichs an das praktisch unbewohnte, aber bestellbare Gebiet ist, was zu gleichartigen, aber zeitlich in Canada späteren Einrichtungen geführt hat; dadurch wird eine Beispielwirkung von den Vereinigten Staaten auf Canada mehr vorgetäuscht, als daß eine solche wirklich bestünde; dieser Schluß ist aber nur mit starken Einschränkungen gültig. ◇ Die Schrift *Helmut von Glasenapp's Britisch Indien und Ceylon* /Berlin, Zentralverlag/ ist über Britisch Indien vielleicht die beste kurz zusammenfassende Darstellung aus unserer Zeit in deutscher Sprache. Sie arbeitet, was für ein so großes Land mit seiner verwirrenden Fülle von Verschiedenheiten besonders schwierig, aber auch besonders nötig ist, die Grundlinien des ganzen sozialen Gefüges klar heraus und kann deshalb sehr empfohlen werden, zumal eine Reihe aus-

gezeichneter Karten beigegeben ist. Der Abschnitt über Ceylon scheitert daran, daß er nur 5 Seiten lang ist. ◇ Als Bild der Auffassungen der fanatischen Gegner des indischen Nationalismus in England sehr lehrreich ist das mit außerordentlichem advokatorischem Geschick geschriebene Buch *J. E. Woolacotts India on Trial* /London, Macmillan & Co./ zu erwähnen. Das Buch ist vor Erscheinen des Simonreports veröffentlicht worden, berücksichtigt aber zum Teil die Ergebnisse der Agrarkommission Linlithgow. Die Auswahl der Tatsachenangaben scheint sehr zielbewußt erfolgt zu sein. ◇ Das von der University Press in Cambridge herausgegebene Buch *The Colonial Service* von Sir Anton Bertram, der als hoher Richter auf den Bahamainseln, auf Cypern und Ceylon und im Mandatsgebiet Palästina tätig war, einen großen Teil der britischen Kolonialverwaltung also in der Praxis gründlich kennengelernt hat, behandelt das Britische Reich mit Ausnahme der Dominions in rechtlicher und administrativer Hinsicht. Die ausführliche, kritische Schilderung der "Gemeinde" selbstverwaltung (local government) der Eingeborenen im britischen tropischen Afrika ist einer der Hauptwerte des sehr empfehlenswürdigen Buchs. ◇ Dagegen stellt das ebenda veröffentlichte Buch *The Sovereignty of the British Dominions* von Arthur Berriedale Keith, Advokat, Professor für Sanskrit und Lektor für Verfassungsrecht an der Universität Edinburgh, eine kritische, aber end- und praktisch ergebnislose Wortklauberei dar. Vieles sehr interessant und bezeichnend für britische Gesichtspunkte; zum Beispiel die Kritik an der Mandatskommission des Völkerbunds. Lehrreich, aber für den deutschen, nicht juristischen Leser sehr ermüdend. ◇ Von dem Buch des Professors an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Santiago de Chile Adolfo Matthei Landwirtschaft in Chile /Bielefeld, Velhagen & Klasing/ gefallen zunächst sehr die zahlreichen, zumeist ausgezeichneten Abbildungen, während einem derstellenweise stark an Reklamemethoden der Einwanderungspropaganda erinnernde Ton fürs erste auf die Nerven geht. Bei näherem Studium erweist sich das Buch aber als eine Darstellung der chilenischen Landwirtschaft und der ihr gegebenen Möglichkeiten kolonialer Entfaltung, namentlich im Süden des Landes, die das Lesen lohnt. Sehr verdienstlich ist, daß eine Übersetzung des Kolonisationsgesetzes der Republik Chile von 1928 beigegeben ist.